

Wiener Festwochen

36 Produktionen aus 24 Ländern
von 11. Mai bis 17. Juni 2012

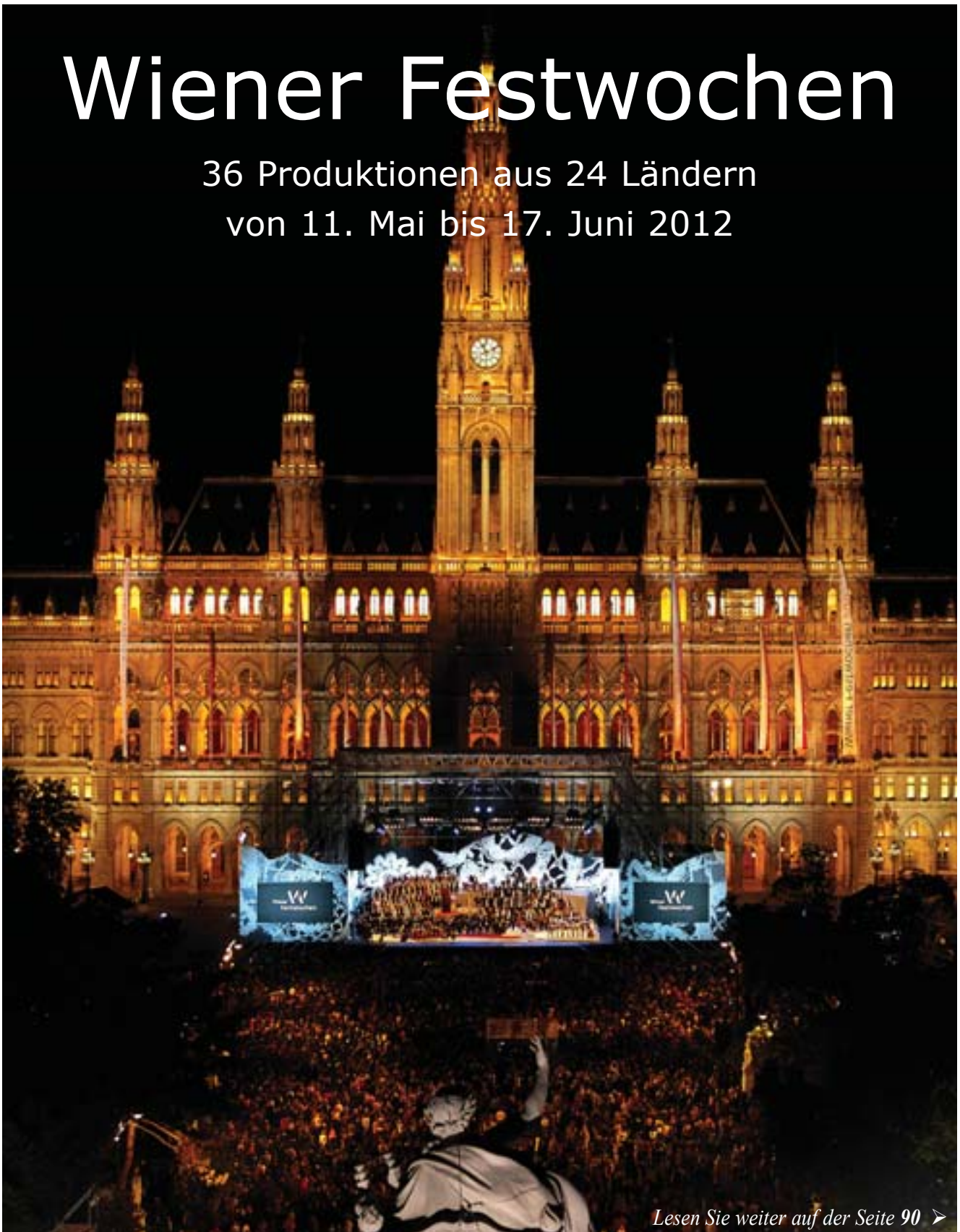


Foto: Mike Ranz

Lesen Sie weiter auf der Seite 90 ➤

Die Seite 2

Der Inhalt der Ausgabe 107

Kurz fordert »Politik.Neu«	9	Der Semmering-Basistunnel neu	60
Gegen Atomkraft	12	»Markt-Bonus« und Patente	65
Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden	15	aws: 5251 Projekte gefördert	67
Pressefreiheit braucht auch verantwortungsvollen Journalismus	17	Österreichs Wirtschaft weiter auf moderatem Wachstumskurs	69
Eine (zweite) Chance am Arbeitsmarkt	18	Haushalte tendierten auch 2011 zu weniger Finanzinvestitionen	70
Innsbruck hat gewählt	20	Jeder zweite Österreicher fühlt sich vom Sparpaket betroffen	71
Heinz Fischer in Malta	22	1600 Wohnungen in aspersn Die Seestadt Wiens	72
Rußland unter Top 10 der Handelspartner Österreichs	23	RLB NÖ-Wien: Mehr Kunden, mehr Spareinlagen, mehr Kredite	75
Waldner: Deutschland und Öster- reich Vorbilder in der Eurozone	24	Wien 4 Tage lang im Zeichen des 50 Jahre NÖ Naturparke	77
Chinesen an System der Sozialversicherung interessiert	25	Ansturm bei Wiener Linien	80
Österreich hat aus seiner Geschichte gelernt	27	»Wien liegt gut«	80
European City Brand Ranking 2012	28	Ahnen- und Familienforschung	
Bundesheer-Offizier wird neuer GD des EU-Militärstabes	29	Teil 3 der Serie von Günter Ofner	81
Form & Energy in der Zagreb	30	Sterne Cup der Köche	83
Kindern eine Chance	31	Hohe Auszeichnung für EU-Kommissar Johannes Hahn	84
Vom Zillertal ausgewandert		Prof. Reinhard Moos hoch ausgezeichnet	84
Von Helga und Horst Bast.	32	36.000 m² Sonnenkollektoren	85
Oberösterreich vertieft Kooperationen mit Südkorea	38	Quantenchip in Sicht	86
Österreicher sind die beliebtesten Gastgeber Europas	38	Vom schmutzigen Wasser zum sauberen Strom	87
Ehrung eines großen Freundes Europas: Botschafter W. Wolte	39	Videosystem gleicht Sehschwäche aus	88
D. Randolf in Peru ausgezeichnet	39	Wettbewerb Bildungscampus aspern	
Im Rollstuhl von Altenhof am Hausruck nach Wien	40	Seestadt Teil 1 abgeschlossen	89
Ein Spittaler Wissenschaftler netzwerkt in Bayern	41	Wiener Festwochen 2012	90
-----		Klimt. Die Sammlung des Wien Museums	94
»Burgenland Journal«		Gesalbt – Geweiht – Gekrönt	98
Aktives Altern fördern	42	Verbündet – Verfeindet – Verschwägert	101
Ausbildungsmaßnahmen greifen	43	Realität und Abstraktion 2	
Metallfirma investiert in Jois	44	Von Prof. Peter Baum	102
Effizienz-Initiative 2012	45	Stadt Wien erwirbt Nachlaß von Max Reinhardt	104
Festivalsommer 2012	46	Schloß Artstetten: »Gut behütet«	106
Die Fledermaus in Mörbisch	47	Crisis? What Crisis?	
Afrika – Terra incognita	49	ImPulsTanz 2012	108
Oberwart in allen Facetten	50	Internationale Top-Besetzung für »Elisabeth«	110
-----		Salzburg: Kultureller Frühsommer	112
Höchste steirische Auszeichnung für Südtirols LH Durnwalder	55	Filmfestival Crossing Europe	113
Mitteuropa-Initiative	56	Romy Schneider in Bonn	115
Bekämpfung von Geldwäsche	57	Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich.	
18. AuslandsNiederöster- reicherInnen-VIP-Treffen	58	Diesmal: die Tänzerin und Choreografin Tilly Losch	116
Weltbund-Tagung Auslands- österreichertreffen 2012	59	Die Wiener Küche: Wiener Schnitzel und Tafelspitz...	119



Schulterschuß gegen Atomkraft S 12



Vom Zillertal ausgewandert S 32



Semmering-Basistunnel neu S 60



Klimt. Die Sammlung des Wien Museums S 94



Die Wiener Küche S 118

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. E-Mail: redaktion@oe-journal.at, http://www.oe-journal.at. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos: Mike Ranz; BKA/HBF / Andy Wenzel; Foto Jahr; ÖBB/ Krischanz; Wien Museum; WienTourismus / Petr Blaha

Gegen Vertrauensverlust

Am 27. April beschloß die Regierung Offensivmaßnahmen, um durch die notwendigen Sparmaßnahmen die Konjunktur nicht abzuwürgen. Um wieder Vertrauen in der Bevölkerung zurückzuerlangen, wurde auch eine Neuregelung der Parteienfinanzierung, ein Korruptionsstrafrecht, ein Lobbyisten-Gesetz und Transparenzregeln für Parlamentarier präsentiert.

Die österreichische Öffentlichkeit wird seit Monaten von den Enthüllungen dominiert, die der Parlamentarische Untersuchungsausschuß zutage fördert. Im Jänner hat d.J. hat er seine Arbeit aufgenommen. Unter Vorsitz von Gabriela Moser werden folgende Gegenstände untersucht:

1. Telekom Austria Group

Das System von Millionenzahlungen ohne nachvollziehbare Gegenleistung, die Tätigkeit von Lobbyisten, Beratern und Vermittlern, Zahlungen an PolitikerInnen und Parteien, Profite parteinaher Personen und Unternehmen beim Ankauf von ausländischen Beteiligungen der Telekom, die Manipulation von Börsenkursen sowie die direkte Einflußnahme auf die Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen durch die Telekom und Zahlungen dafür.

2. BUWOG

Die Vergabevorgänge und verdächtigen Zahlungsflüsse rund um den Verkauf der Bundeswohnbaugesellschaften, die Einmietung von Gerichten im „Justizzentrum Wien-Mitte“ und der Finanzbehörden im Linzer „Terminal Tower“.

3. Digitaler Behördenfunk

Die Vergabevorgänge und verdächtigen Zahlungsflüsse rund um die Errichtung des digitalen Polizeifunksystems „Tetron“.

4. Insetrate-Schaltung

Aufklärung über die Schaltung von Insetraten durch staatsnahe oder Innenministeriums-nahe Unternehmen oder Organisationen (z.B. ÖBB oder ASFINAG).

5. Lockerung des Glücksspielmonopols

Der Versuch einer Gesetzesänderung zum Vorteil von Glücksspielkonzernen unter der Amtszeit von Karl-Heinz Grasser.

6. Staatsbürgerschaftsverleihungen

Staatsbürgerschaftsverleihungen „im besonderen Interesse der Republik“ durch die Bundesregierung ab dem Jahr 2000 und der Verdacht auf diesbezügliche Zahlungen.

Das ist ein weites Themenfeld, gespickt mit jeder Menge Enthüllungen und auch Vermutungen, das hier abgehandelt wird, und



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

das sich auch bestens dafür eignet, andere Parteien für die Politik(er)verdrossenheit im Lande verantwortlich zu machen. Daß diese Vorgangsweise zu einem allgemeinen Vertrauensverlust geführt hat, ist allen klar. Dabei rücken ernsthafte und zielführende Maßnahmen, die das notwendig gewordene „Sparpaket“ mit sich brachte (siehe „Österreich Journal“, Ausgabe 106 vom 4. April 2012: „Stabilitätspakt beschlossen“). „Beim kleinen Mann wird gespart, die Großen halten die Hand auf“, so könnte man die Stimmung bezeichnen, die der Boulevard tagtäglich transportiert.

Auch um dem entgegenzuwirken, hat sich die SPÖ/ÖVP-Koalitionsregierung am 27. April zu einer Klausur am Wiener Kahlenberg zusammengefunden und gemeinschaftlich die gefaßten Beschlüsse der Öffentlichkeit präsentiert.

Faymann: Setzen Offensivmaßnahmen konsequent um

Das Stabilitätspaket 2012 bis 2016 beinhaltet Offensivmaßnahmen im Ausmaß von insgesamt rund vier Milliarden Euro. „Sparen und Investieren – das eine geht nicht ohne das andere“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) bei der Pressekonferenz. In ganz Europa werde die Notwendigkeit von Investitionen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zusehends erkannt. Österreich werde darum beneidet, daß es sich Spielräume für diese Investitionen geschaffen habe. Mit den Offensivmitteln zeige die Regierung, daß gehalten werde, was versprochen worden sei, so Faymann.

„Wir haben in Österreich ein hohes Beschäftigungsniveau zu verteidigen“, unterstrich der Bundeskanzler. Daher sei es wichtig, die Wirtschaftskraft aufrecht zu erhalten. „Wir investieren in Bereiche, die uns Österreicherinnen und Österreichern besonders wichtig sind“, sagte Faymann. So werden bis 2016 650 Millionen Euro für die Verlängerung des Pflegefonds zur Verfügung gestellt, 750 Millionen Euro fließen in Arbeitsmarktmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer, 1,6 Mil-

Innenpolitik

Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel



Bundeskanzler Werner Faymann (r.) mit Außenminister und Vizekanzler Michael Spindelegger bei der Pressekonferenz am Kahlenberg

liarden werden in den Ausbau der Ganztagschulen investiert und 1 Milliarde Euro für die Universitäten bereit gestellt, berichtete Faymann. „Wir können mit Überzeugung sagen: Wir halten, was wir versprochen haben.“

Um sicherzustellen, daß die beschlossenen Maßnahmen zum Stabilitätspaket auch wie geplant umgesetzt werden, habe die Regierung die Einrichtung einer Monitoring-Gruppe beschlossen, die aus mehreren Regierungsmitgliedern besteht. „Sie soll darüber wachen, daß die Maßnahmen konsequent fortgeführt werden.“ Das werde mitunter ein Weg von Kompromissen werden. Die Gruppe soll sicherstellen, daß gegebenenfalls neue Wege gefunden werden und der Regierung mit Lösungen beiseite stehen. Die Monitoring-Gruppe werde sich im besonderen auch den Beschlüssen früherer Regierungsklausuren widmen.

Mit dem Stabilitätspaket, den beschlossenen Offensivmaßnahmen und dem Einsetzen der Monitoring-Gruppe zeige die Regierung, daß sie „vertrauenswürdig und verlässlich ist“, betonte der Bundeskanzler.

Für rasches Inkrafttreten und bundesweit einheitliche Regelungen statt Fleckerlteppich

Das Maßnahmenpaket besteht aus vier Teilen: Regelungen zu Wahlwerbung und Finanzierung der Parteien, weiters Unvereinbarkeitsregelungen, das neue Korruptionsstrafrecht sowie das Lobbyistengesetz. Bis zum 15. Mai werden diese Regelungen vom

Ministerrat beschlossen. Dem Parlament werden die Gesetzesvorlagen so vorgelegt, daß sie im Juli beschlossen und im Sommer bereits in Kraft treten können.

Faymann betonte: „Man wird nie ganz ausschließen können, daß es Menschen gibt, die sich nicht an Gesetze halten. Aber Korruption ist kein Kavaliersdelikt. Und die Bevölkerung erwartet sich, daß Österreich auch hier zu den Vorbildern und nicht zu den Nachzüglern zählt.“ In Folge von U-Ausschuß, parlamentarischer und öffentlicher Diskussion habe sich gezeigt, daß man nicht zu viel Zeit verstreichen lassen sollte, um ein solches Paket umzusetzen. Zu entsprechenden Regelungen in den Bundesländern betonte der Bundeskanzler, daß aus seiner Sicht der Entwurf, der bis 15. Mai ausgearbeitet wird, auch in diesen umgesetzt werden soll. „Mein Wunsch ist eine bundesweite Gültigkeit. Einen Fleckerlteppich solle es nicht geben.“

Die Rechenschaftsberichte, die in den Regelungen zur Parteienfinanzierung vorgesehen sind, müssen einmal pro Jahr – nach einer Freigabe durch Wirtschaftsprüfer – an den Rechnungshof gesandt werden. Dieser veröffentlicht und prüft die Berichte. Sollte es strafrechtliche Verdachtsmomente geben, dann werden die zuständigen Behörden verständigt.

Man benötige jedenfalls für diese Erweiterung der Rechnungshof-Kompetenzen der neuen Regelung eine Zwei-Drittel-Mehrheit, somit die Zustimmung zumindest einer Oppositionspartei im Nationalrat. „Wenn wir

mit offener Transparenz auf die öffentliche Diskussion antworten, sehe ich eine große Chance, daß die Verhandlungen mit den Oppositionsparteien erfolgreich sein werden“, betonte der Bundeskanzler.

Spindelegger: Reformpaket in Kraft, jetzt Fokus auf Offensivmaßnahmen um Österreich nach vorne zu bringen

„Das Reformpaket ist in Kraft, jetzt gilt es, den Fokus auf die darin enthaltenen Offensivmaßnahmen zu richten, um Österreich nach vorne zu bringen“, so Vizekanzler Michael Spindelegger im Rahmen der Regierungsklausur, der betonte: „Gerade Unternehmen, die vor der Entscheidung stehen, ob sie investieren sollen, haben größtes Interesse an den dabei herrschenden Rahmenbedingungen. Wir wollen daher klar machen, daß wir auch Geld in die Hand nehmen, um die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir investieren gezielt Milliarden in wichtige Zukunftsbereiche, die uns nach vorne bringen. Für mich umfaßt das konkret die Universitätsmilliarde, die Fortsetzung der thermischen Sanierung und auch das neue Projekt des altersgerechten Wohnens.“

So werde etwa die Universitätsmilliarde in drei Tranchen erfolgen und „die akademische Ausbildung damit auf ein völlig neues Niveau bringen“, ist Spindelegger überzeugt, und weiter: „Ich erwarte mir, daß damit unsere Unis auch im internationalen Ranking steigen werden. Für dieses Ziel leisten wir als Regierung einen wertvollen Beitrag, wobei ich glaube, daß wir langfristig ohne Beitrag der Studierenden selbst nicht auskommen werden.“ Fortgesetzt werde zudem auch die Förderung für die thermische Sanierung. „100 Millionen Euro pro Jahr mit denen wir zusätzliche Investitionen auslösen und damit 12.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, insbesondere in Klein- und Mittelbetrieben“, so der Vizekanzler. Bisher konnten 17.500 Haushalte und 800 Betriebsgebäude thermisch saniert werden. „Wir schaffen Arbeitsplätze, sparen Energie und schützen unser Klima – eine Erfolgsgeschichte auf ganzer Linie, die wir fortsetzen werden“, so Spindelegger weiter.

Als dritten wichtigen Zukunftsbereich nannte der Vizekanzler das Projekt des altersgerechten Bauens und Wohnens von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. „Wir wollen den Menschen auch im hohen Alter ein adäquates Wohnen in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Das muß in Österreich möglich sein. Deshalb ist das ein wesentlicher Teil unserer Offensivmaßnah-

Innenpolitik



Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel

v.l.: Klubobmann Karlheinz Kopf (V), Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (S), Medienstaatssekretär Josef Ostermayer (S), Gesundheitsminister Alois Stöger (S), Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (S), Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (V), Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich (V), Verkehrsministerin Doris Bures (S), Sozialminister Rudolf Hundstorfer (S), Bundeskanzler Werner Faymann (S), Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (V), Finanzministerin Maria Fekter (V), Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (V), Integrationsstaatssekretär Andreas Kurz (V), Unterrichtsministerin Claudia Schmied (S), Verteidigungsminister Norbert Darabos (S) und Klubobmann Josef Cap (S)

men, mit denen wir zeigen, daß wir gezielt in Zukunftsbereiche investieren, um Österreich nach vorne zu bringen“, so der Vizekanzler.

Anstand und Sauberkeit sind Grundhaltungen, die sich die Menschen zu recht erwarten

„Mit dem heute beschlossenen Sauberkeitspaket legen wir den Grundstein zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Politik. Wir geben die richtigen Antworten auf all das, was im Untersuchungsausschuß zutage gefördert wurde“, ist Spindelegger überzeugt, und betonte: „Anstand und Sauberkeit sind Grundhaltungen, die sich die Bürger zu recht von uns erwarten – einige haben in der Vergangenheit gegen diese Grundhaltungen verstoßen und wir haben die Konsequenzen zu ziehen. Das war unser Auftrag für das nun vorliegende Paket und das haben wir in fünf Bereichen getan.“

„Erstens: Wer in Zukunft als Abgeordneter jemandem gegen Entgelt etwas verspricht, hat mit harten, strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen“, so Spindelegger. „Beim Korruptionsstrafrecht haben wir eine Ausweitung der Personen der Amtsträger sowie mehrere Definitionen und Klarstellungen vorgenommen, um eine klare Festlegung der Repräsentationstätigkeiten zu erreichen. Wir haben uns an international hohen Standards orientiert und diese noch verschärft“,

erklärte Finanzministerin Maria Fekter ergänzend.

„Zweitens: Wir haben die Parteifinanzien gläsern gemacht, damit künftig niemand mehr aus einem Unternehmen heraus verdeckte Spenden tätigen kann – das muß völlig transparent ablaufen. Drittens: Jeder Abgeordnete hat offenzulegen, ob er und für welche Interessensgruppen er tätig ist – damit wir sicher sein können, daß diese Interessen nicht über das Gemeinwohl gestellt werden“, so der Vizekanzler, der weiter ausführte: „Wir haben viertens ein Lobbyinggesetz für jene Personen, die beruflich versuchen gegen Entgelt jemanden von etwas zu überzeugen. Dafür wird es auch in Zukunft Möglichkeiten geben, aber jetzt mit Lobbyistenregister und nach ganz klaren Regeln. Und fünftens: In besagtem Gesetz haben wir auch ein Provisionsverbot der öffentlichen Hand vorgesehen.“

„Ich glaube, daß wir mit diesem umfassenden Paket, das klare Regeln für alle, für Bund und Länder, vorsieht, genau die richtigen Antworten geben – darauf, was vielen Menschen so sauer aufstößt“, so der Vizekanzler, und abschließend: „Ich hoffe, daß wir das heute vorliegende Sauberkeitspaket bereits am 15. Mai als Gesetz im Ministerrat und im Juli im Parlament beschließen können. Dabei appelliere ich insbesondere auch an die anderen Parteien, nicht von vornher-

ein alles abzulehnen, sondern in einen konstruktiven Dialog einzutreten. Das Vertrauen der Menschen haben wir noch nicht wiedergewonnen, aber den Grundstein dafür haben wir heute gelegt.“

Strache: Wer kontrolliert die Regelungen?

Als Absichtserklärung ohne Verbindlichkeitscharakter bezeichnete FPÖ-Bundesparteiboss Heinz-Christian Strache das „sogenannte Transparenzpaket“, das SPÖ-Bundeskanzler Faymann und ÖVP-Vizekanzler Spindelegger mit „unberechtigtem Stolz einer wenig staunenden Öffentlichkeit präsentiert haben“.

Ganz augenfällig dürfte es sich in Wahrheit um ein Paket der Regierungs-Extrawürste handeln. So sei weder ein Stiftungsverbot für politische Parteien darin enthalten, noch ein Verbot von Unternehmensbeteiligungen. Und vor allem stellt sich für Strache die Frage: „Wer kontrolliert die Regelungen?“ Ohne strenge Kontrollmechanismen seien auch die schärfsten Antikorruptionsregelungen bloße Makulatur.

An echter Transparenz seien SPÖ und ÖVP immer noch nicht interessiert, bemängelte Strache. Mit Scheinmaßnahmen und kosmetischen Korrekturen versuchten sie, sich ihre Pfründe auch weiterhin zu sichern. Die FPÖ werde dies bei den kommenden

Innenpolitik

Debatten über das „Transparenzpaket“ schonungslos aufzeigen.

Bucher: Regierung präsentiert eine einzige offene Baustelle mit Schlupflöchern

„Die rot-schwarze Bundesregierung hat bei ihrer heutigen Regierungsklausur eine einzige offene Baustelle mit Schlupflöchern präsentiert. Ab wann die Transparenzregelungen in Kraft treten und ob sie auch für die Länder gelten, ist noch völlig unklar. Offenbar hat sich SPÖ-Bundeskanzler Faymann hier von der ÖVP über den Tisch ziehen lassen, nur damit ÖVP-Landeshauptmann Pröll vor den niederösterreichischen Landtagswahlen von strengen Transparenzgesetzen verschont bleibt und im Geheimen Spenden ansammeln kann“, kritisierte BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher.

Das BZÖ werde nur einer Regelung seine Zustimmung geben, die völlige Transparenz, eine allumfassende Kontrolle und klare Sanktionen bei Mißbrauch vorsieht. Es dürfe dabei auch keine dubiosen Fluchtkorridore und Umgehungsmöglichkeiten für die Bundesländer und parteinahe Organisationen, Unternehmen und Vereine geben. „SPÖ

und ÖVP haben die Zeichen der Zeit noch immer nicht erkannt und wollen nur das Nötigste tun, um die Bevölkerung zu beruhigen. Das BZÖ hingegen ist bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und hat seine Parteifinanzien offengelegt“, so Bucher.

Glawischnig: Noch Lücken bei Parteienfinanzierung – Wiedergutmachung nötig

„Wir sehen beim Transparenzpaket, das die Regierung am Freitag vorstellen will, noch Lücken. Mit den Änderungen beim Korruptionsstrafrecht sind wir zufrieden“, sagte Bundessprecherin Eva Glawischnig zwei Tag vor der Regierungsklausur.

Nachbesserungsbedarf orten die Grünen bei der Parteifinanzierung. Knackpunkte seien der Parteienbegriff, die Untergrenze für die Offenlegung von Spenden und die Frage strafrechtlicher Konsequenzen.

„Noch sollte man nicht jubilieren“, warnte Glawischnig. Die Punktation der Regierung wird sicher einige Lücken enthalten, und aus den Ankündigungen müßten auch noch Gesetze werden. „Ich warne die Bundesregierung, jetzt keine halben Sachen zu machen. Das Vertrauen der Bevölkerung ist

derart massiv erschüttert, daß wir nicht auf halbem Weg stehen bleiben dürfen.“ Glawischnig glaubt, daß die Parteienfinanzierung auch ohne Verfassungsbestimmung geregelt werden kann. Sie verwehrt sich grundsätzlich aber auch nicht gegen die Zustimmung zu einer Zweidrittel-Bestimmung.

Kritik übt Glawischnig an der angepeilten 5.000-Euro-Grenze für die Spendenoffenlegung. „Das ist zu hoch, wir wollen 500 Euro.“ Beim Parteienbegriff müßten Bundes- und Landesorganisationen gemeinsam erfaßt werden, Ausnahmen etwa für die niederösterreichische ÖVP seien „für uns inakzeptabel“. Außerdem müsse es Konsequenzen bei Verstößen geben, also einen Straftatbestand für Parteimanager.

Die Grünen fordern von ÖVP, BZÖ, FPÖ und SPÖ Wiedergutmachung! Insbesondere die Telekom-Gelder – laut Glawischnig zwischen 1,8 und 2 Mio. Euro – seien zurückzahlen. Nicht lockerlassen will sie bei der Verankerung von Untersuchungsausschüssen als Minderheitenrecht. Die Verschärfungen bei den Anti-Korruptionsbestimmungen wertete sie als grünen Erfolg, erste Anträge dazu habe es bereits vor 25 Jahren gegeben.

Das Transparenzpaket

I. Finanzierung und Wahlwerbung politischer Parteien

Die politischen Parteien finanzieren sich im wesentlichen aus öffentlichen Fördermitteln, aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Spenden.

Die Fördertätigkeit des Bundes ist in ihrem Umfang gesetzlich klar umrissen und transparent. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Tätigkeit von Parteien und der Parteispenden gibt es den Bedarf an mehr Transparenz.

Ein neues Parteiengesetz 2012 wird daher die Parteienfinanzierung mit fünf inhaltlichen Schwerpunkten neu ordnen:

1. Die Verschärfung der Rechenschaftspflichten der politischen Parteien, insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Parteien und der ihnen nahestehenden Organisationen.
2. Die Schaffung neuer Bestimmungen zur Transparenz bzw. zum Verbot bestimmter Spenden an politische Parteien und ihnen nahestehende Organisationen.
3. Die Begrenzung der Wahlwerbungskosten.
4. Die Einbeziehung von wahlwerbenden Parteien, von Abgeordneten und Kandidaten in das Parteiengesetz.

5. Schaffung eines wirksamen Sanktionsmechanismus.

Rechenschaftspflichten

Die Rechenschaftsberichte über jeweils ein Jahr sind nach deren Prüfung durch Wirtschaftsprüfer dem Rechnungshof zu übermitteln und zu veröffentlichen. Sie umfassen auf der Einnahmenseite:

- Mitgliedsbeiträge
- Zuwendungen von nahestehenden Organisationen
- Zuwendungen nach dem Parteiengesetz
- Besondere Beiträge von den der jeweiligen Partei angehörenden Mandataren und Funktionären
- Erträge aus parteieigener wirtschaftlicher Tätigkeit
- Erträge aus Unternehmensbeteiligungen
- Einnahmen aus sonstigem Vermögen
- Spenden
- Nettoerträge aus Veranstaltungen, dem Vertrieb von Druckschriften sowie ähnliche sich unmittelbar aus der Parteitätigkeit ergebende Nettoerträge
- Zuwendungen in Form kostenlos oder ohne entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellten Personals („lebende Subventionen“)

- Erträge aus Sponsoring und Inseraten
- Sachleistungen
- Kredite
- Sonstige Ertrags- und Einnahmenarten, wobei solche von mehr als 5vH der jeweiligen Jahreseinnahmen gesondert auszuweisen sind.

Der Rechenschaftsbericht umfaßt auf der Ausgabenseite:

- Personalaufwand
- Büroaufwand und Anschaffungen, ausgenommen geringwertige Wirtschaftsgüter
- Sachaufwand für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Presseerzeugnisse
- Veranstaltungen
- Fuhrpark
- Sonstiger Sachaufwand für Administrationen
- Mitgliedsbeiträge
- Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten
- Kreditkosten und Kreditrückzahlungen
- Internationale Arbeit
- Zahlungen an parteieigene Unternehmen
- Sonstige Aufwandsarten, wobei solche über 50.000,- Euro gesondert auszuweisen sind

Die politischen Parteien haben über die Parteiförderungsgelder gemäß Parteiengesetz

Innenpolitik

Aufzeichnungen zu führen, die dem Rechenschaftsbericht anzuschließen sind.

Das Gesetz soll auch die geschäftliche Tätigkeit von Parteien bzw. parteinahen Unternehmen (Unternehmen von Parteien und nahestehenden Organisationen) mit der „öffentlichen Hand“ bzw. unter deren Einfluß stehenden Unternehmen transparent machen: daher ist jedem Rechenschaftsbericht eine Liste der parteinahen Unternehmen anzuschließen. Erfasst sind dabei direkte Beteiligungen von mindestens 5% und indirekte Beteiligungen von mindestens 10%.

Der Rechnungshof übermittelt diese Liste den unter seiner Kontrolle stehenden Einrichtungen und fordert diese auf, den Gesamtbetrag der zwischen der Einrichtung und den angeführten Unternehmen im Berichtszeitraum abgeschlossenen Rechtsgeschäfte bekannt zu geben. Auch diese Informationen werden vom Rechnungshof veröffentlicht.

Spenden

Die neuen Bestimmungen postulieren einerseits Bestimmungen zur Transparenz von Spenden an Parteien und nahestehende Organisationen (sie sind in einer Anlage zum Rechenschaftsbericht auszuweisen), andererseits Spendenverbote.

Spendentransparenz

- Spenden, deren Gesamtbetrag in einem Kalenderjahr (Rechenschaftsjahr) den Betrag von 5.000,- Euro übersteigen, sind unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders auszuweisen.
- Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000,- Euro übersteigen, sind dem Rechnungshof unverzüglich zu melden. Dieser hat die Zuwendungen unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders unverzüglich auf der Website des Rechnungshofes zu veröffentlichen.
- Spendenverbote**
- Spenden, die im Einzelfall mehr als 1.000,- Euro betragen und deren Spender nicht feststellbar sind („anonyme Spenden“)
- Spenden, die im Einzelfall mehr als 1.000,- Euro betragen und bei denen es sich erkennbar um die Weiterleitung einer Spende eines nicht genannten Dritten handelt („Spendenwäsche“)
- Barspenden, die den Betrag von 2.500,- Euro übersteigen
- Spenden von öffentlich-rechtlichen Körperschaften
- Spenden von spendenbegünstigten Einrichtungen (§ 4a EStG)
- Spenden von Unternehmen, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen

- Spenden über 2.500,- Euro von ausländischen natürlichen oder juristischen Personen
- Spenden, die der Partei erkennbar in Erwartung oder als Gegenleistung eines bestimmten wirtschaftlichen oder rechtlichen Vorteils gewährt werden
- Spenden, die von einem Dritten gegen ein von der Partei zu zahlendes Entgelt für diese Partei eingeworben werden
- Spenden oder Zuwendungen von parlamentarischen Klubs aus Mitteln des Klubfinanzierungsgesetzes 1985.

Die Bestimmungen über die Spenden werden auch für Abgeordnete gelten.

Nahestehende Organisationen, die mildtätigen Zwecken, der Bekämpfung von Armut und Not in Entwicklungsländern, der Hilfestellung in nationalen und internationalen Katastrophenfällen, Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, dem Tierschutz und der Förderung des Breitensports dienen, sind von den Spendenbestimmungen ausgenommen. Für sie gilt ihrerseits ein absolutes Spendenverbot an die politischen Parteien. Die Verwendung von Spendenmitteln entsprechend dem Vereinszweck ist von einem Rechnungsprüfer (vgl § 4a EStG) zu bestätigen.

Sanktionen

Im neuen Parteiengesetz wird erstmals ein Sanktionsmechanismus für Verletzungen dieser Bestimmungen geschaffen:

- Verstöße gegen die Rechenschaftspflichten werden mit Geldbußen von bis zu 100.000,- Euro bestraft.
- Verstöße gegen die Spendentransparenz bzw. die Spendenverbote werden mit einer Geldbuße bis zum Dreifachen des nicht deklarierten Betrages bestraft.

Regelungen über Wahlen

Von den Bestimmungen des neuen Parteiengesetzes werden erstmals auch wahlwerbende Parteien sowie Personen, die sich um ein Mandat bewerben, sinngemäß erfaßt.

Jede politische Partei darf für die Wahlwerbung maximal 50 Prozent des Gesamtbetrages der öffentlichen Wahlkampfkostenrückerstattung aufwenden (das sind ca. 7 Mio. Euro).

Nahestehende Organisationen

Um der politischen Realität in Österreich Rechnung zu tragen, umfassen die Transparenzbestimmungen auch die „nahestehenden Organisationen“. Das sind im Sinne dieses Gesetzes rechtlich von der politischen Partei getrennte Organisationen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die

- eine politische Partei unterstützen oder

- an der Willensbildung einer politischen Partei (insbesondere durch Entsendungen in Organe) mitwirken oder an deren Willensbildung die politische Partei (insbesondere durch Entsendungen in Organe) mitwirkt, sofern diese Arten der Unterstützung bzw. Mitwirkung zwischen der politischen Partei und der Organisation
- entweder in deren Rechtsgrundlage (Statuten, Satzungen),
- oder in den Satzungen der Partei festgelegt ist.

Parlamentarische Klubs gemäß Klubfinanzierungsgesetz 1985 sowie Rechtsträger nach § 1 Abs. 2 Publizistikförderungsgesetz 1984 sind jedenfalls keine nahestehenden Organisationen im Sinne dieses Gesetzes.

Geltungsbereich

Diese Standards haben einheitlich für Bund und Länder zu gelten, die Kontrolle obliegt dem Rechnungshof des Bundes.

Inkrafttreten

Bestimmungen, die nur ganzjährig anwendbar sind, treten mit 1. 1. 2013 in Kraft, unterjährig anwendbare Bestimmungen treten so früh wie möglich in Kraft.

II. Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz

Das Gesetz beinhaltet das Bekenntnis, daß Abgeordnete auch in einem zivilen Beruf tätig sein sollen und daß die Teilnahme am beruflichen, politischen und gesellschaftlichen Leben die Grundlage der politischen Entscheidungsfindung sein soll. Ausgeschlossen werden soll die Zulässigkeit entgeltlichen Lobbyismus durch gewählte Mandatare.

1. Meldepflichten

Die Meldepflichten des Unvereinbarkeitsgesetzes und des Bezügebegrenzungs-BVG sollen vereinheitlicht und erweitert werden.

- Leitende Stellungen in Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sollen generell, unabhängig vom Tätigkeitsbereich der GesmbH (bisher waren nur GesmbHs im Bereich Handel, Industrie, Verkehr und Bankwesen sowie in Sparkassen meldepflichtig) meldepflichtig werden.
- Darüber hinaus werden – in Erweiterung der bisherigen Meldepflichten nach § 9 Bezügebegrenzungs-BVG – künftig sämtliche unselbständigen, selbständigen und freiberuflichen Tätigkeiten zu melden sein.

Innenpolitik

- Bei den Meldungen sind in Form eines Stufenmodells (vier Stufen, und zwar bis 1.000.-, bis 3.500.-, bis 7.000.- und über 7.000 Euro) die Einkünfte aus diesen Tätigkeiten bekanntzugeben.
- Darüber hinaus werden sowohl Mandatare wie auch Mitglieder der Bundesregierung und Staatssekretäre leitende ehrenamtliche Tätigkeiten zu melden haben.

2. Veröffentlichungspflichten

Von der Präsidentin des Nationalrates, dem Präsidenten des Bundesrates bzw. den Präsidenten der Landtage sind

- die Einkommen der Mandatare in Form eines Stufenmodells sowie
- die leitenden ehrenamtlichen Tätigkeiten von Mandataren, Regierungsmitgliedern und Staatssekretären auf der Homepage des Vertretungskörpers zu veröffentlichen.

III. Korruptionsstrafrecht »neu«

Strafbestimmungen zur wirksamen Verfolgung und Bestrafung des Mißbrauchs anvertrauter Macht.

Korruption zersetzt das Vertrauen in die demokratischen Strukturen und führt zu einer Verfälschung der Strukturen. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, daß öffentliche Verwaltung und staatsnahe Wirtschaft von unredlicher Einflußnahme frei gehalten werden.

Anstand, Ethik und Moral müssen die Leitprinzipien der Politik sein. Diese Prinzipien werden durch neue, wirksame Strafnormen abgesichert. Dadurch wird das österreichische Korruptionsstrafrecht an internationale Standards herangeführt (insbesondere jene der Staatengruppe des Europarates gegen Korruption [GRECO]) und Lücken im System der strafrechtlichen Bekämpfung werden geschlossen.

Im Strafrecht soll es daher zu folgenden Verbesserungen kommen:

- Anfüttern „neu“: kein Abstellen mehr auf konkretes Amtsgeschäft („mögliches Amtsgeschäft“) oder ein pflichtwidriges bzw. pflichtgemäßes Verhalten. Das Kriterium für die Strafbarkeit des Anfütterns ist eine Beeinflussung der Amtsführung. Wenn der Amtsträger also einen nicht gebührenden Vorteil mit dem Vorsatz fordert, annimmt oder sich versprechen läßt, sich in seiner Amtsführung dem Geber gegenüber beeinflussen zu lassen, ist eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren vorgesehen. Welche „nicht gebührenden Vorteile“ nicht angenommen werden dürfen, wird klar geregelt.

- Annahme geringfügiger Vorteile (nach Judikatur bis etwa Euro 100,-) sind straflos, es sei denn, daß die Tat gewerbsmäßig begangen wird (wodurch auch ermöglicht wird, daß die wiederholte Annahme von Vorteilen unter Euro 100,- zusammenge-rechnet wird)
- Abgeordnete des Nationalrates und der Landtage sowie Mitglieder des Bundesrates sollen vollständig dem Begriff der Amtsträger unterstellt werden. Ihre Abgeordnetentätigkeit wird dadurch voll vom Anwendungsbereich des Korruptionsstrafrechts erfaßt.
- Bei der Vorteilsannahme für Amtsträger wird nicht mehr auf das Dienstrecht abgestellt werden, weil es für einige Berufsgruppen (Minister, Landeshauptleute, Bürgermeister) kein Dienstrecht gibt. (Entfall der Dienstrechtsakzessorität)
- Eindeutige Definition dessen, was man als Amtsträger für pflichtgemäße Amtsführung annehmen darf durch Klarstellung, welche Vorteile zulässig sind So sollen Repräsentationspflichten und Spenden für gemeinnützige Zwecke in keinem Fall Anlaß für ein Strafverfahren bieten.
- Klarstellung, daß für ein Amtsgeschäft niemals ein Vorteil gefordert werden darf.
- Entfall der Möglichkeit der Tätigen Reue
- Erweiterung der Korruptionsbestimmungen für Organe und Mitarbeiter aller Rechtsträger des öffentlichen Rechts (z.B. Universitäten) und öffentlicher Unternehmen samt genauer Definition (über 50% Beteiligung durch die öffentliche Hand oder Kontrolle durch den Rechnungshof).
- Die Strafbarkeit im Inland soll erweitert werden: so soll ein Österreicher, der im Ausland einen ausländischen Amtsträger (oder Schiedsrichter) besticht – unabhängig davon, ob die Tat auch im Ausland strafbar ist – in Österreich strafbar sein, gleiches gilt, wenn ein österreichischer Amtsträger (oder Schiedsrichter) im Ausland bestochen wird.
- Anpassung des § 308 StGB (Verbotene Intervention) an den Text der Europaratskonvention.
- Korruption im privaten Sektor:
 - Erhöhung der Strafdrohungen bei der Bestechung im privaten Sektor (Gundtatbestand: Freiheitsstrafe von 2 Jahren; wenn der Vorteil € 3.000 übersteigt, Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren (wie bisher); wenn der Vorteil allerdings über € 50.000 liegt, Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu fünf Jahren

- Delikte werden zu Officialdelikten
- Entfall der Geringfügigkeitsgrenze bei der Bestechung im privaten Sektor (wenn auf eine pflichtwidrige Handlung abgezielt werden soll, soll wie bei den Amtsträgern keine Vorteilsannahme erlaubt sein)

IV. Lobbying- und Interessensvertretungs-Transparenzgesetz

Lobbying und Interessensvertretung sind nicht verboten – in einer Demokratie ist es legitim, eigene und kollektive Interessen gegenüber der Politik zu vertreten.

Unbedingt notwendig dabei ist größtmögliche Transparenz. Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Politikerinnen und Politiker, sollen wissen, wer welche Interessen vertritt.

Genau das soll das neue Lobbyisten-Gesetz sicherstellen, wobei folgende Eckpunkte hervorzuheben sind:

- Eintragung von Lobbyisten in ein Lobbyistenregister.
- Einhaltung gewisser Mindeststandards im Kontakt mit Funktionsträgern.
- Künftig sind Provisionen für Lobbyisten verboten. Die bloße Vereinbarung einer Lobbying-Provision ist nichtig. Darüber hinaus hat ein Auftraggeber eines Erfolgshonorars mit einer Verwaltungsstrafe (bis zu 10.000 Euro, im Wiederholungsfall bis zu 20.000 Euro) zu rechnen.
- Zahlungen für Scheinrechnungen verfallen zugunsten des Bundes.
- Nichtigkeit von Lobbyingaufträgen an Lobbyingunternehmen, die nicht in das Register eingetragen sind.
- Lobbyisten haben einen Verhaltenskodex anzuwenden.
- Funktionsträger dürfen während ihrer Amtszeit nicht als Lobbyisten tätig sein.
- Scharfe Sanktionen bei Verstößen (bis zu 60.000 Euro Verwaltungsstrafe. Bei besonders schwerwiegenden und nachhaltigen Verletzungen ist die Streichung aus dem Register vorgesehen).
- Kammern und Interessenverbände sind folgendermaßen erfaßt: Sie haben Name, Sitz, Adresse, und gesetzlichen Aufgabenbereich einzutragen, z.B. durch Veröffentlichung auf ihrer Homepage und Verlinkung im Register. Zusätzlich haben sie auch die Gesamtzahl der Interessenvertreter und ihre geschätzten Kosten für die Interessensvertretungstätigkeit anzuführen. ■

Quelle: Bundeskanzleramt

Kurz fordert »Politik.Neu«

JVP-Bundestag – Botschaft an die ÖVP: »Ihr braucht mehr von uns« – Spindelegger: JVP-Obmann Kurz macht Nägel mit Köpfen – Auch Vorschläge für Änderung des Wahlrechts – Gemischte Reaktionen

Wir leben in einer Zeit, in der sich große Teile der Bevölkerung von der Politik enttäuscht abwenden. Daran kann man nichts beschönigen. Wir als Junge ÖVP leiten daraus aber die konkrete Forderung ab: Wir brauchen eine Grundreform unseres politischen Systems, wir müssen Politik.Neu denken“, betonte der Bundesobmann der Jungen ÖVP, Sebastian Kurz (er ist Staatssekretär für Integration im Innenministerium), am 14. April in seiner Rede am 24. ordentlichen Bundestag der Jungen ÖVP, wo er sich der Neuwahl stellte und mit 100 Prozent der Stimmen bestätigt wurde.

Ein Ausbau der Mitspracherechte der Bevölkerung in den politischen Entscheidungsprozessen sei daher dringend notwendig: „Bürgerbeteiligung soll nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein. Vorzugsstimmen sollen nicht irrelevant, sondern entscheidend für die Mandatsvergabe sein. Und Steuern wollen wir nicht nur einfach bezahlen, sondern auch über ihre Verwendung mitbestimmen können“, umriß Kurz die wichtigsten Reformfelder im Bereich der Demokratie, die im Laufe des Bundestags in gesammelter Form präsentiert und dann in Form einer Reformkonzepts an Bundesparteiobmann Michael Spindelegger übergeben wurden.

Veränderungen müssen aus Sicht der Jungen ÖVP jedoch nicht nur bei der Demokratie, sondern etwa auch im Bereich der Generationengerechtigkeit, dem Bildungssystem und bei der ständig steigenden Verschuldung auf der Tagesordnung stehen. Kurz: „Wir Jungen sind es, die den Rest unseres Lebens in der Zukunft verbringen müssen. Jahrzehntelang wurde jedoch von einigen Politik betrieben, als gäbe es kein Morgen. Letztes Jahr hätte der ehemalige Bundeskanzler Kreisky seinen 100. Geburtstag gefeiert. Für viele SPÖ-Anhänger ein Grund zum Feiern, doch Grund zum Feiern gibt es nicht. Wir wollen nicht länger in einer Gesellschaft leben, in der jedes neugeborene Kind bereits bei seiner Geburt rund 30.000 Euro Schulden hat. Auch wenn es Widerstand mit sich bringt, werden wir uns als Junge ÖVP auf allen Ebenen für Veränderungen engagieren.“

Doch wer sich für Veränderung einsetzt, muß immer zuerst bei sich selbst damit beginnen: „Wenn wir als ÖVP wieder erfolgreich sein wollen, muß sich auch bei uns in der Partei einiges ändern.“ So sprach sich Kurz für mehr Transparenz, Zusammenhalt



JVP-Obmann Staatssekretär Sebastian Kurz bei seiner Rede in Graz

und Mut für unpopuläre Maßnahmen aus und fand damit klare Worte zur aktuellen Situation der ÖVP.

Im Rahmen des Bundestages wurde das JVP-Demokratiereformkonzept „Demokratie.Neu“ einstimmig beschlossen. Hier einige der Vorschläge:

Bürgerbeteiligung

Parlamentarische Bürgeranfrage Bisher werden parlamentarische Anfragen überwiegend von Oppositionsparteien gestellt. Künftig sollen 10.000 Personen gemeinsam eine Parlamentarische Bürgeranfrage stellen können. Damit bekommt die Bevölkerung stärkere Kontrollrechte gegenüber der Regierung und kann selbst Transparenz in die Politik bringen. Die Beantwortung der Bürgeranfrage durch das Regierungsglied

soll unter anderem öffentlich auf der Parlahomepage erfolgen.

Politische Bildung & Staatskunde Ab der 5. Schulstufe soll es ein eigenständiges Schulfach „Politische Bildung & Staatskunde“ geben, das den Schülerinnen und Schülern einen Überblick über die Themenbereiche Politik und Medien gibt. Abwechslungsreicher und fächerübergreifender Unterricht soll so früh als möglich ein Bewußtsein für die Demokratie schaffen.

Steuergeldwidmung Die Junge ÖVP steht für möglichst niedrige Steuern. Es braucht aber eine Steuerleistung, um den Staat zu finanzieren. Wohin die eigenen Steuern genau fließen, soll genau aufgeschlüsselt werden. Zudem sollen Bürgerinnen und Bürger über die Verwendung von zehn Prozent ihrer Lohn- und Einkommenssteuer entscheiden und können so das Budget zu einem „Bürgerbudget“ machen.

Direkte Demokratie Derzeit ist die Direkte Demokratie in Österreich nur schwach ausgebaut und wird nur selten von der Politik ernstgenommen. Damit sie zu einer effektiven Mitbestimmungsmöglichkeit für die Bevölkerung wird, soll sie aufgewertet werden: Ein Volksbegehren soll deshalb schon ab 10.000 Unterschriften im Parlament behandelt werden, ab 100.000 Unterschriften eine Sondersitzung zu diesem Thema geben und ab rund 630.000 Unterschriften (zehn Prozent der Wahlberechtigten) automatisch eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Die Volksabstimmung ist verbindlich, wenn über die Hälfte aller Wahlberechtigten an der Abstimmung teilgenommen hat und diese mehrheitlich angenommen wurde.

Bürgersonntage Nach Schweizer Vorbild sollen auch in Österreich zwei festgesetzte Abstimmungstage pro Jahr bestimmt werden (sog. „Bürgersonntage“), an denen alle in diese Jahreshälfte fallenden Wahlen oder Volksabstimmungen durchgeführt werden sollen. Damit bekommen die Wahlen oder Volksabstimmungen an sich eine höhere Aufmerksamkeit und es nehmen mehr BürgerInnen an ihnen teil.

Europäische Bürgerinitiative (EBI) Auch auf europäischer Ebene soll die Direkte Demokratie durch einen Ausbau der Euro-

Innenpolitik

päischen Bürgerinitiative gestärkt werden. Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sollen im Rahmen einer erweiterten Europäischen Bürgerinitiative Gesetzesinitiativen starten und somit politische Entwicklungen in Europa selbst mitbestimmen können.

Wahlrecht und Politisches System

Regierungshearing Die Mitglieder der Bundesregierung sollen vor ihrer Ernennung ein Hearing durch die Abgeordneten im Nationalrat durchlaufen. So bekommt das Parlament ein höheres Mitspracherecht und die Bundesregierung gleichzeitig eine höhere Legitimation. Erfahrungswerte aus der Schweiz und aus dem Europäischen Parlament zeigen den Erfolg eines Regierungshearings.

Aufwertung der Vorzugsstimmen Was parteiintern bei manchen Wahlen gilt, soll auf regionaler Ebene die Regel werden: Beispielsweise sollen die Mandate bei einer Gemeinderatswahl nach der Anzahl der erzielten Vorzugsstimmen verteilt werden. Das schafft höhere Motivation und mehr persönlichen Einsatz bei den Kandidatinnen und Kandidaten.

100 Direktmandate im Nationalrat Um die Distanz zwischen den Abgeordneten und ihren Wählerinnen und Wählern zu verkleinern, sollen die Bürgerinnen und Bürger in 43 Wahlkreisen 100 Nationalratsabgeordnete direkt wählen können. Am Wahlzettel soll man nicht mehr Parteien, sondern Personen ankreuzen, die bei entsprechendem Ergebnis als direkt gewählte Abgeordnete ins Parlament einziehen. Damit schafft man eine höhere Verantwortlichkeit der Abgeordneten gegenüber der Bevölkerung und gibt den BürgerInnen mehr Möglichkeiten, ihre politischen VertreterInnen selbst zu bestimmen.

Aufwertung parlamentarischer Arbeit Um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger effektiv vertreten zu können, soll die parlamentarische Arbeit aufgewertet werden. Einerseits soll ein unabhängiger parlamentarischer Legislativdienst eingeführt werden, der den Abgeordneten bei juristischen Fragen zur Seite steht. Andererseits soll jede/r Abgeordnete/r Anspruch auf je eine/n parlamentarische/n Mitarbeiterin und Mitarbeiter im Wahlkreis und im Parlament haben, um auf diese Weise mehr Bürgerservice leisten zu können.

Abschaffung des Proporz Der Proporz – ein Relikt aus der Nachkriegszeit – macht eine konstruktive Zusammenarbeit der Regierungsmitglieder kaum mehr möglich und

soll daher endlich überall abgeschafft werden. Zukünftig soll nicht mehr jede Partei automatisch ab einem bestimmten Wahlergebnis in der Regierung sitzen, sondern die Parteien sollen selbst entscheiden können, mit wem sie in die Regierung gehen wollen.

Direktwahl EU-Kommissionspräsident & Ratspräsident Die obersten Vertreter der Europäischen Union sollen direkt von den BürgerInnen gewählt werden können, im Falle des Kommissionspräsidenten etwa im Rahmen der Europa-Wahlen. Damit werden sie direkt von den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern legitimiert und die Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung in Europa werden ausgebaut.

Bundesrat Der Bundesrat muß dringend reformiert werden: Als mögliche Alternative zur bisherigen Zusammensetzung soll auch über eine zeitgemäße Besetzung des Bundesrats diskutiert werden. Neben einer personellen Reform soll auch die Aufgabe des Bundesrats der heutigen Zeit angepaßt und wieder zu einer echten Länderkammer werden.

Neue Technologien

E-Government Um mehr bürgernahen Service zu ermöglichen, soll das E-Government in Österreich weiter ausgebaut werden. Speziell auf regionaler Ebene besteht hier noch viel Handlungsbedarf, um Amtswege möglichst unbürokratisch und einfach zu machen.

Open Politics Eine offene Gesellschaft hat auch ein Recht auf einen offenen Staat. Daher soll nicht nur das Abstimmungsverhalten aller Abgeordneten veröffentlicht, sondern auch Subventionen und Förderungen offen gelegt werden. Offizielle Schriftstücke, Statistiken etc. sollen veröffentlicht werden und nur mehr in Ausnahmefällen geheim bleiben. Auch ein freier Zugang zu Abstimmungssoftware über das Internet soll gewährleistet werden.

Bürgerbeteiligung über das Internet Die Mitbestimmungsmöglichkeiten der BürgerInnen über das Internet sollen auch vor dem Parlament und der Demokratie generell nicht Halt machen. So soll die Bevölkerung die Möglichkeit bekommen, im Internet alle Sitzungen des Nationalrats, Bundesrats und der Landtage per Livestream mitzuverfolgen und auch über den Inhalt der Fragestunde mitentscheiden können. An Bürgerinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen soll man ebenso elektronisch teilnehmen können wie etwa an Wahlen der Kammern, der ÖH, etc.

Spindelegger: JVP-Obmann Kurz macht Nägel mit Köpfen

„Sebastian Kurz hat in den vergangenen Jahren als Obmann der Jungen ÖVP enormes Engagement gezeigt, Initiativen umgesetzt und auch heikle Themen aufgegriffen. Er weiß, welche Themen und Probleme die junge Generation beschäftigen und setzt sich mit Eifer und Leidenschaft für deren Anliegen ein. Ich kann ihm und der JVP zu seiner Wiederwahl nur gratulieren“, sagt ÖVP-Bundesparteiobmann und Vizekanzler Michael Spindelegger zur Wiederwahl von Kurz als JVP-Obmann beim JVP-Bundestag und weiter: „Mit Sebastian Kurz an der Spitze hat die JVP einen Obmann, der die heißen Eisen anpackt und Nägel mit Köpfen macht.“

„Man muß kein Schuster sein, um zu spüren, daß der Schuh drückt: Die Politik hat heute den Ruf, abgehoben, korruptionsanfällig und nicht mehr auf der Höhe der Zeit zu sein. Das sind unangenehme Botschaften, die nach Antworten verlangen“, betont der ÖVP-Parteiobmann. Mit den Vorschlägen der Jungen ÖVP für mehr Demokratie soll der Bevölkerung ein Angebot gemacht werden. „Wir haben uns entschlossen, die vorliegenden Vorschläge Stück für Stück aufzugreifen und umzusetzen“, erklärt Spindelegger.

Vorzugsstimmen sollen künftig aufgewertet werden, so Spindelegger: „Spätestens seit der Gemeinderatswahl in Innsbruck wissen wir, daß das Vorzugsstimmen-Modell ein Schwerpunkt für die Zukunft ist. Die Bürger wollen das Vertrauen in eine Person mit ihrer Vorzugsstimme manifestieren. Ich möchte diesen Vorschlag in unsere Wahlgesetze einbringen und somit der persönlichen Stimme einen anderen Stellenwert verleihen.“

Der ÖVP-Parteiobmann sieht die bisherigen Möglichkeiten der direkten Demokratie in Österreich als nicht ausreichend an. „Die Bürger müssen das Recht bekommen, etwas zu gestalten“, so Spindelegger, der Veränderungsprozesse in Gang setzen will: „In der Bevölkerung schlummert großes Ideenpotential, das wir auf diese Art besser nutzen wollen.“

Das Internet eröffne außerdem die Chance, Bürger zu erreichen. „Wir wollen die Bürger dafür gewinnen, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen und Initiative zu ergreifen. Die elektronische Unterstützung von Volksabstimmungen, Volksbegehren und Bürgerinitiativen soll künftig auf andere Beine gestellt werden“, betont Spindelegger, der abschließend klarstellt: „Alle Parteien

Innenpolitik

haben sich stets für mehr direkte Demokratie ausgesprochen. Ich fordere einen Offenbarungseid, damit wir sicher sind, daß nicht nur angekündigt wird, sondern auch Bereitschaft besteht, einer Gesetzesinitiative zuzustimmen und sich an der Umsetzung zu beteiligen.“

Prammer: Am Prinzip des Verhältniswahlrechts wird nicht gerüttelt.

Wenige Tage später nahm Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ) dazu Stellung und meinte, am Prinzip des Verhältniswahlrechts werde nicht gerüttelt. In der vom Nationalrat am 14. April eingesetzten Arbeitsgruppe zur Wahlrechtsreform werde es keine Diskussion über das Mehrheitswahlrecht geben. Die Präsidentin blieb auch bei ihrem Vorschlag eines Superwahlsonntags und betonte, daß sie in dieser Frage viele Bündnispartner habe.

Die Reduzierung der Abgeordneten bedeute nicht unbedingt Einsparungen, denn weniger Abgeordnete heiße nicht gleichzeitig weniger Arbeit. Es wäre inakzeptabel, den Gesetzgeber arbeitsunfähig zu machen, mahnte Prammer. Die Kontrollrechte lägen im Parlament und diese könnten in keiner Weise in Frage gestellt werden, machte sie klar. Das Parlament brauche daher trotz etwaiger Verringerung der MandatarInnen eine entsprechende Infrastruktur. Einsparungen ohne Einschränkung der Demokratie brächte vielmehr ein Superwahlsonntag, sagte die Nationalratspräsidentin. Alle Wahlen an einem Tag würden nicht nur für die Parteien selbst weniger Kosten verursachen, sondern auch für die Administration kostensparend wirken.

Mit der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe zeigte sich Prammer zufrieden. Man wolle bis zu den Julitagen vieles abarbeiten und dann im Rahmen einer Generaldebatte eine Zwischenbilanz ziehen, auf deren Basis man dann entscheidet, wie man im Herbst weiter vorgeht. Da die Arbeitsgruppe größer sei, habe man die Möglichkeit, Untergruppen einzurichten.

Nach derzeitigem Übereinkommen sind eine Untergruppe „Infrastruktur“ und eine zum Thema „Direkte Demokratie“ geplant, die beide von ihr selbst geleitet werden. Auf Anfrage von JournalistInnen erläuterte die Präsidentin, zum Punkt Infrastruktur zähle etwa auch die zukünftige Zahl der Ausschüsse sowie die Frage, wie man die Arbeit bei geringerer Zahl von Abgeordneten anders organisiere. Die Zahl der Nationalratsmitglieder ist für sie keine Fahnenfrage, wesentlicher Punkt sei vielmehr, wie man in Zu-

kunft arbeiten wolle. Nehme man bei einem Punkt Änderungen vor, habe dies Konsequenzen für andere Arbeitsabläufe, sagte Prammer, ein Punkt greife in den anderen über. Inkonsequent wäre Prammer zufolge jedenfalls, den Nationalrat mit einfacher Mehrheit zu verkleinern und den Bundesrat so zu belassen, wie er ist. Beim Thema Direkte Demokratie gehe es darum, die vielen auf dem Tisch liegenden Vorschläge nun ernsthaft zu diskutieren.

Burgstaller: Koalitionen haben in der heutigen Wettbewerbsdemokratie einfach keine Chance

Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller hingegen sagte in einem Interview mit dem Wochenmagazin „profil“, sie glaube, daß Koalitionen in der heutigen Wettbewerbsdemokratie einfach keine Chance mehr hätten, geradlinige Politik zu machen. „Ich habe über Jahre mit mir gerungen und war ja auch der Meinung, die Parteien müßten koalieren und kooperieren. Mittlerweile sehe ich das illusionslos: Es braucht einen Systemwechsel. Wir müssen hinkommen zu einem minderheitsfreundlichen Mehrheitswahlrecht.“ Auf die „profil“-Frage, ob eine Partei mit nicht einmal einem Drittel der Wählerstimmen die Regierung stellen solle, meinte Burgstaller, wie man ein Mehrheitswahlrecht im Detail gestalte, sei zu diskutieren. Aber „ich glaube, wenn wieder erkennbar ist, wer wofür steht und in welche Richtung es geht, wird es auch wieder größere Zustimmung zu einer Partei geben – oder eben auch das Gegenteil, wenn die Menschen nicht mit dieser Politik einverstanden sind“, so Burgstaller, die glaubt, daß man in einem Staat nichts mehr erreichen kann, wenn man nur noch für die eigene Partei arbeitet. Es brauche die Bereitschaft, gute Ideen von allen aufzunehmen.

Hofer: Bevölkerung über ESM entscheiden lassen

„Wir freuen uns, wenn die Jugendgruppe der ÖVP in Richtung direkte Demokratie offener ist als Vizkanzler Spindelegger, der sich in einer Dauerdefensive befindet“, begrüßt FPÖ-Vizeparteiohmann Norbert Hofer die Anliegen von Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz. Allerdings habe die Wiener ÖVP bekanntlicherweise nur homöopathische Einflußmöglichkeiten. Es werde daher wohl bei einer Absichtserklärung bleiben.

Echte Reformen in Österreich seien nur dann möglich, so Hofer, wenn statt der „Be-tonierer“ in den privilegierten Bereichen und

statt weltfremder „Berufsverhinderer“ – vor allem in den Landesparteien von SPÖ und ÖVP – endlich die Bürger nach Schweizer Vorbild selbst entscheiden können. „Wenn es der ÖVP wirklich ernst ist, dann soll sie der Bevölkerung ermöglichen, über Österreichs Teilnahme am Eurorettungsschirm (ESM) abzustimmen“, betont Hofer.

Fauland: Demokratiereform überfällig

BZÖ-Bündniskoordinator Markus Fauland begrüßt die Tatsache, daß auch die Junge ÖVP einige Jahre nach dem BZÖ erkannt hat, daß es in Österreich mehr direkte Demokratie braucht. Es sei aber sehr zu bezweifeln, daß auch nur ein einziger Vorschlag von Staatssekretär Kurz umgesetzt werde. „Kurz präsentiert jede Woche einen neuen Vorschlag, der wird dann einen Tag diskutiert und verschwindet sofort wieder in der ÖVP-Rundablage. Für einen Regierungspolitiker ist das leider keine gute Bilanz. Ankündigungsriesen und Umsetzungszwerge gibt es in dieser rot-schwarzen Regierung schon genug.“

Musiol: ÖVP bisher nur auf »Blockierer-Kurs«

Daß die Junge ÖVP in Graz ein Demokratiepaket präsentiert hat, wird von den Grünen positiv aufgenommen: „Es ist erfreulich, daß sich erstmals auch jemand in der Volkspartei damit auseinandersetzt, wie die direkte Demokratie gestärkt und mehr BürgerInnen-Beteiligung erzeugt werden kann“, stellte die Grüne Verfassungs- und demokratiepolitische Sprecherin Daniela Musiol vor dem JVP-Bundestag fest.

„Freilich bin ich sehr gespannt, ob und wie sich Kurz gegen die Direktdemokratieverweigerer in seiner eigenen Partei durchsetzen wird können, denn bis heute ist die Volkspartei hier leider auf einem starren Blockierer-Kurs“, ruft Musiol in Erinnerung und betont, „daß es höchst an der Zeit für Reformen ist: Wir Grüne haben, etwa auch im Rahmen des Österreichkonvents 2003, zahlreiche Initiativen und Vorschläge ins Parlament eingebracht, aktuell liegen für die nächste Sitzung des Verfassungsausschusses Grüne Anträge am Tisch und auch neuen Arbeitsgruppe Parlamentarismus, die gestern (13. April, Anm.) ihre konstituierende Sitzung hatte, gibt es jede Menge Möglichkeiten zu beweisen, daß es der ÖVP – und den anderen Parteien – ernst mit mehr Mitbestimmung für die Bevölkerung ist“, schließt und appelliert die Grüne Nationalratsabgeordnete. ■

Gegen Atomkraft

Global 2000 startet erstes Europäisches Volksbegehren »Meine Stimme gegen Atomkraft« – mit breiter Unterstützung aus allen Parteien.

Die österreichische Umweltschutzorganisation Global 2000 präsentierte am 26. April, dem 26. Tschernobyl-Gedenktage, im Rahmen einer Pressekonferenz das erste Europäische Volksbegehren für saubere und sichere Energie in Europa. Am 1. April konnten erstmals BürgerInnen der Europäischen Union ein Europäisches Volksbegehren bei der EU-Kommission anmelden. Global 2000 hat gemeinsam mit internationalen Partnerorganisationen sofort diese Gelegenheit genutzt und das Volksbegehren „Meine Stimme gegen Atomkraft“ eingereicht. Um 0:20 Uhr war die Registrierung des Anti-Atom-Volksbegehrens abgeschlossen. „Wir konnten deutlich mehr als die vorgeschriebenen sieben Mitgliedsländer für den Bürgerausschuß gewinnen und so haben wir das Volksbegehren in insgesamt zwölf Ländern eingereicht, wobei in jedem der 27 EU-Staaten Unterschriften gesammelt werden können“, erklärt Klaus Kastenhofer, Global 2000-Geschäftsführer. „Die Möglichkeit eines Europäischen Volksbegehrens ist für uns ein wichtiges demokratiepolitisches Instrument. Wir fordern den Ausstieg Europas aus der Atomkraft, die Energie-wende über Energieeffizienzmaßnahmen und den völligen Umstieg auf erneuerbare Energien bis 2050.“

Jetzt prüft die Kommission – bis spätestens 31. Mai – die EU-Rechtskonformität der neun Forderungen der AtomkraftgegnerInnen. Wenn die positive Entscheidung der Kommission bis spätestens 1. Juni vorliegt, können unter <http://www.my-voice.eu> EU-weit Unterstützungserklärungen für das Europäische Volksbegehren abgegeben werden. „Vor zehn Tagen hat Global 2000 gemeinsam mit Greenpeace in langen Verhandlungen mit der österreichischen Bundesregierung erreichen können, daß Österreich ab 2015 atomstromfrei sein wird“, freut sich Kastenhofer über diesen umweltpolitisch so wichtigen Erfolg. „Jetzt wollen wir die PolitikerInnen in Brüssel dazu anregen, es Österreich gleichzutun und aus der unsicheren und teuren Atomkraft auszusteigen!“ Ingesamt müssen eine Million europäische „Stimmen gegen Atomkraft“ im Zeitraum von einem Jahr gesammelt werden. Dann wird sich die Kommission mit dem Anliegen der



Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann (r.) mit Global 2000-Geschäftsführer Klaus Kastenhofer im Bundeskanzleramt.

BürgerInnen befassen und das Europaparlament mit den Forderungen beschäftigen.

Gemeinsam mit Global 2000 reichen Partnerorganisationen aus zwölf Ländern (neben Österreich sind das Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Ungarn, Vereinigtes Königreich mit Schottland und Zypern) das Anti-Atom-Volksbegehren ein. Global 2000-Länderkoordinatorin des Volksbegehrens, Daphne Rieder, ergänzt: „Es sind nicht nur Partnerorganisationen aus unserem Netzwerk ‚Friends of the Earth Europe‘, sondern auch andere zivilgesellschaftliche Organisationen, etwa das französische Bündnis ‚Sortir du Nucléaire‘, die sich klar gegen die Risikotechnologie Atomkraft aussprechen.“ Global 2000 lädt grundsätzlich alle Mitglieder der Zivilgesellschaft sowie Unternehmen und Parteien dazu ein, das Europäische Volksbegehren „Meine Stimme gegen Atomkraft“ zu unterstützen.

Europa ist reif für einen kompletten Ausstieg aus der Atomenergie. „Die Super-GAUs von Tschernobyl und Fukushima haben die zerstörerische Kraft dieser gefähr-

lichen Form der Energiegewinnung mehr als deutlich aufgezeigt. Atomkraft löscht ganze Regionen von der Landkarte und stellt auch für uns EuropäerInnen eine tägliche Bedrohung dar“, sagt Reinhard Uhrig, Atomexperte von Global 2000. „In der EU sind noch immer 133 Reaktoren in Betrieb, davon 62 Hochrisikoreaktoren. Diese haben häufig gar keine Schutzhülle (Containment) oder sie liegen in Erdbeben-Gebieten. Einige davon sind bereits über 30 Jahre alt.“ Global 2000 fordert daher die sofortige Stilllegung aller Hochrisikoreaktoren, denn von ihnen geht die größte Gefahr aus. „Es ist wissenschaftlich belegt, daß dies ohne Netzausfälle sofort geschehen kann. Bisher fehlte der politische Wille dazu, deswegen haben wir das Europäische Volksbegehren für eine sichere und saubere Energiezukunft initiiert“, erklärt Uhrig.

Beim Global 2000-Tomorrow-Festival am 25. und 26. Mai in Zwentendorf setzen 60 KünstlerInnen aus acht Nationen auf drei Bühnen ein beeindruckendes Zeichen gegen Atomkraft. Das Festival ist die Auftaktveranstaltung des Anti-Atom-Volksbegehrens.

Innenpolitik

Faymann: Brauchen Schulterschuß mit Bevölkerung und NGOs

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) betont seine volle Unterstützung für die erste Europäische Bürgerinitiative „Meine Stimme gegen Atomkraft“. „Unser Ziel ist ein europaweiter Ausstieg aus der Atomenergie. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir einen Schulterschuß mit der europäischen Bevölkerung und den NGOs“, so der Kanzler nach dem Treffen mit Global 2000-Geschäftsführer Klaus Kastenhofer. Gerade am Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl gelte es daran zu erinnern, welches Leid AKW-Unfälle über die Menschen gebracht haben.

reden wollen, daß Atomenergie wirtschaftlich besonders günstig sei und daß Atomstrom eine Art erneuerbare Energie sei“, sagte der Kanzler nach dem Energiegipfel, an dem neben Regierungsvertretern auch Vertreter von NGOs und Energiewirtschaft teilgenommen hatten. „Wir brauchen den Atomstrom nicht“, so Faymann, Österreich setze auf den Ausbau erneuerbarer Energie. Um gemeinsam jene Vorschläge zu bekämpfen, die darauf abzielen, Atomenergie auf europäischer Ebene zu fördern, sei Glaubwürdigkeit notwendig. Mit den beschlossenen Maßnahmen habe Österreich seine Glaubwürdigkeit und seinen Vorbildcharakter im Kampf gegen Atomkraft weiter ausge-

sorgung), die im Auftrag der Europäischen Kommission in den vergangenen Monaten die Prüfung der Atomkraftwerke durchgeführt hat, hat im Rahmen ihrer Plenarsitzung den umfangreichen Bericht darüber fertiggestellt. In der Schlußabstimmung hat sich Österreich als einziges Land der Stimme enthalten. „Eine Zustimmung zum vorliegenden Bericht war nicht möglich. Er ist gut, aber nicht gut genug. Denn er stellt zwar einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem europäischen Nuklearsicherheitssystem dar, aber mit einem ersten Schritt sind wir noch lange nicht am Ziel. Positiv ist zu bewerten, daß es erstmals ein europäisches Bewertungsverfahren nach einheitliche Kriterien gibt, auch AKW-freie Staaten konnten in diesem Prozeß mitbestimmen und erstmals Unterlagen einsehen, die bisher nicht für uns zugänglich waren. Jedoch – was auch Grund für die ablehnende Position Österreichs war – der Zeitplan war viel zu kurz, nicht jeder Reaktor wurde besichtigt, nicht jeder Anlagentyp wurde überprüft. Ich verlange daher, daß in einem nächsten Schritt weitere Anlageninspektionen stattfinden. Die Bewertung der einzelnen Anlagen muß klarer und konkreter sein. Wir müssen aus Fukushima die richtigen Lehren ziehen. Schutz und Sicherheit der Menschen muß an erster Stelle stehen – und da darf es keine halben Sachen geben.“ fordert Berlakovich.

Zur lückenlosen Kennzeichnung von Importstrom sagte Berlakovich, es sei ein „überfälliger umweltpolitischer Fortschritt, daß auch die letzten beiden österreichischen Stromversorger der Forderung nach einer Kennzeichnung von Importstrom nachkommen. Was beim letzten Energiegipfel noch nicht möglich war, haben wir jetzt durchgesetzt. Damit haben sich nun alle österreichischen Stromversorger einer Selbstverpflichtung unterworfen“, so der Umweltminister. „Mit dem neuen Ökostromgesetz und durch den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energieträger werden wir dieses Ziel erreichen. In diesem Sinn ist das Ergebnis des Atomgipfels ein wichtiger Zwischenschritt im Sinne der StromkundInnen, im Dienste der Transparenz und in Richtung Energieautarkie.“

Graf: Der Konsument ist nun sehr gut über die Herkunft des Stroms informiert

„Aufgrund der Stromkennzeichnungsverordnung der E-Control sind seit Anfang des Jahres alle heimischen Stromversorger verpflichtet, sowohl auf ihrem Werbe- und Informationsmaterial als auch auf den Rech-



Foto: BMLFUW / Bernhard Kern

Umweltminister Nikolaus Berlakovich: »Wir bleiben unbequem!«

„Die Ereignisse von Fukushima haben meine Haltung bestätigt: Diese Technologie ist nicht beherrschbar, sie ist gefährlich. Wir müssen all jenen entgegen treten, die uns erklären, daß Atomenergie eine nachhaltige Energieform ist. Denn das einzig Nachhaltige an der Kernkraft ist ihr nachhaltiges Risiko.“

Faymann verwies außerdem auf den österreichischen Energiegipfel vom 16. April, wo konkrete Maßnahmen beschlossen wurden, die dafür sorgen, daß Österreich Atomstrom-frei wird. Dazu gehören gesetzliche Regelungen wie eine vollständige Stromkennzeichnung, der Verzicht auf den Bezug von Atomstromzertifikaten und auch ein Atomstromfrei-Gütesiegel. Er sprach von einem „guten Tag für all jene, die gegen Atomenergie sind“. Die Maßnahmen hätten „Vorbildcharakter“ und belegen, „daß wir Atomstrom nicht brauchen und zur Speerspitze derer gehören, die jenen Ländern gegenüberstehen, die uns fälschlicherweise ein-

baut, „das ist auch ein wichtiger Beitrag für die europäische Debatte“, sagte der Kanzler, der sich bei den Vertretern der NGOs für die Zusammenarbeit bedankte.

Berlakovich: Österreich fordert weitere Überprüfungen

„Die Streßtests sind auf Initiative Österreichs als Konsequenz der Katastrophe in Fukushima durchgeführt worden. Wir wollen wissen, wie es konkret um die AKWs rund um Österreich bestellt ist und was dort zu passieren hat: nachrüsten oder abschalten. Der jetzige Bericht ist ein wichtiger Schritt, aber keineswegs der Abschluß. Daher fordern wir, daß es für jede Anlage eine konkrete Bewertung gibt und einen Umsetzungsplan der Maßnahmen. Wir bleiben unbequem!“, so Umweltminister Niki Berlakovich (ÖVP) anläßlich der Fertigstellung des Expertenberichtes zu den AKW-Streßtests.

Die Ensreg (Europäische Hocharrangige Gruppe für Nuklearsicherheit und Abfallent-

Innenpolitik

nungen die Herkunft des angebotenen Stroms genau auszuweisen. Martin Graf, Vorstand der Energie-Control Austria: „Der Konsument ist daher nun bereits sehr gut darüber informiert, woher der Strom, den er kaufen möchte, kommt. Nur so kann er sein Recht, das Produkt seiner Wahl auszuwählen, aktiv wahrnehmen.“ Aufgrund der Stromkennzeichnungsverordnung der E-Control sind seit Anfang des Jahres alle heimischen Stromversorger verpflichtet, sowohl auf ihrem Werbe- und Informationsmaterial als auch auf den Rechnungen die Herkunft des angebotenen Stroms genau auszuweisen. „Der Konsument ist daher nun bereits sehr gut darüber informiert, woher der Strom, den er kaufen möchte, kommt. Nur so kann er sein Recht, das Produkt seiner Wahl auszuwählen, aktiv wahrnehmen“, so Graf.

Die Stromkennzeichnungsverordnung besagt, daß die bekannten Primärenergieträger von den Unternehmen aufgeschlüsselt werden müssen und ihr Anteil am Versorgermix in Prozent dargestellt werden muß. Für Mengen, deren Herkunft nicht durch Nachweise belegt werden kann, ist eine Ausweisung als „Strom unbekannter Herkunft“ notwendig. Zusätzlich müssen die Herkunftsländer aller für die Stromkennzeichnung verwendeten Nachweise angegeben werden. Weiters gibt es für die Lieferanten die Möglichkeit, freiwillige Zusatzangaben wie zum Beispiel hinsichtlich gemeinsamen Bezugs von Strom und Nachweis anzuführen.

Strache: FPÖ unterstützt europaweites Volksbegehren gegen Atomkraft!

Die Freiheitlichen unterstützen das europaweite Volksbegehren „Meine Stimme gegen Atomkraft“, mit dem ein Ausstieg Europas aus der Atomenergie und der Umstieg auf erneuerbare Energien erreicht werden soll. Jede Möglichkeit, gegen diese lebensbedrohliche Form der Energiegewinnung aufzutreten, müsse genutzt werden, so FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache.

Spätestens nach der Katastrophe von Fukushima im Vorjahr müsse jedem klar sein, daß man nicht länger auf Atomkraft setzen dürfe. Das Gefahrenpotential dieser Technologie sei völlig inakzeptabel. Die Kernkraftnutzung verursache zudem auch, zusätzlich zu all ihren nicht zählbaren Risiken, enorme Kosten. Atomkraftwerke seien „strahlende Geldmaschinen, ein energiepolitischer Goldesel gewissermaßen – aber nur für die Betreiber“, so Strache. Die Propaganda von der billigen Energie dagegen sei eine Lüge,



Foto: Werner Hölzl / Licensed under the GFDL by the author.

Das einzige AKW im niederösterreichischen Zwentendorf durfte nach einer negativen Volksabstimmung im Jahr 1978 nie in Betrieb gehen und ist heute ein Museum.

weil Atomenergie nur dank massiver Subventionen billig gemacht werde. Gäbe es Kostenwahrheit, wären nachhaltige Energieformen längst konkurrenzfähig. Strache sprach sich für eine substanzielle Förderung sauberer, heimischer Energieträger aus. Österreich könnte sich binnen weniger Jahrzehnte völlig autark machen, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre.

Brunner: So etwas wie Tschernobyl darf nie wieder passieren

„Auch am 26. Jahrestag der Atomkatastrophe in Tschernobyl gedenken wir der vielen Opfer. Wie viele es tatsächlich sind ist bis heute unklar. Immer noch leiden viele Menschen und vor allem Kinder unter den Folgen. Die Gegend rund um den Reaktor ist bis heute Sperrgebiet“, sagt Christiane Brunner, Umwelt- und Energiesprecherin der Grünen.

„Gedenken alleine ist aber zu wenig. Die Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima haben uns gezeigt, daß jederzeit wieder etwas passieren kann. Auch direkt vor unserer Haustür. Rund um Österreich liegt eine Reihe von Hochrisiko-Reaktoren“, warnt Brunner und ruft alle AtomkraftgegnerInnen auf: „Die Erinnerung an die Katastrophe macht es uns zur Pflicht für das Abschalten dieser Reaktoren und für den Atomausstieg generell zu kämpfen. Dazu gibt es viele Möglichkeiten. Ob durch Unterstützung des aktuellen europäischen Volksbegehrens zum Ausstieg aus der Atomkraft, oder im Umweltverträglichkeitsprüfungs- (UVP) Verfah-

ren zu den Ausbauplänen des AKW Temelin. Engagement zahlt sich immer aus, gerade gegen eine Technologie des Wahnsinns wie die Atomkraft, die nie beherrschbar sein wird. Sie gefährdet die jetzige Generation und bürdet den zukünftigen Generationen ungelöste Müllprobleme auf. Deshalb ist Engagement unsere Pflicht. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß so etwas nie wieder passieren kann“, fordert Brunner.

Greenpeace begrüßt europaweites Anti-Atomvolksbegehren

Die Umweltorganisation Greenpeace in Österreich begrüßt die von Global 2000 vorgestellte Initiative zu einem europaweiten Volksbegehren (ECI – European Citizens Initiative) für einen Ausstieg aus Atomkraft. „Greenpeace Österreich unterstützt das ECI vollinhaltlich. Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beitragen, daß das ECI die nötigen eine Million Unterschriften erreicht, somit erfolgreich wird und von der EU-Kommission behandelt werden muß“, erklärt Greenpeace-Sprecher Steffen Nichtenberger.

Die durch die Medien geisternde Atom-Renaissance findet in Wirklichkeit – vor allem in Europa – kaum statt. Der Widerstand der Bevölkerungen gegen ein Kernkraftwerk in ihrer Umgebung, aber auch die steigende Marktfähigkeit der Erneuerbaren Energieträger bringt die Atomindustrie stark ins Trudeln. Rund 420 Atomkraftwerke sind weltweit nach dem verheerenden Reaktorunfall in Fukushima noch am Netz, 130 davon in Europa. ■

Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden

Innenministerin Mikl-Leitner: Sicherheitsbehörden werden schlanker, effizienter und noch schlagkräftiger

Ziel ist es, die acht Sicherheitsdirektionen, 14 Bundespolizeidirektionen und neun Landespolizeikommanden zu neun Landespolizeidirektionen zusammenzuführen. „Aus 31 Behörden machen wir also neun“, sagte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) am 19. April anlässlich einer Debatte zur Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden im Plenum des Nationalrats. „Dadurch wird die Führungsstruktur schlanker, es gelingt, Doppel- und Dreifachgleisigkeiten auszuschalten und acht bis zehn Millionen Euro mittelfristig jährlich einzusparen. Das bedeutet, wir werden rascher, schlanker, schlagkräftiger und effizienter mit dem Vorhaben, weniger Personal in der Verwaltung zu haben und mehr Personal direkt auf der Straße, in unseren Städten und Gemeinden.“

Die Neustrukturierung betrifft ausschließlich die obersten Führungsstrukturen der Polizei auf Landesebene. In den Polizeiinspektionen, den Stadtpolizei- und Bezirkspolizeikommanden bleibt alles unverändert. Ebenso bleiben die Zuständigkeiten der Bezirkshauptmannschaften als Sicherheitsbehörden erster Instanz gleich wie bisher. Gerade mit dieser Reform komme es zu einer Verschmelzung von Behörde und Wachkörper – „eine Struktur, von der wir wissen, daß sie funktioniert“, verwies Mikl-Leitner auf das Modell Wien. Die Landespolizeidirektionen sollen von einem Landespolizeidirektor und seinen beiden Stellvertretern geleitet werden.

Dies sei eine Fortsetzung der Reformschritte der letzten Jahre, verwies die Ministerin unter anderem auf die Reform direkt in der Zentralstelle, die Gründung der Sicherheitsakademie, die Neuaufstellung des Einsatzkommandos Cobra, die Gründung des Bundeskriminalamts und des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, die Eingliederung der Zollwache oder die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie zur gemeinsamen Bundespolizei. Das Ministerium habe sich der Strategie INNEN.SICHER verschrieben, die von vielen Experten ausgearbeitet wor-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Die Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden soll auch mehr PolizistInnen für den Dienst auf der Straße bringen.

den sei. Zentrales Herzstück dabei sei diese Reform.

Eine Kontrolle werde es sowohl intern durch die Controllingabteilung und interne Revision, als auch extern durch die künftigen Landes- und Bundesverwaltungsgerichtshöfe sowie die Staatsanwaltschaft auf kriminalpolizeilichem Gebiet oder die Ämter der Landesregierung im verkehrspolizeilichen Bereich geben. Jede Aufgabe soll in eine Hand kommen, laute der Grundsatz, verwies die Ministerin auf die derzeit verschiedenen Zuständigkeiten im kriminalpolizeilichen Bereich oder Personalbereich. Wichtig sei auch der Bürgerkontakt. Mit dieser Reform gebe es für den Bürger einen Mehrwert, weil mehr Personal auf der Straße sei. Zudem werde es Bürgerservicestellen geben.

„Die Umsetzung dieser Behördenreform ist wichtig und richtig, weil sich viele Rahmenbedingungen rund um die Polizei verändern“, verwies die Ministerin auf das geplante Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, auf die neu zu schaffenden Landes- und Bundesverwaltungsgerichte sowie auf die Umsetzung der Haushaltsrechtsreform, die mit 1. Jänner 2013 schlagend werde.

Die Ministerin dankte den Abgeordneten für die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit. In den nächsten Wochen und Monaten sei aber noch viel zu tun, verwies Mikl-Leitner auf die noch fertig zu stellenden Personaleinsatz- und Raumkonzepte oder die künftigen Aus- und Fortbildungsmodelle, um die neue Aufgabe professionell bewältigen zu können. Anfang des Sommers würden dann die Positionen der Landespolizeidirektionen und deren Stellvertreter ausgeschrieben. „Das bedeutet, wir sind hier in der Umsetzung gut unterwegs“, dankte die Ministerin dem Koalitionspartner, allen voran SPÖ-Sicherheitspartner Otto Pendl. „In vielen Gesprächen wurde eine Grundstruktur geschaffen und mit Leben erfüllt, um zu einem gemeinsamen Meilenstein – einem modernen Behördenkörper – zu kommen.“ Die Ministerin dankte zudem der Opposition für die fachlich sachlichen Gespräche im Vorfeld, auch wenn sie nicht nachvollziehen könne, warum die Grünen ihre Zustimmung verweigern.

„Durch die Reform werden die Behörden schlanker, effizienter und schlagkräftiger. Es ist ein guter Tag für die Sicherheit der Republik und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger“, schloß Mikl-Leitner.

Innenpolitik

Pendl: Neustrukturierung ist Jahrhundertreform

SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl hat im Nationalrat betont, daß die Reform der Sicherheitsbehörden, „die größte Verwaltungsreform der Zweiten Republik“ und eine „Jahrhundertreform“ sei. Die Reform bringe Verbesserungen in allen Bereichen der Sicherheit und mehr Qualität für die BürgerInnen.

Die Reform bringe Verbesserungen in allen Bereichen der Sicherheit, das betreffe die „klassische Sicherheit, aber auch rechtsstaatliche Verbesserungen im Hinblick auf Grund- und Menschenrechte“. Die Verwaltung werde verschlankt und insgesamt effizienter. Das wirke sich auch positiv auf die Qualität des Service am Bürger aus, ermögliche eine bessere Ausbildung der Exekutive und bringe insgesamt deutliche Verbesserungen im Fremdenrecht. Es sei daher ein guter Tag für alle, „die sich für Sicherheit und Menschenrechte einsetzen“, sagte Pendl.

Herbert: Neustrukturierung trägt freiheitliche Handschrift

„Eine der wichtigsten Forderungen der FPÖ ist jene nach einer umfassenden Verwaltungsreform und diese Regierungsvorlage über die Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden trägt dem klar Rechnung“, stellte der AUF-Bundvorsitzende und freiheitliche Bereichssprecher für den Öffentlichen Dienst, Werner Herbert, in seinem Debattenbeitrag im Nationalrat fest.

„Diese Reform der Sicherheitsbehörden trägt klar freiheitliche Grundzüge und wird daher auch seitens der FPÖ unterstützt. Zudem betrifft sie nur die Führungsebene und hat für die Aufgabenerfüllung an der Polizeibasis für die dort dienstverehenden Polizistinnen und Polizisten, die oft einen undankbaren und harten Dienst am Allgemeinwohl erbringen und denen dafür Dank und Anerkennung gebührt, keine Auswirkungen“, so Herbert. Im Gegenteil: Die zu erwartenden Einsparungen würden mithelfen, daß die Exekutive ihren Dienst zukünftig noch besser und effizienter erbringen kann.

Westenthaler: Ja, aber begleitende Kontrolle bei Postenbesetzung

„Das BZÖ begrüßt die Neustrukturierung des Sicherheitsbereiches, weil sie auf eine gemeinsame Initiative aus dem Jahr 2004 zurückgeht – mit dem Ziel, im Kampf gegen die Kriminalität die Strukturen zu verbessern“, erklärte BZÖ-Sicherheitssprecher Pe-



Foto: B.M.I. / Polizei

Die Neuaufstellung des Einsatzkommandos Cobra, hier bei einer Einsatzübung, wurde bereits erfolgreich durchgeführt.

ter Westenthaler in seinem Debattenbeitrag. Dies wurde damals von der SPÖ verhindert – „schön, daß sich die SPÖ nach acht Jahren doch dazu bekennt“, so Westenthaler, der aber auch eine Kontrolle bei der Postenbesetzung ankündigte.

„Das BZÖ ist die Partei, die für eine Verschlinkung des Staates und für Bürokratieabbau eintritt“, daher sei die Reduktion von 31 Behörden auf neun Landesdirektionen vernünftig. Positiv sieht der BZÖ-Sicherheitssprecher auch, daß die Qualitätsmerkmale für das Führungspersonal angehoben werden sollen – immerhin werden sieben neue Landespolizeidirektoren bestellt.

Man habe die Erfahrung gemacht, daß in der Vergangenheit die Postenbesetzungen im Sicherheitsbereich nicht immer nach Qualität, sondern auch nach dem Parteibuch erfolgt waren, „daher werden wir genau kontrollieren und – wenn nötig – der Regierung auch auf die Finger klopfen“, versprach Westenthaler. Die Regierung stehe bei Postenbesetzungen zwar unter Generalverdacht des Proporz, im Sinne einer Verwaltungsreform müsse man aber bei gleichzeitiger genauer Kontrolle zustimmen.

Pilz: Kein Vertrauensvorschuß

Peter Pilz, Sicherheitssprecher der Grünen, konzedierte, daß hier eine Verwaltungs-

reform durchgeführt werde, die zwar nicht so gewaltig sei wie dargestellt, die aber dennoch gut sei. Allerdings sehe er die Gefahr, daß diese Reform zu einem neuerlichen parteipolitisch motivierten Postenschacher führen könnte. Es wäre eine freudige Überraschung, wenn hierbei erstmals seit 2000 nach sachlichen Kriterien vorgegangen werden würde. Darauf wolle er sich allerdings nicht verlassen, weshalb er dafür eintrete, daß es ein eigenes Strafgesetz gegen parteipolitisch motivierte Postenbesetzungen gebe. Dann, und erst dann könne man derlei Materien einen Vertrauensvorschuß geben, bis dahin müsse man eine solche Vorlage ablehnen.

Mit breiter Mehrheit von SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ passierte die Sicherheitsbehörden-Neustrukturierung am 19. April den Nationalrat. Die acht Sicherheitsdirektionen, vierzehn Bundespolizeidirektionen und neun Landespolizeikommandos werden nun zu insgesamt neun Landespolizeidirektionen zusammengeführt. Dazu lag einerseits ein Bundesverfassungsgesetz vor, mit dem die erforderlichen verfassungsgesetzlichen Rahmenbedingungen festgelegt werden. Der zweite diesbezügliche Gesetzentwurf dient der Schaffung der notwendigen organisatorischen Voraussetzungen. ■

Pressefreiheit braucht auch verantwortungsvollen Journalismus

Schülerdiskussion im Parlament zum Tag der Pressefreiheit

Jährlich am 3. Mai wird der Internationale Tag der Pressefreiheit begangen. Aus diesem Anlaß lud Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am 27. April gemeinsam mit der Initiative „ZIS – Zeitung in der Schule“ zu einer Diskussionsveranstaltung ins Parlament. Rund 50 SchülerInnen des Gymnasiums Erlgasse und der „De la Salle“-Schule Strebersdorf diskutierten mit einer Gruppe von JournalistInnen unter anderem über die Bedeutung der Pressefreiheit und die hohe Verantwortung, die Medien haben. Österreich lag im Pressefreiheits-Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ zuletzt zwar auf Platz 5, die JournalistInnen mahnten dennoch zur Wachsamkeit.

Prammer meinte in ihren Begrüßungsworten zu den SchülerInnen, sie halte es für unverzichtbar, sich mit Medien auseinanderzusetzen. Es sei wichtig, zu einem Thema ein breites Spektrum an Informationen einzuholen und „nicht nur eine zufällig herumliegende Zeitung aufzuschlagen“. Auch im Medien-Workshop der Demokratiewerkstatt des Parlaments gehe es um die Frage von Medienkompetenz. Zum Thema Pressefreiheit merkte sie an, im Kampf darum müßten immer wieder Menschen ihr Leben lassen. Sie hob aber auch die Notwendigkeit des verantwortungsvollen Umgangs von JournalistInnen mit der Pressefreiheit hervor.

Auch Alexander Warzilek, Geschäftsführer des Österreichischen Presserats, ging in seinem Impulsreferat auf die Verantwortung und Verpflichtung von JournalistInnen ein, sorgsam mit der Pressefreiheit umzugehen. Man könne Pressefreiheit auch dadurch gefährden, indem man sie mißbrauche und beispielsweise zur Befriedigung von Sensationslust die Privatsphäre und die Rechte von Opfern mißbachte, konstatierte er. Seiner Ansicht nach brauche es daher auch eine Form der Kontrolle der Medien, etwa durch den Presserat.

Die Presse sei in einer Demokratie deshalb wichtig, weil sie quasi der Kontrolleur des Staates und der Mächtigen sei, betonte Warzilek. Sie Sorge als „public watchdog“ für ein Machtgleichgewicht. Besondere Bedeutung kommt ihm zufolge dabei auch dem Redaktionsgeheimnis zu.



Diskussionsveranstaltung für Schüler/innen zum Internationalen Tag der Pressefreiheit

APA-Chefredakteur Michael Lang wies darauf hin, daß von 180 Nachrichtenagenturen weltweit 160 öffentlich-rechtlich seien bzw. in irgendeiner Form unter dem Einfluß des Staates stünden. Nur 20 seien in privaten Händen und, wie die Austria Presse Agentur, vorwiegend als Genossenschaft organisiert. Nachweisbaren staatlichen Druck auf JournalistInnen gibt es in Österreich Lang zufolge nicht, seiner Meinung nach ist aber auch die finanzielle Unabhängigkeit von Medien wichtig. In diesem Sinn sei die APA seiner Meinung nach in einer vorteilhaften Position, weil sie keine Presseförderung bekomme und auch keine Inserate habe.

Rubina Möhrig, geschäftsführende Präsidentin von „Reporter ohne Grenzen“, führt den guten Platz Österreichs im Pressefreiheits-Ranking unter anderem auf die Kleinheit des Landes zurück, wies aber auch darauf hin, daß österreichische Zeitungen, im Gegensatz etwa zu deutschen, aus geheimen Untersuchungsdokumenten von Behörden zitieren dürften. Auch das Redaktionsgeheimnis nimmt ihr zufolge eine wichtige Stellung ein.

Der aktuell 5. Platz Österreichs sei mit dem 26. Platz im Jahr 2002 nicht ganz vergleichbar, erklärte Möhrig, weil sich die Bewertungskriterien inzwischen zum Teil geändert hätten. Positiv habe sich jedenfalls ausgewirkt, daß es nun wieder einen Presserat in Österreich gebe. Generell bekräftigte Möhrig, man könne Pressefreiheit auch miß-

brauchen, Lügen hätten nichts mit Meinungsfreiheit zu tun.

Innenpolitik-Journalistin Eva Weissenberger, designierte Chefredakteurin der Kärntner „Kleinen Zeitung“, sprach ebenfalls den Aspekt der Wahrheit an. „Was man schreibt, muß stimmen“, bekräftigte sie, und das sollte man im Bedarfsfall auch beweisen können. Einschränkungen bei der Berichterstattung in Österreich sieht sie grundsätzlich nicht, Weissenberger wies aber darauf hin, daß die Medienkonzentration in Österreich und die finanzielle Abhängigkeit von Inseraten die redaktionelle Unabhängigkeit gefährdeten. Ihrer Ansicht nach sind daher aufmerksame und kritische MedienkonsumentInnen wichtig.

Von seiten der SchülerInnen wurde als wichtigste Informationsquelle „Facebook“ genannt, vereinzelt gelesen werden aber auch U-Bahn-Zeitungen. Ein Schüler meinte, seiner Meinung nach würden PolitikerInnen oft in übertriebener Form bloßgestellt und lächerlich gemacht. Moderiert wurde die Diskussion von der „Presse“-Medienredakteurin Anna-Maria Wallner.

Bereits vor der Diskussionsveranstaltung hatten SchülerInnen der Kooperativen Mittelschule in Wien 22 die ZIS-Gäste im Rahmen eines Medien-Workshops der „Demokratiewerkstatt“ interviewt. Der dabei entstandene Filmbeitrag wurde auf die Parlaments-Website für Kinder gestellt. ■

<http://www.demokratiewerkstatt.at>

Eine (zweite) Chance am Arbeitsmarkt

Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Wiens Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely und Caritas-Wien-Direktor Michael Landau zu Herausforderungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik



Foto: Georg Oberweger / PID

Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Caritasdirektor Michael Landau und Stadträtin Sonja Wehsely

Trotz der an sich erfreulichen Tatsache, daß Österreich die geringste Arbeitslosenquote in Europa zu verzeichnen hat, darf man nicht übersehen, daß wir mit einer strukturellen Erwerbslosigkeit zu kämpfen haben, die auch nach der Überwindung der Wirtschaftskrise nicht zur Gänze verschwinden wird“, unterstrich Michael Landau, Caritasdirektor der Erzdiözese Wien, anläßlich der vierten Jobmeile in Wien, bei der rund 30 verschiedene Trägereinrichtungen, unter anderem AMS, WAFF und MA 40, Beschäftigungsprojekte und Beratungsangebote für langzeitarbeitslose Frauen und Männer präsentierten. Insgesamt waren im März rund 332.200 Menschen beim AMS als erwerbslos vorgemerkt oder befanden sich in Schulung. In der öffentlichen Diskussion wird oft vernachlässigt, daß die Probleme die sich aus Erwerbslosigkeit ergeben, nicht nur Angelegenheit der Betroffenen sind. Auch ihre Angehörigen haben ein erhöhtes Risiko, von Einkommensarmut betroffen zu sein – umso höher, je länger die Erwerbslosigkeit andauert. „Es ist leider verbreitet, die Schuld bei den Betroffenen selbst zu suchen.“ Landau wünscht sich in diesem

Zusammenhang ein Maßnahmenpaket, das Antworten auf die Verteilung der verfügbaren Arbeit gebe, keine Tabus im Sprechen über vermögensbezogene Steuern sowie Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und den Ausbau von Projekten für langzeiterwerbslose Menschen.

„Langzeitarbeitslosigkeit stellt für die Arbeitsmarktpolitik immer eine große Herausforderung dar und ist mir ein besonderes Anliegen. Vor allem gesundheitliche Einschränkungen und niedrige Qualifikation sind die größten Risiken dafür, dauerhaft seine Erwerbsarbeit zu verlieren“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Eingliederungsbeihilfen, sozialökonomische Betriebe und Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte sind wichtige Instrumente, um Menschen nach langer Arbeitslosigkeit wieder eine Chance zu geben. Im Jahr 2011 haben wir daher in das Segment sozialökonomische Betriebe und Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte rund 190 Millionen Euro investiert und es konnten in diesen Projekten immerhin 27.000 ausgrenzungsgefährdete Menschen beschäftigt werden. „Der Weg raus aus der Langzeitarbeitslosigkeit ist mei-

stens schwierig, wir sind daher sehr darum bemüht, Langzeitarbeitslosigkeit gar nicht entstehen zu lassen. Daher hat die Bundesregierung auch vor allem während der Wirtschaftskrise die Qualifizierungsmaßnahmen intensiviert. Mit dem Präventionsprogramm Fit2Work soll verhindert werden, daß Arbeitnehmer dauerhaft krank und dadurch arbeitsunfähig werden“, so der Minister. „Wir werden weiterhin einen großen Schwerpunkt in unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf die Vermeidung und Behebung von Langzeitarbeitslosigkeit legen“, versprach Hundstorfer.

Ein „Sprungbrett in die Beschäftigung“ wurde in Wien schon vor der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung gelegt, indem eine Reihe von Arbeitsprojekten für die Gruppe der erwerbsfähigen Sozialhilfe-EmpfängerInnen etabliert wurde. In Wien waren laut AMS im vergangenen Monat 80.282 Menschen als arbeitslos gemeldet. Hinzu kommen mehr als 22.949 Personen, die sich in Schulungen befanden. Sonja Wehsely, Stadträtin für Gesundheit und Soziales: „Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung hat das österreichische Sozialwesen um

Innenpolitik

viele Schritte vorwärts gebracht. Früher waren SozialhilfebezieherInnen keine Zielgruppe für das Arbeitsmarktservice. Das haben wir mit der Einführung der Mindestsicherung geändert. Mit Erfolg: Die Zahl der Menschen, die ausschließlich von Mindestsicherung leben, lag 2011 bei 12.313 und im Jahr davor um 16,6 Prozent höher. Selbst vor fünf Jahren, 2007, lebten mehr Menschen, nämlich 12.575, ausschließlich von der Sozialhilfe. Das ist ganz klar ein Erfolg der Mindestsicherung und der damit verbundenen Arbeitsmarktmaßnahmen, weil diese Gruppe erstmals ganz gezielt an den Arbeitsmarkt herangeführt wird.“

Neben den wichtigen Angeboten, die von der Stadt Wien und der Caritas gemeinsam geschaffen wurden, unterstrich Wehsely die Bedeutung von Step2Job, einem Projekt, das besonders auf arbeitsmarktferne Zielgruppen zugeschnitten wurde. Step2Job arbeitet mit Qualifizierungsmaßnahmen und sozialen Unterstützungen wie Schuldnerberatung oder psychologischer Beratung. Seit Einführung der Mindestsicherung im September 2010 bis Ende des ersten Quartals 2012 sind in das Projekt 6340 Personen eingetreten. Davon haben 2640 (41,6 Prozent) MindestsicherungsbezieherInnen eine Schulung begonnen. 1780 (28,1 Prozent) Personen konnten einen Job antreten, bei den 18- bis 21-jährigen sogar über 33 Prozent). Mehr als die Hälfte dieser Menschen sind bereits mehr als drei Monate in Beschäftigung.

Caritas-Angebot für langzeitarbeitslose Menschen

Die Caritas der Erzdiözese Wien engagiert sich seit über 20 Jahren gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice und der Stadt Wien im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik für langzeitarbeitslose Frauen und Männer. Das Angebot umfaßt acht Jobprojekte mit insgesamt 340 Arbeitsplätzen für Menschen, die am regulären Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Zu den Projekten zählen unter anderem das Restaurant Inigo, das heuer sein 20-jähriges Jubiläum feiert oder das Projekt „markt_platz“, ein niederschwelliges und gemeinwesenorientiertes Beschäftigungsangebot am Yppenplatz. Vorrangiges Ziel aller Maßnahmen ist es, die Angebote auf die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten der TeilnehmerInnen abzustimmen.

Der Wiener Arbeitsmarkt im Jahr 2012

Nach den Krisenjahren 2009 und 2010 war das Jahr 2011 durch eine deutlich bessere Konjunktur und einem damit verbundenen

Wachstum des Arbeitskräftepotentials um 2,1 Prozent (rd. 18.000 Personen) gekennzeichnet. Zuwächse gab es vor allem bei Frauen und BerufseinsteigerInnen. Außerdem führte der Wegfall der Beschäftigungsbeschränkungen für die „neuen“ EU-Mitgliedsstaaten ab Mai zu einem Anstieg der Beschäftigung von Personen aus diesen Ländern, der aber mittlerweile wieder abflacht. Wien ist weiterhin ein attraktiver Arbeitsort für ArbeitnehmerInnen aus den umliegenden Bundesländern. Rund 250.000 Personen pendeln nach Wien.

Mit Dezember 2011 stieg die Beschäftigung in Wien um fast 14.000 auf insgesamt 773.000 Beschäftigte (rund 50 Prozent davon Frauen). Das ist ein Zuwachs von 1,8 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Gleichzeitig stieg aber auch die Arbeitslosigkeit, weil der Zuwachs des Arbeitskräftepotentials jenes der Beschäftigung über-

steigt. In Wien gab es im Dezember 2011 um 4300 mehr arbeitslose Personen als im Vorjahr, das ist ein Zuwachs von 4,8 Prozent.

Dennoch zeigt sich einmal mehr, daß die Entwicklung des Wiener Arbeitsmarktes den konjunkturellen Schwankungen besser Stand hält, als der Arbeitsmarkt in Regionen, die von exportorientierter Sachgüterproduktion geprägt sind. Wien konnte vom Aufschwung nach der Krise geringer profitieren, wird aber von der neuerlichen Konjunkturertrübung weniger betroffen sein. Es wird zu einem weiteren, allerdings nachlassenden Beschäftigungswachstum kommen. Das Wirtschaftswachstum wird 2012 noch nicht reichen, um die Arbeitslosigkeit zu senken, sondern es muß mit einem geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. ■

<http://www.bmask.gv.at>

<http://www.wien.gv.at>

<http://www.caritas.at>

Bezirksreorganisation in der Steiermark

Die Reformpartner Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) und Landeshauptmann-Vize Hermann Schützenhöfer (ÖVP) präsentierten am 19. April die Reformagenda Bezirksreorganisation. Mit 1. Jänner 2013 sollen die politischen Bezirke Bruck an der Mur und Mürzzuschlag, Feldbach und Radkersburg sowie Fürstenfeld und Hartberg zusammengelegt werden. „Mit dieser umfassenden Bezirksreform verbleiben in der Steiermark zwölf Bezirkshauptmannschaften und eine politische Expositur sowie der Magistrat der Stadt Graz. Damit ist die Bezirksreform für diese Gesetzgebungsperiode abgeschlossen“, so die Landesspitze.

Durch die Zusammenlegung der Bezirke Bruck an der Mur und Mürzzuschlag entsteht, ohne Berücksichtigung der Landeshauptstadt Graz, sowohl im Hinblick auf die Bevölkerung (102.707 Einwohner) als auch auf die Fläche (2.155 Quadratkilometer) der zweitgrößte Bezirk der Steiermark. Die neue BH „Bruck-Mürzzuschlag“ wird die bisherige Mürzzuschlager Bezirkshauptfrau Gabriele Budiman leiten.

Durch die Zusammenlegung der BH Feldbach und BH Radkersburg entsteht die neue BH „Südoststeiermark“ mit einer Fläche von 1069 Quadratkilometer mit insgesamt 89.957 Einwohnern. Ursprünglich sollte dieser Bezirk „Vulkanland“ heißen,

was aber – weil bereits touristische Bezeichnung der Region – auf Ablehnung durch die Bevölkerung stieß. Leiter wird der bisherige Radkersburger Bezirkshauptmann Alexander Majcan.

Die Bezirkshauptmannschaft des neuen Bezirkes „Hartberg - Fürstenfeld“ mit einer Fläche von 1.223 Quadratkilometern und 89.527 Einwohnern wird der bisherige Hartberger BH Max Wiesenhofer leiten. In der Oststeiermark entstehen dadurch mit Weiz drei annähernd gleich große Bezirke in bezug auf Fläche und Einwohner.

„Die Zusammenführung der Bezirkshauptmannschaften soll eine Verbesserung der Kosteneffizienz und damit Einsparungen für das Land bringen, ohne die Dienstleistungsqualität für die Bürgerinnen und Bürger einzuschränken“, so Landeshauptmann Franz Voves. LH-Vize Hermann Schützenhöfer begründete das Ziel dieser Reform so: „Wir wollen damit starke und lebensfähige Einheiten schaffen. Das ist kein Kahlschlag, sondern eine sinnvolle und notwendige Reform.“

Für das steirische Budget haben diese Zusammenführungen keine kurzfristigen Auswirkungen. „Damit ist nicht das schnelle Geld zu machen“, erklärt Schützenhöfer. „Mittel- und langfristig erwarten wir aber nachhaltige Einsparungen von bis zu zehn Millionen Euro jährlich“, so Voves abschließend. ■

Innsbruck hat gewählt

Die Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck hat am 15. April den Gemeinderat und erstmals auch direkt das Stadtoberhaupt gewählt. Die Stichwahl am 29. April brachte dann das Ergebnis: Die alte und neue Bürgermeisterin heißt Christine Oppitz-Plörer

Bei der Gemeinderatswahl haben 50.684 Männer und Frauen ihr Votum abgegeben. Dadurch ergibt sich eine Wahlbeteiligung (inklusive Briefwähler) von 52,3 Prozent. Gegenüber dem Urnengang 2006 hat sich die Wahlbeteiligung um 5,5 Prozentpunkte verringert. Eine niedrigere Wahlbeteiligung hat es bei keiner Gemeinderatswahl seit 1945 gegeben.

Auch die Zahl der ungültigen Stimmen hat zugenommen, ihr Anteil hat sich von 1,1 auf 2,5 Prozent erhöht.

Mit 10.804 gültigen Stimmen, das entspricht einer Quote von 21,9 Prozent, wurde die ÖVP stimmenstärkste Partei. Sie hat ihr Ergebnis von 2006 um nicht weniger als 7,3 Prozentpunkte gesteigert. Für die ÖVP ist es das beste Resultat seit der Abspaltung von „Für Innsbruck“ im Jahre 1994. In 37 Wahlsprengeln hat die Volkspartei sogar eine relative Stimmenmehrheit erzielt. Auch in elf statistischen Bezirken hat die ÖVP die Nase vorne.

Empfindliche Verluste mußte die Bürgermeisterinfraktion hinnehmen. Ihre Quote ist von 26,8 auf 21,0 Prozent zurückgegangen. Es handelt sich überhaupt um das schlechteste Ergebnis dieser Gruppierung seit ihrer Gründung im Jahr 1994. Damals kam „Für Innsbruck“ beim ersten Antreten auf einen Stimmenanteil von 22,8 Prozent. „Für Innsbruck“ hat in sämtlichen statistischen Bezirken das Ergebnis von 2006 unterschritten. Besonders starke Einbußen gab es in den statistischen

- Bezirken Altstadt (-17,3 Prozentpunkte),
- Wilten-Süd (-11,2 Prozentpunkte),
- Hötting-West (-11,9 Prozentpunkte),
- Amras (-10,1 Prozentpunkte),
- Arzl-Dorf (-16,2 Prozentpunkte),
- Arzl-West (-14,0 Prozentpunkte)
- Vill (-12,3 Prozentpunkte) und
- Igls (-19,2 Prozentpunkte).

Ihr Wahlziel, stimmenstärkste Partei zu werden, haben die Innsbrucker Grünen verfehlt. Sie haben ihr Resultat von 2006 leicht übertroffen. Die 9.414 Stimmen ergeben eine Quote von 19,1 Prozent. Beim Urnengang



Foto: RMS/Mergl

Innsbrucks ÖVP-Chef Christoph Platzgummer gratuliert am Abend nach der Stichwahl der alten und neuen Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer

vor sechs Jahren kamen die Grünen auf 18,5 Prozent. Bei den Grünen halten sich die Verlust- und Zugewinnbezirke ungefähr die Waage. Im Innenstadtbereich und in Teilen Höttings haben die Grünen besonders gut abgeschnitten.

Zu den Wahlverlierern zählen auch die Sozialdemokraten. 2006 noch an zweiter Stelle platziert, konnten sie dieses Ergebnis nicht wiederholen. Sie haben knapp fünf Prozentpunkte eingebüßt und sind mit einem Stimmenanteil von nunmehr 14,5 Prozent an die vierte Stelle abgerutscht. Empfindliche Einbußen mußte die SPÖ in Teilen Wilten und im Gewerbegebiet Mühlau-Arzl hinnehmen. Lediglich in Pradl-Süd haben sich die Sozialdemokraten gegenüber 2006 verbessert.

Auch Rudi Federspiel hat sein deklariertes Wahlziel verfehlt. Sein Stimmenanteil ist von 9,4 auf 7,9 Prozent gesunken.

Die Freiheitlichen (FPÖ), die 2006 besonders schlecht abgeschnitten haben (5,0 Prozent), sind auf 7,7 Prozent angewachsen.

Geringe Verluste gab es für den mit der Volkspartei gekoppelten Tiroler Seniorenbund (-0,1 Prozent), während die Kommu-

nisten (KPÖ) ihren Stimmenanteil von 0,9 auf 1,4 Prozent gesteigert haben.

Die Piraten Partei Tirol (PIRAT) schaffte bei ihrer Premiere auf Anhieb 3,8 Prozent. 1.884 Wählerinnen und Wähler haben sich für die Piraten entschieden.

Die Stimmgewinne bzw. Stimmverluste schlagen sich auch in der Mandatsverteilung nieder. Die Fraktion des amtierenden Stadtoberhauptes hat zwei Gemeinderatssitze verloren. Sie stellt nunmehr 9 Mandatare. Auch die Sozialdemokraten mußten zwei Sitze abgeben und sind nun mit 6 Räten im Stadtparlament vertreten. Die Innsbrucker Volkspartei hat ihre Fraktion um drei Sitze – von sechs auf neun – aufstocken können. Die Liste Rudi Federspiel und die Freiheitliche Partei Österreichs stellen je drei Gemeinderäte. Während erstere einen Sitz abgeben mußte, hat letztere auf Grund des Stimmenzuwachses einen dazu bekommen. Je einen Mandatar entsenden der Tiroler Seniorenbund und die Piraten Partei Tirol.

Betrachtet man das Ergebnis der Parteien in ausgewählten Gebietstypen, so erzielen nach dieser Analyse die Grünen ihre weitaus

Innenpolitik

besten Ergebnisse in den Sprengeln im Zentrum mit hohem Studentenanteil. Dort liegen sie mit 27,2 Prozent deutlich über ihrem Stadtergebnis (18,9 Prozent – ohne Sonder-sprengel und Briefwähler).

Die Sozialdemokraten sind im Industrie- und Gewerbegebiet, so wie in den Bezirken mit hoher Wohndichte und einem überdurchschnittlichen Anteil von Sozialwohnungen stark vertreten. Dort kamen sie auf einen Stimmenanteil von 26,8 bzw. 23,1 Prozent.

„Für Innsbruck“ hat in den statushohen Wohngebieten überaus gut abgeschnitten und kam dort auf rund 25 Prozent der gültigen Stimmen.

Überaus gleichmäßig verteilen sich die Stimmenanteile der Volkspartei in den sieben Gebietstypen. Deren Anteil streut lediglich zwischen 18,2 (Wohngebiete im Zentrum) und 25,5 Prozent (statushohe Wohngebiete).

In den Sonderwahlsprengeln mit einer hohen Seniorenquote (Wahlberechtigte über 60 Jahre > 40 Prozent) haben die SPÖ (20,9 Prozent) und die Volkspartei (21,4 Prozent) die meisten Stimmen erhalten. Die Grünen kamen dort lediglich auf eine Quote von 8,1 Prozent. Auch die Bürgermeisterliste blieb in diesen ausgewählten Sprengeln hinter ihrem Stadtergebnis zurück. Geradezu auffallend ist, daß die Wahlbeteiligung in diesen Sprengeln mit 54,9 Prozent überdurchschnittlich ausgefallen ist.

In den „jungen“ Wahlsprengeln (Wahlberechtigte unter 30 Jahre > 25 Prozent) dominieren die Grünen (27,7 Prozent) und „Für Innsbruck“ (20,4 Prozent), während die Sozialdemokraten (13,1 Prozent) und die Volkspartei (17,5 Prozent) dort ihr Stadtergebnis klar verfehlen. Die Wahlbeteiligung liegt in den jungen Wahlsprengeln mit 42,0 Prozent weit unter jener der Gesamtstadt (49,8 Prozent; ohne Sondersprengel)

Die Bezirke mit geringer Wohndichte und hohem Status sind die Hochburgen der Grünen (22,7 Prozent), der Volkspartei (22,7 Prozent) und von „Für Innsbruck“ (24,4 Prozent). Für die Sozialdemokraten gibt es in diesen Bezirken nur wenig zu holen (8,5 Prozent).

In den Bezirken mit hoher Wohndichte und geringem Status ist die Klientel der Sozialdemokraten beheimatet. Sie erreichen dort einen Stimmenanteil von 22,0 Prozent.

Bei der erstmals durchgeführten Bürgermeisterdirektwahl hat kein Kandidat bzw. keine Kandidatin die absolute Stimmenmehrheit erzielt. Daher mußte am 29. April bei einer Stichwahl der neue Bürgermeister

bzw. die Bürgermeisterin gekürt werden.

Mit einem Stimmenanteil von 31,3 Prozent hat das amtierende Stadtoberhaupt die Konkurrenten überflügelt.

Dicht auf den Fersen ist ihr der ÖVP-Kandidat Platzgummer geblieben. Für ihn haben sich 28,0 Prozent der Wähler entschieden.

Die SPÖ-Kandidatin kam auf 14 Prozent der gültigen Stimmen, während die Frontfrau der Grünen 10 Prozent erzielte.

Die restlichen Kandidaten (Rudi Federspiel, August Penz, Josef Stingl und Alexander Ofer) verfehlten die 10-Prozentmarke.

Die Stichwahl vom 29. April

Innsbrucks Stadtoberhaupt für die nächsten sechs Jahre steht fest: In der Stichwahl vom 29. April gewann die amtierende Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer (Für Innsbruck) mit 56 Prozent der Stimmen. Ihr Herausforderer Christoph Platzgummer (ÖVP) erreichte 44 Prozent.

Insgesamt gab es 96.861 Wahlberechtigte. 43.131, das sind 44,53 Prozent, gaben bei der Stichwahl ihre Stimme ab. Bei der Wahl vor zwei Wochen waren es 50.684 (52,3 Prozent). Von den 42.367 gültigen Stimmen entfielen auf Oppitz-Plörer entfielen 23.643 Stimmen, auf Platzgummer 18.724 Stimmen.

Die alte und neue Bürgermeisterin freut mich „sehr über die klare Bestätigung meiner Person als Bürgermeisterin und werde mit Ihnen die nächsten sechs Jahre unserer schönen und unabhängigen Stadt gestalten!“

Die niedrigen Wahlbeteiligungen in beiden Wahlgängen gebe ihr, wie sie sagt, schon sehr zu denken. „Dem fehlenden Interesse und die Politikverdrossenheit muß entgegenwirkt werden. Ich sehe es als unseren Auftrag die Politik für die Menschen interessanter und begreifbarer zu machen“, so Oppitz-Plörer.

Wie angekündigt wurde bereits am Montag nach der Wahl mit den ersten Arbeitsgesprächen begonnen. „Es ist mein Ziel, rasch eine stabile Koalition zu bilden und gemeinsames Regierungsprogramm zu vereinbaren.“

Christoph Platzgummer gratulierte Oppitz-Plörer, die ihr Bürgermeister-Amt habe erfolgreich verteidigen können, und freut sich darüber, daß Innsbrucker Volkspartei mit 10.804 Stimmen stimmenstärkste Kraft in Innsbruck geworden ist und damit neun Mandate erreicht hat. Durch die Listenkoppelung mit dem VP-Seniorenbund kommt noch ein

zehntes Mandat dazu. „Das alleine hat mein Antreten mit einem bestens motivierten Team mehr als gerechtfertigt“, so Platzgummer. „Als stimmenstärkste Fraktion werden wir nun zu Koalitionsgesprächen einladen und mit aller Kraft für unsere schöne Heimatstadt weiterarbeiten.“

Wie geht es weiter?

Der neue Gemeinderat wird in der 20. Kalenderwoche zur konstituierenden Sitzung zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht dabei die Wahl der beiden Bürgermeister-StellvertreterInnen sowie der weiteren Mitglieder des Stadtsenates. Bis zu diesem Zeitpunkt verbleiben der bisherige Gemeinderat, der Stadtsenat sowie die Bürgermeisterin im Amt. ■

<http://wahlen.innsbruck.gv.at>

BürgermeisterIn-Wahl 1. Wahlgang vom 15. April

Von den gültigen Stimmen bei der Wahl am 15. April entfielen auf:

Christine Oppitz-Plörer	31,3%
Marie-Luise Pokorny-Reitter	14,0%
Sonja Pitscheider	10,0%
Christoph Platzgummer	28,0%
Rudolf Federspiel	8,7%
August Penz	4,9%
Josef Stingl	1,0%
Alexander Ofer	2,1%

Gemeinderatswahl

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

„Für Innsbruck“ (FI)	
Christine Oppitz-Plörer	21,0% (2006: 26,8%)
Sozialdemokratische Partei Österreichs	
Marie-Luise Pokorny-Reitter (SPÖ)	14,5% (2006: 19,7%)
Die Innsbrucker Grünen (Grüne)	19,1% (2006: 18,5%)
Team Dr. Platzgummer – Gruber – Innsbrucker Volkspartei (ÖVP)	21,9% (2006: 14,6%)
Liste Rudi Federspiel (Rudi)	7,9% (2006: 9,4%)
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	7,7% (2006: 5,0%)
Tiroler Seniorenbund – Helmut Kritzinger (TSB)	2,7% (2006: 2,9%)
KPÖ – Liste Josef Stingl (KPÖ)	1,4% (2006: 0,9%)
Piraten Partei Tirol (Pirat)	3,8% (2006: nicht angetreten)

Heinz Fischer in Malta

Erster Staatsbesuch eines Bundespräsidenten



Foto: Dragan Tatic/HBF

Heinz Fischer (Mitte) wurde von seinem maltesischen Amtskollegen George Abela mit militärischen Ehren empfangen.

Bundespräsident Heinz Fischer ist am Nachmittag des 24. April in Malta angekommen, wo er einen zweitägigen Staatsbesuch absolvierte. Es ist dies der erste eines österreichischen Bundespräsidenten auf der kleinen Mittelmeerinsel. Heinz Fischer wurde von seinem maltesischen Amtskollegen George Abela mit militärischen Ehren empfangen. Im Anschluß an den offiziellen Empfang stand ein Arbeitsgespräch der beiden Staatsoberhäupter auf dem Programm, bei dem unter anderem Flüchtlingsfragen, die Entwicklung der EU und deren geplante Erweiterung sowie die Lage in Syrien und Nordafrika thematisiert wurden.

Begleitet wurde der Präsident von seiner Frau Margit sowie dem Verteidigungsminister Norbert Darabos und einer Wirtschafts- und Kulturdelegation. Nach dem Arbeitsgespräch im Präsidentenpalast legte Fischer einen Kranz beim War Memorial Floriana, einem Denkmal für während des Zweiten Weltkrieges Gefallene der Luftstreitkräfte, nieder.

Abela ist erst seit April 2009 im Amt, Fischer und er trafen bisher noch nicht aufeinander. Zuletzt empfing Fischer den maltesischen Premier Lawrence Gonzi im Dezember 2009 in Wien. Gonzi, Mitglied der konservativen Nationalistischen Partei (NP) ist seit 2004 Regierungschef der ehemaligen

britischen Kolonie. 2009 nominierte er Abela für das Amt des Staatspräsidenten, obwohl dieser der Opposition – der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Malta Labour Party, MLP) – zuzurechnen ist. Es ist das erste Mal in der Geschichte Maltas, daß die Opposition das Staatsoberhaupt stellt.

Österreich pflegt ein traditionell gutes politisches Verhältnis mit dem kleinen Staat. Seit 2005 unterhält Österreich eine Botschaft in der Hauptstadt La Valletta – diplomatische Besuche sind trotzdem relativ rar gesät. Zuletzt war Außenminister Michael Spindlberger im November 2008 zu Gast auf der 412.000-Einwohner-Insel. Im November vergangenen Jahres traf Innenministerin Johanna Mikl-Leitner ihren Amtskollegen Carmelo Mifsu Bonnici, um Migrationsthemen zu besprechen. Malta gilt als eines der Hauptziele von Flüchtlingsbooten aus Nordafrika.

Malta ist seit dem 1. Mai 2004 EU-Mitglied und was die Fläche (316 km²) und Bevölkerungszahl betrifft, das kleinste; die drei Inseln Malta, Gozo und Comino südlich von Sizilien sind zusammengenommen nicht einmal ganz so groß wie Wien.

Schenz: Sprungbrett nach Nordafrika

„Malta ist zwar ein kleiner aber dennoch ein potentiell interessanter Markt, dessen Ausstrahlung weit über die Insel hinaus-

geht“, betont WKÖ-Vizepräsident Richard Schenz. So sind zahlreiche bedeutende maltesische Firmen auf den naheliegenden nordafrikanischen Märkten wie Libyen, Tunesien und Algerien im internationalen Projektgeschäft tätig und an Kontakten zu qualifizierten Zulieferern interessiert. Schenz: „Von besonderer Bedeutung sind derzeit die Branchen erneuerbare Energien, Umwelttechnik, Hotelausstattung und Tourismus, Yachtbau und Wartung sowie Biotechnologie und Lifescience.“

„Die österreichischen Lieferungen nach Malta bestehen hauptsächlich aus elektrotechnischen Waren, Komponenten und Zubehör für Maschinen, Holz, Getränken und Molkereierzeugnissen. Da Malta eine sehr kleine Volkswirtschaft ist, ergeben sich größere jährliche Schwankungen sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten“, berichtet Michael Berger, für Malta zuständiger österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Mailand. Im Jahr 2011 erreichten die österreichischen Lieferungen einen Wert von 32,1 Mio. Euro. Die maltesischen Lieferungen nach Österreich bestanden im letzten Jahr überwiegend aus elektrotechnischen Waren, pharmazeutischen Erzeugnissen und Spielzeug. Sie erreichten einen Wert von 11 Mio. Euro. ■

Quellen: Hofburg/APA/WKÖ

Rußland unter Top 10 der Handelspartner Österreichs

Gespräche von Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger und Verkehrsministerin Doris Bures mit Vizepremierminister Viktor Subkow in Wien

Wiktors Alexejewitsch Subkow bekleidete 2007/2008 die Funktion des russischen Ministerpräsidenten und ist heute als stv. Ministerpräsident der russischen Föderation insbesondere für Außenhandelsfragen zuständig. „Österreich und Rußland unterhalten im wirtschaftlichen Bereich seit jeher enge und dynamische Beziehungen. Dies zeigt sich nicht nur im hohen österreichischen Investitionsvolumen in Rußland, sondern hat auch dazu geführt, daß Rußland mit einem bilateralen Handelsvolumen von rund 6 Milliarden Euro in die ‚Top 10‘ des österreichischen Außenhandels aufgestiegen ist“, so Spindelegger. „Eine wesentliche Rolle dabei spielt der Energiesektor, aber auch die olympischen Spiele in Sotschi, bei deren Infrastrukturerrichtungen österreichische Firmen eine besondere Rolle spielen. Die jüngste WTO Mitgliedschaft Rußlands wird sicherlich ihren Beitrag zu einer noch stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung leisten.“

Spindelegger sprach bei der Unterredung auch die Themen der Streckenführung der Gaspipeline South Stream, bilaterale Luftverkehrsverhandlungen und eine intensiviertere Zusammenarbeit im Rahmen der im Mai 2011 gegründeten bilateralen Modernisierungspartnerschaft an.

Aus Anlaß des Besuchs erinnerte der Vizekanzler auch an die Erwartungshaltung der Europäischen Union in Grundrechtsfragen: „Wir sind überzeugt davon, daß eine langfristige positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mit einer entsprechenden demokratischen und menschenrechtlichen Entwicklung einhergehen muß. Ich hoffe daher auch in diesem Bereich auf weitere Reformschritte durch die künftige Regierung.“

Bures: Möchte den Innovationsstandort Österreich stärken

Rußland plant in jenen Bereichen die größten Investitionen, in denen österreichische Unternehmen das größte Know-How haben. Um heimischen Firmen den Zugang zum großen russischen Markt zu ebnet, hat Infrastrukturministerin Doris Bures tags zuvor, am 23. April, im Beisein von Bun-



Foto: Andy Wenzel/HBF

Zusammentreffen mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Russischen Föderation, Wiktors Alexejewitsch Subkow (l.), mit Bundespräsident Heinz Fischer und Verkehrsministerin Doris Bures in der Wiener Hofburg.



Foto: Brneia/Mahmout Ashraf

Am 24. April 2012 traf Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (r.) im Außenministerium in Wien mit dem russischen Vizepremier Wiktors Alexejewitsch Subkow zu einem Gespräch zusammen.

Österreich, Europa und die Welt

despräsident Heinz Fischer in der Präsidentschaftskanzlei einen Kooperationsvertrag mit dem russischen Vizepremier unterzeichnet.

„Ich möchte heimischen Unternehmen den Zugang zu großen, wachsenden Märkten erleichtern und den Innovationsstandort Österreich stärken“, so Bures. Das Abkommen zwischen Österreich und Rußland schafft für österreichische Firmen eine solide Basis für konkrete Projekte im Infrastruktur-, Verkehrs-, Umwelt-, Gesundheits- und Energiebereich. Rußland will in den kommenden Jahren hunderte Milliarden Euro in diese Bereiche investieren.

Wie die Ministerin im Gespräch mit Zubkov unterstrich, haben österreichische Unternehmen in diesen Sektoren weltweite Technologieführerschaft und großes Interesse, Projekte in Rußland umzusetzen. Investitionen und Engagements in Rußland tragen zugleich zur Sicherung des Heimatstandortes bei und sichern Arbeitsplätze in Österreich.

Bereits im letzten Herbst hat Bures ein Kooperationsübereinkommen mit Rußland unterzeichnet. Dabei ging es um die Teilnahme am Technologiepark Skolkowo, dem russischen „Silicon Valley“. Auf einem Areal

von der Größe des ersten Wiener Gemeindebezirks in der Nähe von Moskau sollen in den nächsten Jahren 30.000 bis 40.000 Forscher aus aller Welt tätig sein. Die ersten gemeinsamen Projekte im Bereich IKT und Automotive wurden bereits vereinbart. Der unterzeichnete Vertrag geht weit darüber hinaus. Er regelt die Zusammenarbeit auf gesamtstaatlicher Ebene. Bures rechnet damit, daß schon im Sommer die ersten gemeinsamen Projekte vereinbart sein werden. Konkrete Investments planen etwa Frequentis, Kapsch, PORR, Andritz oder die VAMED-Gruppe. ■

Waldner: Deutschland und Österreich sind Vorbilder in der Eurozone

Staatssekretär Wolfgang Waldner traf am 19. April mit seinem deutschen Kollegen im Auswärtigen Amt, Staatsminister Michael Link, zu einem Arbeitsgespräch zusammen.

„In unserer global vernetzten Welt gibt es laufend Treffen auf europäischer und multilateraler Ebene. Gerade deshalb ist es mir ein persönliches Anliegen, aktiv an bilateralen Beziehungen, insbesondere zu unseren Nachbarstaaten, zu arbeiten. Deutschland als unser größter Nachbar ist ein besonders wichtiger und enger Partner, mit dem es ausgezeichnete und vertrauensvolle bilaterale Beziehungen und enge Koordination in allen Themen gibt“, führte Waldner aus und weiter: „Wir haben heute die dringendsten EU-Themen, wie wirtschaftliche Maßnahmen zur Krisenbewältigung und die Ankurbelung der Wirtschaft, das zukünftige EU Budget 2014-2020 aber auch die generelle politische Zukunft der EU besprochen.“

Der Staatssekretär betonte am Rande des Treffens: „Deutschland und Österreich sind wirtschaftliche Vorbilder in Europa, wenige Staaten können ähnlich gute Wirtschaftszahlen und niedrige Arbeitslosenraten vorweisen.“ Eine Bestätigung für den richtigen Kurs in Österreich sieht Waldner durch die jüngste Bestätigung des „Triple A“ mit einem stabilen Ausblick durch die Ratingagentur Fitch. Für eine positive Wirtschaftsentwicklung sind neben dem Sparen auch wachstumsfördernde Maßnahmen notwendig. „Die EU muß sich nach den ‚Akutmaßnahmen‘ zur Krisenbewältigung wie Rettungsschirme und Fiskalpakt nun zukunftsorientierten Maßnahmen und der Wachstumsförderung widmen. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die



Foto: BMeIA/Mahmoud Ashraf

Am 19. April traf Staatssekretär Wolfgang Waldner (r.) mit dem deutschen Staatsminister Michael Link im Außenministerium in Wien zusammen.

Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen“, so der Staatssekretär.

Besprochen wurde auch das zukünftige EU-Budget für die Periode 2014-2020, das derzeit unter den EU-Mitgliedsstaaten verhandelt wird. „Das EU Budget ist für Nettozahler wie Deutschland und Österreich ein besonders wichtiges Thema. In Zeiten des Sparbudgets müssen wir gemeinsam auf einen maßvollen EU-Haushalt hinarbeiten, weshalb wir eine substantielle Kürzung des ursprünglichen Vorschlags der Europäischen Kommission anstreben. Hier sind wir uns mit Deutschland einig. Gleichzeitig müssen

wir darauf schauen, daß Zukunftsthemen, die die EU als Standort sichern, entsprechend dotiert werden“, informierte Waldner.

Zum Thema Zukunft der EU bekräftigte der Staatssekretär die österreichische Einladung zum nächsten Außenministertreffen der Initiative zur Zukunft Europas am 15. Mai zum Thema „Mehr Demokratie in der EU“ in Wien. „Wir haben durch die Wirtschaftskrise deutlich gesehen, daß wir ein ‚Mehr‘ an Europa brauchen, damit die Union für künftige Herausforderungen gerüstet ist und im globalen Wettbewerb bestehen kann“, so der Staatssekretär. ■

Chinesen an System der Sozialversicherung interessiert

Der chinesische Zivilminister LI Liguo war auf Arbeitsbesuch bei Sozialminister Rudolf Hundstorfer und besuchte das SOS-Kinderdorf in Seekirchen.

Der chinesische Zivilminister LI Liguo und seine Delegation kamen im Zeitraum 18. bis 21. April auf Einladung von Sozialminister Rudolf Hundstorfer zu einem Arbeitsbesuch nach Österreich. „China ist seit Jahren ein wichtiger Partner für mein Ressort. Das chinesische Interesse an österreichischem Know-How im Bereich Sozialschutz- und der Sozialversicherungssystemen – hier insbesondere am Pensionssystem und an den Maßnahmen zur Armutsminderung sowie an der Teilhabe von Personen mit besonderen Bedürfnissen – ist sehr groß. Das führt zu einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch. Das gute Image Österreichs in den Bereichen Arbeit und Soziales hat es zur Folge, daß die ChinesInnen mit großen Delegationen unser Ministerium besuchen, um von den österreichischen Erfahrungen zu lernen“, unterstrich Hundstorfer.

Österreich sei somit für China nicht nur als Kultur- und Musikland bzw. aufgrund wirtschaftlicher Interessen attraktiv, sondern auch ein Beispiel, wie man die Arbeits- und Sozialpolitik menschengerecht und nachhaltig gestaltet, sagte der Sozialminister. „Während meines Arbeitsbesuches in China, der im Vorjahr auf Einladung von Minister Li erfolgte, konnte ich mich vom Interesse der chinesischen Seite an den österreichischen Best-Practice-Beispielen im Sozialbereich und auch über die Bemühungen der chinesischen Behörden, wichtige Reformen im Sozialbereich durchzuführen, persönlich überzeugen“, so Hundstorfer.

Der chinesische Zivilminister und seine Delegation haben neben dem Treffen mit dem österreichischen Sozialminister auch Gespräche mit den ExpertInnen des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zu den Themen „Sozialschutzsysteme und Maßnahmen zur Armutsminderung“ sowie „Aktives Altern“ und „Pflegevorsorge“ geführt.

Salzburg und China in regem Austausch im Sozialbereich

Cornelia Schmidjell, Landesrätin für Gesundheit und Soziales, empfing am 20. April die hochrangige Delegation aus der



Foto: BMASK/Erich Janschitz

Der Chinesische Zivilminister LI Liguo (l.) und BM Rudolf Hundstorfer



Foto: Land Salzburg / Neumayr/ Probst

Landesrätin Cornelia Schmidjell (2. v.r.) besichtigt mit dem chinesischen Zivilminister LI Liguo (2. v.l.) das SOS-Kinderdorf Seekirchen.

Volksrepublik China, angeführt von LI Liguo, dem Minister für Zivilangelegenheiten. Zu seinen Ressorts gehören die Agenden soziale Wohlfahrt und soziale Angelegenheiten. Schmidjell wies in ihrer Begrüßung auf die langjährigen guten Beziehungen Salzburgs zu China hin, deren Höhepunkte der Besuch des Präsidenten der Volksrepublik China Hu Jintao in Salzburg im Herbst 2011 und der vor kurzem erfolgte Besuch einer Salzburger Wirtschaftsdelegation, angeführt von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, in China waren.

„Der rege Austausch, der jetzt auch in sozialen Angelegenheiten geführt wird, zeigt,

wieviel Salzburg und China voneinander lernen können. Es ist erfreulich, daß China sich angesichts seiner rasanten wirtschaftlichen Entwicklung auch im Sozialbereich für unseren Wohlfahrtsstaat und seine Errungenschaften interessiert. Die sozialen Einrichtungen des Landes wie das SOS-Kinderdorf sind hier besonders gute Beispiele im Bereich der Jugendwohlfahrt“, so Schmidjell.

LI Liguo sagte, der Volksrepublik China sei der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzungen ein wichtiges Anliegen. Das österreichische und auch das Salzburger System der Mindestsicherung fanden besonderes Interesse, vor allem jene Maßnahmen,

Österreich, Europa und die Welt

mit denen MindestsicherungsbezieherInnen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden. Soziale Maßnahmen, die das Ziel haben, Menschen wieder zur Unabhängigkeit von Transferzahlungen zu verhelfen, waren auch Themen im Zusammenhang mit älteren Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen.

Nach einer Besprechung mit der Leitung des SOS-Kinderdorfes besuchte der Minister noch zwei Kinderdorffamilien und machte sich ein Bild über das Zusammenleben im SOS-Kinderdorf in Seekirchen, wo rund 40 Kinder in zwölf Familienhäusern ein Zuhause finden. Eingebettet in einem überschaubaren Dorf erfahren die Kinder mit SOS-Kinderdorf-Müttern und Vätern und Geschwistern die Voraussetzungen für einen guten Einstieg in ein selbstständiges Leben. In der Volksrepublik China leben mehr als 1100 Kinder und Jugendliche in SOS-Kinderdörfern. In den Kindergärten werden derzeit rund 750 Mädchen und Jungen aus den SOS-Dörfern sowie aus deren Nachbarschaft betreut.

SOS-Kinderdorf – Die Idee aus Österreich für die Kinder der Welt

SOS-Kinderdorf ist ein privates, weltweites, konfessionell und politisch unabhängiges Sozialwerk für sozial benachteiligte und verwaiste Kinder, das 1949 von Hermann Gmeiner in Innsbruck gegründet und mit dem Bau des ersten SOS-Kinderdorfes in Imst/Tirol in die Tat umgesetzt wurde.

Ziel von SOS-Kinderdorf ist es, Kindern, die ohne Eltern aufwachsen müssen, ein neues langfristiges Zuhause, die Wärme und Geborgenheit einer Familie sowie eine gute Ausbildung zu geben – als Basis für eine glückliche Kindheit/Jugend mit Perspektiven für eine hoffnungsvolle Zukunft. Die Kinder/Jugendlichen werden bis zur Selbständigkeit betreut. Zahlreiche neue pädagogisch-therapeutische und präventive Angebote und Programme bieten jungen Menschen und Familien in Krisen auch kurz- und mittelfristig Betreuung, Beratung und Therapie an.

Mutter, Geschwister, Haus, Dorf

Die SOS-Kinderdorf-Idee beruht auf vier einfachen Prinzipien, die bis heute die SOS-Kinderdörfer um die ganze Welt begleiten: „Mutter, Geschwister, Haus, Dorf“. Jedes Kind soll unter einem Dach mit einer Mutter/Vater/Eltern und Geschwistern in einer Dorfgemeinschaft aufwachsen. Eine Idee, die seit mehr als fünf Jahrzehnten weltweit funktioniert, unabhängig von Gesellschaft, Kultur und Religion.



Jedes Kind soll unter einem Dach mit einer Mutter/Vater/Eltern und Geschwistern in einer Dorfgemeinschaft aufwachsen.



Fotos: SOS-Kinderdorf

In den SOS-Kinderdörfern und Jugendeinrichtungen haben über 70.000 Kinder und Jugendliche ein dauerhaftes Zuhause – im Bild: Kinder in Nicaragua.

Derzeit werden in Österreich in elf SOS-Kinderdörfern, 22 Jugend-Wohngemeinschaften, zwei Flüchtlingsprojekten und sechs Nachbetreuungsstellen 1340 junge Menschen betreut. Mehr als 3500 werden kurz-/mittelfristig in neun Kinderwohngruppen (Krisenpflegeplätze), vier Arbeitsprojekten, fünf Beratungsstellen/Ambulatorien, acht Kindergärten und einem medizinischen Zentrum („Bienenhaus“) betreut und unterstützt.

International gelten die SOS-Kinderdörfer als humanitäre Botschafter für die Anliegen der Kinder in der Welt. SOS-Kinderdorf ist heute in 132 Ländern aktiv, es gibt knapp 500 SOS-Kinderdörfer mit knapp 1900 begleitenden Projekten (Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Schulen, Ausbildungs- und Sozialzentren, Medizinische Zentren,

Nothilfeprogramme). In den SOS-Kinderdörfern und Jugendeinrichtungen haben über 70.000 Kinder und Jugendliche ein dauerhaftes Zuhause. Von den begleitenden Einrichtungen profitieren jährlich ca. eine Million Kinder und bedürftige Familien.

Auf Spenden angewiesen

Die Einnahmen von SOS-Kinderdorf in Österreich stammen zu über 50 Prozent aus privaten Beiträgen. Nur dank dieser breiten finanziellen Unterstützung vieler SOS-Kinderdorf-Freunde, Privatpersonen und Unternehmen, können die SOS-Kinderdörfer notleidenden jungen Menschen wirksam und langfristig helfen. Egal in welcher Höhe und wie oft jemand spendet – denn jeder Euro hilft! ■

<http://www.sos-kinderdorf.at>

Österreich hat aus seiner Geschichte gelernt

Staatssekretär Josef Ostermayer empfing AuslandsösterreicherInnen des Jewish Welcome Service-Vienna im Bundeskanzleramt.



Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel

Staatssekretär Josef Ostermayer begrüßt die AuslandsösterreicherInnen des Jewish Welcome Service im Bundeskanzleramt.

Wir sind verpflichtet, jeden Tag auf Neue für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit einzutreten und autoritäre und antidemokratische Ideologien zu verhindern“, sagte Staatssekretär Josef Ostermayer am 25. April anlässlich des Empfangs des Jewish Welcome Service im Bundeskanzleramt.

„Viele Österreicherinnen und Österreicher waren aktiv am Holocaust beteiligt oder haben ihre Augen vor den Greuelthaten des Nazi-Regimes verschlossen. Niemals zuvor gab es in der Geschichte Österreichs eine ähnliche Hetzjagd und systematische Ermordung Andersgläubiger oder Minderheiten“, sagte der Staatssekretär. Viele der heute Anwesenden hätten selbst Familienangehörige und Freunde verloren oder hätten nahe Verwandte, die von den schrecklichen Erlebnissen dieser Zeit berichtet hätten. „Wir wollen jedoch auch nicht jene Frauen und Männer vergessen, die den Verfolgten geholfen, für die Demokratie gekämpft und Widerstand geleistet haben. Tausende haben dafür sogar ihr Leben gelassen“, so Ostermayer.

„Wir sind uns unserer historischen Verantwortung bewußt, denn Österreich hat aus seiner Geschichte gelernt. Das Land, in dem wir heute leben, ist weltoffen und stolz auf seine Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Ich möchte nicht verschweigen, daß es auch

heute noch rassistische und ausländerfeindliche Tendenzen gibt. Doch es ist unsere Aufgabe, diese Anzeichen rechtzeitig zu erkennen und dagegen vorzugehen. Nicht nur in Österreich, sondern auch auf europäischer Ebene“, so der Staatssekretär. Österreich hätte in der Zeit nach 1945 verabsäumt, die TäterInnen sowie die Gründe für den Aufstieg des nationalsozialistischen Gedankenguts genauer zu beleuchten und aufzuarbeiten.

„In Anbetracht unserer Geschichte sind wir stolz darauf, Teil der Europäischen Union, einem noch nie da gewesenen Friedensprojekt, zu sein. Wir wollen dabei auch eine aktive Rolle übernehmen und den europäischen Integrationsprozeß vorantreiben. Dabei einen uns Grundprinzipien wie Demokratie und Freiheit. Und ich weiß, daß die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher das genauso sieht und unterstützt“, so der Staatssekretär abschließend.

Das Besuchsprogramm wird von der Republik Österreich und der Stadt Wien unterstützt.

Verpflichtung der Stadt Wien vor dem Hintergrund seiner historischen und moralischen Verantwortung...

„Fast 50 Jahre hat Österreich gebraucht“, sagt Wiens Bürgermeister und Präsident des Jewish Welcome Service, Michael Häupl, „um

seinen Anteil und seine Mitschuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus zu erkennen. Während der nationalsozialistischen Diktatur wurden mehr als 130.000 österreichische Jüdinnen und Juden vertrieben; mehr als 65.000 wurden während der Shoah ermordet. Nach dem Kriegsende bestand die einst blühende Wiener Jüdische Gemeinde nur mehr aus einigen hundert Mitgliedern. Die heutige Gemeinde wurde vor allem von ‚Displaced Persons‘ gegründet, denn sehr wenige der Wiener Jüdinnen und Juden konnten oder wollten sich zu einer Rückkehr entschließen. Auch waren weder damalige Regierung noch Wiener Stadtverwaltung sehr interessiert, den vertriebenen Jüdinnen und Juden eine Heimkehr zu ermöglichen.“

Vor dem Hintergrund ihrer historischen und moralischen Verantwortung, fühle sich die Stadt Wien dem großen kulturellen Erbe des Judentums ebenso verpflichtet wie der Aufgabe des modernen Wien als Ort der internationalen Begegnung. Im Jahre 1980 sei daher auf Initiative des damaligen Bürgermeisters Leopold Gratz und Stadtrats Heinz Nittel gemeinsam mit Leon Zelman der Jewish Welcome Service Vienna gegründet worden, mit dem Ziel, die Präsenz einer aktiven und selbstbewußten jüdischen Gemeinde nach der Shoah zu dokumentieren. ■

<http://www.jewish-welcome.at>

European City Brand Ranking 2012

Auf der »iconvienna« wurden Europas »best branded Cities« präsentiert



v.l.: Andreas Matthä (Vorstandssprecher ÖBB Infrastruktur), Gerhard Hrebicek (Präsident iconvienna), Liliyana Pavlova (Ministerin für Regionalentwicklung und Public Works, Bulgarien), H.E. William C. Eacho (U.S. Botschafter in Österreich), Wilhelm Molterer (Vizepräsident der Europäischen Investment Bank) und Sektionschef DI Gerhard Mannsberger, Leiter der Sektion IV Forst im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Die iconvienna 2012 ist ein Networking-Event für Top-EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, internationalen Organisationen und den wichtigsten Medien. Sie kamen vom 25. bis 27. April 2012 aus rund 40 Ländern nach Wien. Die iconvienna 2012 stand im Zeichen des „East-West Summit on Innovations for Growth in the Danube Region“. Internationale Top-Referentinnen und -referenten sowie heimische Wirtschaftsführende haben daran teilgenommen.

»Make Contacts to Contracts«

Die iconvienna stellt die beste Plattform zum Netzwerken auf „Top executive level“ dar. Sie bietet einzigartige Möglichkeiten zum Know-How-Transfer sowie zur Kontaktaufnahme mit neuen GeschäftspartnerInnen.

„Trotz der vielerorts angespannten wirtschaftlichen Situation sind die Geschäftsmöglichkeiten in Zentral- und Osteuropa nach wie vor vielversprechend und gerade innovative Projekte im Energie- & Um-

welttechnologiebereich bieten ein breites Spektrum an regionaler Zusammenarbeit“, ist iconvienna Initiator Gerhard Hrebicek überzeugt und freute sich, heuer zum 8. Mal hochkarätige Gäste aus dem Donauroum unter dem Motto „Make contacts to contracts“ in Wien begrüßen zu können. „Wir sehen in unseren Aktivitäten einen Beitrag zur Stärkung Wiens als Dialogdrehscheibe für Ost-West Kooperationen, denn nur ein gemeinsames Zusammenwirken, vor allem auch auf regionaler Ebene kann die Zukunft Europas nachhaltig absichern“, so Hrebicek.

»eurobrand City Brand Ranking«

Zum Auftakt lud Bürgermeister Michael Häupl am Abend des 25. April ins Wiener Rathaus. Im Rahmen der Auftaktveranstaltung wurde erstmals das „eurobrand City Brand Ranking“ der wertvollsten und „best branded“ Städte in Europa präsentiert.

Internationale Expertinnen und Experten aus den Bereichen Energie- und Umwelttechnik, Finanzen, Bauwirtschaft, Tourismus, Consulting und Politik diskutierten am

26. April in der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) innovative Projekte und Investitionsmöglichkeiten in der Donauregion.

Am letzten Tag der Veranstaltung stand eine Exkursion zum Hafen Wien mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Danube-Strategy and Projects“ inklusive Schiffsrundfahrt mit der „MS Eisvogel“ auf dem Programm.

1. Paris, 2. London, 3. Wien

Städte sind die Motoren der globalen Entwicklung und nicht zuletzt auf Grund der Urbanisierung ein stark wachsender Wirtschaftsfaktor. Auch für Städte ist die Marke ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Das European Brand Institute hat daher die europäische Städte-Markenwert-Studie – das European City Brand Ranking erstmalig durchgeführt, das am Abend des 25. April im Rahmen der Welcome Reception der iconvienna 2012 im Wiener Rathaus präsentiert wurde.

Das European City Brand Ranking listet die wichtigsten Städte Europas gemessen am City Brand Value Index (CBVI), berechnet

Österreich, Europa und die Welt

nach einem Lizenzpreis-Analogie Verfahren (lt. ISO). Insgesamt wurden 100 europäische Städte, darunter alle europäischen Hauptstädte analysiert. Die Studie basiert auf Desk Research, anhand von Sekundärstudien, Eurostat und Weltbankdaten und hat zum Ziel, die Einflußfaktoren auf Stadtmarken sowie einen Wertindex für Städte zu ermitteln. Folgende Faktoren definieren laut Studie die Stärke von Städtemarken:

- Historische Entwicklung,
- Wettbewerbssituation,
- Markenstärke,
- Investitionen,
- Potential in den Dimensionen Finanz/Politik, Tourismus/Historie, Innovation/Life und dem Kaufkraftparität-GDP per Capita.

Europas TOP 10 Stadt-Marken nach CBVI sind:

1. Paris (99,5)
2. London (97,7)
3. Wien (95,0)
4. Amsterdam (87,7)
5. Brüssel (86,6)
6. Genf (85,6)
7. Kopenhagen (85,6)
8. Frankfurt (82,3)
9. Berlin (82,2) und
10. Zürich (79,5)

Führende Städte in allen Dimensionen vorne

Das Ergebnis der Studie zeigt, daß sich Städte in zumindest einer der drei Markendimensionen deutlich abheben um differenziert wahrgenommen zu werden. Der Großteil der untersuchten Städte wird als undifferenziert wahrgenommen. Die TOP 3 sind in allen drei Dimensionen führend. Paris nimmt eine herausragende Position ein, mit Platz 1 in Tourismus/Historie und jeweils Platz 2 in Finanz/Politik sowie Innovation/Life.

Weltmetropolen Paris und London versus »small regional leaders« Kopenhagen und Genf

Die Weltstädte Paris und London sind politische und wirtschaftliche Zentren mit einer hohen touristischen Qualität, die durch innovative Projekte, Weltoffenheit und Lebensqualität für die Zukunft gut gerüstet sind. „Small regional leaders“, wie Kopenhagen und Genf, zeichnen sich durch herausragende Positionen in einzelnen Dimensionen aus. Das zeigt, daß auch kleine Städte hohe relative Markenwerte durch starke

Positionierung in Einzeldimensionen erreichen können.

Wien ist innovativ und lebenswert

Die „Umweltmusterstadt“ Wien ist Leader in der Kategorie Innovation/Life, Dies resultiert vor allem aus zukunftsweisenden Stadttechnologien, gepaart mit einer hohen Lebensqualität und einer seit Jahren weltweit führenden Position als lebenswerte Stadt.

<http://www.icon-vienna.net>

Das European Brand Institute

Die unabhängigen Markenbewertungsexperten in Europa – weltweit erstmals und als einzige Unternehmen nach ISO 10668 und ÖNORM A 6800 zertifiziert – sind, basierend auf einer über 15jährigen Erfahrung, als Sachverständige für Markenbewertung, markenwertorientierte Unternehmensstrukturen und Markenmonitoringsysteme für wertorientierte Markenführung tätig. ■

<http://www.eurobrand.cc>

Bundesheer-Offizier wird neuer Generaldirektor des EU-Militärstabes



Foto: bundesheer

Generalmajor Wolfgang Wosolsobe wird Generaldirektor des EU-Militärstabes. Das Foto zeigt ihn, im Rang eines Brigadiers, bei einem Workshop zur Bundesheer-Reformkommission im Jahr 2010.

Generalmajor Wolfgang Wosolsobe, seit 2007 Leiter der österreichischen Militärvertretung in Brüssel, wurde am 24. April von den Generalstabschefs der EU (dem sogenannten EU-Militärrat) als neuer Generaldirektor des EU-Militärstabes nominiert. „Diese Nominierung zeigt, welches Ansehen das Österreichische Bundesheer und insbesondere General Wosolsobe in der EU genießen. Sie ist Ausdruck der Wertschätzung der EU für Österreichs Beitrag zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Ich gratuliere General Wosolsobe zur Nominierung“, so Verteidigungsminister Norbert Darabos, der sich am Rande der Verteidigungsministertreffen in bilateralen Gesprächen für seine Nominierung eingesetzt hat.

Der EU-Militärstab mit Sitz in Brüssel gliedert sich in fünf von Brigadegenerälen geführten Abteilungen (Planung, Aufklärung, Einsätze, Logistik, Fernmeldewesen

und IT) sowie Verbindungsstäbe zur NATO und zu den Vereinten Nationen und ist die zentrale militärstrategische Planungsstelle der Europäischen Union. Als Generaldirektor des EU-Militärstabes wird ein Dreisterne-General (Generalleutnant) eines EU-Mitgliedstaates für die Dauer von drei Jahren bestellt. Die Auswahl erfolgt grundsätzlich ein Jahr vor Beginn der Funktionsperiode im Rahmen des EU Militärrates in geheimer Wahl und wird durch den Rat auf Vorschlag von Lady Ashton, der Hohen Vertreterin, bestätigt.

Derzeit ist der Niederländer Generalleutnant Ton van Osch mit der Funktion betraut. Seine dreijährige Funktionsperiode endet am 28. Mai 2013, weswegen am 24. April die Wahl seines Nachfolgers erfolgte.

Österreich hat sich damit gegen Kandidaten aus Deutschland, Schweden, Spanien und Italien durchgesetzt. General Wosolsobe ist verheiratet und hat vier Kinder. ■

Form & Energy

Energieeffiziente innovative Architektur aus Österreich präsentiert sich mit der Ausstellung »Energy Efficient Architecture in_from Austria« in der in der Zagreber Glyptothek.

Der sorgsame Umgang mit natürlichen Ressourcen steht weltweit im Zentrum energiepolitischer und baukultureller Entwicklungen. Unter solchen Aspekten sind in Österreich technisch und gestalterisch modellhafte Anlagen entstanden, die nun in Zagreb gezeigt werden.

Im Beisein hochrangiger Vertreter aus kroatischer Politik, Wissenschaft und Kultur sowie zahlreicher Experten aus Architektur und Bauwirtschaft wurde am 24. April die Ausstellung „Form & Energy“ Energy efficient Architecture in_from Austria“ in der Zagreber Glyptothek von Botschafterin Andrea Ikić-Böhm und der kroatischen beigeordneten Ministerin für Energieeffizienz, Ana Pavičić-Kaselj, eröffnet.

Die Ausstellung, die auf Initiative des Direktors des Österreichischen Kulturforums Zagreb, Georg Lack, gezeigt wird, präsentiert eine Auswahl richtungsweisender energieeffizienter Bauprojekte bekannter österreichischer Architekten und widmet sich dem sorgsamem Umgang mit natürlichen Ressourcen, der weltweit im Zentrum energiepolitischer und baukultureller Entwicklungen steht. Auch in Kroatien sei das Thema Energieeffizienz ein „Schwerpunkt in der Regierungspolitik“, betonte beigeordnete Ministerin Pavičić-Kaselj.

In ihrer Eröffnungsansprache hob Botschafterin Ikić-Böhm die große Bedeutung energieeffizienten Bauens in Anbetracht der Kostbarkeit der Energieträger hervor. „Ich bin stolz, daß österreichische Architekten bei innovativen Bauweisen zahlreiche weltweit anerkannter ökologisch-nachhaltiger Bauprojekte als Vorreiter fungiert haben.“ Betont wurde weiters die Verwendung von Holz in allen Lebensbereichen, die gerade für waldreiche Länder wie Kroatien interessant sei.

Univ. Prof. Andreas Lichtblau, Architekt und Vorstand des Instituts für Städtebau an der TU Graz, führte mit einem Vortrag in die von den bekannten österreichischen Architektexperten Adolph Stiller und Otto Kapfinger für das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten kuratierte vielbeachtete Wanderausstellung ein.

Als Einführung in das Thema der Ausstellung fand zuvor am 24. April ein von

regem Teilnehmerinteresse gekennzeichnetes Fachseminar zum Thema „Energieeffizientes Bauen“ statt, an dem rund 130 Experten aus Österreich und Kroatien teilnahmen.

Im Mittelpunkt des Fachseminars, das vom Umweltattaché der Botschaft, Christian Brawenz, in Kooperation mit dem Holzcluster Steiermark, Seewood und anderen Partnern organisiert wurde, standen die europäische Energieeffizienzpolitik und innova-

tive Beispiele energieeffizienter Baupraxis aus Österreich.

Das große Interesse an beiden Veranstaltungen zum Thema Energieeffizienz zeigt einmal mehr die enge Zusammenarbeit zwischen Österreich und Kroatien bei aktuellen Themen.

Die Ausstellung bleibt bis 16. Mai 2012 geöffnet.

<http://www.kulturforum-zagreb.org>

<http://www.holzcluster-steiermark.at>



Foto: Günther Richard Wett

Architekt H. Reitter: Biomasse-Kraftwerk »Feuerwerk Binder« im Tiroler Zillertal



Foto: Hanspeter Schless

Architekten Cukrowicz/Nachbaur: Bad der Vorarlberger Landeshauptstadt Bregenz

Kindern eine Chance

Eine Tiroler Privatinitiative zur Betreuung und Versorgung von Waisenkindern in Uganda kann auf Erfolge stolz sein, braucht aber noch viel an Unterstützung.

In Uganda leben tausende Waisenkinder ohne Unterstützung, ohne Möglichkeit in die Schule zu gehen – einfach ohne Chance dem Kreislauf aus Armut, mangelnder Bildung und Hoffnungslosigkeit zu entkommen. Viele von ihnen haben ihre Eltern durch Aids verloren, andere mußten das Elternhaus verlassen, weil nicht genug zu essen für alle da war. Viele landen auf der Straße und schlagen sich mit Betteln durch.

Stefan Pleger, langjähriges Vorstandsmitglied von „Ärzte ohne Grenzen“ Österreich lernte im Jänner 2008 eine Gruppe solcher Kinder kennen. Sie lebten in Zigoti, einer Ortschaft 60 Kilometer westlich von Kampala, der Hauptstadt Ugandas, in einem Schuppen. Ein junger Mann versuchte den Kindern zu helfen. Gemeinsam wurde gebettelt. Doch das Geld reichte kaum für Essen, an das Bezahlen von Schulgeld war nicht zu denken.

Überzeugt von der Wichtigkeit, daß Kinder die Möglichkeit haben müssen, zur Schule zu gehen, gründete Stefan Pleger in Österreich mit seiner Lebensgefährtin Gabi Ziller die Initiative „Kindern eine Chance“.

Die Kinder sollten ein Dach über dem Kopf bekommen, damit sie nicht zu Straßenkindern werden, sie sollten zur Schule gehen, um etwas lernen können, damit sie als gebildete junge Erwachsene selbst ihr Leben in die Hand nehmen. Den Waisenkindern (es handelt sich vor allem um Aidswaisen) sollte nachhaltig geholfen werden. Das heißt Hilfe zur Selbsthilfe und bedeutet vor allem Schulbildung. Aber kein Kind kann lernen, wenn es hungrig ist. Es kann nicht lernen, wenn es nicht geschlafen hat, weil es keinen Platz zum Schlafen hat, oder wenn es krank ist, weil das Trinkwasser verschmutzt ist, oder es Malaria hat, weil kein Geld für den Kauf von Moskitonetzen da ist.

Mittlerweile werden an die 500 Kinder betreut. 65 davon leben in der St. Mary's School in Zigoti, wo von „Kindern eine Chance“ ein neues Internatsgebäude errichtet wurde. Der größte Teil der Waisenkinder lebt aber bei Verwandten oder Nachbarn und wird dort in den Familien unterstützt, so bleibt die wichtige Verbindung zu den Verwandten erhalten. Bisher war es diesen Familien aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich die Kinder in die Schule zu schicken. Nun werden die Schulgebühren übernommen.



Foto: »Kindern eine Chance«

Stefan Pleger, langjähriges Vorstandsmitglied von »Ärzte ohne Grenzen« Österreich und Gründer von »Kindern eine Chance« mit einigen der Schützlinge.

Außerdem wurde in Zigoti ein neues Schulgebäude mit zwei Klassenräumen erbaut sowie die bestehenden Gebäude komplett renoviert. Einen sehr großen Beitrag leisten mittlerweile 450 Paten in Österreich, die mit einer monatlichen Spende von mindestens 10 Euro den Schulbesuch der Kinder in Uganda ermöglichen. Doch nicht nur die betreuten Kinder sollen von der Initiative profitieren. Es wird darauf geachtet, die Wirtschaft vor Ort zu stärken und möglichst alle Investitionen mit lokalen Anbietern in Uganda zu tätigen.

Uganda ist ein Agrarland. Etwa 80 Prozent der Menschen leben von der Landwirtschaft. Speziell wenn der Familienverband nicht zuletzt aufgrund von Aids zerbröckelt, wird agrarisches Wissen nicht mehr weitergegeben. „Kindern eine Chance“ hat daher ein Grundstück erworben, und eine „demonstration-farm“ aufgebaut. Ein ausgebildeter Farmer bebaut das Land und die Kinder können lernen, welche unterschiedliche Gemüsesorten man anbauen kann, wie man die Pflanzen bewässert, auch wenn wenig Wasser vorhanden ist oder wie man Hühner oder Schweine aufzieht.

Inzwischen ist „Kindern eine Chance“ weit über Zigoti hinaus bekannt und aktiv. Mehrere Schulen in der Region wurden neu

errichtet, andere mit Schulmöbeln, Lehrmaterial oder Wassertanks unterstützt. Es entstand ein „School Support Netzwerk“, dem an die 15 Schulen angehören.

Seit Februar 2010 betreibt der Verein seine erste eigene Schule, die „A Chance for Children Primary School Bongole“. In einer armen ländlichen Gegend wird hier etwa 270 Kindern die Schulbildung ermöglicht. Die Eltern und Erziehungsberechtigten leisten selbst, sofern möglich, einen kleinen Grundbetrag für die Bildung der Kinder, die restlichen Kosten werden durch Patenschaften und Spenden aus Österreich finanziert.

In Österreich versucht der Verein durch Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen oder auch Schulvorträge die Bevölkerung für die Situation der Waisen in Uganda zu sensibilisieren. All das passiert vollkommen ehrenamtlich. Nur so kann sichergestellt werden, daß die Spenden zu 100 Prozent in Uganda für die Waisenkinder eingesetzt werden.

Im Oktober 2010 wurde Stefan Pleger, Gründer und Obmann von „Kindern eine Chance“ zum „Österreicher des Jahres“ in der Kategorie „Humanitäres Engagement“ gewählt. Eine Auszeichnung die als Anerkennung für die Arbeit des gesamten Teams von „Kindern eine Chance“ gesehen wird. ■

<http://www.kinderneinechance.at>

Vom Zillertal ausgewandert

Vor 175 Jahren haben sich Zillertaler Protestanten schweren Herzens entschlossen, ihrem Glauben treu zu bleiben und dafür ihre Heimat aufzugeben.

Von Helga und Horst Bast.*)



Foto: Jahn

Die Nachfahren der Zillertaler Protestanten zeigten zur 100-Jahr-Feier 1937 im Festzug in Zillerthal-Erdmannsdorf wie sie hier vor 100 Jahren in angekommen sind.

Im hinteren Zillertal hatte sich der Protestantismus nach der Gegenreformation im 16. Jahrhundert gehalten, doch wurde er nicht öffentlich praktiziert. Auch die Ausweisung von 20.000 Salzburger Protestanten im Jahre 1731 hatte darauf keinen Einfluß. In Oberösterreich, Kärnten und der Steiermark hatte der „Geheimprotestantismus“ eine große Zahl von Anhängern, die dann 1781/82 nach Verkündung des Toleranzpatents mit der Gründung von Toleranzgemeinden ihren Glauben öffentlich ausüben konnten. Grund dafür, daß sich der Protestantismus im Zillertal so hartnäckig halten konnte, war die Abgeschlossenheit der Gemeinden und hier ganz speziell der Berghöfe

und Weiler. Ebenso war das Zillertal durch seine Aufteilung in zwei Bistümer, Brixen und Salzburg, links und rechts vom Ziller, in der religiösen Betreuung nicht verwöhnt. Dazu kam noch, daß die Pfarreien im hinteren Zillertal bei den Priestern nicht als Wunschpfarreien galten und auch dementsprechend von den Bischöfen besetzt wurden.

Die Zillertaler haben sich ihr Brot als Viehhändler, Sensenschmiede, Handschuh- und Lederwarenverkäufer, Granatenhändler oder Ölträger verdient. Dabei sind sie weit, auch in protestantische Lande, gekommen. In Hamburg und Amsterdam gab es sogar Zillertaler-Handelniederlassungen. Protestantische Bücher und Bibeln, mit denen sie ihren Glauben lebten, hatten sie dabei aus dem evangelischen Ausland mitgebracht. Weitere Exemplare gelangten durch fahrende Händler ins Zillertal. Versammlungen fanden heimlich statt, in der Regel auf entle-

genen Bauernhöfen¹⁾. Deshalb durchsuchte die Obrigkeit des öfteren verschiedene Häuser und Höfe im hinteren Zillertal, um diese Bücher, Schriften und Bibeln zu finden und dann zu vernichten.

Das Toleranzpatent wurde am 13. Oktober 1781 in Wien von Kaiser Joseph II. verkündet. Es ermöglichte den protestantischen und anderen Kirchen in den Habsburger Kronländern wieder die freie Religionsausübung.

Nach Ostern 1826 bekannten sich Andreas und Adam Egger sowie Josef Gredler beim Pfarrer Mayer von Hippach zur evangelischen Religion. Nach den vorgeschriebenen sechswöchigen Unterweisungen durch den Pfarrer konnte dieser an das Dekanalamt melden, daß Andreas Egger und die anderen ihren „Irrglauben“ widerrufen hatten; so wird es in der Dissertation von Dr. phil. Ekkart Sausser beschrieben.²⁾

*) Helga und Horst Bast haben im Cardamina Verlag, D-56637 Plaidt, das Buch „Die Familien der 1837 ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal“ herausgebracht. ISBN 978-3-86424-044-7 <http://www.cardamina.de/webshop/shop01.html>

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Jahn

Aus ganz Deutschland waren die Nachfahren der Zillertaler zum größten Teil in Tracht zur 100-Jahr-Feier ins Hirschberger Tal angereist und gingen im Festzug mit.

Das Kreisamt Schwaz meldete am 14. Mai 1827 an das k.k. Gubernium³⁾ in Innsbruck die Verhaftung von Matthias, Matthäus und Simon Schiestl vom Steinfeld am Ramsberg wegen Religionsstörung, Lästerung der Religion, des Meßopfers, Mariens und der Priester.

Am 26. Dezember 1829 meldeten sich sechs Männer bei Vikar Schulla in Mayrhofen zum sechswöchigen Unterricht. Er war Voraussetzung zum Religionswechsel. So wurden die Vorgänge des Jahres 1829 und der folgenden Jahre vom Sohn des ehemaligen Bezirkshauptmannes Gasteiger, Dr. Gustav von Gasteiger, beschrieben, der anhand der Aktenlage seine Aufzeichnungen über die Auswanderung der Zillertaler Protestanten veröffentlichte.⁴⁾

Die Verhältnisse und Zustände der evangelischen Zillertaler waren seit mehreren Jahren im Ausland nicht unbekannt. Besonders in München kannte man die Lage im Zillertal ziemlich genau. Viele der Zillertaler betrieben Handel nach Bayern und Schwaben und fanden in München bei ihren Glaubensbrüdern während ihrer Reisen Unterkunft.

Am 23. Juni 1836 wurde Kaiser Ferdinand I. von der Hofkanzlei in Wien über die Zillertaler Inklinantenangelegenheit Bericht erstattet. Der Bericht stützte sich auf die Ausführungen des Gouverneurs von Tirol,

Graf von Wilczek, und auf zahlreiche Vorschläge der Hofkanzlei und des Staatsrates. Am 12. Januar 1837 erfolgte ein Allerhöchstes Handschreiben zu dieser Angelegenheit durch Kaiser Ferdinand I.

Austritt aus der katholischen Kirche bedeutete den Landesverweis

Die Kernaussage lautete wie folgt: Derjenige, der aus der katholischen Kirche austritt, hat Tirol zu verlassen, entweder aus-

zuwandern oder sein Domizil in einer katholischen Gemeinde des kaiserlichen Staates zu nehmen. „Das Handschreiben des Kaisers wurde am 14. Januar durch die Hofkanzlei in Wien als Erlaß veröffentlicht.“⁵⁾

Am 19. Januar 1837 gingen die Allerhöchste Entschließung und der Erlaß beim Gubernium in Innsbruck ein. Gubernialrat von Mensi arbeitete aus der Allerhöchsten Entschließung die entsprechenden Instruktionen mit 16 Artikeln für das weitere Vor-



Foto: Klöse

Den Hausstand hatten sie in Kisten, Körben und Truhen verstaut und einige Familien luden ihre Habseligkeiten auf einen gemeinsamen Wagen für die Reise in die neue Heimat.

Österreich, Europa und die Welt

gehen in der Inklinantenangelegenheit aus. Darin wurde z. B. festgelegt, daß die „Inklinanten“ sich innerhalb von 14 Tagen für eine der genannten Möglichkeiten entscheiden müssen. Diejenigen, die in eine andere Provinz im österreichischen Staatsgebiet übersiedeln wollten, mußten sich dem sechswöchigen katholischen Religionsunterricht unterziehen. Außerdem wurde jeder Akt von Religionsstörung nach aller gesetzlichen Strenge behandelt.

Am 12. März 1837 reiste Kreishauptmann Anton von Gasteiger als landesfürstlicher Kommissär von Schwaz in das Zillertal, um die Publikation des kaiserlichen Dekretes in den Gemeinden des hinteren Zillertals durchzuführen und zwar in Zell am Ziller im Landgerichtshaus; am 14. März im Pfarrhaus zu Mayrhofen, am 15. März in Brandberg, am 16. März in Finkenberger und am 17. März in Hippach.

Vier Monate Frist

Die Auswanderungsfrist war auf vier Monate festgesetzt worden und begann am 11. Mai 1837. Johann Fleidl und seine Glaubensbrüder erhielten zu diesem Tag vom Landgericht Zell am Ziller das schriftli-

che Zertifikat, mit dem sie geeignete Übersiedlungsorte im Ausland suchen konnten.

Johann Fleidl reiste im Auftrag seiner Glaubensbrüder mit einer Bittschrift nach Berlin und überreichte Ende Mai dem preussischen König Friedrich Wilhelm III. das vom 27. Mai 1837 datierte Bittgesuch.

Die schriftliche Zusicherung der Aufnahme in Preußen erhielt Johann Fleidl Ende Juli 1837 durch die Königlich Preußische Gesandtschaft in München.

Nun wurden die Vorbereitungen zur Auswanderung getroffen, d. h. der Verkauf der Güter und des Hausstandes wurde organisiert. Die Behörden kamen den Auswanderern hierbei mit großer Bereitwilligkeit entgegen. Im Monat August kam eine so große Menge von Realitätenverkäufen (= Immobilienverkäufe), 126 Schuldverschreibungen, Zessionen (= Abtretungen) und Abquittierungen von seiten der Auswanderer zum Eintrag ins Verfachbuch⁹⁾, daß das Landgericht große Mühe hatte diese durchzuführen.

Der Weg der Zillertaler Protestanten nach Preußisch-Schlesien

Die Ausreisetermine und die Reiseroute der Zillertaler Protestanten oder Zillertaler

Inklinanten, wie sie von der Obrigkeit bezeichnet wurden, waren von der k.k. Regierung in Wien festgelegt worden. Am 31. August 1837 erfolgte der Auszug der Protestanten aus der Pfarre Zell am Ziller. Es waren nur Personen vom Ramsberg und Ramsau. Am 1. September folgten die Mayrhofer, am 2. September waren die Brandberger an der Reihe, am 3. September zogen die Finkenberger aus dem Tal und am 4. September verließen die Protestanten aus Schwendau, Hippach, Laimach und vom Schwendberg als letzte ihre Zillertaler Heimat in Richtung Preußisch-Schlesien. Am 22. September 1837 folgten die Nachzügler.

Insgesamt 427 Personen verließen das Zillertal in Tirol, von denen 416 nach Schlesien zogen. Die restlichen elf wanderten in Toleranzgemeinden nach Kärnten und in die Steiermark aus.

Die meisten der Zillertaler Protestanten waren in der Landwirtschaft tätig, 18 lebten vom Handwerk, als Zimmermann, Schmied oder Schuster. Das Handwerk des Webers war am zahlreichsten vertreten, es wurde von 13 Personen ausgeübt.

Der erste Zug mit etwa 130 Personen wurde von Christian Brugger angeführt. Jo-



Foto: Klose

Tirolerhaus Lublasser: König Friedrich Wilhelm III. ließ den Zillertaler Einwanderern ihre Zillertaler Höfe nach einem vorab erstellten Musterhaus erbauen. Selbst einen Gaulofen besaßen die Häuser, ein gemauerter Ofen mit Ofenbank und Ofenbrücke, wie man ihn heute noch im Zillertal/Tirol antrifft.

Österreich, Europa und die Welt

hann Fleidl führte den zweiten Zug mit etwa 70 Personen. Der dritte Zug stand unter der Führung von Simon Lechner, genannt „Wischbath Simon“, mit etwa 160 Personen. Josef Gruber führte den vierten Zug mit etwa 63 Personen Richtung Schlesien.

Über den gesamten Reiseweg änderte sich durch verschiedene Umstände die Anzahl der Personen in den einzelnen Zügen. Sei es, daß eine Gruppe eingeholt wurde oder daß eine andere einen Umweg genommen hatte.

Nach dem Verlassen des Zillertals ging der Marsch durch das Unterinntal über Wörgl, St. Johann, Waitring, Lofer, Unken und Reichenhall zunächst bis Salzburg.

Danach zogen die Zillertaler durch Oberösterreich Richtung Vöcklabruck, Wels und Linz. Durch Böhmen gelangten sie schließlich ins Riesengebirge.

Nach knapp drei Wochen, am 20. September, erreichte der erste Auswandererzug der Zillertaler Protestanten Michelsdorf im Riesengebirge und somit Preußisch-Schlesien.

Die Zillertaler Protestanten hatten eine Wegstrecke von 90 deutschen Meilen, von Mayrhofen bis Schmiedeberg, in 21 bis 23 Tagen zurückgelegt. Das sind etwa 678 Kilometer.

Die Ansiedlung der Zillertaler Protestanten im Hirschberger Tal

König Friedrich Wilhelm III. wollte die Zillertaler in Preußen in einer Landschaft, die der in Tirol ähnlich sein sollte, sesshaft machen. Er hatte dabei das Riesengebirge als höchstes Gebirge Preußens mit dem Hirschberger Tal ins Auge gefaßt. Dort hatte er 1832, nach dem Tode von Feldmarschall Graf Gneisenau, von dessen Erben das Schloß Erdmannsdorf erworben und nutzte dies als Sommerresidenz.

Am 12. August 1837 erreichte die Botschaft das Hirschberger Tal, daß der König beschlossen hatte die Zillertaler in Schlesien anzusiedeln, ihnen Land zu geben und ihnen Häuser zu bauen. Nach dem 17. August erhielt Friederike Gräfin von Reden in Schloß Buchwald eine Kabinettsorder vom König Friedrich Wilhelm III., mit der Bitte, bei der Ansiedlung der Zillertaler seinen Beamten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Unter der Führung von Friederike Gräfin von Reden wurde ein „Comité für die Angelegenheiten der Zillertaler Inklinanten“⁷⁾ gebildet. Dem Comité gehörten außer der Gräfin der Landrat des Kreises Hirschberg, Graf Matuschka, und der Bürgermeister von Schmiedeberg, Hauptmann Flügel, an.



Foto: Bast

Das Glasfenster in der Christuskirche zu Innsbruck, das 1913 nach Vorlage des britischen Malers Bernard Rice gefertigt wurde, zeigt die Zillertaler Protestanten in ihrer einfachen Tracht bei ihrem Fußmarsch nach Preußisch-Schlesien.

Schmiedeberg war das Anlaufziel der fünf Auswandererzüge, die sich vom 31. August bis 4. September 1837 zu Fuß mit Fuhrwerken und Handkarren aus dem Zillertal in Tirol auf den Weg in die neue Heimat machten. Über Wörgl, Bad Reichenhall, Salzburg,

Wels, Linz, Budweis, Königgrätz und Trautenau erreichten sie bei Michelsdorf Schlesien.

Es war keine leichte Aufgabe in Schmiedeberg, dem kleinen Städtchen am Fuße des Riesengebirges, für 416 Personen Quartiere

Österreich, Europa und die Welt

zu beschaffen. Trotz der großen Fürsorge des Comités gab es Klagen bezüglich der Überfüllung einzelner Wohnungen. Zumal in Schlesien gerade die Cholera herrschte und auch Einzug in den Gebirgstälern des Riesengebirges hielt. In Schmiedeberg starben 46 Personen und in den umliegenden Ortschaften waren es 209. Unter den Zillertalern forderte die Cholera fünf Opfer.

Am 12. November 1837 wurden die Zillertaler Protestanten, im Beisein von Prinz Wilhelm, dem Bruder des Königs, und seiner Gemahlin, in der evangelischen Kirche zu Schmiedeberg in die evangelische Landeskirche aufgenommen.

Am 2. Weihnachtstag 1837 teilte Prinz Wilhelm der Gräfin von Reden mit, daß die Entscheidung zur Ansiedelung der Zillertaler in Erdmannsdorf, so wie das Comité vorge schlagen hatte, gefallen sei.

Es mußten folgende Ländereien für die Ansiedelung der Zillertaler Protestanten erworben werden:

1. von der Herrschaft Erdmannsdorf
940 Morgen Land
 2. von Privatbesitzern in Erdmannsdorf
332 Morgen Land
 3. von Privatbesitzern in Seidorf
374 Morgen Land
- Insgesamt waren es 1.646 Morgen Land⁹⁾

Nach dem Bau eines Musterhauses wurde zügig damit begonnen, die anderen Häuser nach den Vorgaben und Fristen des Königs fertigzustellen. Die Maurer- und Zimmerarbeiten wurden im Akkord vergeben und bis zum 1. Oktober 1838 sollten alle Baumaßnahmen abgeschlossen sein. 421 Zimmerleute und 187 Maurer, unter ihnen auch viele Tiroler, waren damit beschäftigt die Häuser für die Zillertaler Protestanten zu errichten.

64 Häuser wurden von den Zillertaler Protestanten für ihre Familien gewünscht. Es wurden sieben Rustikalstellen (= Hofstellen) in Nieder-Zillertal angekauft und 57 Häuser im Tirolerbaustil neu errichtet. Zwei schlesische Häuser wurden nachträglich für zwei Zillertaler Familien im Tirolerstil umgebaut. Sie waren Ersatz für ihre beiden Häuser, die direkt an der Leinenfabrik standen, und deren Flächen für die Erweiterung der Fabrik benötigt wurden. Deshalb werden auch in Aufzeichnungen 66 neu- und umgebaute Häuser aufgeführt.

Die Kaufsumme der Grundstücke von 1646 Morgen betrug für die Zillertaler 32.878 Taler. Die Tiroler Häuser und Streckhöfe wurden ihnen unentgeltlich gebaut.



Foto: Klose

In der ersten Reihe der Tiroler beim Festzug zur 100-Jahr-Feier 1937 schritten ihre ehemaligen Wortführer von links nach rechts Bartholomäus Heim, Johann Fleidl und Christian Brugger, die von ihren Nachfahren, darunter Lehrer Gerhard Walter als Fleidl dargestellt wurden.

297 Personen bezogen von November 1838 bis Mitte des Jahres 1839 die neu errichteten Tirolerhöfe oder die angekauften Häuser und Gehöfte. In Hohen-Zillertal waren es 58, in Nieder-Zillertal 55 und in Mittel-Zillertal 184 Personen, die die fertiggestellten Anwesen bezogen. Ohne besonderen festlichen Prunk, ohne Reden und Einweihungen war der Einzug der Tiroler in ihre neuen Häuser erfolgt. Er hatte sich fast ein dreiviertel Jahr hingeschleppt.

Bayern, Australien, Kärnten, Steiermark...

119 Zillertaler Protestanten waren bereits wieder weitergezogen nach Bayern, Australien, Kärnten und in die Steiermark. Die Gründe für einen Wegzug dürften vielschichtig gewesen sein. Die einen waren mit der Gesamtsituation unzufrieden, die anderen fanden die religiösen Verhältnisse unbefriedigend und wieder andere wollten mehr Geld beim Holzfällen verdienen; aber die wenigsten dürften aus Heimweh weitergezogen sein. Nach Kärnten und in die Steiermark zogen die meisten der Zillertaler wegen der höheren Löhne, die dort gezahlt wurden.

Die 62 Personen, die nach Mittelfranken gezogen waren, hatten wohl eine heftige Fehde mit Pfarrer Roth, deren Ursache in religiösen Gründen lag. Der Pastor und auch vielleicht das Umfeld waren diesen Zillertalern nicht protestantisch genug.

Nach mehreren Mißernten und sehr schweren Wintern ließen sich neun Zillertaler Familien von Werbern zu einer Übersiedelung nach Chile gewinnen. Von 1856

bis 1860 wanderten 54 protestantische Zillertaler Nachfahren von Zillertal im Hirschberger Tal nach Chile aus. Nach viermonatiger Schiffsreise landeten sie in Puerto Montt im Süden Chiles. Es waren die Familien von Jakob Brugger, Georg Friedrich Fleidl, Veit und Jakob Klocker, Joseph Hechenleitner, Johann Heim, Martin Schönherr, Bartholomäus Kröll, die einen Neuanfang in Südamerika wagten.



»Die Familien der 1837 ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal« Ihre Vor- und Nachfahren, die Auswanderung, der Weg, die Ansiedelung, ihre Häuser und ihr Leben im Hirschberger Tal, von Helga und Horst Bast Cardamina Verlag, D-56637 Plaidt, ISBN 978-3-86424-044-7 <http://www.cardamina.de/webshop/shop01.html>

Österreich, Europa und die Welt

Nach der erfolgreichen Unterbringung der Zillertaler Protestanten wurden am 4. Juli 1839 das Comité und die Immediat-Commission vom König aufgelöst.

Am 16. Oktober 1839 fand die Endabrechnung der Verwaltungskasse statt. Demnach hatte die preußische Regierung 22.500 Taler für Verpflegungsgelder und 119.000 Taler an Baugeldern aufgewandt, also insgesamt 141.500 Taler. Das Prinzip von Friedrich dem Großen für eine Ansiedlerfamilie höchstens 400 Taler auszugeben wurde weit verfehlt. Pro Person beliefen sich die Kosten bei der Ansiedelung der Zillertaler Protestanten auf fast 350 Taler. Die Zillertaler waren von nun an den einzelnen zuständigen Behörden und alle insgesamt dem Minister Christian von Rother untergeordnet. Die Wehrpflichtigen unter den Tirolern mußten ab 1839 bei den Jägern in Görnitz dienen.

Am 14. Mai 1922 starb der Opernsänger Johann Bagg. Er war der letzte der 1837 ausgewanderten Protestanten, der als Kind aus dem Zillertal in Tirol ausgezogen war. Er wurde am 18. Mai 1922 auf dem Friedhof in Zillerthal-Erdmannsdorf beerdigt.

Generationen später wurden sie wieder ausgesiedelt

1945 bis 1946 mußten die Nachfahren der Zillertaler Auswanderer von 1837 Zillerthal-Erdmannsdorf und Hohen-Zillertal bei Seidorf durch die Folgen des 2. Weltkrieges verlassen. Heute leben sie im gesamten Bundesgebiet in Deutschland, der Schweiz, Frankreich und den USA.

Eine größere Anzahl von Nachfahren lebt heute in Chile mit Schwerpunkt rund um den Llanquihue-See. Nachfahren der Familien Fankhauser und Geisler leben auch heute noch in Australien.

Die runden Jahrestage der Ansiedelung der Zillertaler im Hirschberger Tal wurden von der Bevölkerung, den Zillertalern und ihren Nachfahren immer gebührend gefeiert. Zum 50. Jahrestag 1887 wurde vom Lehrer Gustav Hahn und zum 100. Jahrestag 1937 von Heinrich Marschner ein Buch über die Geschichte der Einwanderung der Zillertaler in Schlesien veröffentlicht.

Der 175. Jahrestag wird in Mayrhofen mit großem Programm begangen

2012 jährt sich die Auswanderung der Zillertaler Protestanten aus dem Zillertal zum 175. Male. Zu diesem Anlaß haben Helga und Horst Bast, Nachfahren der Zillertaler Auswanderer, ihre Forschungen

Programm der 175-Jahr-Feier

Freitag 25.05.2012

17.00 Uhr Eröffnung der Ausstellung „175 Jahre Zillertaler Auswanderung“ gestaltet von Helga und Horst Bast,
Europahaus in Mayrhofen
ab 18.00 Uhr Gemeinsames Treffen zum Kennenlernen,
Hotel Kramerwirt in Mayrhofen

Samstag 26.05.2012

10.30 Uhr Festakt zur Einweihung des „Denkmals für die Zillertaler Auswanderer von 1837“,
Dorfplatz in Ramsau
14.00 Uhr Enthüllung der Gedenktafel zur Erinnerung an die Zillertaler Auswanderer,
Schrofenkapelle Burgstall
17.00 Uhr Ökumenischer Gottesdienst
Pfarrkirche Mayrhofen
20.00 Uhr Landesüblicher Empfang,
Josef-Riedl-Platz in Mayrhofen
20.30 Uhr Festabend,
Europahaus in Mayrhofen,
Grußworte, Festvortrag,

umrahmt und gestaltet von Vereinen aus Mayrhofen

Sonntag 27.05.2012

10.00 Uhr Besichtigungen, gemeinsame Treffen und Ausflüge,
Abfahrt am Europahaus in Mayrhofen
20.00 Uhr Buchvorstellung
Europahaus in Mayrhofen
„Die Familien der 1837 ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal“
Ihre Vor- und Nachfahren, die Auswanderung, der Weg, die Ansiedelung, ihre Häuser und ihr Leben im Hirschberger Tal von Helga und Horst Bast;
Vortrag: „Die Zillertaler und Europa“ von Josef Geisler, Landtagsabgeordneter; Musikbegleitung: „Stualausmusig“

Montag 28.05.2012

10.00 Uhr Kranzniederlegung am Grab von Michael Stöckl
Waldfriedhof Mayrhofen

zu den Familien, der Auswanderung, dem Weg, der Ansiedelung und dem Leben der Zillertaler Protestanten als Buch herausgegeben. Es umfaßt neben der geschichtlichen Darstellung eine umfassende Genealogie der Familien, eine Beschreibung der 66 Häuser sowie des Lebens im Hirschberger Tal.

Auf 678 Seiten, davon etwa ein Drittel in Farbe, mit 650 Fotos aus dem Zillertal in Tirol und aus Zillerthal-Erdmannsdorf in Schlesien, hat das Ehepaar Bast eine Chronik geschaffen, die die vielen Quellen und Veröffentlichungen zu dieser Thematik mit eigenen Forschungen zusammenfügt. Das Buch soll als Brücke zwischen dem Zillertal mit seinen Auswanderergemeinden und dem Hirschberger Tal mit Zillerthal-Erdmannsdorf dienen.

Vom 25. bis 28. Mai 2012 findet in Mayrhofen die 175-Jahr-Feier der Nachfahren der 1837 ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal statt. Im Rahmen dieser Feierlichkeiten stellen Helga und Horst Bast ihr Buch am Pfingstsonntag, den 27. Mai 2012, im Europahaus zu Mayrhofen im Zillertal vor.

Nachfahren und Gäste sowie die Bevölkerung des Zillertals sind zu allen Programmpunkten herzlich eingeladen. ■

<http://www.1837-auswanderer.de>

- 1) Eingegrenzt und ausgegrenzt. Tirol und das Fremde – Prof. Peter Stöger, Frankfurt a.M. 1999
- 2) Die Zillertaler Inklinanten und ihre Ausweisung im Jahre 1837, S. 24f. – Dr. phil. Ekkart Sauser, 1958/59
- 3) Das Gubernium in Innsbruck war die zentrale Verwaltung des Landes Tirol. Die Bezeichnung k.k. stand im Kaisertum Österreich bis zum Österreichisch-Ungarischen Ausgleich im Jahr 1867 für die Behörden und staatlichen Einrichtungen des gesamten Reiches und bedeutete kaiserlich-königlich.
- 4) Die Zillertaler Protestanten und ihre Ausweisung aus Tirol, S. 23 – Dr. Gustav von Gasteiger, Meran 1892
- 5) Die Zillertaler Inklinanten und ihre Ausweisung im Jahre 1837, S. 33 – Dr. phil. Ekkart Sauser, 1958/59
- 6) Verfachbuch: aus dem Mittelalter stammende Aufzeichnungen über den Besitzstand an Liegenschaften, insbesondere in Tirol; im 19. Jahrhundert durch das Grundbuch ersetzt – AEIOU Österreich Lexikon
- 7) Die Zillertaler in Schlesien, die jüngste Glaubenskolonie in Preußen, S. 24 – Max Beheim Schwarzbach
- 8) Erdmannsdorf. Seine Sehenswürdigkeiten und Geschichte, S. 97 – Theodor Donat, Hirschberg 1887

Österreich, Europa und die Welt

Oberösterreich vertieft Kooperationen mit Südkorea

Oberösterreich setzt seine Export- und Internationalisierungsoffensive weiter intensiv fort“, betont Wirtschafts-Landesrat Viktor Sigl. Ein starker Zukunftsmarkt dafür ist Südkorea. Im Herbst vergangenen Jahres hat eine große OÖ-Wirtschaftsdelegation das dynamische Südkorea eine Woche lang besucht, um Kontakte zu knüpfen, Kooperationen anzustreben und Türöffner für OÖ-Unternehmen zu sein. „Diese Kontakte tragen auch bereits Früchte“, freut sich Sigl. Er traf nun mit Se Myeong Kee, dem Österreich-Direktor der südkoreanischen Wirtschaftsorganisation KOTRA (Korean Trade & Investment Promotion Office) zusammen. Kee war auch Teilnehmer bei einem großen Automotive-Branchenforum von Wirtschaftskammer und Exportcenter OÖ sowie dem OÖ-Automobilcluster. „Der Besuch der oberösterreichischen Wirtschaftsdelegation hat tatsächlich einiges in Bewegung gebracht, wir haben bereits eine Reihe von Kontakten intensivieren und daraus Kooperationen entwickeln können“, bestätigte Michael Otter, Wirtschaftsdelegierter in Südkorea, beim Gespräch mit Sigl, an dem auch Chung-Ro Albert KIM von KIA Motors teilnahm.

„Wir wollen zudem versuchen, mit konkreten Projekten eine Partnerschaft mit Busan aufzubauen. Diesbezüglich hat es eben-

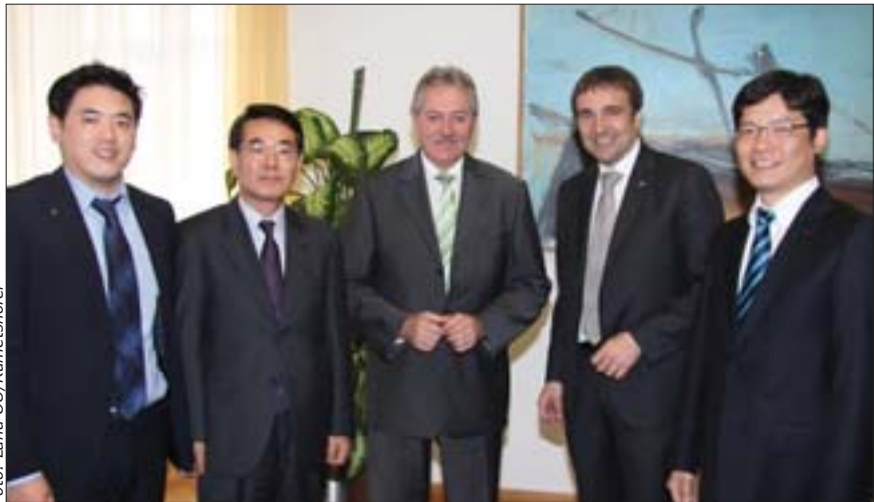


Foto: Land OÖ/Rumetshofer

v.l.: Chung-Ro Albert Kim, Se Myeong Kee, Wirtschafts-Landesrat KommR Viktor Sigl, Michael Otter und Dohyung Lee

falls bereits erste Gespräche gegeben. Stadt und Region Busan haben jetzt ihr Interesse nochmals verdeutlicht. Im Bereich Autzulieferung, Zulieferung für Schifffahrtsindustrie und vor allem erneuerbare Energien sind die Chancen für unsere Unternehmen sehr groß“, sagt Sigl.

In Südkorea wurde unter anderem eine Kooperation zwischen der Clusterland OÖ GmbH. und der Wirtschaftsagentur KICOX aus Südkorea unterzeichnet. Sigl: „Bereits

im Dezember war eine südkoreanische Delegation von KICOX in Oberösterreich zu Gast, um mit Clusterland OÖ eine nachhaltige Kooperation auszuarbeiten – denn das ist federführender Partner des EU-Projektes ‚SMW Internationalisation through Clusters‘. Und auch da ist Südkorea ein wichtiges Ziel.“ Daher werden im Herbst 2012 und Frühjahr 2013 auch Kooperationsgespräche europäischer KMU in Korea stattfinden. ■

<http://www.clusterland.at>

Österreicher sind die beliebtesten Gastgeber Europas

Europaweit beteiligten sich über 17.000 Besucher des Reiseportals Zoover an der Umfrage über die gastfreundlichsten Urlaubsländer. Die Nutzer der 23 internationalen Zoover-Seiten wählten dabei Österreich zur gastfreundlichsten Nation. England und Frankreich schafften es nicht in die Top 10 der beliebtesten Gastgeberationen.

Internationales Ergebnis

Die Zoover-Nutzer kürten Österreich mit 12,7 % aller Stimmen zum Gesamtsieger in puncto Gastfreundlichkeit. Am beliebtesten waren österreichische Gastgeber aus Sicht der Deutschen, Niederländer, Tschechen und der eigenen Landsleute. Bei Schweizern, Belgiern, Dänen, Türken und Schweden schaffte es Österreich jeweils in die Top 3. Spanien und Belgien erzielten mit 10,6 % bzw. 10,3 % der Stimmen europaweit hohe Sympathiewerte und belegten folgerichtig die Plätze zwei und drei. England (5,0 %) und Frankreich (4,5 %) verpaßten den Einzug in die Top 10 ebenso wie die Schweiz, die mit 3,7 %

das Schlußlicht des europäischen Vergleichs wurde.

Top 10 International

- Österreich 12,7 %
- Spanien 10,6 %
- Belgien 10,3 %
- Griechenland 9,6 %
- Italien 9,3 %
- Niederlande 9,1 %
- Deutschland 7,4 %
- Portugal 6,7 %
- Polen 6,2 %
- Skandinavien 6,1 %

Deutsches Ergebnis

Während Österreicher, Spanier, Belgier, Italiener und Schweizer sich jeweils selbst auf Platz eins wählten, hielten 22 % der deutschen Urlauber die Freundlichkeit der Österreicher für ausgeprägter als den Charme der eigenen Landsleute. In Frankreich (3 %) und England (2 %) fühlen sich die wenigsten deutschen Nutzer willkommen. Beide Nationen landeten nicht in der deut-

schen Top 10. Franzosen und Engländer bescheinigten den deutschen Gastgebern ihrerseits geringe Sympathiewerte. Im britischen Voting erhielt Deutschland 3 %, von Frankreichs Urlaubern 4 %.

Top 10 Deutschland

- Österreich 22 %
- Deutschland 21 %
- Italien 8 %
- Schweiz 8 %
- Polen 7 %
- Spanien 6 %
- Niederlande 6 %
- Griechenland 6 %
- Skandinavien 5 %
- Portugal 4 %

zoover.de ist mit über 1.5 Mio. Bewertungen und über 150 Mio. Besuchern pro Jahr das größte unabhängige Hotelbewertungsportal Europas. Nutzer können in nahezu allen Sprachen Hotels, Campingplätze, Urlaubsorte und Sehenswürdigkeiten bewerten. ■

<http://www.zoover.de>

Österreich, Europa und die Welt

Ehrung eines großen Freundes Europas

Foto: ÖGfE / Gisela Tagwerker



Botschafter i. R. Wolfgang Wolte – als EU-Experte unermüdlich im Einsatz

Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Johannes Kyrle, überreichte Botschafter i.R. Wolfgang Wolte am 2. April feierlich das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse: „Botschafter Wolte hat besonders als Mitglied des Vorstands und des Beirats der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, dem er seit 1997 angehört, in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag zur Europabildung an Österreichs Schulen und zur landesweiten Europainformation geleistet“, so Kyrle. Als Gastvortragender war und ist Wolte in Schulen, Bildungseinrichtungen und im Rahmen von Europaveranstaltungen in allen Bundesländern unermüdlich im Einsatz. Als überzeugter Europäer

und langjähriger EU-Experte vermittelt er Interessenten aller Altersgruppen die Geschichte und die Bedeutung der europäischen Integration sowie die Herausforderungen, vor denen Europa heute steht. Insbesondere im Rahmen der „EU und DU“-Wanderausstellung, die österreichweit an Schulen präsentiert wird, tritt er regelmäßig als Referent und Teilnehmer an Podiumsdiskussionen auf. Seine Vorträge und Diskussionsbeiträge erfreuen sich bei allen ZuhörerInnen großer Beliebtheit.

Ein Leben im Dienste Österreichs

Botschafter i.R. Wolfgang Wolte wurde am 26. Juni 1931 in Badgastein, Salzburg, geboren. 1950 maturierte er am Abteigym-

nasium im steirischen Seckau und genöß 1951/1952 ein Fulbright-Stipendium an der Miami University, Oxford, Ohio, USA. 1954 promovierte er zum Doktor juris an der Universität Wien und begann 1955 seine berufliche Laufbahn im Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für internationale Organisationen. Von 1956 bis 1958 war er Legationssekretär bei der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York, 1958 bis 1961 Legationsrat, Botschaft Ottawa. 1961 kehrte er ans Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zurück und war dort in der Politischen Sektion tätig. Von 1964 bis 1966 war er Botschaftsrat an der Botschaft in Stockholm, 1966 bis 1968 Stellvertretender Missionschef an der Botschaft in Bonn und 1968 bis 1975 Stellvertretender Missionschef an der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen, New York. 1975 übernahm er die Leitung der Abteilung für Entwicklungszusammenarbeit im BMAA und war Ständiger Vertreter Österreichs bei der UNIDO. Von 1980 bis 1986 war er als Botschafter in Peking, von 1987 bis 1993 bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel. Bis zum Ruhestand mit 31. Dezember 1996 war er Leiter der Sektion für Wirtschaftspolitik und europäische Integration am BMAA.

Seit 1997 ist er, unter anderem, Mitglied des Vorstands und des Beirats der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, Mitglied von „Team Europe“ (EU-Kommission) und Mitglied der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit. ■

<http://www.oegf.at>

D. Randolph wurde von der Peruanischen Regierung ausgezeichnet

Im Palast der peruanischen Regierung erhielten zehn Frauen die Auszeichnung „Orden al Mérito de la Mujer 2012“ (Frauen-Verdienstorden 2012). Diese Auszeichnung ist die höchste Anerkennung des peruanischen Staates für persönliche und berufliche Lebenswege von Frauen. Eine von ihnen ist Delfina Randolph.

Delfina Randolph wurde in der Kategorie „beispielhaftes Leben“ auserwählt. Sie wurde am 1. Oktober 1924 in Puquiazu, Ortsteil Yanahuanca von Pozuzo geboren. Heute gehört das zur Provinz Oxapampa der Region Pasco. Sie war die Tochter von Juan José Randolph Vogt mit österreichischer Nationalität – zweite Generation – und Juana Crisanto Gonzáles mit spanischer Nationalität.



Foto: <http://deutsch-peruanisch.com/> »Peru Spiegel«

Delfina Randolph

Delfina Randolph wird bald ihren 88. Geburtstag feiern und nimmt immer um 8 Uhr noch früh in der Sankt-Josephs-Kirche an der Sonntagsmesse teil. Weiterhin singt sie deutsche religiöse Lieder und verfolgt aufmerksam die Tätigkeit ihrer Nachfolger, Eva Solleder de Ballesteros, derzeitige Vorsitzende der Asociación de Historia y Cultura de Pozuzo, Vorsitzende und Führerin im Museum Schafferer, sowie ihrer Lieblingsschülerin, Yeraldina Martinez Kroll, die die Tanzgruppe der Vereinigung und den Kirchenchor leitet und Deutsche unterrichtet.

Die pensionierte Lehrerin widmete sich mehr als 60 Jahre lang der Erziehung und der Verbreitung von Traditionen und Gebräuchen der Gründer von Pozuzo. ■

Österreich, Europa und die Welt

Im Rollstuhl von Altenhof am Hausruck nach Wien

Beim letzten Sonntagsfrühstück der Österreichisch-Deutschen Gesellschaft Berlin-Brandenburg am 15. April wurde Mitglied Alfons Sperl filmisch nocheinmal auf seiner Reise begleitet, die ihn vom 14. bis 21. September 1981 von Altenhof in Oberösterreich über Niederösterreich nach Wien führte – über eine Strecke von 300 km. Alfons ist seit seiner Geburt (1949) spastisch gelähmt, dadurch an den Rollstuhl gebunden und hat eine leichte Sprachbehinderung. Er lebt seit 1989 in Berlin – der Liebe wegen – wie er in seinem Bericht sagt.

Seit 1974 verfügt er über einen Elektrollstuhl mit größerer Reichweite, der ihm solche Reisen ermöglicht. Mit seinem Freund Heinrich Horat startete er bei Kälte und Regen und benutzte die Landstraßen, da er, wie er scherzhaft einwarf, einen „zu flotten Reifen“ für die Autobahn hat. Entlang ihrer Strecke nutzten sie die Möglichkeit, Gott zu danken bei den vielen Marterln, die – typisch für Österreich – die Landstraßen säumen. Unterwegs sprachen ihn immer wieder Menschen an, was er sehr gut fand, u. a. kamen sein Freund Rudi und seine Schwester mit dem Auto an ihnen vorbei. Am ersten Tag schafften sie auf Grund des Regens nur 13 km, der nächste Tag ließ sie wieder vieles aufholen mit 57 km.

Zu übernachten versuchten die beiden in Pfarrhöfen, was auch fast immer gelang. Leider lagen die Gästezimmer überwiegend im 1. Stock, was die Reisenden aber nicht abhielt. Diese „kleine“ Hürde des Lebens nahm Alfons mit Links.

Auf ihrer Route kamen sie u. a. nach Grein, wo es ein kleines Opernhaus zu besichtigen gibt, kamen an der Baustelle des Donaukraftwerks Melk vorbei und auch zur Burg Weitenegg aus dem 9. Jh. Dort gab es nicht nur die Burg, sondern auch „wirklich uralte“ Häuser.

Im Kloster Melk konnten die beiden bei einem Tischler übernachten und wohnten dort in der ersten behindertengerechten, geräumigen Unterkunft. Als Wahrzeichen der Wachau gehört das Kloster Melk zum Unesco-Weltkulturerbe und die beiden genossen die Stunden dort. Doch nichts hielt sie auf, sie zog es weiter Richtung Wien und in die Heurigenstuben.

In der schönen Wachau, „der schönsten Gegend dieser Reise überhaupt“, führen sie vorbei an Weinbergen und Alfons meinte, die „geklauten Trauben schmeckten am besten“. In Dürnstein übernachteten sie in

einer Jugendherberge, hatten einen „Zwangs-aufenthalt“ wegen eines defekten Reifens am Rollstuhl. Dann ging es auf die Zielgerade durch den Wienerwald, ein Mittelgebirge mit einer Ausdehnung von ca. 45 x 30 km. Die letzten 57 km waren geschafft, der „Fenstergucker“ im Dom erwartete sie genauso wie die „Pummerin“, die große Glocke am Stephansdom.

Am nächsten Tag ging es im Zug zurück, diesmal in drei Stunden, was auf der Hinfahrt sieben Tage gedauert hatte. Alfons Sperl dankt Gott, daß er diese erlebnisreichen Tage und Stunden mit seinem Freund verbringen konnte und viele angenehme Kontakte während der Reise hatte. Er ist glücklich, ein „Gipfelstürmer“ zu sein und auch, daß er be-

reits 1987 durch seine Liebe entschieden hatte, von ländlichen Altenhof am Hausruck in die Weltstadt Berlin zu ziehen. Er lebt dort in einer eigenen Wohnung.

Ein beeindruckender Filmvortrag von einem starken Menschen! Wir wünschen Alfons für seine weitere Zukunft alles Gute und weiterhin viel Freude und schöne Aktivitäten.

Im Anschluß gab es noch einen musikalischen Ausklang mit einer japanischen Klarinettistin, die zur Zeit auf Einladung der Berliner Philharmoniker in Berlin lebt, ÖDG-Mitglied Erna Weimann am Klavier nach dem Motto: „Musik ist eine Weltsprache und braucht nicht übersetzt zu werden“.

<http://www.oesterreichisch-deutsche-ges.de>



Brigitte Mannigel, Vorstandsmitglied der ÖDG, im Gespräch mit Alfons Sperl



Die japanische Klarinettistin, begleitet von Erna Weimann am Klavier

Fotos: Österreichisch-Deutschen Gesellschaft Berlin-Brandenburg

Ein Spittaler Wissenschaftler netzwerkt in Bayern

Georg Konrad aus Spittal an der Drau hat sich voll den Erneuerbaren Energien, und hier speziell der Nutzung von Biomasse, verschrieben. Nach seinem Studium an der Universität für Bodenkultur in Wien arbeitete er zunächst in einem international tätigen Zivilingenieurbüro im Bereich Energie und Umwelt und danach in der Energieforschung im Themenfeld Biogas.

Parallel zur Berufstätigkeit absolvierte er das Doktoratsstudium zum Thema Biokraftstoffe. Um wieder etwas Abstand von der wissenschaftlichen Arbeit zu gewinnen, wechselt er zu den Österreichischen Bundesforsten nach Millstatt.

2010 rief ihn jedoch wieder „sein“ Thema Biomasse weg aus Kärnten. Es wurde ihm die Möglichkeit angeboten, am renommierten Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe im bayerischen Straubing eine herausfordernde Aufgabe zu übernehmen. Seither ist er geschäftsführender Wissenschaftler des ForschungsNetzwerks biogene Kraftstoffe.

<http://www.fornebik.bayern.de>

Das vom bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten finanzierte Netzwerk hat zum Ziel, Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet Biokraftstoffe in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu vernetzen und auszubauen. Für Konrad steht das Zeitalter der Land- und Forstwirtschaft erst am Beginn.

„Ohne eine nachhaltig produzierende und wirtschaftlich orientierte Land- und Forstwirtschaft gibt es keine Perspektive für dauerhafte gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen. Flüssige biogene Kraftstoffe sind aktuell die einzige Möglichkeit, flüssige



Foto: privat

Der Millstätter Georg Konrad

fossile Kraftstoffe zu substituieren. Zukünftig wird jedoch nicht nur die energetische, sondern vermehrt die stoffliche Nutzung biogener Roh- und Reststoffe für die chemische Industrie wichtiger, und daher wird dies zu einer weiteren Nachfrage land- und forstwirtschaftlicher Produkte führen“, erklärt er.

Kärnten sieht der Wissenschaftler jedoch nur selten, da er am Sprung zu seinen nächsten Aufgaben ist. Einmal Wien und Wiesenburg, dann wieder Stuttgart oder Rostock. Konrad verfolgt aber auch sehr interessiert die Entwicklung im Bereich Erneuerbare Energie und Biomasse in seiner Kärntner Heimat. Auf eine erfrischende Abkühlung beim kommenden Sommerurlaub im Millstätter See freut er sich schon. ■

Markus Böhm



Der Freistaat Bayern

ist mit 70.551,57 km² das flächengrößte Land in der Bundesrepublik Deutschland. Mit über 12,5 Millionen Einwohnern liegt es bei der Einwohnerzahl hinter Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle. München ist die Hauptstadt des Freistaats, zählt rund 1,4 Millionen Einwohner und ist damit nach der Bundeshauptstadt Berlin und der Hansestadt Hamburg die drittgrößte Stadt Deutschlands. Bayern gilt als sehr wirtschaftsstarker und reicher Staat, der sich in den letzten Jahrzehnten vom Agrar zum Technologieland entwickelt hat.

Liebe Auslandskärntnerinnen und Auslandskärntner!

Möchten Sie regelmäßig darüber informiert werden, was sich gerade in Kärnten tut? Im offiziellen Landesmagazin „Zeit für Kärnten“ berichten wir über die Tätigkeit aller Landesregierungsmitglieder, über die Menschen im Landesdienst sowie über Veranstaltungen, Wirtschaft, Kultur bis hin zum Sport. Wenn Sie die „Zeit für Kärnten“ sechsmal im Jahr kostenlos erhalten wol-

len, teilen Sie uns bitte Ihre Postanschrift mit. Sie können uns auch gerne die Adressen Ihrer Bekannten schicken, von denen Sie wissen, daß sie auch gerne das Magazin bekommen würden.

Sie können aber auch selbst unser Magazin mitgestalten! Wir suchen laufend Beiträge von Kärntnerinnen und Kärntnern, die im Ausland leben. Erzählen Sie uns, von wo aus Kärnten Sie stammen, was Sie in der neuen Heimat erleben und welchen

Bezug Sie noch zu Kärnten haben. Dazu brauchen wir natürlich auch Fotos von Ihnen. Für die Beiträge gibt es ein kleines Dankeschön!

Schreiben Sie bitte an:
Kärntner Landesregierung, Pressebüro,
Arnulfplatz 1
A-9021 Klagenfurt
oder mailen Sie an zeit@ktn.gv.at

Sie können uns auch im Internet besuchen unter <http://www.ktn.gv.at>

Aktives Altern fördern

Symposium: 2012 ist das »Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen«



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: LR Andreas Liegenfeld, Paul Strobl, Landesobmann des Burgenländischen Seniorenringes, KO Rudolf Strommer, Univ.-Prof. Andreas Kohl, Bundesobmann des österreichischen Seniorenbundes, Manfred Dreiszker, Leiter des Referates Statistik im Amt der Burgenländischen Landesregierung, LT-Präsident Gerhard Steier, LR Michaela Resetar, LR Peter Rezar, KO Christian Illedits, BM a.D. Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs, und LR Verena Dunst

Ein wichtiges Signal in bezug auf den demografischen Wandel, in dem die Jüngeren immer weniger und die Älteren immer mehr werden, setzt Europa mit dem „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“. Im Landhaus in Eisenstadt fand dazu am 19. April ein Symposium statt. „Die Herausforderungen dieses Wandels zu meistern und seine Chancen sinnvoll zu nutzen sind wichtige Aufgaben für die gesamte Gesellschaft. 26 Prozent der burgenländischen Bevölkerung sind über 60 Jahre alt, 10 Prozent über 75 Jahre, die Tendenz ist steigend“, sagt Soziallandesrat Peter Rezar. „Daß die Lebenserwartung der BurgenländerInnen steigt, ist eine positive Entwicklung, aber sie stellt uns auch vor Herausforderungen. Wir haben bereits darauf reagiert, zum Beispiel mit dem schwerpunktmäßigen Ausbau der Krankenhäuser, dem Ausbau der Gesundheitsprävention und des Pflegevorsorgebereichs.“ Im Mittelpunkt des Symposiums standen Referate der Vertreter der Seniorenvereinigungen.

„Die Europäische Union hat erkannt, daß die Generation der Älteren ein vollwertiger, gleichberechtigter Teil der Bevölkerung ist. Früher waren die Menschen sechs, sieben Jahre in Pension, heute sind es 25 Jahre oder mehr. Diese Bedeutung wurde erkannt. Es geht darum, diese 25 Jahre mit Sinn zu erfüllen. Ein strukturierter Tagesablauf, eine Aufgabe zu haben ist wichtig“, betont der Bun-

desobmann des Österreichischen Seniorenbundes, Univ.-Prof. Andreas Kohl. Das Ausscheiden aus dem Berufsleben bedeutet nicht zwangsläufig Müßiggang. Kohl präsentiert auch konkrete Forderungen wie die Schaffung von Sportmöglichkeiten für aktive SeniorInnen oder die Einführung einer Freiwilligen-Börse. „Viele Ältere sind ehrenamtlich tätig und leisten damit einen wertvollen Beitrag. Wir müssen Bedingungen schaffen, die ihre Rolle in der Gesellschaft fördern. Aktives Altern bedeutet auch Unterstützung dabei, möglichst lange selbständig zu bleiben. Wir müssen eine lebensphasenadäquate Infrastruktur schaffen“, betont Landtagspräsident Gerhard Steier.

Chancen am Arbeitsmarkt verbessern

„Wir müssen älteren Arbeitnehmern bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt geben und entsprechende Mechanismen einführen die das ermöglichen. Das können Boni sein, aber wir müssen auch über Mali nachdenken. Wichtig ist, gesunde Arbeitsplatzbedingungen zu schaffen“, sagt Rezar. Um das faktische Pensionsantrittsalter anzuheben, müsse man die Arbeitszeit für Ältere in bestimmten Berufen reduzieren, mahnt Bundesminister a. D. und Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs, Karl Blecha, nicht auf ältere Arbeitnehmer zu verzichten: „Ältere ArbeitnehmerInnen sind eine Chance, eine wertvolle Ressource für die Wirtschaft. Wir brauchen eine Arbeitsplatzoffensive für

Ältere. Um unser Sozialsystem aufrechterhalten zu können brauchen wir Angebote der Erwerbstätigkeit im Alter.“

Eigenständige Lebensführung

Das Altern geht zwar mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen einher, diese können aber deutlich abgemildert werden. Man müsse Bewußtsein schaffen, daß die ältere Generation ein Recht darauf habe, ihre Anliegen einzufordern, so Kohl. Jeder einzelne müsse sich aber auch fragen, was er für sich selbst tun könne. „Aktives Altern bedeutet auch Verantwortung übernehmen. Jeder kann etwas für seine Gesundheit tun“, fordert Kohl Eigenverantwortung ein.

Die Interessen der jungen und der älteren Generation im Auge zu behalten will Landesrätin Michaela Resetar: „Zur sozialen Sicherheit gehört die langfristige Absicherung der Pensionen und der Pflege. Auch die Jugendlichen und Kinder müssen eine Perspektive auf eine ausreichende Altersvorsorge haben.“

Anteil der Über-65jährigen wächst weiter

Der Anteil der Über-65jährigen an der Burgenländischen Bevölkerung wird in den nächsten 20 Jahren weiter ansteigen, sagt der Leiter des Referates Statistik im Amt der Burgenländischen Landesregierung, Manfred Dreiszker. Derzeit stehen im Burgenland 70.000 PensionistInnen 131.500 Erwerbstätigen gegenüber. ■

Maßnahmen greifen

Studie belegt hohe Effizienz und Qualität der überbetrieblichen Lehrausbildung im Burgenland.



Foto: Landesmedienservice Burgenland

LR Peter Rezar mit AMS Landesgeschäftsführerin Helene Sengstbratl und Roland Löffler vom Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung

1998 wurden österreichweit Qualifizierungsmaßnahmen für lehrstellensuchende Jugendliche geschaffen, um Jugendlichen, die keine geeignete Lehrstelle in einem Betrieb finden, eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Land und AMS Burgenland fördern seit Beginn diese Maßnahmen. Mit Erfolg, wie eine am 11. April von Landesrat Peter Rezar gemeinsam mit AMS Landesgeschäftsführerin Helene Sengstbratl und Roland Löffler vom Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung präsentierte Studie zeigt: 42,8 Prozent der teilnehmenden Jugendlichen schließen die Kurse ab, ein Viertel der Kursteilnehmer findet sofort nach Ausbildungsende einen Job oder einen Lehrplatz. Nur 10,9 Prozent brechen die Ausbildung ab, österreichweit liegt diese Quote bei 15 bis 20 Prozent. Die Studie belegt auch den nachhaltigen Erfolg der im Rahmen der Ausbildungsgarantie im Burgenland gesetzten Maßnahmen. Demnach sind ein Jahr nach Ausbildungsende mehr als die Hälfte der jungen Kursteilnehmer in Beschäftigung oder haben einen Lehrplatz, ein Viertel ist in weiteren Schulungen. Die Ergebnisse bestätigen den im Burgenland eingeschlagenen Weg, unterstreicht Rezar: „Jugendbeschäftigung und Jugendausbildung sind für mich die Mega-Themen der Zukunft. Land Burgenland und AMS haben in den vergangenen

Jahren die überbetriebliche Berufsausbildung massiv ausgebaut. Wir setzen damit das Versprechen der Ausbildungsgarantie im Burgenland um: Jedem Jugendlichen steht ein Ausbildungsplatz offen.“

Die überbetriebliche Lehrausbildung ist ein ganz wesentliches Element um Jugendliche im System zu halten. Je länger die Zeitspanne zwischen Schulabschluß und Einstieg in die Arbeitswelt ist, desto schwieriger ist es. Wir müssen die Jugendlichen so früh wie möglich abholen“, sagt Studienautor Roland Löffler. Den im Burgenland gesetzten Maßnahmen bescheinigt der Wissenschaftler durchwegs Erfolg: „74 Prozent der befragten Jugendlichen sind mit der von ihnen absolvierten Maßnahme sehr zufrieden oder eher zufrieden. Der arbeitsmarktpolitische Erfolg zeigt sich, wenn man den Erwerbsstatus der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sechs Monate vor und sechs Monate nach der Maßnahme vergleicht: Der Anteil in Beschäftigung steigt von 1,8 Prozent auf 8 Prozent an, der Anteil in Lehre von 3,9% auf 15%. Der Anteil der arbeitslos oder lehrstellensuchenden Vorgemerkten nimmt von 14,5% auf 1% bzw. 6,6% auf 6% ab.“ Ein Erfolg sei auch, daß die Mehrheit der Praktikumsbetriebe die PraktikantInnen auf Lehrstellen übernommen haben, so Löffler. Aus Sicht der Betriebe seien jedoch län-

gere Betriebspraktika wünschenswert. Löffler empfiehlt auch eine flexiblere Gestaltung der Dauer der Praktika je nach Beruf und individueller Situation der Jugendlichen und die Schaffung eines gemeinsamen Betriebspools um die Effizienz bei der Akquisition von Praktikumsplätzen zu steigern.

Allen Trägereinrichtungen wird durchwegs ein hoher Qualitätsstandard bescheinigt, Lob gibt es auch für die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Trägerorganisationen, dem AMS Burgenland und den Praktikumsbetrieben. Löffler: „Die Zuweisung der Jugendlichen erfolgt paßgenau.“

Insgesamt wurden 217 Qualifizierungsangebote, inklusive Berufsorientierung, die von sieben Trägereinrichtungen BFI, WIFI, Dialog, BUZ Neutal, Jugend am Werk, ibis acam und ABC durchgeführt in den Jahren 2004 bis 2010 durchgeführt wurden, unter die Lupe genommen.

Berufsausbildung junger Menschen bleibt im Fokus

Land Burgenland und AMS haben in den vergangenen 10 Jahren rund 40 Mio. Euro in die Berufsausbildung junger Menschen investiert. „Aus meiner Sicht als Soziallandesrat sehr gut angelegtes Geld. Denn die Studie hat auch eindeutig ergeben, daß die Kurse ein Instrument gegen den Systemausstieg junger Menschen sind.“

„Wir wenden 18% unseres Budgets für dieses Sonderprogramm auf, heuer 5,9 Millionen Euro. Das Jugendausbildungsprogramm wird auch in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt bleiben. Die überbetriebliche Lehrausbildung ist alternativlos. Alle sollen eine Chance bekommen, und das ist gut so“, sagt die AMS-Landesgeschäftsführerin. Auch aus diesem Grund habe das Land Burgenland – in Abstimmung mit dem AMS – im Phasing Out einen besonderen Schwerpunkt auf Jugendbeschäftigung und auch Jugendausbildung gelegt, betont Rezar: „Natürlich werden wir die Ausbildungsgarantie mit den BAG Kursen auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Unser Ziel muß lauten, im Burgenland Fachkräfte auszubilden, um jungen Menschen, die Basis für einen Job mit gerechter Entlohnung zu geben – von der man auch leben kann.“ ■

Metallfirma investiert in Jois

Bertrams errichtet in Jois neue Betriebs- und Produktionsstätte



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Architekt Gerhard Kopeinig, Vizebürgermeister Karl Kiss und Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl nahmen gemeinsam mit Bertrams-Geschäftsführerin Hermine Rosen, Landeshauptmann Hans Niessl, Bürgermeister Leonhard Steinwandtner und Martin Wolfram, technischen Leiter von Bertrams, sowie Wibag-Vorstand Franz Kast den Spatenstich vor.

Seit mehr als 130 Jahren produziert Bertrams in Wien Abgas- und Rauchrohre von Spitzenqualität. Am 10. April erfolgte ein Spatenstich für eine neue Betriebs- und Produktionsstätte in Jois. Am neuen Standort wird in achtmonatiger Bauzeit ein neues Firmengebäude mit einer vollautomatischen Lackierung, sowie neueste Schweiß-Roboter und Produktionsvollautomaten errichtet. „Mit der neuen Betriebs- und Produktionsstätte der Firma Bertrams wird der Wirtschaftsstandort Burgenland wesentlich aufgewertet“, hob Landeshauptmann Hans Niessl hervor. Gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl, Wibag-Vorstand Franz Kast, Bürgermeister Leonhard Steinwandtner und Vizebürgermeister Karl Kiss sowie Architekt Gerhard Kopeinig nahmen Bertrams-Geschäftsführerin Hermine Rosen und der technische Leiter, Martin Wolfram, den Spatenstich vor.

Moderne Betriebs- und Produktionsstätte

Auf einer Fläche von 22.000 m² entsteht am Ortsrand von Jois ein Produktions- und Bürogebäude der 1876 in Wien gegründeten Firma Bertrams. „Durch den Einsatz neuester Fertigungstechniken, bestens qualifizierter Mitarbeiter und unserer langjährigen Erfahrung sichern wir unsere gleichbleibend hohe Produktionsqualität. Das gesamte Sor-

timent umfaßt Abgas- und Rauchrohre, Bögen und Zubehör aus Stahlblechen, die mit einer besonderen Beschichtung ausgeliefert werden“, informierte Hermine Rosen. Der Betriebsstandort wird um eine vollautomatische Lackierung, sowie neueste Schweiß-Roboter und Produktionsvollautomaten erweitert. Errichtet werden zwei zusammenhängende Produktions- und Lagerhallen, Sozialräume für das Personal und ein Bürogebäude. Letztere umfassen 550 m², die Produktionshallen werden auf rund 5000 m² errichtet. „Damit sollen die Voraussetzungen für ein zukünftiges, den Markterfordernissen entsprechendes solides Wachstum geschaffen werden“, ist Rosen überzeugt.

Geplante Bauzeit von acht Monaten

Bei der Planung wurde darauf geachtet, daß sich alle Gebäudeteile bestmöglich in die Dorf- und Landschaftsstruktur einfügen. Die Bauarbeiten sollen innerhalb von acht Monaten abgeschlossen werden und der Bau im November des Jahres seiner Bestimmung übergeben werden. Besonders erfreut über den neuen Betrieb zeigte sich Bürgermeister Leonhard Steinwandtner: „Es freut mich sehr, daß sich mit Bertrams ein weiterer Top-Betrieb in Jois angesiedelt hat.“ Auch Wirtschaftsreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl betonte in seiner Festansprache, daß mit der Ansiedlung von Ber-

trams im Burgenland ein weiterer renommierter Betrieb die Standortvorteile des Burgenlandes erkannt hat: „Im Burgenland stimmt die Infrastruktur, um für Betriebsansiedlungen attraktiv zu sein. Das hat eine positive Auswirkung auf die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze im Land“.

Beweis für die Attraktivität des Wirtschaftsraumes Burgenland

„Der heutige Spatenstich ist ein Beweis dafür, wie attraktiv der Wirtschaftsraum Burgenland für nationale und auch internationale Betriebe ist. Das Burgenland ist einer der wachstumsstärksten Wirtschaftsraume Österreichs und verfügt über top-qualifizierte Fachkräfte, beste Verkehrsanbindung und Infrastruktur sowie eine intakte Umwelt. Diese dynamische Entwicklung zeigt sich bei der Zahl der Unternehmungsgründungen. Die Firma Bertrams wird zum Aufstieg des Burgenlandes beitragen“, führte der Landeshauptmann in seiner Festrede aus und hob weiters die große Bedeutung der Betriebsansiedlung für die Arbeitsplätze in der Region hervor: „Ich wünsche dem Unternehmen, daß es sich im Burgenland sehr erfolgreich entwickelt und bin sehr stolz darauf, daß wir hier nun in Jois einen burgenländischen Standort eines österreichischen Traditionsunternehmens haben.“ ■

<http://www.bertrams-kg.at>

Effizienz-Initiative 2012

LED-Beleuchtung aus dem Burgenland fürs Burgenland

Das Land Burgenland startet ab sofort die „Effizienz-Initiative 2012“. Bei dieser Initiative im Bereich der Straßenbeleuchtung sind der heimische Energiedienstleister BEWAG und der Verkehrstechniekonzern SWARCO AG Partner des Landes. „Ziel ist es, die Energieeffizienz in den heimischen Gemeinden zu erhöhen. Ein wesentlicher Anknüpfungspunkt ist dabei die veraltete Straßenbeleuchtung. Hier setzen wir an, denn als Umweltlandesrätin engagiere ich mich dafür, daß wir mit unseren Ressourcen schonend umgehen“, so Landesrätin Verena Dunst bei der Präsentation dieser Initiative am 24. April im Technologiezentrum in Neutal. Dazu Landesrätin Michaela Resetar: „Die Kooperation mit dem burgenländischen Landesenergieversorger und der SWARCO AG mit Produktionsstandort Neutal bringt geballtes heimisches Know-How und garantiert kurze Informations- und Transportwege. LED-Beleuchtung aus dem Burgenland für das Burgenland – die Wertschöpfung bleibt im Land. So profitieren die Umwelt und die Wirtschaft. Wir wissen, wer unsere Partner sind und ziehen alle gemeinsam an einem Strang.“

Das Kernstück dieser Aktion ist das Produkt Futurlux Head des Herstellers SWARCO Futurit, das mit dem Burgenländischen Innovationspreis ausgezeichnet wurde. 1000 solcher Leuchten gibt es bis Ende des Jahres zum Sonderpreis. Zu beziehen sind die LED-Leuchten über das BEWAG Tochterunternehmen PEW mit Sitz in Pinkafeld. SWARCO Futurit ist ein Unternehmen des Verkehrstechniekonzerns SWARCO AG des Tiroler Industriellen Manfred Swarovski. Swarovski: „Die Umstellung von Straßenbeleuchtung auf LED-Technik ist in vollem Gange, was man auch in der vergangenen Woche eindrucksvoll auf der Light+Building-Messe in Frankfurt sehen konnte. Mit seinem Produktionsstandort in Neutal und fast zwei Jahrzehnten Erfahrung mit LEDs ist SWARCO in der Lage, der burgenländischen Energieeffizienz-Initiative mit innovativen Leuchten einen kräftigen Impuls zu geben.“

„Die Gemeinden erfüllen eine starke Vorbild-Funktion und sind deshalb wichtige Partner für uns“, so BEWAG Vorstandsdirektor Reinhard Schweifer. Deshalb beliefe-



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: LAbg. Bgm. Erich Trummer, Landesrätin Verena Dunst, Alexander Swarovski, BEWAG Vorstandssprecher Michael Gerbavits, Landesrätin Maga Michaela Resetar und BEWAG Vorstandsdirektor DI Reinhard Schweifer

re man alle heimischen Ortschaften nicht nur mit sauberem Strom, sondern sei auch bemüht, sie bei der effizienten Nutzung von Strom zu beraten. „Ökologisch und ökonomisch sinnvolles Handeln durch Einsatz modernster Technologie – diese Weg verfolgen wir schließlich auch in unserem Kerngeschäft“, ergänzte BEWAG Vorstandssprecher Michael Gerbavits. „Mit unserer Tochter Austrian Wind Power sind wir schon jetzt mit Abstand Österreichs größter Windstromproduzent und verdoppeln nun unsere Kapazitäten.“ Mit den beiden weltweit leistungsstärksten Windrädern in Potzneusiedl zeige die BEWAG Gruppe außerdem, daß sie auch

in Sachen Technologie die Nase vorne hat. Die Initiative des Landes passe deshalb sehr gut in die Strategie des Unternehmens.

Nun hofft man auf reges Interesse. Dunst: „Wenn alle 1000 Leuchten eingesetzt werden, können wir pro Jahr an die 300.000 kWh einsparen. Das entspricht immerhin dem Jahresstromverbrauch von 84 Haushalten!“ Auf positive Erfahrungen kann „der Hausherr“ verweisen – LAbg. Erich Trummer, Bürgermeister von Neutal: „Wir setzen bei uns diese LED-Leuchten ein und sind sehr zufrieden: So schonen wir auch unser Energie-Budget!“

<http://www.swarco.com>

Erstes Burgenländisches Jahrbuch für Politik

Das politische Geschehen im Burgenland in allen seinen gesellschaftlichen Facetten beleuchtet das neu erschienene Burgenländische Jahrbuch für Politik. Eine Burgenland-Premiere: In anderen Bundesländern haben solche Analysen schon Tradition. Das Fachbuch mit Beiträgen von 42 Autorinnen und Autoren wurde am 19. April im ORF-Landesstudio Eisenstadt vorgestellt. Herausgeber sind Georg Pehm, Leiter der Stabsstelle Europabüro und Statistik der Burgenländischen Landesregierung, und der Medienberater und Politikanalyst Peter Plaikner.

Das Spektrum an Themen ist breit gefächert und zeichnet ein Bild des Burgenlandes aus verschiedenen Perspektiven – von

der Politik, der Wissenschaft, des Journalismus, der Kirche und Bildung, der Wirtschaft bis zur Kunst. Die Vielfalt der professionellen Zugänge spiegelt sich auch in den unterschiedlichen Beiträgen. „Wir wollen zeigen wo das Burgenland steht und welche Vorteile und Chancen unser Heimatland bietet. Wir wollten aber auch zeigen, wo wir noch zulegen müssen“, sagt Mitherausgeber Georg Pehm.

Finanziert wurde das Buch aus der Jubiläumsgabe.

Das Burgenländische Jahrbuch für Politik (ISBN 978-3-7089-0752-9) ist im Facultas Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich. Der Preis beträgt 26 Euro. ■

Festivalsommer 2012

»Bühne Burgenland«-Kampagne präsentiert



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Bei der Präsentation des Festivalsommers 2012, unter anderem: Wolfgang Kuzmits, Geschäftsführer der Kultur-Service Burgenland, Landeshauptmann Hans Niessl, Tourismuslandesrätin Maga Michaela Resetar und Tourismusdirektor Mario Baier.

Außergewöhnliche Spielorte, eine unvergleichliche Atmosphäre und ein vielfältiges, hochkarätiges Programm von Operette und Oper über Komödie und klassische Musik bis hin zu jazzigen Klängen – der pannonische Festivalsommer wird auch heuer wieder sein Publikum bezaubern und das Land in die „größte Open-Air-Bühne Österreichs“ verwandeln. Bevor sich der Vorhang für die Festspiele hebt, starten die „Kultur-Service Burgenland“ und der Burgenland Tourismus gemeinsam mit den burgenländischen Festivals unter dem Motto „Bühne Burgenland – Festivalsommer 2012“ erstmals eine gemeinsame Kampagne. 15 Festivals gehen in Kooperation mit der „Kultur-Service Burgenland“ und dem Burgenland Tourismus nun gemeinsam an die Öffentlichkeit.

„Unser Ziel ist es, das Image des Burgenlandes als Kulturland zu stärken, aber auch, den einzelnen Festivals mehr Gäste und Bekanntheit zu bringen. Schließlich ist die Kultur ein wesentliches Element burgenländischer Tradition und Identität. Joseph Haydn und Franz Liszt haben hier im Burgenland die Musikwelt geprägt. Noch heute wirkt in dieser kunstsinnigen Region das Echo dieser Größen nach und trifft gleichzeitig auf kreative Köpfe, die das Musik- und Kulturschaffen weiterhin mit Leben erfüllen. Musik und Kultur waren und sind

vitale Teile der burgenländischen Identität“, bestärkte Landeshauptmann Hans Niessl die Initiative.

„Im Burgenland ist die Kultur ein wichtiger touristischer Motor. Mehr als 700.000 Besucher kommen alljährlich zu den zahlreichen Sommer-Kulturfestivals ins Sonnenland. Die Vernetzung von Kultur, Wellness, Kulinarik, Wein, Natur- und Radfahrerlebnis ist der Schlüssel zum Erfolg und eine einmalige Chance, das Burgenland als eine Erlebnis- und Genußregion für alle Sinne zu positionieren“, betonte Tourismuslandesrätin Michaela Resetar.

Was die Festivals eint, ist ihre einzigartige Location und das gemeinsame Angebot an ihre Gäste, Kultur in diesem vielfältigen, entspannten und faszinierenden Umfeld zu genießen – auf der Bühne, die das Burgenland selbst ist. In Kombination mit einer wunderschönen Naturkulisse, herausragenden Weinen, entspannter Gastlichkeit und – nicht zu vergessen – gastronomischen Genüssen. „Die burgenländischen Festivals sind eine wertvolle Bereicherung im touristischen Angebot und prägen das positive Bild des Burgenlandes wesentlich mit. ‚Die größte Open-Air-Bühne Österreichs‘ wird allenthalben mit dem Burgenland assoziiert und ist bereits zum geflügeltem Wort geworden“, stellte Tourismusdirektor Mario Baier fest.

Erstmals wurde ein eigenes Festivalma-

gazin mit einer Auflage von 400.000 Stück produziert. Rund 100.000 Stück erscheinen im „in wien“ Magazin und als Beilage. Ein Fortdruck von 300.000 Stück wird als Medienbeilage verteilt, von den Festivals direkt an ihre Gäste verteilt, vom Burgenland Tourismus distribuiert, sowie von der Kultur-Service Burgenland über ihre Dispenser im ostösterreichischen Raum verteilt.

In zwei Wellen werden 24-Bogen-Plakate mit dem Sujet „Bühne Burgenland – Festivalsommer 2012“ an 640 Stellen in Wien affiziert. Die Kampagne wird im Internet und in den Newslettern der einzelnen Festivals weitergeführt und von Pressepräsentationen begleitet.

„Eingebettet ist diese Kampagne in ein größeres Umfeld: Die Dachmarke Kultur Burgenland setzt auch im Bereich der Museen, Galerien und Kulturdenkmäler, sowie Veranstaltungszentren zahlreiche Maßnahmen“, erläuterte Wolfgang Kuzmits, Geschäftsführer der Kultur-Service Burgenland. Ein gemeinsamer Museums und Kinderkultur-Folder, eine Kulturkarte Burgenland, Cross-Marketing-Aktivitäten, neue Dispenser für Werbemittel der Kulturveranstalter im ostösterreichischen Raum, ein gemeinsamer Web-Auftritt und viele andere Maßnahmen stärken den Standort Burgenland und sein Kulturangebot. ■

<http://www.kultur-burgenland.at>

Die Fledermaus in Mörbisch

Von 12. Juli bis 25. August bringen die Seefestspiele Mörbisch die Operette von Johann Strauss unter der Intendanz von Prof. Harald Serafin auf die Seebühne.



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Das gesamte Team der neuen Strauss-Produktion der Mörbischer Seefestspiele vor dem Modell des Bühnenbilds

Über 20 Jahre hat KS Prof. Harald Serafin daran gearbeitet, die Operettenfestspiele Mörbisch zum „Mekka der Operette“ zu machen. Mit viel Enthusiasmus hat er die Operette als urösterreichisches Kulturgut weltweit vermarktet und in seiner unachahmlichen Art dafür gesorgt, daß diese einzigartige Musikrichtung nicht in Vergessenheit gerät. In seinem Jubiläumsjahr möchte er das Publikum noch einmal mit einer fulminanten Inszenierung begeistern.

„Die Fledermaus“ ist neben „Der Zigeunerbaron“ und „Eine Nacht in Venedig“ die wohl berühmteste Operette von Johann Strauss.

Die Ouvertüre der Fledermaus zählt zu den besten Kompositionen von Strauss und ist für jedes Orchester eine musikalische Herausforderung. Auch die restlichen Melodien wurden regelrecht zu Ohrwürmern – Adeles Lied „Mein Herr Marquis“, Rosalindes „Czárdás“, das „Uhren-Duett“, das

Couplet des Prinzen Orlofsky „Es ist nun mal so Sitte...“, Alfreds Trinklied „Trinke Liebchen, trinke schnell“, „Glücklich ist, wer vergißt“ sowie der Chorwalzer „Brüderlein und Schwesterlein“.

Mit Ksch. Helmuth Lohner konnte Harald Serafin einen hervorragenden Regisseur und Komödianten für die Rolle des „Frosch“ gewinnen.

Der grandiose Tenor Herbert Lippert (Staatsoper Wien) gibt den „Eisenstein“. Die „Rosalinde“ wird die großartige Alexandra Reinprecht (Staatsoper Wien) singen und Daniela Fally, der neue Shootingstar der Staatsoper Wien, wurde für die Rolle der „Adele“ gewonnen. Daniel Serafin singt die Partie des „Dr. Falke“. Harald Serafin selbst wird sich mit der Rolle des Gefängnisdirektors „Frank“ aus Mörbisch verabschieden.

Erneut im Team der SFM ist auch der musikalische Leiter Manfred Mayrhofer, langjähriger Opernchef in Linz. Alternierend

dirigiert Günter Fruhmann von der Grazer Oper.

Die Fledermaus wurde 1874 am Theater an der Wien uraufgeführt und gilt als Höhepunkt der Goldenen Wiener Operettenära. Obwohl bei Ihrer Erstaufführung kein Sensationserfolg, so ist diese Operette heute eine der meistgespielten und regelmäßig an großen internationalen Opernhäusern zu sehen.

Außergewöhnliche Erfolgsgeschichte

Jährlich strömen begeisterte Operettenliebhaber an den Neusiedler See. Das ist das Resultat einer außergewöhnlichen Erfolgsgeschichte, die 1957 unter KS Herbert Alsen begann. Vor 20 Jahren übernahm KS Prof. Harald Serafin die Leitung der Seefestspiele Mörbisch. Mit einer bemerkenswerten Hingabe rührt er unermüdlich die Werbetrommel und schafft es, jährlich bis zu rund 200.000 Besucher zu den Seefestspielen an den Neusiedler See zu locken.

Hinter diesem künstlerischen und wirtschaftlichen Erfolg steht mit dem Choreograph Giorgio Madia, dem Tonkünstler Prof. Wolfgang Fritz und dem Lichtdesigner Friedrich Rom sowie Geschäftsführer Dietmar Posteiner auch ein langjährig engagiertes Team. Für die Regie bei den Seefestspielen Mörbisch zeichnet bereits zum fünften Mal Helmuth Lohner verantwortlich. Die musikalische Leitung vertraut Serafin auch in diesem Jahr Manfred Mayrhofer an, der bereits das Bruckner Orchester in Linz dirigierte sowie Engagements an der Wiener Volksoper sowie an der Oper der Stadt Köln vorweisen kann. Das Bühnenbild und die Kostüme werden von Amra Bergman-Buchbinder gestaltet. Nach 20 Jahren erfolgreichen Schaffens verabschiedet sich Harald Serafin 2012 mit der „Fledermaus“ von den Seefestspielen Mörbisch.



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Kulturlandesrat Helmut Bieler, Intendant Prof. Harald Serafin und Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl mit Amra Bergman-Buchbinder

Die Seefestspiele Mörbisch werden in Zukunft von einer Frau dirigiert

Ab September 2012 wird KS Dagmar Schellenberger die Aufgaben der Intendanz von KS Professor Harald Serafin übernehmen.

Schellenberger hatte sich nach einem mehrere Wochen dauernden Auswahlverfahren im Mai 2011 gegen 34 weitere BewerberInnen durchgesetzt. Im Rahmen des mit den letzten zwölf KandidatenInnen durchgeführten Hearings konnte sie die achtköpfige Kommission vollends von ihren Fähigkeiten überzeugen.

Da die Empfehlung der Jury einstimmig erfolgte, wurde eben dieser Vorschlag auch von der Generalversammlung der Seefestspiele Mörbisch nach Beratung durch KS Prof. Harald Serafin einstimmig beschlossen. Festspielpräsident Landesrat Helmut Bieler und Vizepräsident LHStv. Mag. Franz Steindl sind davon überzeugt, mit Dagmar Schellenberger nicht nur eine würdige Nachfolgerin für Harald Serafin gefunden, sondern auch sichergestellt zu haben, daß die Festspiele in eine neue, erfolgreiche Ära geführt werden. Schellenberger sei ein Garant dafür, daß Mörbisch auch weiterhin die Pflegestätte für die klassische Operette bleibe, gleichzeitig aber mit vielen neuen Ideen und großer Kreativität dafür gesorgt werde, daß man auch vermehrt jüngerem Publikum für die Operette gewinnen könne.

Die Fledermaus – der Inhalt

Vor Antritt einer Arreststrafe wegen Beamtenbeleidigung will sich der Lebemann Gabriel von Eisenstein auf Drängen seines



Foto: privat

Ab September 2012 wird KS Dagmar Schellenberger die Aufgaben der Intendanz von KS Professor Harald Serafin übernehmen.

Freundes Dr. Falke amüsieren. Als französischer Graf verkleidet besucht er das Kostümfest des Prinzen Orlofsky.

Seine Gattin Rosalinde empfängt derweil heimlich ihren Verehrer Alfred, doch der Gefängnisdirektor Frank macht ihr einen Strich durch die Rechnung und inhaftiert Alfred, den er für Eisenstein hält und der mitspielt, weil er Rosalinde nicht kompromittieren möchte.

Rosalinde erscheint daraufhin ebenfalls am Fest des Prinzen, als ungarische Gräfin. Eisenstein erkennt sie nicht und verliebt sich in sie, woraufhin ihm Rosalinde seine begehrte Taschenuhr als Liebespfand entwendet.

In bester Champagnerlaune erzählt Eisenstein von seinem größten Streich, als er nach einem Maskenball Dr. Falke, den angesehenen Notar, in einem Fledermauskostüm betrunken am Marktplatz dem allgemeinen Spott aussetzte.

Als Eisenstein am nächsten Morgen seine Strafe antreten will, jedoch Alfred als Eisenstein in der Gefängniszelle antrifft und sich seine Taschenuhr plötzlich in den Händen von Rosalinde befindet, ist die Verwirrung groß. Schließlich klärt Dr. Falke zur allgemeinen Heiterkeit die ganze Geschichte als seine groß angelegte Revanche auf... ■

<http://www.seefestspiele-moerbisch.at>

Afrika – Terra incognita

Diesseits und Jenseits des Sandmeeres. Ausstellung auf Schloß Halbturn von 20. April bis 28. Oktober 2012

Auch 2012 lädt Schloßherrin und Obfrau des Kulturvereins Marietheres Waldbott-Bassenheim zu einer weiteren beeindruckenden Schau in die Räumlichkeiten von Schloß Halbturn. Die Ausstellung „Afrika – Terra incognita“ führt die BesucherInnen in ein farbenfrohes Reich von Königen, Göttern und Ahnen. Gezeigt werden seltene und spannende Exponate der vielfältigen Traditionen Afrikas, die abseits der großen Städte, dem Tourismus verborgen, noch heute im Alltag Afrikas zu finden sind.

So begegnet den BesucherInnen gleich zu Beginn ein Original-Nomadenzelt und viele farbenprächtige textile Raritäten wie die des Grazer Kunsthändlers Gerhard Blazek, der als einer der wichtigsten Experten weltweit für alte marokkanische Berberteppiche und -textilien gilt oder wahre „Schmuck-Stücke“ der Wiener Sammlerin Renate Anna Menzel, die seit zwei Jahrzehnten Artefakte einer entwandenden Welt von Nomaden und Seßhaften sammelt. Inmitten geheimnisvoller Exponate sind 15 reizende Marokko-Aquarelle des Grafen Moritz Schall zu entdecken, der während des 2. Weltkrieges nach einem Schiffunglück neun Stunden im Mittelmeer trieb, wie durch ein Wunder von einem Flugzeug gesichtet, gerettet und nach Ksar-es-Shouk (heute Er-Rashidia) in französische Gefangenschaft gebracht wurde. Dort begann er, die Wärter und Menschen des Landes zu portraituren und Landschaften zu malen. Von der vielseitigen Spiritualität Afrikas erzählen unter anderem auch Schätze aus dem Museum der Koptischen Kirche Österreichs. Anba Gabriel, Bischof der Koptisch-Orthodoxen Kirche in Österreich, hat die Leihgaben persönlich für die Ausstellung ausgewählt.

Nicht nur Kinder werden begeistert sein von der einzigartigen Spielzeugsammlung des österreichischen Ethnologen Fritz Trupp, der während vieler Jahre auf seinen Reisen in Afrika, Asien und Lateinamerika Spielsachen zusammengetragen hat, die Kinder aus Alltagsmaterialien phantasievoll für den eigenen Bedarf selbst gebastelt haben. Diese laden in der Ausstellung zum Staunen, Lachen und Nachdenken ein – alle Objekte erzählen von den Träumen, Wünschen und auch Ängsten der kleinen Erbauer.



Foto: Kulturverein Schloß Halbturn

»Africa – Terra incognita«-Ausstellungsansicht im Schloß Halbturn

Hunderte Sammelstücke – Ahnenwächter, Ritualobjekte, Musikinstrumente, Waffen sowie ein originaler Königsthron – aus der Africanasammlung des Peter Krejsa, zum großen Teil aus Königreichen des Kameruner Graslandes zusammengetragen, geben einen faszinierenden Einblick in die Lebensart eines unermeßlich großen Landes südlich der Sahara. Peter Krejsa, der in seinen langjährigen Beziehungen zu den Chefferien der Bamileke und Bamum in Kamerun eine bedeutende Sammlung, die etwa 2000 Objekte umfaßt, aufgebaut hat, ist Berater des Königs von Bamendjinda und wurde im traditionellen Ritus als Notable dieser Chefferie etabliert. In dieser Funktion trägt er den Titel Ndé Saha Dion, das ist der Oberbefehlshaber des traditionellen Heeres.

Im letzten Teil der Ausstellung begegnet den BesucherInnen eine wahre Schatzkammer von Gold und Kostbarkeiten – „Das Gold der Akan“. Die wertvollen Schmuck- und Kultobjekte afrikanischer Königsstämme (Ashanti, Baule, Fante), die überwiegend aus dem 19. und 20. Jahrhundert stammen, kommen aus einer der weltweit größten und wichtigsten Sammlungen dieser Art, dem Museum Liaunig.

Aus der Privatsammlung von Peter Liaunig stammt farbenprächtige Perlenkunst aus Westafrika mit speziellem Fokus auf Objekten der Ethnien der Yoruba, Bamun, Bamileke, Kuba und Pende.

Die Ausstellung erhebt laut Kurator Georg Halbgebauer nicht den Anspruch, geographische Gebiete vorzustellen oder Kunst und Nichtkunst darzustellen, die Ausstellung soll auf kulturelle und vor allem ländliche Besonderheiten aufmerksam machen und die sogenannte „Seele Afrikas“ spürbar machen.

So sind die ausgestellten Plastiken, Kultfiguren, Masken, Schmuckstücke, Textilien und Gebrauchsgegenstände definitiv keine touristischen oder für den Kunstmarkt gefertigten Objekte, sondern tatsächlich historische oder nach alten Traditionen hergestellte Kostbarkeiten und laden zum Staunen und Entdecken ein.

Ob profan oder für rituelle Zwecke gemacht, gehören die Objekte noch heute zum selbstverständlichen Leben der Menschen, die in den für die Ausstellung ausgewählten Gebieten Afrikas leben.

Schloß Halbturn schenkt den BesucherInnen einen neuen Blick auf Afrika. ■

<http://www.schlosshalbturn.com>

Oberwart in allen Facetten

Anfang 2011 hat die Stadtgemeinde Oberwart den Fotowettbewerb gestartet. Bis zum 31. Dezember konnten Teilnehmer ihre Fotos in vier Kategorien einreichen.



Foto: Stadtgemeinde Oberwart / Kerstin Zsifkovits

Die GewinnerInnen des Fotowettbewerbs (v.l.): Juliana Toth, Martin Toth, Ferial Hagenauer, Stephan Schranz, Ruth Kurz, Katharina Kurz, Josef Tschögl, Valerie Voithofer, Willi Steurer (er vertrat seinen Sohn) und Bürgermeister Gerhard Pongracz

Oberwart ist mit 7200 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des Burgenlandes und hat im Laufe der Jahrzehnte an wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen. Die Bewohner der Stadtgemeinde und auch die zahlreichen Gäste genießen hier eine bunte Vielfalt. Und das in jeder Hinsicht, denn Oberwart hat sich als Messe- und Einkaufsstadt, aber auch als Schul- und Sportstadt einen Namen gemacht.

Diese Vielfalt sollte nun auch in Bildern dokumentiert werden. Deshalb hat die Stadtgemeinde Oberwart einen Fotowettbewerb in vier Kategorien ausgeschrieben. „Das Burgenland feiert heuer seinen 90. Geburtstag, in der Stadtgemeinde haben wir uns dazu entschlossen, dieses Jubiläum als Anlaß zu nehmen, um die Vielfalt Oberwarts, der zweitgrößten Stadt unseres Bundeslandes, in Bildern verschiedener Fotografen zu präsentieren“, erklärte Oberwarts Bürgermeister Gerhard Pongracz Anfang 2011.

Bilder in vier Kategorien konnten eingereicht werden:

- Oberwart – Ansichten
- Oberwart – Wirtschaft
- Oberwart – Menschen
- Oberwart – Tourismus/Kultur.

Jede/r konnte am Wettbewerb teilnehmen, für die besten zehn Bilder wurden Preise in Form von Gutscheinen im Gesamtwert von 2000 Euro ausgelobt, die bei den Oberwarter Fotofachgeschäften eingelöst werden können.



Sonderpreis für die 12jährige Valerie Voithofer aus Mariasdorf

Insgesamt hat die Stadtgemeinde 61 Fotos erhalten. Eine Jury hat die Bilder bewertet – unter verschiedensten Gesichtspunkten wurden die besten Motive ausgewählt. Am 20. April wurden die GewinnerInnen ins Rathaus geladen, um ihre Preise in Empfang zu nehmen. Bürgermeister Gerhard Pongracz bedankte sich für die Teilnahme am Wettbewerb: „Wir wollten mit diesem Wettbewerb Oberwart aus verschiedensten Blickwinkeln präsentieren. Das ist sehr gut gelungen, die eingereichten Fotos zeigen unsere Stadt aus so vielen verschiedenen Perspektiven, das ist sehr faszinierend.“ Sehen Sie selbst auf den folgenden Seiten. ■

<http://www.oberwart.at>

Foto: Valerie Voithofer

»Burgenland Journal«

Foto: Markus Habicher



Oberwart

Sieger Kategorie »Ansichten«: Markus Habicher, Oberwart

Foto: Willi Steurer



Sieger Kategorie »Wirtschaft«: Willi Steurer, Zillingdorf-Bergwerk

»Burgenland Journal«



Foto: Ruth Kurz

Sieger Kategorie »Menschen«: Ruth Kurz, Oberwart



Foto: Stephan Schranz

Sieger Kategorie »Tourismus/Kultur«: Stephan Schranz, Oberwart

»Burgenland Journal«

Foto: Josef Tschögl



Kategorie »Ansichten«: Josef Tschögl, Oberwart

Foto: Josef Tschögl



Kategorie »Ansichten«: Josef Tschögl, Oberwart

Foto: Lukas Benkö



Kategorie »Ansichten«: Lukas Benkö, Oberwart

Foto: Sebastian Walhütter



Kategorie »Tourismus/Kultur«: Sebastian Walhütter, St. Martin

Foto: Ferial Hagenauer



Kategorie »Menschen«: Ferial Hagenauer, Markt Allhau

Foto: Agnes Nebehay – Das Foto mußte leider oben leicht angeschnitten werden.



Kategorie »Ansichten«: Agnes Nebehay, Wien



Foto: Katharina Kurz

Kategorie »Ansichten«: Katharina Kurz (10 Jahre), Oberwart



Foto: Martin Toth

Kategorie »Ansichten«: Martin Toth, Oberwart



Foto: Juliana Toth, Oberwart

Kategorie »Ansichten«: Juliana Toth, Oberwart

Auch das »Österreich Journal« gratuliert den GewinnerInnen des Oberwarter Fotowettbewerbs – vor allem der 10jährigen Katharina Kurz und der 12jährigen Valerie Voithofer: Bravo, macht weiter so!

Burgenländer verschönern Wien

Bereits seit 48 Jahren pendeln Jahr für Jahr hunderte Burgenländer nach Wien, um hier die Parkanlagen und Grünflächen zu pflegen. Auch heuer sind es wieder rund 400 Seewinkler, die in dieser Saison beim Wiener Stadtgartenamt beschäftigt sind. Sie tragen von April bis Ende November mit dazu bei, daß Wien zu den schönsten und gepflegtesten Städten der Welt zählt.



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Umweltstadträtin Ulrike Sima (r.) Landeshauptmann Hans Niessl (2.v.r.) und andere beim Saisonauftakt in Oberlaa

Dazu Landeshauptmann Hans Niessl: „Es gehört schon zur guten Tradition, daß ich beim Saisonauftakt der WIG-Arbeiter aus dem Seewinkel dabei bin. Als Seewinkler fühle ich mich natürlich besonders verpflichtet, daß ich meine Landsleute begleite. Damit ist das Stadtgartenamt zweifellos ein sehr bedeutender Arbeitgeber für die Region. Diese Arbeitsplätze sind für das Burgenland, speziell für den Seewinkel, sehr wichtig. Unsere Burgenländer leisten hier aber auch eine unverzichtbare Arbeit und tragen mit dazu bei, daß sich die Besucher der Bundeshauptstadt wohl fühlen.“

Jugendtaxi in 60 Gemeinden

Eine Befragung unter Jugendlichen hat ergeben, daß sich viele ein sicheres, flexibles und kostengünstiges Verkehrsmittel am Wochenende wünschen, um beim Besuch von Freizeitveranstaltungen nicht das eigene Auto benutzen zu müssen. Daraufhin hat im Jänner 2007 die Wirtschaftskammer gemeinsam mit dem Landesjugendreferat und dem Verkehrsreferat der Burgenländischen Landesregierung das Projekt „Jugendtaxi Burgenland“ gestartet. Mittlerweile hat sich dieses Projekt zur größten und flexibelsten Mobilitäts- und Verkehrssicherheitsinitiative des Burgenlandes entwickelt.

„Wir sind vom Erfolg dieser Aktion überwältigt“, freut sich Patrick Poten, Obmann der burgenländischen Taxiinnung, „die Akzeptanz bei den Jugendlichen ist enorm. Ein großer Dank gilt auch den mitmachenden Gemeinden, die die Taxischecks finanziell fördern und damit der Jugend eine sichere und flexible Mobilität ermöglichen.“

Der Vertrieb und die finanzielle Förderung der Jugendschecks erfolgt über die Gemeinden, somit wird die Taxifahrt für die Jugendlichen billiger. Mittlerweile beteiligen sich 60 Gemeinden des Burgenlandes an diesem Projekt und leisten so einen wertvollen Beitrag zur Verkehrssicherheit.

„Wir unterstützen dieses Projekt, weil uns die Mobilität und Verkehrssicherheit unserer Jugendlichen sehr viel wert ist – jeder Euro ist hier gut investiert“, meint Rudolf Geißler, Bürgermeister von Oberpullendorf, der von dieser Initiative begeistert ist.

Höchste steirische Auszeichnung für Südtirols LH Durnwalder



Foto: Land Steiermark/Frankl

LH Durnwalder (m.) mit seinen steirischen Kollegen und Freunden Schützenhöfer, Voves, Waltraud Klasnic und Josef Krainer (v.l.)

Die steirischen Landeshauptleute Franz Voves und Hermann Schützenhöfer haben am 20. April in Graz dem Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder das „Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark mit dem Stern“ verliehen. Bei der Ehrung in der Aula der Alten Universität haben sich unter anderen auch die ehemaligen Landeshauptleute Waltraud Klasnic und Josef Krainer eingefunden.

Voves bedankte sich bei Durnwalder für „die wunderbare Freundschaft sowie das große Miteinander, welche seit Jahrzehnten die guten Kontakte zwischen Südtirol und der Steiermark auszeichnen“. Darüber hinaus wußte Voves von vielen Gemeinsamkeiten der beiden Länder zu berichten: „Wunderschöne Landschaftszüge, ein Anteil an den zerklüfteten Gebirgsketten der Alpen, perfekte Bedingungen für Wein- und Obstbau, etablierter Sommer- und Wintertourismus, sowie die Liebe des Erzherzogs Johann von Österreich – das sind nur die auffälligsten Gemeinsamkeiten.“

LH-Stv. Hermann Schützenhöfer fügte den „ausgeprägten Sinn für Eigenständigkeit

sowie eine echte Seelenverwandtschaft“ als Gemeinsamkeiten hinzu. „Der Herrgott muß neben der Steiermark auch in Südtirol vorbeigekommen sein, als er die Welt erschuf“, so Schützenhöfer. Bereits die früheren Landeshauptleute der beiden Länder, Josef Krainer senior und Silvius Magnago, hätten die heute „besonders herzlichen Bande“ geknüpft. „Wir erleben hoffentlich noch viele weitere Jahre der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit“, so Schützenhöfer abschließend.

LH Luis Durnwalder bedankte sich bei seinen „lieben Freunden“: „Ich bin wirklich sehr gerührt und freue mich sehr über diese Auszeichnung.“ Allerdings fragte sich der Geehrte auch, was er schon Besonderes getan habe: „Daß man gut zusammenarbeitet oder daß man die Steiermark liebt, ist ja wirklich nichts Besonderes.“

Nachdem er seinerzeit nur dank eines steirischen Stipendiums studieren konnte, würde laut Durnwalder eher die Steiermark die Dankbarkeit verdienen. „Somit sehe ich diese Auszeichnung als Anerkennung für unsere Bevölkerung und unser Land. Ich finde es gut, wenn man in politisch nicht nur ein-

fachen Zeiten ein Zeichen dafür setzt, daß man sich besonders gut versteht“, so der Südtiroler Landeshauptmann. Auch er wußte schließlich von Gemeinsamkeiten zwischen Südtirolern und Steirern zu berichten: „Wir wissen beide, daß uns im Leben nichts geschenkt wird. Bei uns leben Leute, die wissen, daß sie angreifen müssen, damit etwas geschieht. Aber wir lieben auch beide unsere Länder und sind verbunden mit unserer Geschichte. Wir sind beide offen für Europa.“

Die Landeshauptleute konnten auch noch viele weitere Persönlichkeiten bei der Ehrung begrüßen. Unter anderen waren Bischof Egon Kapellari, Landesrat Christian Buchmann, die Landtagspräsidenten Ursula Lackner und Franz Majcen ebenso vertreten wie Klubobmann Christopher Drexler und die ehemaligen Landtagspräsidenten Walpurga Beutl, Reinhold Purr und Franz Hasiba.

Den speziellen Abschluß der Ehrung bot die Uraufführung eines Medleys aus der italienischen, südtiroler und steirischen Landeshymne, dargeboten von Startrompeter Toni Maier. ■

Mitteleuropa-Initiative

LH Luis Durnwalder eröffnete eine Tagung zur Autonomie.



Foto: LPA / Bertl

LH Durnwalder stellte rund 40 Vertretern aus 18 Ländern aus Mittel- und Osteuropa das Südtiroler Autonomie-Modell vor.

Rund 40 Vertreter aus 18 Ländern, vor allem aus dem Raum Mittel-, Ost- und Südosteuropa, wohnten am 27. April der Tagung der Mitteleuropa-Initiative „CEI – Central European Initiative“ im Palais Widmann in Bozen bei. LH Luis Durnwalder stellte in seinen einführenden Worten das Südtiroler-Autonomie-Modell vor.

„Die Südtiroler haben wie alle Minderheiten Höhen und Tiefen miterlebt. Nach 1945 hat man erkannt, daß die Lösung der Minderheitenfrage in Südtirol ein wesentlicher Beitrag zum Frieden ist“, so Durnwalder im Rahmen der Eröffnung der Tagung. „Nach der Zuerkennung einer Autonomie hat es noch einige Zeit gedauert, bis diese ausgestaltet werden konnte. Heute jedoch ist unser Land ein gelungenes Beispiel dafür, wie eine Lösung von Minderheitenfragen möglich ist.“

Durnwalder berichtete den anwesenden Teilnehmern, daß durch die Autonomie nicht nur das Zusammenleben der drei Volksgruppen in Südtirol gesichert werden konnte, sondern auch die Basis für wirtschaftlichen Wohlstand gelegt wurde. „Durch die Möglichkeit, unsere eigene Politik zu betreiben, konnten wir auch auf dem Land Infrastrukturen und Arbeitsplätze schaffen und somit das Leben in den Dörfern aufrechterhalten“, unterstreicht Durnwalder. Auch der gleichberechtigte Sprachgebrauch in den öffent-

lichen Ämtern und die Möglichkeit, in der eigenen Sprache die Schule zu besuchen, sei eine wesentliche Grundlage der Gleichbehandlung der drei Volksgruppen in Südtirol.

„Durch das Südtiroler Autonomie-Modell wurde das friedliche Zusammenleben der Sprachgruppen gefördert. Es lohnt sich, dieses Modell kennenzulernen und diese Tagung stellt eine gute Gelegenheit dafür dar“, so LH Durnwalder abschließend.

Die „Central European Initiative“ ist ein Forum der regionalen Zusammenarbeit in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, wurde 1989 in Budapest gegründet und zählt mittlerweile 18 Mitgliedsstaaten. Im Rahmen der Tagung mit dem Titel „Autonomie – Mittel für den Frieden der Völker“ waren auf Einladung von Oskar Peterlini die Parlamentsver-

tretungen von 18 CEI-Staaten in Bozen zu Gast. Peterlini ist derzeit Präsident der Kulturkommission der Mitteleuropa-Initiative. Nach der Begrüßung durch LH Durnwalder hielten internationale Experten aus verschiedenen Teilen Europas Referate zu den Themen Autonomie und Minderheitenschutz. Südtirol war durch Martha Stocker in ihrer Funktion als Vizepräsidentin der FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen), Francesco Palermo (Leiter des EURAC-Instituts für Föderalismus- und Regionalismusforschung) und Günther Rautz (Generalsekretär der MIDAS) vertreten.

Ladinerlandesrat Florian Mussner wird heute abend im Rahmen eines ladinischen Abends in St. Ulrich die Besonderheiten der ladinischen Volksgruppe vorstellen. ■

Finanzierung der Autonomie: Keine einseitige Abänderung

Er selbst habe aus Rom keinerlei Mitteilung erhalten, daß dort geplant werde, das Finanzierungssystem der Südtiroler Autonomie abzuändern, doch müsse klar sein: Eine solche Abänderung sei nur möglich, wenn auch Südtirol ihr zustimme. Dies erklärte Landeshauptmann Luis Durnwalder am 10. April im Anschluß an die Sitzung der Landesregierung.

In den letzten Tagen hatte das Gerücht die Runde gemacht, daß die Regierung Monti

plane, den Anteil an den in Südtirol eingehenden Steuern, die im Land verbleiben, von 90 auf 60 Prozent zu verringern. „Uns ist offiziell bis dato allerdings nichts dergleichen mitgeteilt worden, weshalb mich die Nachricht auch überrascht hat“, so der Landeshauptmann, der nach der Sitzung der Landesregierung auch gleich vorbaute: „Wir würden uns gegen ein solches Ansinnen aber auch mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen.“ ■

Bekämpfung von Geldwäsche

Modernisierung des EU-Rechtsrahmens angesichts neuer Bedrohungen

Ohne wirksame Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung könnten Solidität, Integrität und Stabilität des Finanzsystems ernsthaft bedroht werden. Angesichts der sich ständig wandelnden Bedrohungen im Zusammenhang mit Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ist eine regelmäßige Überprüfung des bestehenden Rechtsrahmens geboten. Im Lichte der jüngsten Überarbeitung der einschlägigen internationalen Standards und der von ihr selbst durchgeführten Überprüfung hat die Kommission am 11. April einen Bericht über die Anwendung der Dritten Geldwäscherichtlinie angenommen.

Darin werden die Umsetzung der verschiedenen Elemente des geltenden Rahmens analysiert und Überlegungen dazu angestellt, welche Änderungen gegebenenfalls erforderlich sind. Aufgrund der Überprüfung der Richtlinienvorschriften gelangt der Bericht generell zu dem Schluß, daß der bestehende Rahmen gut zu funktionieren scheint und daß keine grundlegenden Unzulänglichkeiten festzustellen sind, die wesentliche Änderungen erfordern. Nichtsdestoweniger seien gewisse Änderungen notwendig, um den sich wandelnden Bedrohungen Rechnung zu tragen. Die Kommission beabsichtigt, im Herbst 2012 einen Vorschlag für eine vierte Geldwäscherichtlinie vorzulegen.

Dazu der für Binnenmarkt und Dienstleistungen zuständige Kommissar Michel Barnier: „Heute machen wir einen wichtigen Schritt, um die europäischen Vorschriften zur Sicherung der Solidität, Integrität und Stabilität des Finanzsystems zu aktualisieren und zu stärken. Wir wollen dafür sorgen, daß die neuen internationalen Standards rasch integriert werden und daß das europäische System angemessen auf die sich wandelnden Bedrohungen durch Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung reagiert. Der Einfallsreichtum der Kriminellen bei der Nutzung von Gesetzeslücken kennt keine Grenzen. Unser Ziel ist es, klare und verhältnismäßige Bestimmungen vorzuschlagen, die den Binnenmarkt schützen, ohne die Marktteilnehmer übermäßig zu belasten.“

Hintergrund

Die Dritte Geldwäscherichtlinie gibt einen Rechtsrahmen vor, der das Finanzsystem vor

den Risiken von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung schützen soll und weitgehend auf den von der „Financial Action Task Force“ (FATF) festgelegten internationalen Standards beruht. Nach Veröffentlichung der überarbeiteten internationalen Standards am 16. Februar 2012 verpflichtete sich die Kommission, den EU-Rechtsrahmen umgehend zu aktualisieren und die erforderlichen Änderungen vorzunehmen.



Parallel zu diesem Prozeß hat die Kommission eine Überprüfung der Dritten Geldwäscherichtlinie durchgeführt, um etwaige Unzulänglichkeiten aufzudecken.

Kernpunkte des Vorschlags

Folgende Aspekte wird die Kommission eingehender prüfen:

- Berücksichtigung der Änderungen an den internationalen Standards durch Integration stärker risikobasierter Elemente, was

es ermöglichen dürfte, bei der Bewertung von Risiken gezielter vorzugehen und die Ressourcen da einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden;

- Möglichkeit der Ausweitung des Geltungsbereichs der Vorschriften, um beispielsweise eine umfassendere Abdeckung des Glücksspielsektors und die Einbeziehung von Steuervergehen als „Vortaten“ von Geldwäsche zu gewährleisten;
- Möglichkeit der Präzisierung der Vorschriften zu den Sorgfaltspflichten gegenüber Kunden, denen zufolge Banken und andere „Verpflichtete“ angemessene Kontrollen und Verfahren einführen müssen, um feststellen zu können, wer die Kunden sind, mit denen sie Geschäfte machen, und welcher Art die Geschäfte dieser Kunden sind; insbesondere müssen die überarbeiteten Vorschriften sicherstellen, daß vereinfachte Verfahren nicht fälschlicherweise als volle Ausnahme von den Vorschriften zu den Sorgfaltspflichten gegenüber Kunden angesehen werden;
- Festlegung neuer Bestimmungen zur Behandlung politisch exponierter Personen (PEP) auf nationaler Ebene und im Rahmen internationaler Organisationen;
- Stärkung der Befugnisse der nationalen zentralen Meldestellen („Financial Intelligence Units“, FIU) und Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den FIU, deren Aufgabe darin besteht, Meldungen über Verdachtsfälle von Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung entgegenzunehmen, zu analysieren und an die zuständigen Behörden weiterzuleiten und auf diese Weise die Zusammenarbeit zu fördern;
- Klarstellung, wie die Aufsichtsbefugnisse zur Bekämpfung von Geldwäsche in grenzüberschreitenden Situationen auszuüben sind;
- Einführung neuer Datenschutzbestimmungen im Lichte der im Januar 2012 veröffentlichten Kommissionsvorschläge.

Darüberhinaus legt die Kommission in dem Bericht dar, wie sie die Anwendung der Richtlinie auf Rechtsanwälte und andere selbständige Angehörige von Rechtsberufen bewertet. ■

<http://europa.eu>

18. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen

4. bis 6. September 2012 im NÖ Landhaus

St. Pölten – Generalthema: »jung und alt – ZUSAMMENhalt!«

Dienstag, 4. September

bis 16.00 Uhr Eintreffen in St. Pölten - Check-in im Hotel Metropol
3100 St. Pölten, Schillerplatz 1
Telefon: ++43 / (0)2742-70700/132

16.15 Uhr Rahmenprogramm
Besichtigung der Firma Egger in 3105 Unterradlberg,
Tiroler Straße 16

anschließend gemütliches Beisammensein bei einem Heurigen

Mittwoch, 5. September

9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
zum NÖ Landhaus

9.30 Uhr Eröffnungsveranstaltung im Ostarrichisaal,
Haus 1A, 2. Stock
Vorträge und Berichte
Moderation: Tom Bläumauer

10.40 Uhr Kaffeepause

10.50 Uhr Beginn der Arbeitskreise/Workshops – 1. Teil

- Wirtschaft & Technologie/Umwelttechnik
(Ostarrichisaal)
„Demografischer Wandel – Chancen für alle
Generationen“
Impulsreferat: Prof. Dir. Mag. Kolarz-Lakenbacher,
Siemens AG Österreich, Niederlassungsleitung
St. Pölten
Moderation: Mag. Herbert Halbwidl
- Kunst, Kultur & Wissenschaft
(Industrieviertsaal)
Thema: „„Schule, Medien, Vereine: Kultur heute
und morgen““
Impulsreferat: Mag. Dr. Hans Magenschab
Chefredakteur der NÖ Kulturzeitschrift „morgen“
Moderation: Dr. Iona Slawinski
- Bildung & Jugend (Mostviertsaal), Thema:
Die NÖ Jugendstudie 2012 – und ergänzende
Daten aus weiteren Studien zum Thema
Generationen“
Impulsreferat: Dr. Erich Brunmayr,
Institut für strategische Zukunftsentwicklung,
NÖ Landesakademie
Moderation: Landesjugendreferent
Wolfgang Juterschnig

12.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen - 1. Teil
anschl. Mittagsbuffet, NÖ Saal I und II, 2. Stock

14.00 Uhr Fortsetzung der Arbeitskreise/Workshops – 2. Teil

17.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen – 2. Teil
anschl. Vernissage „NÖ Kunstschaffende im Ausland“,
Haus 1A, Ausstellungsbrücke:
Christa Gattringer Schottland
Gisela W. Adler Deutschland

18.45 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus zum Hotel Metropol

19.00 Uhr Abendessen im Hotel Metropol

Donnerstag, 6. September

9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
zum NÖ Landhaus

9.30 Uhr Fortsetzung und gemeinsamer Abschluß aller
Arbeitskreise im NÖ Landhaus, Landtagssitzungssaal,
Haus 1b, 2. Stock
Impulsreferat
Moderation: Tom Bläumauer

10.20 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen
Kaffeepause im Foyer des Landtagsschiffes

10.45 Uhr Abschlußveranstaltung mit Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll, im Landtagssitzungssaal
Moderation: Tom Bläumauer
Musik - Ensemble der Militärmusik Niederösterreich
Begrüßung und Kurzbericht: Peter de Martin
Präsentation der Ergebnisse der drei Workshops

- Festansprache von LH Dr. Erwin Pröll
- Überreichung der ANÖ-Nadel an die erstmaligen
ANÖ-Teilnehmer
- Schlußworte: Peter de Martin

anschl. Mittagsempfang gegeben von Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll, Foyer des Landtagsschiffes

14.00 Uhr Transfer für die TeilnehmerInnen zum Hotel Metropol
bzw. Bahnhof St. Pölten. Evtl. Weiterreise zum
AuslandsösterreicherInnen-Weltbundtreffen nach
Graz (6. bis 9. September)

<http://www.noel.gv.at/aoe>

Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2012

6. bis 9. September 2012 in Graz

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden.

Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

Donnerstag, 6. September 2011

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Graz, Eingang Sparkassenplatz
- 14.00 - 16.00 Uhr **Stadtrundgänge**
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!
- 14.00 - 16.00 Uhr **Altstadtführung „UNESCO Weltkulturerbe Graz“** – entführt in längst vergangene Jahrhunderte, wo sich Renaissance, Gotik und Barock die Hände reichen. 2003 war Graz die Kulturhauptstadt Europas. Das Kunsthaus oder die Insel in der Mur sind spektakuläre Zeugen.
- 14.00 - 16.00 Uhr **Schloßbergführung „Über den Dächern der Stadt“** Der Schloßberg ist ein bewaldeter, wanderbarer Berg in der Altstadt. Eine Burg, die vor über 1000 Jahren auf einem Felsvorsprung des Hügels stand, gab der Stadt ihren Namen. Aus dem slawischen Gradec für „kleine Burg“ wurde später Graz. Und aus der kleinen Burg eine mächtige Festung, die Napoleon 1809 sprengen ließ. Geblieben sind der Glockenturm und der Uhrturm.
- 14.00 - 16.00 Uhr **Stadtrundfahrt mit dem Cabriobus** vorbei an Grazer Hotspots, moderiert von einem kompetenten Guide.
Beschränkte Teilnehmeranzahl
- 19.00 Uhr **Empfang durch Landeshauptmann Mag. Franz Voves,**
in der Alten Universität Graz, Hofgasse 14
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!

Freitag, 7. September 2011

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Graz, Eingang Sparkassenplatz
- Rahmenprogramm:** *Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!*
Treffpunkt für alle Veranstaltungen:
Landhaushof, Herrengasse 16
- 09.00 - 11.00 h **„Hof halten - die Innenhöfe der Grazer Altstadt“** Spaziergang durch repräsentative Höfe für den Adel, stimmungsvolle Klosterhöfe, Arkadenhöfe, mit Sgraffito-Malerei oder versteckte Gärten und urige Gaststätten.
- 09.00 - 11.00 h **„Universalmuseum Joanneum“**
Ältestes öffentlich zugängliches Museum Österreichs und größtes Universalmuseum in der Mitte Europas. Seit 2011 ist das Joanneumsviertel Herzstück des zweitgrößten Museums Österreichs und setzt einen wichti-

gen städtebaulichen Akzent in der Grazer Innenstadt.

- 09.00 - 12.00 h **„Schloß Eggenberg“** Bustransfer und Führung Schloß Eggenberg wurde ab 1625 errichtet. 365 Fenster, 31 Räume pro Stockwerk, 24 Prunkräume mit 52 Türen und insgesamt 60 Fenstern, 4 Ecktürme – alles Anspielungen auf die Zeit, auf Jahreszeiten, Wochen, Tage, Stunden, Minuten. Im Zeichen der Astronomie steht auch das Bildprogramm des ab 1678 vom Maler Hans Adam Weissenkircher ausgestatteten Planetensaals.
- 14.00 - 18.00 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
Ort: Congress Graz, Saal Steiermark, Eingang Sparkassenplatz
- 19.30 - 23.00 Uhr Empfang des **Bürgermeisters der Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl**, im Congress Graz, Eingang Sparkassenplatz

Samstag, 8. September 2011

- 10.00 - 12.00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreichers des Jahres 2012“**
Ort: Congress Graz, Stefaniensaal, Eingang Sparkassenplatz
- 12.15 Uhr Festessen auf Einladung von **Vizekanzler und Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, Dr. Michael Spindelegger**, Ort: Congress Graz
- 14.30 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
Ort: Congress Graz, Saal Steiermark, Eingang Sparkassenplatz
- 20.30 Uhr **Abschlußball des Auslandsösterreicher-Weltbundes**,
Ort: Congress Graz, Stefaniensaal und angrenzende Säle, Eingang Sparkassenplatz

Sonntag, 8. September 2011

- 09.30 Uhr **Evangelischer Gottesdienst** in der Heilandskirche am Kaiser-Josef-Platz
- 10.00 Uhr **Katholischer Gottesdienst** im Grazer Dom, Burggasse 3
- 12.00 Uhr **Abschlußmittagessen**
Ort: Brauhaus Puntigam, Triesterstraße 361, Essen € 20,- auf eigene Rechnung; Getränke auf Rechnung des AÖWB.
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!
Änderungen vorbehalten!

Das Jahrtausendprojekt

Der Semmering-Basistunnel neu ist eines der wichtigsten Infrastruktur-Großprojekte im Herzen Europas – mit einem Investitionsvolumen von mehr als 3 Milliarden Euro. Am 25. April wurde mit dem Spatenstich feierlich gestartet.

Der zweiröhrige Eisenbahntunnel stellt für Österreich eine nachhaltige Investition in die Eisenbahn-Infrastruktur dar und ist ein Schlüsselprojekt der neuen Südbahn. Mit dem Semmering-Basistunnel neu wird auf der Südbahn im Abschnitt Semmering die infrastrukturelle Grundlage für ein verbessertes Angebot im Personen- und Güterverkehr geschaffen.

Bundesministerin Doris Bures, EU-Vertreterin Desirée Oen vom Kabinett des EU-Verkehrskommissars Siim Kallas, die beiden Landeshauptmänner von Niederösterreich und der Steiermark, Erwin Pröll und Franz Voves, sowie ÖBB-Vorstandsvorsitzender Christian Kern starteten am 25. April offiziell mit einem feierlichen Spatenstich das Projekt. Die Fertigstellung ist für Ende 2024 vorgesehen. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt rd. 3,1 Mrd. Euro (gemäß Rahmenplan 2012-2017 endvalorisiert).

Nutzen und Bedeutung für Österreich

Der Semmering-Basistunnel neu ist ein Schlüsselprojekt auf der neuen Südbahn. Er beseitigt das Nadelöhr über den Semmering zwischen Gloggnitz und Mürzzuschlag. Die „neue Südbahn“ mit dem Semmering-Basistunnel und der Koralmbahn schafft eine moderne, leistungsfähige und zukunftssichere Verbindung sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr. Der Eisenbahntunnel durch das Semmering-Bergmassiv wird die Bergstrecke zwischen Gloggnitz in Niederösterreich und Mürzzuschlag in der Steiermark – das Weltkulturerbe Ghega-Bahn – künftig entlasten. Im Gegensatz zur Bergstrecke wird der Tunnel dank seiner geringen Neigung selbst für schwere Güterzüge uneingeschränkt befahrbar sein. Tonnenschwere Güterwagons müssen nicht mehr, wie bisher, von zwei oder drei Lokomotiven über den Berg befördert werden, sondern nur noch mit einer. Zusätzlich zur enormen Effizienz- und Kapazitätssteigerung im Güterverkehr wird sich auch die Fahrzeit zwischen Wien und Graz um ca. 40 Minuten verkürzen. Reisende werden dann für die Strecke nur noch 1 Std. 50 Min. benötigen, was sowohl den Reisekomfort als auch die Auslastung auf der Südachse erheblich steigern wird. Nach dem

Endausbau der neuen Südbahn wird die Strecke Wien-Graz-Klagenfurt in rund 2 Std. 40 Min. zurückgelegt werden können. Heute benötigt man dafür noch 3 Std. 50 Min.

Gemeinsam mit dem künftigen Hauptbahnhof Wien, der neuen Verkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof Graz und der in Bau befindlichen Koralmbahn schafft der Semmering-Basistunnel neu die Voraussetzung für eine leistungsfähige, zukunftsfähige und attraktive Nord-Süd-Verbindung auf der Schiene. Für Österreich erschließen sich damit neue Märkte und Wirtschaftsräume. In

der Bauphase werden 4000 Arbeitsplätze, in der Betriebsphase ca. 15.000 zusätzliche Jobs gesichert und 5,5 Mrd Euro an zusätzlicher Wertschöpfung in den Betriebsjahren bis 2055 generiert (*Quelle: Studie von IHS, IKK und WU Wien / ZTL - Zentrum für Transportwirtschaft und Logistik; Auftraggeber: ÖBB-Infrastruktur AG*).

Bedeutung für Europa

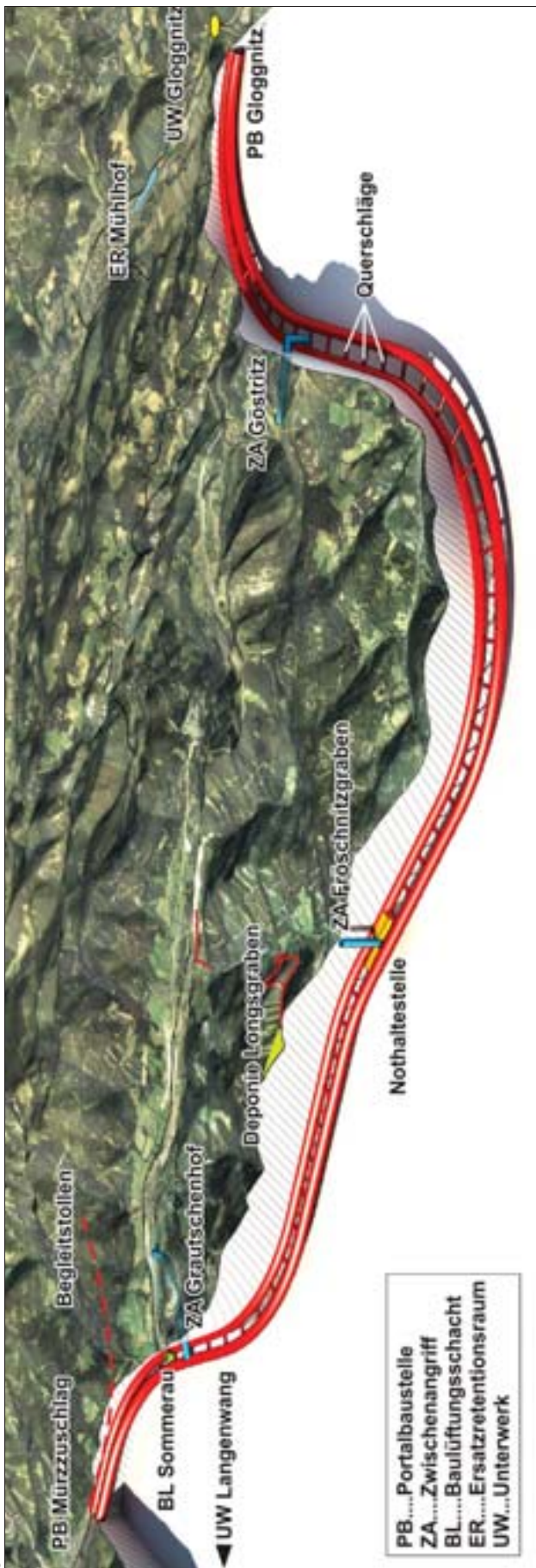
Die Südbahn ist mit ihrem Herzstück, dem Semmering-Basistunnel neu, innerhalb Europas das zentrale Verbindungsglied auf



Foto: ÖBB / Krischanz

Spatenstich am 25. April in Gloggnitz, v.l.: ÖBB-Vorstandsvorsitzender Christian Kern, der steirische Landeshauptmann Franz Voves, Infrastrukturministerin Doris Bures, Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll und Desirée Oen, Vertreterin des Kabinetts des EU-Verkehrskommissars Siim Kallas

Wirtschaft



© ÖBB

der transeuropäischen Route von der Ostsee bis zur Adria. Durch den Ausbau dieser Baltisch-Adriatischen Achse von Danzig über Warschau und Wien nach Triest, Venedig und Bologna werden die wachsenden Industrieräume in Polen und Osteuropa mit dem starken oberitalienischen Wirtschaftsraum vernetzt. Für die EU-Regionen entlang der Baltisch-Adriatischen-Achse zeichnet sich lt. Studie durch Inbetriebnahme der ausgebauten österreichischen Projekte eine zusätzliche Wertschöpfung von rund 5,8 Mrd. Euro und 31.000 Arbeitsplätzen ab.

Im Einklang mit Natur und Umwelt

Neben der besseren Schienenverbindung sowohl national als auch international und der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich zahlt sich die Investition in den Semmering-Basistunnel auch für Mensch und Umwelt aus. Der Basistunnel schafft die Möglichkeit, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Dadurch steigt die Verkehrssicherheit und gleichzeitig wird das Klima geschützt und die Umwelt geschont.

Weltkulturerbe Semmeringbahn

Um die Verträglichkeit des Semmering-Basistunnel neu mit dem bestehenden Weltkulturerbe der Semmeringbahn zu überprüfen, hat das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) das UNESCO Welterbezentrum um Überprüfung gebeten. Diese fand bereits im Frühjahr 2010 durch einen vom internationalen Rat für Denkmalpflege beauftragten Experten statt. Dabei wurden die Berührungspunkte des Semmering-Basistunnels neu mit dem Welterbe erläutert. Neben Maßnahmen zur Erhaltung der Bergstrecke wurden auch wirtschaftliche und touristische Aspekte beleuchtet sowie Tunnelgegner eingeladen, die ihre Bedenken und Sorgen einbringen konnten. Die Prüfung hat ergeben, daß das Tunnelprojekt „die außergewöhnliche universelle Bedeutung des Welterbes“ nicht beeinträchtigt. Um dies auch in der Projektumsetzung zu gewährleisten, wurde ein internationaler, interdisziplinärer Beirat eingerichtet.

Das Projekt Semmering-Basistunnel neu

Der 27,3 km lange Semmering-Basistunnel neu verbindet Gloggnitz in Niederösterreich mit Mürtzschlag in der Steiermark. Er besteht aus zwei parallel geführten Tunnelröhren mit rund 10 Metern Durchmesser, die in einem Abstand von 40 bis 70 Metern zueinander errichtet werden. Sie sind in Abständen von maximal 500 Metern durch begehbare Querstellen, sogenannte Querschläge, miteinander verbunden, welche primär der Selbstrettung dienen. Der Semmering-Basistunnel neu entspricht somit den aktuellen Anforderungen an die Tunnelsicherheit. Im Ereignisfall gelangen die Passagiere über die Querschläge in die sichere Tunnelröhre. Außerdem ist in der Tunnelmitte zwischen den beiden Röhren eine Nothaltestelle eingerichtet, von der aus die Passagiere im Ereignisfall über die jeweils sichere Röhre aus dem Tunnel gebracht werden können. Der Basistunnel durch das Semmering-Gebiet wird nach seiner Fertigstellung einer der längsten Eisenbahntunnel Österreichs sein und auf der Südbahn im Abschnitt Semmering Fahrgeschwindigkeiten bis 230 km/h erlauben.

Projektzeitplan

Erste Baumaßnahmen finden im Portalbereich Gloggnitz statt. Dazu zählen wasserbauliche Maßnahmen für den Hochwasserschutz im Gebiet von Gloggnitz, zwei neue Eisenbahnbrücken, eine neue Straßenbrücke, ein Unterführungsbauwerk für die Reichenauer Landesstraße B27 sowie die Bauheldfreimachung und die Herstellung einer Baustellenfläche für die kommenden Tunnelvortriebsstätigkeiten in Gloggnitz.



© ÖBB/Heider/Klausner

Der Verlauf der Südbahn-Strecke mit dem rot eingezeichneten Semmering-Basistunnel neu zwischen Gloggnitz und Mürzzuschlag.

Außerdem werden die ersten Maßnahmen für die Ersatzwasserversorgung der Gemeinde Spital am Semmering gesetzt. Der erste Tunnelvortrieb ist 2014 im Fröschnitzgraben geplant. 2015 soll mit den Vortriebsarbeiten in Gloggnitz sowie beim Zwischenangriff Göstritz begonnen werden. Voraussichtlich 2016 wird das Tunnelbaulös in Grautschendorf gestartet. Bis 2021 sollen alle Vortriebsarbeiten abgeschlossen und die beiden Tunnelröhren im Rohbau durchgängig fertiggestellt sein. Nach Einbau der Tunnelausrüstung kann der Semmering-Basistunnel neu voraussichtlich Ende 2024 in Betrieb genommen werden.

Gut durchdachte Baulogistik

Die Errichtung eines Infrastrukturprojekts dieser Größe verlangt eine umfassende Baulogistik. Die Baustellen müssen einerseits mit Baustoffen versorgt und andererseits muß das Ausbruchsmaterial des Semmering-Basistunnels neu abtransportiert werden. Dafür kommen modernste lärm- und emissionsarme Fahrzeuge zum Einsatz. Während der Bauphase werden eigene Umfahrungsstraßen errichtet oder hochrangige Straßenwege als Ortsumfahrungen genutzt. Zusätzlich werden rund um Baustellen-

flächen Lärmschutzwände errichtet. Soweit möglich, wird Ausbruchs- und Baumaterial auf der Schiene befördert. Weiters werden Deponien in Baustellennähe errichtet. Nach Ende der Ablagerung werden sie rekultiviert, neu gestaltet und standortgerecht bepflanzt, so daß neuer Lebensraum entsteht.

Bures: Bahn frei für umweltfreundlichen Verkehr

Für Infrastrukturministerin Doris Bures (SPÖ) ist der Spatenstich für den Semmering-Basistunnel ein historisches Ereignis, und das „nicht nur, weil die Vorbereitungsarbeiten mittlerweile schon drei Jahrzehnte dauern, sondern weil der SBT für die Südbahn und das gesamte österreichische Hochleistungsnetz ein Schlüsselprojekt ist“. Bures: „Der Semmering-Basistunnel macht die neue Südbahn komplett. Das ist der letzte große Lückenschluß, den wir heute in Angriff nehmen. Gerade im Jubiläumsjahr 175 Jahre Eisenbahn in Österreich zeigen wir mit dem Spatenstich, daß die Eisenbahn auch eine große Zukunft haben wird.“

„Die Südstrecke ist einer der wichtigsten Korridore, im innerösterreichischen Verkehr genauso wie im grenzüberschreitenden Verkehr“, hob die Ministerin hervor. „Mit dem

Ausbau wird es gelingen, daß wir den enormen Zuwachs im Güterverkehr umweltfreundlich bewältigen können und für den Personenverkehr ein absolut konkurrenzfähiges Angebot zur Straße auf die Schiene bringen. Das Signal ist klar: Bahn frei für den umweltfreundlichen Verkehr.“

Für Bures geht es beim Ausbau der Schiene auch um eine Mobilitätsgarantie. „Bevölkerung und Wirtschaft brauchen Mobilität, die muß zuverlässig, sicher, effizient und leistungsfähig sein. Gerade angesichts der steigenden Treibstoffpreise muß hier jeder verantwortungsvolle Staat vorsorgen“, so die Ministerin.

Fahrzeiten Wien-Graz-Klagenfurt um ein Drittel kürzer

„Die Schiene ist unschlagbar bei Klimaschutz und Sicherheit, durch den Ausbau machen wir die Schiene absolut konkurrenzfähig bei den Fahrzeiten und wir schaffen die Kapazitäten, die für den Güterverkehr unbedingt notwendig sind“, erläutert Bures. Die Fahrzeiten zwischen Wien und Graz und Wien und Klagenfurt werden um ein Drittel reduziert. Statt in 2:40 Stunden wird man ab 2024 von Wien nach Graz nur mehr 1:50 Stunden brauchen, Wien-Klagenfurt geht dann in 2:40 statt 4 Stunden.

Plus 80 Prozent im Güterverkehr

Keine andere Alpenquerung hat in den letzten Jahren so große Zuwächse verzeichnet wie Semmering und Wechsel. Seit 1994 hat sich das Güterverkehrsaufkommen am Querschnitt Semmering/Wechsel verdoppelt. Die Verkehrsprognose 2025+ sagt für den Korridor eine weitere Steigerung beim Güterverkehr um 80 Prozent voraus. Bures: „Der Infrastrukturausbau bringt diesen Zu-

Die ÖBB

Als umfassender Mobilitätsdienstleister sorgt der ÖBB-Konzern österreichweit für die umweltfreundliche Beförderung von Personen und Gütern. Mit konzernweit rd. 42.500 MitarbeiterInnen (zusätzlich 1900 Lehrlinge) und Gesamterträgen von rd. 6,1 Mrd. Euro ist der ÖBB-Konzern ein wirtschaftlicher Impulsgeber des Landes. Im Jahr 2010 wurden von den ÖBB 460 Mio. Fahrgäste und 132,9 Mio. Tonnen Güter transportiert. Strategische Leitgesellschaft des Konzerns ist die ÖBB-Holding AG.

<http://www.oebb.at>

Wirtschaft

wachs zu einem großen Teil auf die umweltfreundliche Schiene.“

Südbahn ist Teil des europäischen Kernnetzes

Im vergangenen Herbst hat die EU-Kommission ihren Vorschlag der Kommission für die Neuausrichtung der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) vorgelegt. Darin sind jene Korridore mit einer grundlegenden Bedeutung für den grenzüberschreitenden Verkehr enthalten. Die strategisch wichtigsten Verkehrsverbindungen bilden das Kernnetz. Für Österreich besonders wichtig: Die Kommission hat auch den Baltisch-Adriatischen Korridor mit der Südbahn in das Kernnetz aufgenommen. Bures sieht darin eine nachdrückliche Bestätigung für die österreichische Infrastrukturpolitik. Alle großen österreichischen Eisenbahnkorridore, Westbahn, Südbahn und Brennerachse, gehören damit zum EU-Kernnetz.

Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze

„Die Südbahn ist eine Lebensader für die Bundesländer Niederösterreich, Steiermark und Kärnten“, so die Ministerin, die sich über die ungeteilte Unterstützung durch die Landeshauptleute freut. Der Ausbau im Korridor bringt Wachstum und zusätzliche Beschäftigung. Darin stimmen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute überein. Eine ganz aktuelle Studie kommt in der erweiterten Kosten-Nutzen-Analyse des Ausbaus (Hauptbahnhof Wien, Pottendorfer Linie, SBT, Hauptbahnhof Graz, Koralmbahn) zu

folgenden Ergebnissen: In der Bauphase sind jahresdurchschnittlich 10.000 Arbeitnehmer beschäftigt, die Betriebsphase bringt 15.000 Beschäftigte zusätzlich in Österreich. 30 Prozent der getätigten Investitionen fließen als Steuereinnahmen direkt wieder ins Budget zurück. Volkswirtschaftlich betrachtet, bringt jeder investierte Euro das Zweieinhalbfache an Wertschöpfung.

Projektdateien Semmering-Basistunnel

- Der SBT ist ein zweiröhriger Tunnel zwischen Gloggnitz in Niederösterreich und Mürzzuschlag in der Steiermark.
- Der Tunnel ist 27,3 km lang und verkürzt die Fahrzeit um 30 Minuten.
- Pro Tag können mehr als 300 Züge durch den Tunnel fahren.
- Die Verkehrsfreigabe ist für 2024 geplant.
- Kosten (valorisiert auf gesamte Bauzeit): 3,1 Mrd. Euro.

Die wichtigsten Stationen für die neue Südbahn

- Neubau Hauptbahnhof Wien (in Bau, Start für Betrieb Ende 2012),
- Ausbau Pottendorferlinie (in Bau),
- Semmeringbasistunnel (Baubeginn 2012, Betrieb 2024),
- Umbau Bahnhof Graz (in Bau),
- 130 km lange Neubaustrecke Koralmbahn (in Bau, Betrieb 2022).
- In Summe werden rund 10 Mrd. Euro investiert.

Pröll: Ökologisch grünes Licht gegeben

Drei wesentliche Fakten seien für das neue Projekt Semmering Basistunnel neu

entscheidend gewesen, sagte Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP): „Ökologisch ist aufgrund der naturschutzbehördlichen und wasserrechtlichen Verfahren grünes Licht gegeben. Daß der Tunnel nun zweiröhrig geplant ist, ist ein wesentlicher Sicherheitsaspekt. Und die Ghegastrecke bleibt auch in Zukunft aufrecht.“ Damit sei der Semmering-Basistunnel neu „in keinsten Weise vergleichbar mit dem alten Projekt, so Pröll.

In bezug auf den öffentlichen Verkehr stehe man in Niederösterreich vor zwei grossen Aufgaben, betonte der Landeshauptmann, und zwar einerseits die internationale Anbindung und andererseits den Nahverkehr. So werde demnächst die neue Westbahn ihrer offiziellen Bestimmung übergeben, auch die Pottendorfer Linie und der Marchegger Ast werden ausgebaut. Im Nahverkehr verwies der Landeshauptmann auf die Park & Ride-Anlagen in Niederösterreich sowie auf den kürzlich mit dem Bund abgeschlossenen Verkehrsdienstvertrag.

„Österreich liegt in der Mitte Europas an der Nahtstelle zwischen Ost und West“, sagte EU-Vertreterin Desirée Oen, „und Österreich stellt sich seit vielen Jahren in die erste Reihe, wenn es darum geht, die damit verbundenen Herausforderungen zu bewältigen.“

Erste Baumaßnahmen

für den Semmering-Basistunnel neu finden im Portalbereich Gloggnitz statt. Der erste Tunnelvortrieb ist 2014 im Fröschnitzgraben geplant. 2015 soll mit den Vortriebsarbeiten in Gloggnitz sowie beim Zwischenangriff



Architekturstudie zur Portalgestaltung auf der niederösterreichischen Seite des Semmerings

Wirtschaft

Göstritz begonnen werden. Voraussichtlich 2016 wird das Tunnelbaulös in Grautschendorf gestartet. Bis 2021 sollen alle Vortriebsarbeiten abgeschlossen und die beiden Tunnelröhren im Rohbau durchgängig fertig gestellt sein. Nach Einbau der Tunnelausrüstung soll der Semmering-Basistunnel neu Ende 2024 in Betrieb genommen werden. In der Bauphase werden 4000 Arbeitsplätze, in der Betriebsphase rund 15.000 zusätzliche Arbeitsplätze gesichert.

Voves: Historisches Bahnprojekt soll im Jahr 2024 befahrbar sein

Steiermarks Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) nannte das Ereignis „eines der wichtigsten und schönsten“ in seiner Politkarriere und ergänzte: „So schaut das aus, wenn der niederösterreichische Smaragd und der steirische Sauvignon Blanc zu einem Cuvée werden oder wenn zwei so starke Bundesländer gut zusammenarbeiten.“ LH Pröll hob die Initiative von des steirischen LH-Stv. Hermann Schützenhöfer (ÖVP) hervor, der mit ihm und Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) gemeinsam seit 2005 für den Semmeringbasistunnel neu gekämpft habe. Schützenhöfer selbst brachte den Baubeginn daraufhin auf den Punkt: „Was lange währt, wird endlich gut! Es ist ein historischer Tag für die Steiermark, weil der Semmeringtunnel nun gemeinsam mit dem Koralmtunnel zukunftsicher auf Schiene ist.“

Dörfler: Spatenstich ist auch riesiger Erfolg für Kärnten

„Ich freue mich, daß mit diesem Spatenstich das Jahrhundertprojekt neue Südbahn auf Schiene ist. Es zeigt sich auch, welche große Bedeutung diese Strecke für Österreich und Europa hat. Die intensiven Bemühungen Kärntens zahlen sich jetzt aus. Im Herbst des vergangenen Jahres wurde die Baltisch-Adriatische Achse für das zukünftige Kernnetz der Europäischen Union vorgeschlagen. Kärnten hat auf europäischer Ebene eine Vorreiterrolle eingenommen und wichtige Lobbyingarbeit in Brüssel geleistet. Aber auch der Spatenstich zum Semmeringbasistunnel zeigt, daß viele Kritiker in den letzten Jahren durch unsere Bemühungen umgestimmt werden konnten und daher nach der Koralmbahn jetzt auch der Semmeringbasistunnel realisiert wird“, so Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK).

Mit der Realisierung von Koralmtunnel und Semmeringtunnel wird die Erreichbarkeit Kärntens stark verbessert und eine wichtige Voraussetzung für den Personen- und

Güterverkehr auf der Schiene geschaffen. In Kärnten liegt bekanntlich die Wiege der Baltisch-Adriatischen Achse. Dieser Begriff wurde im Jahr 2004 im Rahmen eines Infrastruktur Gipfels in Villach geboren. Kärnten war seither sehr aktiv und führt auch jetzt die Forschungsaktivitäten rund um die Achse im Rahmen des EU-Projektes BATCo an. Mit diesen Projekten werde die Infrastruktur der Zukunft errichtet, erklärte der Landeshauptmann. Die Gesamtinvestition in beide Projekte Koralmbahn und Semmeringbasistunnel wird rund 8,3 Mrd. Euro ausmachen.

Wie bereits am 23. April von ÖBB-Generaldirektor Christian Kern mitgeteilt wurde, werden durch diese Investitionen laut einer Studie von IHS und WU Wien 15.000 nachhaltige Arbeitsplätze für Österreich und 31.000 Arbeitsplätze im europäischen Kontext geschaffen. Nach der Fertigstellung solle ein positiver Saldo von neun Mrd. Euro übrigbleiben. Der Mehrwert ist also höher als die Initialinvestition. Beispielsweise sind von 100 Bauaufträgen im Rahmen der bisherigen Baumaßnahmen zur Koralmbahn rund 80 an Kärntner Unternehmen wie Kostmann, Massivbau oder Steiner-Bau gegangen. In den nächsten 5 Jahren werden weitere rund 2 Mrd. Euro in Kärnten investiert und damit nachhaltig die regionale Wirtschaft gestärkt.

„Ich möchte mich bei Verkehrsministerin Doris Bures und bei Generaldirektor Christian Kern für ihren Einsatz für die neue Südbahn bedanken. Es hat sich gezeigt, daß durch gute Zusammenarbeit große Ziele erreicht werden können“, so Dörfler abschließend.

Es gibt aber nicht nur Begeisterung für dieses Projekt. Neben Umweltschützern und Bürgerinitiativen, die sich seit vielen Jahren dagegen wehren, sind auch die Grünen dagegen.

Moser: Pröll-Bures-Kuhhandel bringt sinnlose Autobahnen und Semmering-Basistunnel

„Wenn heute trotz laufender Verfahren und Korruptions-Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ein Spatenstich beim Semmering-Basistunnel (SBT) zelebriert wird, ist das auch aus anderen Gründen kein Jubeltag: Denn der unsägliche Kuhhandel zwischen Bundesministerin Bures und Landeskaiser Pröll brachte im Gegenzug zum Bahn-Ja von Erwin Pröll sinnlose Autobahn- und Schnellstraßenprojekte in Niederösterreich und ein Ja zum Donauausbau. Unterm Strich ist das ein schwarzer Tag für die Umwelt und für zukunftsgerichtete Verkehrspolitik. Es ist ein

Lehrbeispiel wie BürgerInnen zugunsten der Bau- und Bankenlobby ausgetrickst werden und ein Trauertag für die SteuerzahlerInnen. Von befangenen Gutachtern bis zum Beschluß eines Tunnel-Schwarzbaugesetzes haben die Regierenden nichts ausgelassen, was uns Grüne erst recht zur Unterstützung der kritischen BürgerInneninitiativen in den Verfahren motiviert hat, denn so darf in einem Rechtsstaat nicht vorgegangen werden. Daß nun zum Festakt 600 mehr oder weniger wichtige Personen von Brüssel bis Wien geladen wurden, nicht aber die betroffenen Menschen, auf die 15 Jahre Großbaustelle vor der Haustür wartet, setzt dieser bürgerInnenfernen Betonpolitik von SPÖ und ÖVP die Krone auf. Ich arbeite auch heute lieber an der Aufklärung von Korruption im Untersuchungsausschuß, als an so einer abgehobenen Show teilzunehmen“, hält Gabriela Moser, Verkehrssprecherin der Grünen, fest.

„Die sachliche Kritik an diesem SBT-Projekt konnte weder in den Verfahren, noch durch gekaufte Studien oder einseitige Sachverständige entkräftet werden. Niemand versteht, warum der Tunnel viel länger und teurer als nötig sein muß, nur weil das ein SPÖ-Lokalkaiser im Mürztal so will, auch wenn jetzt die Hydrologie als Ausrede strapaziert wird. Niemand versteht, warum damit und mit der 90-km/h-Bremsschikane in Mürzzuschlag die milliardenteuer erkaufte Fahrzeuggewinne gleich wieder zum Dahinschmelzen gebracht werden. Niemand versteht, wie diese Strecke überhaupt so geplant werden konnte obwohl der SBT-Regierungsbeschluß auf einen anderen steirischen Tunnelendpunkt lautete, und niemand versteht, warum die laufenden Verfahren nicht abgewartet werden, nachdem schon der erste SBT-Anlauf vor zwanzig Jahren mit horrenden Folgekosten genau daran gescheitert ist. Daß Megaprojekte, die um jeden Preis durchgezogen werden der Bahn am Ende mehr schaden als nützen, kann man am Semmering sehen: Dort gibt es 70 statt 90 km/h wegen Erhaltungsmängeln, keinen Regionalverkehr mehr auf der Südrampe und Angebotsreduktion auch in NÖ. Regionalbahnen werden herunterwirtschaftet und zugesperrt, Triebwagen abverkauft, Erhaltungsmaßnahmen und viele wichtige kleinere Projekte aufgeschoben. Und das nur, damit das Geld irgendwie für die Großprojekte reicht. All das, und der heutige Spatenstich zeigen, daß die Regierung Bahn- und Infrastrukturpolitik nicht für die Menschen, sondern für die Bau- und Finanzlobby macht“, sagt Moser. ■

»Markt-Bonus«

Neue BMVIT-Unterstützung für innovative Klein- und Mittelbetriebe hilft bei der Vermarktung von Erfindungen kleiner Unternehmen.

Österreichische Erfinderinnen und Erfinder bekommen zusätzliche Unterstützung: Mit einem „Markt-Bonus“ in Höhe von jeweils 10.000 Euro unterstützt das BMVIT ab sofort die Vermarktung von Erfindungen. Innovationsministerin Doris Bures: „Erfindungen, die niemand kennt, sind sinnlos. Wir geben innovativen spannenden Produkten und Dienstleistungen noch einen ‚finanziellen Kick‘, damit sie letztlich auch am Markt reüssieren können.“

Die neue Finanzspritze schafft beispielsweise Ressourcen für Marktanalysen, Patentrecherchen, für die Entwicklung attraktiver Verpackungen, für Marketingkonzepte oder für den Aufbau eines Vertriebs. Innovationsministerin Bures: „Die Verwertung und Vermarktung neuer Technologien und Produkte muß auch in der Forschungsförderung ein Thema sein. Schließlich müssen sich Innovationen auch am Markt durchsetzen, um die heimische Wirtschaft anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

Fast die Hälfte aller KMU-Innovationen erreicht nie den Markt

Das Motiv für die neue Initiative läßt sich in konkreten Zahlen ausdrücken: Die heimischen technologieorientierten KMU sind sehr erfolgreich in der Entwicklung: 87 Prozent aller Innovationsideen können technisch perfekt realisiert werden. Aber: Nur 54 Prozent aller Innovationen erreichen auch tatsächlich den Markt. Bei Großunternehmen hingegen beträgt die Vermarktungsquote 78 Prozent.

„Diese Lücke wollen wir schließen. Wir wollen, daß noch mehr innovative Klein- und Mittelbetriebe den entscheidenden Schritt weiter kommen: Vom Prototypen zum Markterfolg“, erklärt Bures. „Aus unserer Fördertätigkeit wissen wir, daß viele österreichische Unternehmen mit hoher Kreativität neue Dienstleistungen und Produkte entwickeln. Der ‚Markt-Bonus‘ wird KMU helfen, ihre Innovationen erfolgreich in den Markt einzuführen und zu positionieren“, so Klaus Pseiner, Geschäftsführer der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG). Die FFG erwartet, daß durch den „Markt-Bonus“ bis zu 200 neue Produkte oder Dienstleistungen auf den Markt kommen können. Rund



Foto: bmvit / Peter Rigaud

Innovationsministerin Doris Bures will, daß noch mehr innovative Klein- und Mittelbetriebe Prototypen zum Markterfolg kommen.

3500 österreichische KMU-Betriebe mit rund 100.000 Beschäftigten betreiben in Österreich Forschung und sind potentielle Adressaten für den „Markt-Bonus“.

Forschung macht krisensicher

Unternehmen, die in Forschung und Entwicklung (F&E) investieren, haben die Wirtschaftskrise generell gut bewältigt und stehen jetzt besser da als vor der Krise: Das zeigt eine aktuelle Studie des WIFO. Demnach hatten forschungsintensive Unternehmen während der Krise geringere Umsatz- und Beschäftigungsverluste und hatten, anders als die Gesamtwirtschaft, bereits 2010 mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als vor der Krise. Und: Mit den F&E-Ausgaben steigt auch die Exportquote der Unternehmen. „Diese Studie bestätigt unseren Weg“, sagt die Innovationsministerin. „Wir sind während der Krise für die Unternehmen eingesprungen und haben ganz massiv in Forschung und Entwicklung investiert. Jetzt gilt es, gemeinsam mit den Unternehmen den Schwung mitzunehmen und Österreich voranzubringen auf dem Weg zu einer führenden Forschungsnation.“

Ein KMU-Paket mit sieben Millionen Euro

Zusammen mit dem dem neuen Tool „Markt-Bonus“ investiert das BMVIT für

den „hürdenfreien Einstieg“ von KMU in die Forschung heuer schon sieben Millionen Euro.

- 2.500.000 Euro werden auf 5000-Euro-Innovationsschecks für Neueinsteiger verteilt.
- 1.000.000 Euro wird in das Programm „Projektstart“ zur Förderung der Antragstellung und Projektvorbereitung investiert.
- 1.000.000 Euro fließen in jeweils erste Forschungsprojekte von KMU. Die Förderobergrenze für Machbarkeitsstudien wird damit von 12.000 auf 30.000 Euro angehoben.
- 500.000 Euro beträgt die professionelle Unterstützung durch Forschungscoaches für Betriebe.
- 2.000.000 Euro werden in das Programm „Markt-Bonus“ zur Etablierung von Innovationen am Markt investiert.

Patente: Trend zu internationalen Schutzrechten

Beim Österreichischen Patentamt wurden vergangenes Jahr 3242 Erfindungen angemeldet. Heimische Betriebe nutzen verstärkt den Schutz geistigen Eigentums in Europa und anderen Exportmärkten. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Patentanmeldung von österreichischen ErfinderIn-

Wirtschaft

nen auf internationaler Ebene weltweit verdoppelt. Patentamtspräsident Friedrich Rödler: „Die österreichische Wirtschaft setzt verstärkt auf den Schutz ihrer Innovationen auch außerhalb unseres Landes, um neue Wachstumsmärkte zu erschließen. Dem wird eine immer größere Bedeutung zukommen. Das geplante EU-Patent wird innovativen Betrieben die Wege innerhalb der Union erleichtern und kostengünstiger machen. Das Patentamt fungiert dabei als starker Partner der österreichischen Wirtschaft und als Türöffner in die Weltmärkte.“

Das Erfindungsranking weist für 2011 einen neuen Spitzenreiter für erteilte Patente und Gebrauchsmuster aus: An die Spitze der innovativsten Unternehmen steht die Siemens AG Österreich mit 45 Erteilungen, vor der Julius Blum GmbH und AVL List. „Am Beispiel von Siemens zeigt sich deutlich, daß international erfolgreiche heimische Unternehmen gerne die Leistungen des Österreichischen Patentamtes in Anspruch nehmen. Daher werden wir unsere Serviceleistungen für den gewerblichen Rechtsschutz kontinuierlich ausbauen“, betonte Rödler. Ein international erfolgreiches österreichisches Unternehmen, das gerne die Leistungen des Patentamtes in Anspruch nimmt, ist die Firma Riegler Laser Measurement Systems. Sie wurde mit dem Preis für die Erfindung des Jahres ausgezeichnet – dem Inventum 2011 in Gold.

Im Bundesländerranking liegt Oberösterreich mit 727 Erfindungsanmeldungen wie in den Vorjahren unangefochten an der Spitze, gefolgt von der Steiermark und Wien, wobei Vorarlberg bei der Pro-Kopf-Quote Platz eins einnimmt.

Österreichische Marken sind stabile Vermögenswerte und ein wichtiges Marketingpotential: 6329 Marken wurden im vergangenen Jahr im Patentamt angemeldet und 112.000 nationale Marken sind derzeit geschützt, obwohl auch hier die österreichische Wirtschaft zunehmend ihre Marken international schützen läßt, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Firma Spar Österreich führt mit 42 neu registrierten Marken die Hitliste des Markenrankings an.

»Oberösterreich ist Innovations- und Patent-Kaiser!«

„Nachdem Oberösterreich schon bei der Verleihung des Staatspreises für Innovation 2012 alle (!) Preise abgeräumt hat, gibt es wieder Grund zur Freude“, erklärt Forschungs-Landesrätin Doris Hummer: „Mit 727 Erfindungsanmeldungen liegen wir –

wie in den Vorjahren – unangefochten auf Platz eins“, was die Bedeutung von industriellen Innovationen als wesentlichen Erfolgsfaktor für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort OÖ unterstreicht. „Patente



Doris Hummer
oö. Forschungs-Landesrätin
Foto: Land OÖ

setzen Innovation in Wirtschaftskraft um und sichern diese auch rechtlich ab. Patente, als greifbares Ergebnis von Forschung und Entwicklung, sind ein Garant für wirtschaftliche Stabilität!“, sagt Hummer.

Das Land Oberösterreich bekennt sich klar zu Innovation und F&E. Allein das laufende Wirtschafts- und Forschungsprogramm hat in diesem Bereich ein Programmvolumen von 279 Millionen Euro. Durch die beständige Top-Platzierung bei den Patentanmeldungen werden Oberösterreichs Wettbewerbskraft und Standortattraktivität langfristig abgesichert und ausgebaut.

»Siemens Österreich ist Erfindungsstaatsmeister 2011«

Die Siemens AG Österreich führt mit 45 geschützten Erfindungen (erteilte Patente bzw. registrierte Gebrauchsmuster) das Erfindungsranking 2011 des Österreichischen Patentamtes an. „Das Erfindungsranking 2011 unterstreicht neuerlich die Innovations-



Wolfgang Hesoun, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG Österreich
Foto: Siemens AG Österreich

kraft der MitarbeiterInnen und die Stärke von Siemens Österreich“, zeigt sich Siemens Österreich-Generaldirektor Wolfgang Hesoun

über das vom Österreichischen Patentamt veröffentlichte Ergebnis erfreut.

„Für den Wirtschaftsstandort Österreich sind industrielle Innovationen ganz entscheidend. Siemens ist ein Top-Player im heimischen Wirtschafts- und Forschungssektor – unter anderem aufgrund der vielen Produkte im Energie-, Industrie- und Verkehrsbereich, die sich besonders durch Energieeffizienz und Ressourcenschonung auszeichnen. Unsere Lösungen setzen nicht nur wichtige wirtschaftliche Impulse, sie tragen auch wesentlich zum Umwelt- und Klimaschutz bei“, so Hesoun.

Siemens steht in Österreich seit mehr als 130 Jahren für technische Leistungsfähigkeit, Innovation, Qualität und Zuverlässigkeit. Das Unternehmen beschäftigt als wichtiger Arbeitgeber im Land rund 12.300 Menschen und ist mit Investitionen in Forschung und Entwicklung im Ausmaß von mehr als 330 Millionen Euro – bei rund 1300 Beschäftigten in diesem Bereich – einer der wichtigsten Innovationsmotoren Österreichs.

Die Forschungsabteilung von Siemens Österreich nimmt eine wichtige Rolle in der globalen Forschungs- und Entwicklungslandkarte des Siemens-Konzerns ein. Bei sieben der weltweit 50 globalen Forschungsfelder trägt die Siemens AG Österreich wesentlich zur Technologiestrategie des Konzerns bei, so zum Beispiel im Bereich der Konfiguration hochkomplexer Systeme. Weitere Schwerpunkte und weltweite Verantwortung für Forschung und Entwicklung liegen etwa im Bereich U-Bahnen, Straßenbahnen und Reisezugwagen oder auf dem Gebiet Smart Grids zum intelligenten und wirtschaftlichen Management von Stromnetzen.

Siemens Österreich verfügt mit einem unternehmensinternen Innovationsfonds seit vielen Jahren über ein System zur Förderung von innovativen Ideen im Unternehmen. Fokus des Innovationsfonds sind Projekte, die ohne diese Unterstützung nicht bzw. nicht mit der nötigen Geschwindigkeit umgesetzt werden könnten. Der Fonds wirkt als internes Venture-Capital bei Projekten mit hohen Risiken, sowohl was die technische Machbarkeit als auch die erfolgreiche Markteinführung betrifft. Damit gelingt es, neue Kompetenzen aufzubauen, Standardprodukte an regionale Kundenanforderungen anzupassen und in weiterer Folge neue Geschäftsmöglichkeiten zu erschließen. ■

<http://www.ffg.at>

<http://www.patentamt.at>

<http://www.siemens.at>

5251 Projekte gefördert

Wirtschaftsminister unterstützt Wachstum, Innovation und Strukturwandel bei Unternehmen: 2012 steht über eine Milliarde Euro für Zuschüsse, Kredite, Haftungen zur Verfügung.

Die Stimmung in der österreichischen Wirtschaft ist gut. Kreditverhalten, Finanzierungen, Investitionen und Auftragslage zeigen, daß unsere Unternehmen gut aufgestellt sind“, sagte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner am 25. April in einer Pressekonferenz mit den Geschäftsführern der Förderbank Austria Wirtschaftsservice (aws) Bernhard Sagmeister und Johann Moser. „Daher bin ich zuversichtlich, daß wir heuer die WIFO-Prognosen übertreffen und bei rund einem Prozent BIP-Wachstum liegen werden, wenn nicht noch auf der internationalen Ebene ein größeres Problem auftaucht“, betonte Mitterlehner, der hier insbesondere auf die Angebote der aws verwies. „2012 kann die aws Wachstum und Investitionen der Unternehmen mit rund einer Milliarde Euro für Darlehen, erp-Kredite, Haftungen und Zuschüsse unterstützen.“

Dazu betonte Mitterlehner, daß es derzeit auf Basis der Daten von Oesterreichischer Nationalbank (OeNB) und WIFO keine Kreditklemme in Österreich gebe. Laut OeNB lag das Kreditwachstum bei Unternehmen zuletzt über dem Schnitt der Eurozone. Auch beim Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP lag Österreich im Vorjahr gemäß einem aktuellen Eurostat-Vergleich auf dem ersten Platz unter 27 EU-Ländern. „Das Investitionsverhalten ist ein wichtiger Indikator für eine gute Stimmung in der Wirtschaft und zeigt, daß die Betriebe den Strukturwandel forcieren“, so Mitterlehner.

Positive Förderbilanz, erp-Kredite aufgestockt

Angesichts der höheren EU-Eigenkapitalvorschriften für Banken sowie der Basel-III-Regularien gewinnen die aws-Instrumente an Bedeutung. „Gerade in Branchen und Sektoren, in denen die Banken eher zurückhaltend sind, sichern zum Beispiel die aws-Haftungen und zinsgünstige ERP-Kredite die Finanzierung“, so Mitterlehner. Dies betrifft insbesondere Innovationsprojekte, Gründer, Dienstleister sowie größere Wachstumsprojekte und Exporteure. „2011 hat die aws mit ihren Förderungen – Kredite, Haftungen, Zuschüsse – von 834 Millionen Euro ein Investitionsvolumen von rund 2,37 Mil-



Foto: BMWFJ/Bernhard J. Holzner, HOPI-Media

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (m.) und die aws Geschäftsführer Bernhard Sagmeister (l.) und Johann Moser

liarden Euro ausgelöst“, so Mitterlehner zur Leistungsbilanz. Damit ist die Förderleistung gegenüber 2010 um 1,6 Prozent gestiegen, das Investitionsvolumen um 6,7 Prozent. Insgesamt wurden im Vorjahr 5251 Projekte gefördert, womit rund 68.000 Arbeitsplätze gesichert und 7344 geschaffen werden.

2012 werden beispielsweise die erp-Kredite von 530 auf 560 Millionen Euro aufgestockt. Der Zinsvorteil eines erp-Kredits beträgt, abhängig von Bonitäten und Sicherheiten des Unternehmens, rund 10 Prozent der Kreditsumme. Die tilgungsfreie Zeit zu Beginn der Kreditlaufzeit liegt bei zwei Jahren. Zudem belastet das vergebene erp-Kreditvolumen nicht das Budget, weil erp-Kredite aus den Rückflüssen des Sonderpotfes vergeben werden, der Österreich seinerzeit von den USA im Rahmen des Marshall-Planes zur Verfügung gestellt wurde. Für den Tourismus stehen im Rahmen des ERP-Kreditvolumens heuer erstmalig 50 Millionen Euro zur Verfügung. Bisher waren es 33 Millionen Euro.

Die aws hat sich in den vergangenen Jahren laufend weiterentwickelt und ihr Angebot neu ausgerichtet. „Während man früher eher eine Rolle als Breitband-Finan-

zierer hatte, lag der Fokus in der Finanzkrise ab 2008 auf einer schnellen Unterstützung der Wirtschaft sowie der Förderung des Strukturwandels. Gerade dieser Schwerpunkt in Richtung Innovationen und Umbau der Wirtschaft wird heute weiter verstärkt“, so Mitterlehner. Dazu unterstützt die aws österreichische Unternehmen stärker dabei, außerhalb der vertrauten Nachbarschaft zu investieren und zu expandieren. Instrumente dafür sind etwa die Internationalisierungsgarantie, der günstige erp-Investitionskredit sowie Serviceleistungen und Förderungen im Bereich Innovationschutz.

„Besonders bei kleineren KMUs konnte der Innovationscharakter gemessen an der aws-Förderleistung stark – um 65 Prozent – gesteigert werden“ so aws-Geschäftsführer Bernhard Sagmeister.

Durch die Aufstockung der erp-Kredite und die vorhandenen Spielräume im aktuellen aws-Haftungsrahmen sind die Mittel vorhanden, um zahlreiche erfolgreiche Projekte zu unterstützen. Hiermit können wir einen wichtigen Beitrag zur Ankurbelung der für ein Wirtschaftswachstum und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit notwendigen Investitionstätigkeit österreichischer Unternehmen leisten“ so aws-Geschäftsführer Johann Moser.

Wirtschaft

Sagmeister und Moser: Serviceoffensive gestartet, Bearbeitungszeiten gesunken

Die aws hat damit begonnen, ein permanentes Kundenfeedback durchzuführen. Sämtliche Abläufe werden aus Kundensicht beleuchtet. Die Befragung von aws-Kunden im Jahr 2012 zeigt, daß sich über 90 Prozent der Kunden mit der gesamten Förderabwicklung, mit der Kundenorientierung insbesondere hinsichtlich persönlicher Beratung, mit dem Mitarbeiter-Know-How und auch im Vergleich zu anderen Förderstellen „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ gezeitigt haben.

2010 wurde die Bearbeitungszeit um zehn Prozent reduziert. 2011 konnte dieser Wert nochmals um 15 Prozent verringert werden.

Mit Ende 2012 wird die aws für drei Programme ein Online-Portal und damit die volle Online-Einreichungsmöglichkeit anbieten. aws-Kunden wird es dann möglich sein, jederzeit in den aktuellen Bearbeitungsstand einsehen und ihre Daten verwalten zu können. Das aws-Portal wird dann auch direkt über das Unternehmensserviceportal des Bundes zugänglich sein.

Die aws

Die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) ist die Förderbank für den österreichischen Mittelstand. Als Förderbank des Bundes für Wirtschaftsförderungen hat sie die Aufgabe, einerseits Unternehmensfinanzierungen zu unterstützen und zu ermöglichen sowie andererseits Informationen und Know-How für Unternehmen bereitzustellen.

Die aws unterstützt Unternehmen von der Vorgründungs- bis hin zur Internationalisierungsphase mit zinsgünstigen erp-Krediten, Zuschüssen, Haftungen und Garantien sowie mit Know-How, Beratungs- und Serviceleistungen.

ERP-Fonds

Der ERP-Fonds ist ein Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit und hat eine eigene Organstruktur. Seine Mittel stammen aus dem Marshallplan. Die Verfügungsrechte wurden 1961 an die Republik Österreich übertragen. Die ERP-Mittel sind als niedrig verzinsten Kredite im Umlauf.

Organisatorisch ist der ERP-Fonds durch eine gemeinsame Geschäftsführung eng mit der aws verschränkt. erp-Kredite werden häufig in Kombination mit Zuschüssen und im Bedarfsfall mit aws-Garantie vergeben. Die Förderungsabwicklung ist kundenorientiert auf diese Kombinationen ausgerichtet.

aws-mittelstandsfonds

Der aws-mittelstandsfonds ist der größte österreichische Fonds für stille Unternehmensbeteiligungen und Anbieter von Eigenkapital. Gegründet Ende 2009 durch die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) hat er eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2025. Derzeit ist der Fonds mit 80 Mio. Euro dotiert.

Der aws-mittelstandsfonds bietet langfristiges Wachstumskapital in Form von flexiblen Finanzierungslösungen für österreichische mittelständische Unternehmen an. Der Fonds ist branchentypisch strukturiert, arbeitet mit marktconformen Konditionen und ist offen für Co-Investments.

Nationalstiftung für Forschung Technologie und Entwicklung

Die Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung ist bei der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) bzw. bei dem mit der aws verknüpften ERP-Fonds angesiedelt. Die Mittel der Stiftung werden aus dem Bund, der Oesterreichischen Nationalbank und des ERP-Fonds dotiert. Die

Stiftung vergibt Fördermittel an vom Bund getragene Fördereinrichtungen.

Marshallplan-Stiftung

Die Marshallplan-Stiftung wurde nach Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz errichtet. Durch eine finanzielle Zuwendung des mit der aws verknüpften ERP-Fonds in Höhe von 30 Millionen Schilling (2.180.185,03 Euro) wurde sie ins Leben gerufen.

Ziel der Stiftung ist der Wissenstransfer zwischen den USA und Österreich im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Forschungsaufträge, Zusammenarbeit bei sozial-wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsprojekten). Ein internationaler Beirat bestehend aus Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik unterstützt in programmatischen Fragen. Die Stiftung ist gemeinnützig. Die Tätigkeit erstreckt sich auf das gesamte Bundesgebiet. Beiträge von Unternehmen, Verbänden und Gebietskörperschaften sollen die Finanzierungsbasis erweitern. Diese Zuwendungen an die Marshallplan-Stiftung sind steuerlich absetzbar. ■

<http://www.awsg.at>

10 Jahre Euro-Bargeld

Der Euro wurde am 1. Jänner 1999 als gemeinsame Währung von über 300 Millionen Menschen in Europa eingeführt. In den ersten drei Jahren war dieser jedoch „unsichtbar“, da er nur als Buchgeld existierte. Erst mit der Bargeldeinführung am 1. Jänner 2002 wurde der Euro für viele Menschen in Europa als neue Währung wahrgenommen. Die danach hohe Akzeptanz der gemeinsamen Währung ist jedoch im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise, vor allem ab 2010, zurückgegangen. Dieser Rückgang wird in erster Linie auf das schleppende Krisenmanagement auf EU-Ebene zurückgeführt und mehrheitlich nicht dem Euro als Währung zugeordnet. Eine klare Mehrheit der Österreicher sieht den Euro auch in der Zukunft als ihre Währung.

Zu Beginn des Jahres 2002 wurden innerhalb von wenigen Tagen knapp 15 Milliarden Stück Banknoten und rund 52 Milliarden Stück Münzen in den zwölf teilnehmenden Ländern in Umlauf gebracht. Da in den letzten zehn Jahren fünf weitere Länder dem Euro-Währungsgebiet beigetreten sind, ist das Euro-Bargeld derzeit in 17 Ländern gesetzliches Zahlungsmittel. Die Kleinstaaten Monaco, San Marino und Vatikanstadt nutzen auf der Grundlage einer formellen Vereinbarung mit der Europäischen Union eben-

falls den Euro. Auch in Andorra, im Kosovo und in Montenegro wird der Euro verwendet, allerdings ohne formelle Vereinbarung.

Zudem zirkuliert ein beträchtlicher Teil der Euro-Banknoten in den Ländern Zentral- und Südosteuropas. Gemäß „OeNB Euro Survey“ (halbjährliche Umfrage) wiesen Ende 2010/Anfang 2011 die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Serbien mit 30 Prozent bis 35 Prozent den höchsten Verbreitungsgrad von Euro-Bargeld auf. In Albanien, der Tschechischen Republik und Kroatien hielten zwischen 20 Prozent und 25 Prozent der Bevölkerung Euro-Banknoten, in den anderen Ländern Zentral- und Südosteuropas betrug der Anteil zwischen 5 und 10 Prozent.

Die hohe Akzeptanz des Euro auch in Ländern, die nicht Teil des Euroraums sind, führte dazu, daß der globale Euro-Umlauf wertmäßig höher ist als jener des US-Dollar. Seit dem Jahr 2006 zirkuliert global mehr Euro- als US-Dollar-Bargeld. Ende des Jahres 2011 betrug der wertmäßige Umlauf des Euro rund 912 Mrd Euro, während der des US-Dollar bei 824 Mrd Euro lag. Schätzungsweise 25 bis 30 Prozent der Euro-Banknoten, verglichen mit 50 bis 70 Prozent der US-Dollar-Banknoten, werden exterritorial verwendet. ■

Österreichs Wirtschaft weiter auf moderatem Wachstumskurs

Bank Austria Konjunkturindikator im März mit drittem Anstieg in Folge auf 0,4 Punkte festigt positive Wachstumsaussichten für die heimische Wirtschaft – Verbessertes Umfeld für die Inlandsnachfrage kompensiert höhere Exportrisiken

Der Jahreszeit entsprechend präsentiert sich derzeit auch die Konjunkturwelterlage in Österreich wechselhaft, doch der einsetzende Frühling beginnt sich immer stärker durchzusetzen: „Der Bank Austria Konjunkturindikator ist im März das dritte Mal in Folge auf mittlerweile 0,4 Punkte angestiegen. Nach einer sechsmonatigen Abschwächungsperiode unterstreicht die anhaltende Aufwärtsentwicklung des Indikators die von uns erwartete langsame Wirtschaftserholung in Österreich“, ist Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer überzeugt. Die Aufhellung des Konjunkturklimas seit dem Jahresbeginn 2012 erfolgte bisher jedoch nur in sehr kleinen Schritten. „Die stetige, aber doch verhaltene Verbesserungstendenz des Bank Austria Konjunkturindikators in den vergangenen Monaten verdeutlicht, daß die Erholung zögerlich erfolgt und fragil bleibt“, analysiert Bruckbauer.

Das Konjunkturklima in Österreich ist derzeit von spürbaren Stimmungsschwankungen gekennzeichnet. Das Konsumentenvertrauen hat sich im März trotz der verschlechterten Arbeitsmarktdaten weiter erhöht und erreicht mittlerweile den besten Wert seit einem halben Jahr. Dagegen haben sich die Geschäftserwartungen der heimischen Industrie etwas eingetrübt, liegen jedoch weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt. Die Stimmungsverschlechterung im Produktionssektor Österreichs ist wesentlich auf ein ungünstigeres europäisches Umfeld zurückzuführen, das vor allem von einem Rückgang der Zuversicht in der deutschen Industrie bestimmt wurde. „Aufgrund der weiterhin wechselhaften Stimmung in der Industrie und bei den Konsumenten wird dem zwar positiven, aber doch schwachen Wirtschaftswachstum des ersten Quartals 2012 im zweiten Quartal keine dynamische Aufwärtstendenz folgen. Nachdem zu Jahresbeginn die österreichische Wirtschaft nach unseren Schätzungen geringfügig um 0,1 Prozent zum Vorquartal gewachsen ist, wird sich im zweiten Quartal der Anstieg des BIP nur marginal auf 0,2 Prozent zum Vorquartal erhöhen“, so Bruckbauer.

„Trotz der Fragilität des Aufschwungs und der etwas enttäuschenden Konjunktur-signale der vergangenen Wochen aus den USA und aus China sind die Aussichten auf höhere Wachstumsraten in der zweiten Jahreshälfte 2012 nach unserer Einschätzung gut“, so Bruckbauer. Der Rückenwind aus dem Ausland wird angesichts der aktuell hohen Auftragspolster und der soliden Entwicklung der Auftragseingänge der österreichischen Industrie für ausreichend Unterstützung sorgen. Ein kurzfristig neuerliches Aufflammen der europäischen Staatsschuldenkrise, das zu temporären Belastungen führt – wie in den vergangenen Tagen zu beobachten war – ist in diesem vorsichtig optimistischen Konjunkturszenario bereits eingerechnet. „Wir halten weiterhin an unserer Wachstumsprognose für 2012 von 0,8 Prozent im Jahresvergleich fest und sehen bei stabiler Entwicklung des globalen Umfelds darüber hinaus sogar ein Aufwärtspotential für die österreichische Wirtschaft“, so Bruckbauer optimistisch.

Rückläufige Inflation sorgt 2012 für Reallohnzuwachs

Die jüngsten Einzelhandelsdaten zeigen an, daß sich die Aussichten für den privaten Konsum etwas aufgehellt haben. Das Reformpaket der Regierung zur Reduktion des Budgetdefizits ist ohne schwerwiegende Wachstumseinbußen verkraftbar und wird durch die Politik der EZB – gesteigerte Liquidität in Kombination mit niedrigen Zinsen – unterstützt. Nach dem Rückgang der Sparquote in Österreich von 8,3 auf 7,5 Prozent im Jahr 2011 ist auch für 2012 von einer weiteren geringfügigen Verringerung auszugehen.

„Positiv für den privaten Konsum im Jahr 2012 ist der bislang rückläufige Inflationstrend. Diese erfreuliche Entwicklung hat die Teuerung im ersten Quartal auf geschätzte 2,5 Prozent gesenkt – nach durchschnittlich 3,3 Prozent im Jahr 2011 – und damit für reale Lohnzuwächse in Österreich gesorgt“, sagt Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Trendwende am Arbeitsmarkt steht bevor

Die Chancen für mehr Unterstützung für die heimische Nachfrage sind intakt – auch dank der aktuellen Entwicklungen am österreichischen Arbeitsmarkt. Hier zeigen sich nunmehr Signale einer Stabilisierung, nach der Mitte 2011 infolge der globalen Konjunkturverlangsamung eingesetzten Verschlechterung. Das Beschäftigungswachstum hat sich mittlerweile auf niedrigerem Niveau konsolidiert und die Anzahl der Arbeitslosen ist im März nach saisonbereinigten Daten im Vergleich zum Vormonat sogar leicht gesunken. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote hat sich zum Quartalsende bei 6,9 Prozent stabilisiert und unter Berücksichtigung der Schulungsteilnehmer ist sie sogar zurückgegangen. „Noch ist es zu früh, um zu beurteilen, ob die mit Frühlingsbeginn erkennbare Stabilisierung der Lage am österreichischen Arbeitsmarkt bereits der Start einer positiven Trendwende ist. Wir gehen davon aus, daß sich die Konjunktur in den kommenden Monaten weiter festigt und damit auch eine Verbesserung am Arbeitsmarkt eintritt. Diese Entwicklung hat durchaus Potential, früher einzusetzen und stärker auszufallen, als wir bisher angenommen haben“, meint Pudschedl.

Die Bank Austria erwartet derzeit aufgrund des gedämpften Wirtschaftswachstums noch einen Anstieg der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2012 auf 6,9 Prozent, nach 6,7 Prozent im vergangenen Jahr.

Die größten Risiken für die Konjunkturerholung sehen die Ökonomen der Bank Austria in einer nicht konsequenten Fortsetzung der Reformen im Euroraum und in einem Streit über die Politik der EZB. „Während die Industrie und auch die Konsumenten durchaus bereit sind, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten wieder zu verstärken, bleibt als Unsicherheitsfaktor vor allem die Wirtschaftspolitik. Der eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung muß mit Augenmaß und der Unterstützung durch die Geldpolitik fortgesetzt werden“, so Bruckbauer abschließend. ■

Haushalte tendierten auch 2011 zu weniger Finanzinvestitionen

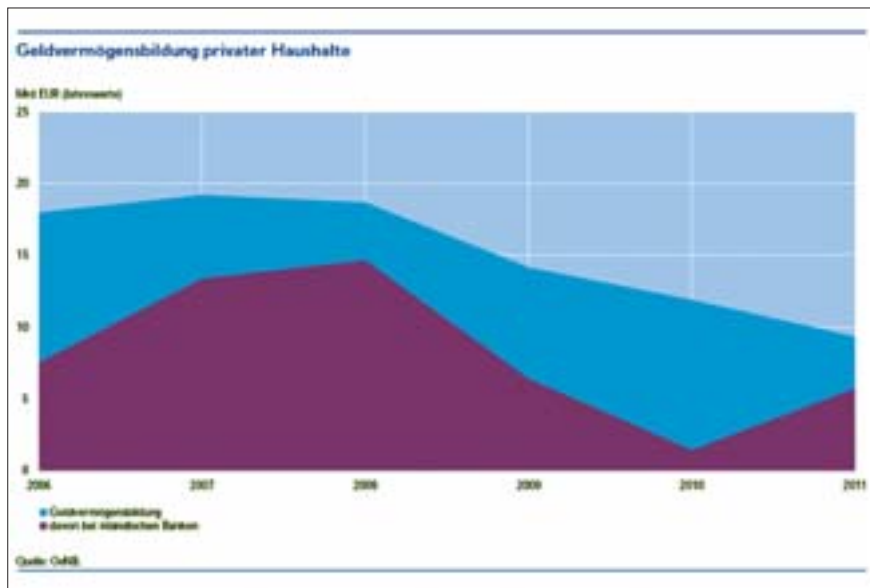
Private Haushalte investierten im Jahr 2011 9,3 Mrd Euro neu in Finanzanlagen und damit um rund ein Fünftel weniger als noch 2010.

Dieser Rückgang machte pro Haushalt im Durchschnitt 700 Euro aus. Damit setzt sich die seit 2007 begonnene Verlangsamung im Vermögensaufbau weiter fort. Dieser Trend wird auch von der geringeren Spartätigkeit stark beeinflusst. Der größte Teil der Neuveranlagungen entfiel mit rund 60 Prozent auf inländische Banken, für die die Haushalte weiterhin ein wesentlicher Kapitalgeber bleiben. Umgekehrt verschuldeten sich Haushalte 2011 bei inländischen Banken mehr als doppelt so hoch wie noch 2010 – allerdings auf dem sehr geringem Niveau von 2,5 Mrd Euro.

Gemäß den Daten der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) betrug der Vermögensaufbau privater Haushalte in Finanzanlagen im Jahr 2011 9,3 Mrd Euro gegenüber 11,9 Mrd im Jahr davor. Die Finanzinvestitionen fanden in einem Umfeld unruhiger Kapitalmärkte und einer gegenüber 2010 deutlich gestiegenen Inflation statt. Die mit „angezogener Handbremse“ durchgeführten Neuveranlagungen spiegeln die von der Statistik Austria ermittelte – gegenüber 2010 weiter rückläufige – Sparquote von 7,5 Prozent wider. Zusätzlich sorgten vor allem hohe Buchverluste in den Wertpapierportefolles der inländischen Privatanleger dafür, daß der Vermögensbestand auf dem Jahresendstand von 2010 in der Größenordnung von 469 Mrd Euro stagnierte.

Private Kreditnehmer verschuldeten sich im Jahr 2011 im Ausmaß von 2,5 Mrd Euro neu (2010: 1,1 Mrd Euro). Der Anstieg ist auf eine vermehrte Inanspruchnahme von Wohnbaukrediten zurückzuführen. Die gesamten Verbindlichkeiten stiegen 2011 gegenüber dem Vorjahresendstand um 2 Prozent auf 164 Mrd Euro. Knapp zwei Drittel davon entfielen auf Wohnbaukredite in Höhe von 108 Mrd Euro.

Die geringeren Mittel für Finanzanlagen wurden von den privaten Haushalten 2011 auch anders veranlagt als noch 2010: Wie schon im ersten Halbjahr 2011 beobachtbar, investierten private Anleger mit 4,2 Mrd Euro im gesamten Jahr 2011 deutlich mehr



in Bankeinlagen als noch 2010 (1 Mrd Euro). Bedingt durch höhere Inflationsraten (Jahresdurchschnitt 2011: 3,3 Prozent) konnte die nominelle Verzinsung bei vielen Einlagenprodukten diese Preissteigerung nicht kompensieren. Dies galt insbesondere für täglich fällige Produkte oder Einlagen mit einer Bindungsfrist von bis zu maximal einem Jahr. Der weitere erwartete Rückgang der Inflation (März 2012: 2,4 Prozent) dürfte hier ein wenig Entspannung hinsichtlich der Realverzinsung bringen, wenn gleich auch die Neugeschäftszinsen der Banken seit Oktober 2011 im Durchschnitt der folgenden vier Monate tendenziell leicht rückläufig waren.

Machten im Jahr 2010, insbesondere durch einen Einmaleffekt im Dezember 2010, die Wertpapierveranlagungen fast 40 Prozent der Geldvermögensbildung aus, so fiel das Interesse privater Anleger an handelbaren Wertpapieren im Jahr 2011 deutlich: Per saldo flossen nur 5 Prozent (500 Mio Euro) der Finanzinvestitionen an neuem Kapital in Wertpapiertitel.

Getrieben durch Primärmarkttransaktionen kam es im ersten Halbjahr 2011 zu einem überproportional hohen Erwerb von inländischen Bankanleihen und durch Tilgungen im

vierten Quartal 2011 zu starken Verkäufen derselben Wertpapierkategorie. Insgesamt fiel im Jahr 2011 der Nettoerwerb von Bankanleihen mit rund 1,4 Mrd Euro doppelt so hoch aus wie im Jahr 2010. Weiterhin gefragt waren inländische Unternehmensanleihen mit einem Transaktionsvolumen von rund 500 Mio Euro. Hingegen sorgten vor allem die deutlichen Aktienkursrückgänge im dritten Quartal 2011 sowie die anhaltenden Unsicherheiten auf den Anleihemärkten für einen Verkauf von Investmentzertifikaten in Höhe von 1,5 Mrd Euro, während direkt erworbene Aktien netto sogar um rund 200 Mio Euro zugekauft wurden. Das gesamte Wertpapierportefeuille mit einem aktuellen Marktwert in Höhe von 94 Mrd Euro Ende 2011 fiel durch die starken Kursrückgänge des Aktien- und Investmentfondsbestands auf das Niveau vom März 2010 zurück.

Die Geldvermögensbildung dürfte auch 2012 durch eine im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt geringere Sparquote eher moderat ausfallen. Erste Ergebnisse für die Veranlagungen zu Jahresbeginn zeigen, daß sowohl Einlagen als auch handelbare Wertpapiere tendenziell eher abgebaut bzw. verkauft wurden. ■

<http://www.oenb.at>

Jeder zweite Österreicher fühlt sich vom Sparpaket betroffen

Durchschnittlicher Sparbetrag nimmt auf 5085 Euro ab

Was man sich in den nächsten 12 Monaten zur Seite legen wird können? Da sind die Österreicher aktuell pessimistischer als vor einem Jahr: Mit 5085 Euro, die Herr und Frau Österreicher vor haben, zu sparen und anzulegen, liegt der Betrag um 375 Euro niedriger als noch vor einem Jahr. Die Lust auf Kredite ist außerdem etwas gesunken: Aktuell will ein Drittel größere Anschaffungen tätigen, nur 11 Prozent wollen dazu aber einen Kredit aufnehmen. Durchschnittliche Summe: 79.800 Euro. Das sind 9600 Euro mehr als noch Anfang 2011. Vom Sparpaket der Regierung fühlen sich 48 Prozent der ÖsterreicherInnen persönlich betroffen, 46 Prozent sehen dabei keine persönlichen Auswirkungen. Das ergab die im ersten Quartal 2012 durchgeführte INTEGRAL-Umfrage im Auftrag von Erste Bank und Sparkassen.

Sparbetrag sinkt

48 Prozent der Österreicher sehen sich vom Sparpaket der Regierung persönlich betroffen, 46 Prozent glauben, daß es sich auf sie nicht auswirken wird. „Bei der Geldanlage sehen wir die direkten Auswirkungen etwa bei der Kürzung der Bausparprämie oder den Abschlägen bei der privaten Pensionsvorsorge“, meint Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand. Immerhin haben 83 Prozent der ÖsterreicherInnen vor, im kommenden Jahr durchschnittlich 5085 Euro zu sparen oder (wiederzu-)veranlagen. Das sind allerdings im Vergleich zu Anfang 2011 um 375 Euro (-7 Prozent) weniger. Auch die Sparquote hat im letzten Jahr weiter um 0,8 Prozent abgenommen.

Mit einer prognostizierten Inflation von 2,4 Prozent in Österreich und einem anhaltend niedrigen Leitzinssatz von 1 Prozent wird auch heuer am Sparbuch kein positiver Realzins zu holen sein. Trotzdem bleibt die Top-Anlageform für die ÖsterreicherInnen das Sparbuch mit 67 Prozent (+5 Prozent), der Bausparer liegt etwas zurück mit 53 Prozent (-5 Prozent). Bei Wertpapieren ist man noch vorsichtiger, was die Geldanlage in den nächsten 12 Monaten angeht: 13 Prozent wollen Fonds kaufen, 9 Prozent Aktien und 8 Prozent Anleihen. „Aufgrund der niedrigen Zinsen wäre jetzt aber ein guter Zeitpunkt,



über das Sparbuch hinaus zu denken“, ist Bosek überzeugt.

Das Einlagenvolumen der privaten Haushalte betrug per Februar rund 210 Mrd. Euro. Das ist im historischen Vergleich sehr hoch: „Es ist nach wie vor viel Geld auf den Sparbüchern geparkt. Daß den Menschen die Angst vor Wertpapieren seit 2008 noch in den Knochen sitzt ist zwar verständlich, aber nicht gewinnbringend.“ Zum Vergleich: Ende 2008 hatten private Haushalte 188 Mrd. Euro an Einlagen bei Banken deponiert. Das heißt, seither sind rund 22 Mrd. Euro auf Sparbücher/Konten gewandert. „Im Sinne einer soliden Vermögensaufteilung sollte man sich wieder um die eine oder andere Möglichkeit im Wertpapierbereich umsehen.“

Weniger Kreditnachfrage

35 Prozent der österreichischen Bevölkerung planen in den nächsten 12 Monaten eine größere Anschaffung wie Wohnungssanierung, Immobilienkauf etc. zu tätigen. Allerdings wollen das nur 11 Prozent (-4 Prozent) mittels Kredit oder Bauspardarlehen finan-

zieren. Die durchschnittliche Kreditsumme ist allerdings von 70.200 Euro auf 79.800 Euro (+14 Prozent) gestiegen. „Die Kreditnachfrage geht etwas zurück. Diejenigen, die sich aber dafür entscheiden, wollen gleich etwas mehr aufnehmen“, erklärt Bosek. Betrachtet man die Kreditvolumina in Österreich per Ende 2008, so hatten private Haushalte 123 Mrd. an Verbindlichkeiten. Aktuell sind es 138 Mrd. Euro.

„Das Kreditgeschäft läuft, von einer Klemme sind wir weit entfernt. Aber solange die Wirtschaft sich nicht nachhaltig stabilisiert, sind die Menschen natürlich vorsichtiger auch wenn die Zinsen historisch niedrig sind.“ Was die wirtschaftliche Lage Österreichs betrifft, so wurden die Prognosen seit Ende 2011 zum Glück wieder nach oben revidiert: Aktuell wird für 2012 von einem BIP-Wachstum von 0,9 Prozent ausgegangen. Die Arbeitslosenrate ist mit 4,2 Prozent weiterhin die niedrigste in der EU und sollte 2012 nur moderat ansteigen. Trotzdem dürfte der private Konsum dieses Jahr weiter zulegen. ■

1600 Wohnungen in asperm Die Seestadt Wiens

Attraktives und kostengünstiges Wohnen im neuen Wiener Stadtteil bereits ab 2014



Foto: schreinerkastler

Architekturstudie »Am asperm-Boulevard« – neben Wohnungen für Familien und Singles wird es auch Generationenwohnungen, betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften sowie die Möglichkeit geben, Wohnen und Arbeiten zu verbinden.

Wiens größtes und innovativstes Stadtentwicklungsgebiet wird schon in naher Zukunft das neue Zuhause Tausender WienerInnen sein. Denn nun stehen auch alle Projekte der Wiener Wohnbauinitiative, die in asperm Die Seestadt Wiens verwirklicht werden, vor ihrer Realisierung. Wohnbaustadtrat Michael Ludwig präsentierte am 17. April die Vorhaben mit rund 1600 Wohnungen, die 2014/15 bezugsfertig sein werden und für die sich InteressentInnen ab sofort vormerken lassen können.

Bis 2016 wird schließlich – zusammen mit einer Reihe von geförderten Projekten – ein modernes und kostengünstiges Angebot mit mehr als 2800 Wohnungen für rund 6000 Menschen geschaffen.

Mit der Wohnbauinitiative hat die Stadt Wien ein zusätzliches, den geförderten Wohnbau ergänzendes Neubauprogramm ins Leben gerufen. Es handelt sich dabei um eine besondere Variante des frei finanzierten Wohnbaus, die – durch günstige Darlehen der Stadt Wien – ähnlich vorteilhafte Konditionen für die MieterInnen wie der geförderte Wohnbau bietet. Und das nicht nur in finanzieller, sondern auch qualitativer Hinsicht. So wurde die Vergabe der Darlehen der Stadt Wien sowohl an verpflichtende Eigenmittel- und Mietzinsobergrenzen als auch an Qualitätskriterien geknüpft, die von einem eigens eingerichteten Fachbeirat überprüft werden.

„Die ersten Projekte der Wohnbauinitiative – alle Vorhaben, die in asperm Die See-

stadt Wiens realisiert werden – wurden nun einer detaillierten Qualitätsüberprüfung durch den Fachbeirat unterzogen. Mit äußerst positivem Ergebnis: Alle Vorhaben weisen durchgängig sehr hohe Planungsqualitäten auf. Die beteiligten Bauträger, Planerinnen und Planer und Finanzdienstleister haben eine ausgezeichnete und sehr ambitionierte Arbeit geleistet. Nur bei zwei Projekten sind noch Änderungen erforderlich, die positive Empfehlung des Fachbeirats erfolgt daher erst nach Vorlage der verbesserten Planungen“, zog Wohnbaustadtrat Michael Ludwig Resümee.

Die Projekte mit insgesamt 1603 Wohnungen zeichnen sich allesamt durch ein hochwertiges Wohnungsangebot für die

Wirtschaft

unterschiedlichsten Wohnwünsche aus. „So gibt es neben Wohnungen für Familien und Singles auch Generationenwohnungen, betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften sowie die Möglichkeit, Wohnen und Arbeiten zu verbinden. Vielfältige Gemeinschaftsräume, Gemeinschaftsgärten und großzügig gestaltete Spiel- und Erholungszonen ergänzen das Angebot und fördern das gute Miteinander der Hausgemeinschaften“, erläuterte der Wohnbaustadtrat.

Durchdachte Gesamtplanung

Auf Anregung von Ludwig wurde erstmals in Wien – für alle Bauplätze der Wohnbauintiative in aspern Seestadt – ein zweistufiges kooperatives Planungsverfahren durchgeführt. Im ersten Schritt wurden mit allen TeilnehmerInnen (Bauträger, ArchitektInnen, FreiraumplanerInnen) gemeinsame Planungsworkshops abgehalten. Diesen folgten im zweiten Schritt Jurysitzungen mit dem Fachbeirat, um dessen Kritik und Verbesserungsvorschläge an den vorgelegten Projekten zu diskutieren.

„Die Vorteile des kooperativen Planungsverfahrens wurden bei der abschließenden Beurteilung der Projekte und des bauplatzübergreifenden Gesamtkonzepts durch den Fachbeirat deutlich: Durch die aufeinander abgestimmten Baukörper und -felder konnte eine weitere Verbesserung der städtebaulichen Konzeption und eine außerordentlich gute Freiraumgestaltung erzielt werden“, hielt Ludwig fest. Er betonte außerdem, daß die Bauvorhaben auch in der Realisierungsphase vom Fachbeirat begleitet würden, um die Umsetzung der angebotenen Qualitäten sicherzustellen. Darüber hinaus werde das gesamte kooperative Planungsverfahren bis zur Fertigstellung der Wohnbauten im Rahmen der Wiener Wohnbauforschung evaluiert, um die daraus gewonnenen Erfahrungen in Bauträgerwettbewerbe einfließen zu lassen.

Neues Stadtquartier zum Wohnen, Arbeiten & Wohlfühlen

Alle Wohnbauten bieten eine große Auswahl an unterschiedlichen Wohnungstypologien, die den unterschiedlichsten Wohnbedürfnissen gerecht werden. Weiters sind betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften, Generationenwohnungen sowie eine Reihe von Möglichkeiten, Wohnen und Arbeiten miteinander zu verbinden, vorgesehen.

Die Wohnungsgrundrisse zeichnen sich durch ökonomische Erschließungsflächen und ausreichende Stauräume aus. Darüber-



Foto: PID/Halada

Vizebürgermeister Michael Ludwig (m.) mit Michaela Trojan (r.), Geschäftsführerin des wohnfonds_wien, und Bernd Rießland (l.), Vorstand der Wien 3420 AG

hinaus stehen bei Bedarf bei einigen Projekten auch Flächen für Lager-, Probe- oder Bastelräume zur Verfügung. Alle Wohnungen bieten private Freiräume in Form von Balkonen, Loggien, Terrassen oder Mietergärten.

Alltagstaugliche Erschließungsflächen, Gemeinschaftseinrichtungen sowie attraktive Frei- und Grünräume mit Spielplätzen für die Kleinen und Erholungszonen und Treffpunkten für die Erwachsenen runden das Angebot ab.

In den Erdgeschoßzonen sind Geschäfte, Lokale, Ateliers, kleine Handwerksbetriebe, Arztpraxen und Gemeinschaftseinrichtungen vorgesehen, die die Straßenzone beleben und für eine gute Infrastruktur in nächster Nähe sorgen. Durch Sammelgaragen sind ökonomisch gehaltene Parkplätze gewährleistet, überdurchschnittlich viele Fahrradabstellplätze tragen begeisterten Pedalrittern Rechnung.

Durch die weitgehend kleinteilige Bebauung der Bauplätze und die gelungene, gut vernetzte Grünraumgestaltung erhält das neue Stadtquartier eine persönliche und insgesamt sehr wohnliche Note, die die Identifikation der künftigen BewohnerInnen mit ihrem neuen Zuhause und die Bildung eines Zugehörigkeitsgefühls fördert.

Durchgängiger Niedrigenergiestandard, eine umweltschonende Bauführung mit optimierter Bauabwicklung sowie Chemikalienmanagement gewährleisten – neben Energieversorgung durch das Geothermie-Kraftwerk von aspern Die Seestadt Wiens – einen hohen ökologischen Standard.

Areal & Wohnprojekte im Überblick

Das 65.000 m² große Areal (Bruttogeschosßfläche: 166.000 m²), auf dem das neue Stadtquartier im Rahmen der Wohnbauintiative in aspern Die Seestadt Wiens entsteht, befindet sich im südwestlichen Teil der Seestadt, zwischen dem General Motors-Werk, von dem es durch einen breiten Grüngürtel getrennt ist, dem neuen Westpark im Westen und dem See im Norden. Das Stadtquartier wird durch die Ringstraße in einen südlichen und nördlichen Bereich unterteilt. Zwei Bauplätze liegen beim See, sieben beim Westpark.

Die Wohnprojekte werden vom Partner-Konsortium Vienna Insurance Group, Erste Bank gemeinsam mit acht Bauträgern auf 14 Bauplätzen realisiert. Alle Bauträger haben die Finanzierungsvariante 150 Euro/m² Eigenmittel und 6,10 Euro/m² monatliche Nettomiete gewählt. Ein Bauträger bietet den MieterInnen zusätzlich die Wahlmöglichkeit zwischen dieser Variante und jener mit höheren Eigenmitteln (500 Euro/m²) und niedrigerer Miete (4,74/m² Euro netto) an.

Bezugstermine

Geplanter Bezugstermin der Neubauten auf den Bauplätzen D5A, D7 und D11 ist im Winter 2014, bei allen anderen Bauplätzen im Frühjahr 2015.

Wiener Wohnbauintiative

Im Rahmen dieser, den geförderten Wohnbau ergänzenden Schiene, werden insgesamt rund 6250 neue Wohnungen – im wesentlichen in den Bezirken 2, 10, 11, 21 und 22 – errichtet.

Wirtschaft

Damit setzt die Stadt Wien auch für die Wirtschaft einen starken Impuls, denn die Wohnbauintiative löst ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 1,04 Mrd. Euro aus, 6000 Arbeitsplätze werden dadurch gesichert.

Neben Qualitätsanforderungen, die durch den Fachbeirat geprüft werden, gelten einzuhaltende Miet- und Eigenmittelbeitragsobergrenzen. Zwei Varianten – je nach Wunsch der künftigen MieterInnen – stehen zur Verfügung:

- Variante A: Die Nettomiete ist mit max. 6,10 Euro/m² Nutzfläche begrenzt. Der zu leistende Finanzierungsbeitrag liegt bei 150 Euro/m² Nutzfläche.
- Variante B: Die Nettomiete ist mit max. 4,75 Euro/m² Nutzfläche begrenzt. Der zu leistende Finanzierungsbeitrag liegt bei 500 Euro/m² Nutzfläche.

Die verpflichtende Mietpreisbindung besteht zehn Jahre lang ab Baufertigstellung und gilt sowohl für Neuvermietung als auch Wiedervermietung. Die Nettomieten werden jährlich VPI-indiziert. Bei bestehenden Miet-

verträgen ändert sich auch nach den zehn Jahren nichts. Zehn Jahre nach Baufertigstellung kann bei Neuabschlüssen von Mietverträgen der „angemessene Mietzins“ eingehoben werden.

Wohnbauprojekte für mehr als 6000 BewohnerInnen auf Schiene

asperm Die Seestadt Wiens wird im Endausbau – mit etwa 8500 Wohnungen – rund 20.000 BewohnerInnen ein qualitativvolles Zuhause und Arbeitsplätze für ebenso viele Menschen bieten. Mit einer Gesamtfläche von rund 240 Hektar stellt die Seestadt nicht nur das größte städtebauliche Vorhaben Wiens dar, sondern ist auch eines der größten Stadtentwicklungsprojekte Europas. Grundlage der Planungen war der 2007 im Wiener Gemeinderat beschlossene Masterplan für das Flugfeld Asperm des schwedischen Architekten Johannes Tovatt.

Neben den Projekten der Wohnbauintiative mit 1603 Wohnungen werden im heurigen Juni auch die Projekte des 1. Bauträgerwettbewerbs in asperm Seestadt für geförder-

te Wohnbauten – mit 760 geförderten Wohnungen und 300 StudentInnenplätzen – sowie die Baugruppenprojekte mit insgesamt 150 Wohnungen jurirt.

„Damit hat die Stadt Wien den Bau von mehr als 2800 kostengünstigen Wohnungen in asperm Die Seestadt Wiens auf Schiene gesetzt, die in den Jahren 2014, 2015 und 2016 fertig gestellt sein werden und in die mehr als 6000 BewohnerInnen und Bewohner einziehen werden“, betonte Ludwig.

„Insgesamt sollen im Rahmen der Wohnbauintiative im Jahr 2012 rund 3000 Wohnungen beurteilt werden. Das nächste Prüfungsverfahren durch den Fachbeirat mit voraussichtlich fünf weiteren Projekten an verschiedenen Standorten ist für Juli 2012 geplant“, so der Wiener Wohnbaustadtrat abschließend. ■

Nähere Informationen über die Wohnprojekte, die im Rahmen der Wohnbauintiative in asperm Die Seestadt Wiens verwirklicht werden, sowie die Möglichkeit der Vormerkung für die Wohnungen gibt beim <http://www.wohnservice-wien.at>



Foto: schreinerkastler

Leben im Grätzel asperm – Alltagstaugliche Erschließungsflächen, Gemeinschaftseinrichtungen sowie attraktive Frei- und Grünräume mit Spielplätzen für die Kleinen und Erholungs- und Treffpunkten für die Erwachsenen runden das Angebot ab.

Mehr Kunden, mehr Spareinlagen, mehr Kredite

RLB NÖ-Wien: 2011 – Erfolg aus eigener Kraft in einem herausfordernden Jahr
13,5 Prozent mehr Spareinlagen, 4 Prozent mehr Kredite, 22.500 Neukunden

13,5 Prozent mehr Spareinlagen, 4 Prozent mehr Kredite, 22.500 Neukunden alleine in Wien – wir sind eine Bank, die solide wirtschaftet, die vom Kerngeschäft lebt und der die Kunden vertrauen“, erklärte Erwin Hameseder, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien (RLB NÖ-Wien). Er unterstreicht anlässlich der Bilanzpressekonferenz für das Jahr 2011 „Sicherheit und Erdung“ des Spitzeninstitutes der Raiffeisen-Bankengruppe Niederösterreich-Wien.

Mit einer Kernkapitalquote von 9,4 Prozent beweist die RLB NÖ-Wien ihre Stärke, niedrige Risikokosten sind das Ergebnis eines starken und kostenbewußten Managements.

Der RLB NÖ-Wien ist es gelungen, unter schwierigen Voraussetzungen die Risikokosten niedrig zu halten und damit ein gutes Ergebnis aus eigener Kraft zu erreichen. Das Betriebsergebnis im Einzelabschluß blieb mit 233 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr auf gut anhaltendem hohem Niveau (plus 0,3 Prozent, 2010 232 Mio. Euro). Das EGT erreichte sehr erfreuliche 166,6 Mio. Euro (plus 2,9 Prozent – 2010: 161,9 Mio. Euro). Der Jahresüberschuß nach Steuern beträgt für 2011 131,1 Mio. Euro und liegt damit auf annähernd gleichem Niveau wie im Vorjahr (134,7 Mio. Euro). Zuzüglich der Bankenabgabe, welche die RLB NÖ-Wien im Jahr 2011 belastet hat, läge der Jahresüberschuß 2011 auf mehr als 143 Mio. Euro und damit deutlich über dem Vorjahr.

Die Eigenmittelquote bezogen auf alle Risiken lag per Ende 2011 mit 14,1 Prozent – bei einem gesetzlichen Mindestanforderung von 8,0 Prozent – ebenfalls deutlich über der vorgeschriebenen Quote. Die Cost Income Ratio – erreichte mit 45,2 Prozent neuerlich einen sehr guten Wert.

Konzernbilanz

Die Konzernbilanzsumme ging im Vorjahr leicht zurück, nämlich um 1,8 Prozent auf 32,1 Mrd. Euro (von 32,7 Mrd. Euro).

Das zufriedenstellende Konzernergebnis liegt – angesichts der Einflußfaktoren aus Politik und den Finanzmärkten – allerdings unter dem Spitzenergebnis des Vorjahres.



Foto: Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien

Die Vorstände der RLB NÖ-Wien (v.l.): VD Mag. Gerhard Rehor, VD Michael Rab, GD Erwin Hameseder, GD-Stv. Georg Kraft-Kinz und VD Reinhard Karl

Der Konzernjahresüberschuß erreichte 109,7 Mio. Euro (nach 308,6 Euro Mio. im Vorjahr).

Die Gründe liegen in der negativen Entwicklung in Ungarn mit Impairment, Fremdwährungskrediten und der ungarischen Bankensteuer, die direkt und indirekt auf die RLB NÖ-Wien durchschlägt, im Minderergebnis der RZB-Gruppe, dem negativen Finanzmarktergebnis durch die Stichtagsbewertung der Wertpapiere sowie der Bankensteuer.

Die Steuerleistung (Körperschaftsteuern sowie Arbeitgeber-Lohnnebenkosten) der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien für 2011 beträgt insgesamt rd. 80 Mio. Euro.

Zusätzlich mußte im Jahr 2011 erstmalig die Stabilitätsabgabe von Kreditinstituten entrichtet werden. Diese Bankenabgabe belastet die Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien mit rd. 16 Mio. Euro.

Das Risiko im Griff

Die RLB NÖ-Wien hat bereits mit Ende 2011 eine Kernkapitalquote, bezogen auf das Gesamtrisiko, von 9,4 Prozent erreicht und konnte diese zum Vorjahr 2010 (9,1 Prozent) deutlich steigern. Zur rechtzeitigen Erfüllung aller übrigen Anforderungen der neuen regulatorischen Rahmenbedingungen hat die RLB NÖ-Wien 2011 das Projekt „Fit für Basel III“ ins Leben gerufen. Dabei zeigte sich, daß das RLB NÖ-Wien Geschäftsmodell der Kunden- und Universalbank opti-

mal den zukünftigen Erfordernissen entspricht.

Für Michael Rab, verantwortlicher Vorstand für die Geschäftsgruppe Risikomanagement/Organisation, steht fest, daß die starke Fokussierung der RLB NÖ-Wien auf das Kundengeschäft auch hinkünftig sicherstellt, daß die Anforderungen aus Sicht der Behörden erfüllt werden können.

„Fit für Basel III“ zielt vor allem auf die nachhaltige Einhaltung der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsbestimmungen ab. In diesem Sinne wurde eine Reihe von strategischen und operativen Maßnahmen abgeleitet, die teilweise bereits umgesetzt wurden, teilweise 2012 und in den folgenden Jahren abgearbeitet werden: Die Palette reicht von der Intensivierung des Primäreinlagengeschäfts über organisatorische Maßnahmen, wie z. B. der Installierung eines Liquiditäts-Komitees, bis zur Adaptierung der Funding-Planung und der Anpassung der internen Steuerungssysteme. In ihrer Funktion als Spitzeninstitut arbeitet die RLB NÖ-Wien hier eng mit den Niederösterreichischen Raiffeisenbanken zusammen.

Darüberhinaus hat die RLB NÖ-Wien rechtzeitig auf die sich abzeichnenden Veränderungen in Europa reagiert, Länderlimite reduziert bzw. Emittentenlinien für Staaten überhaupt gesperrt. Ein wichtiger Schritt war die Reduktion der direkten Staatsrisiken. Mit Ende 2011 weist die RLB NÖ-Wien kein direktes Staatsrisiko Irland

Wirtschaft

und Spanien aus, gegenüber Griechenland befindet sich nur noch eine Staatsanleihe mit einem Wert von unter 1,2 Mio. Euro in den Büchern. Als Maßnahme wurden alle Emitentlinien von Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und Irland per Anfang Mai 2010 sistiert. Auch Banken in den Peripherieländern sowie Investmentbanken stehen im besonderen Fokus der laufenden Beobachtung.

Kommerzkundengeschäft

Vorstandsdirektor Reinhard Karl, verantwortlich für die Geschäftsgruppe Kommerzkunden, setzt auch 2012 auf eine nachhaltige Geschäftspolitik im Kommerzgeschäft: „Ganz nach dem Motto ‚zufriedene Kunden sind die besten Werbeträger‘ verfolgen wir die Wachstumsstrategie der Weiterempfehlung durch Kunden – jeder vierte Neukunde im Kommerzkundengeschäft kommt inzwischen durch Empfehlung zustande.“

2011 konnte erneut ein deutlicher Zuwachs an Kommerzkunden von rund 5 Prozent verzeichnet werden. Darüber hinaus wurden die Marktanteile weiter ausgebaut – inzwischen wird jedes 4. Unternehmen in Ostösterreich vom Kommerzkunden-Team der RLB NÖ-Wien betreut. Darüber hinaus konnte auch der Hauptbankkundenanteil um 6 Prozent gesteigert werden. Die Aufnahme von zusätzlichen MitarbeiterInnen im Kommerzgeschäft (+7,6 Prozent im Jahr 2011) soll diesem Wachstum Rechnung tragen und die hohe Qualität in der Beratung sichern.

Die RLB NÖ-Wien legt besonderes Gewicht auf die Finanzierung von Ökoenergie-Projekten. Einen Schwerpunkt dieser Strategie stellt die Finanzierung des Ausbaus der Windkraft in Niederösterreich und im Burgenland dar. Im Jahr 2011 konnte die RLB NÖ-Wien gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) eine Finanzierungsline für zwei Großvorhaben strukturieren, wodurch die Windkraftkapazität in den kommenden drei Jahren von 200 Megawatt auf insgesamt 450 Megawatt mehr als verdoppelt wird. „Insgesamt wurden bzw. werden durch die RLB NÖ-Wien im Feld der erneuerbaren Energie Investitionen in der Höhe von 1,2 Mrd. Euro ermöglicht – mehr als zwei Drittel davon in Ostösterreich“, so Karl.

2012 legt die RLB NÖ-Wien einen besonderen Fokus auf das Auslandsgeschäft. Mit gezielten Beratungsschwerpunkten zu den Themen Exporte, Importe sowie Auslandsinvestitionen werden den Kunden indi-

viduelle Lösungen in den oft komplexen Themenstellungen angeboten.

Sicherheit, Regionalität und individuelles Service

„Wir punkten durch Kundennähe und regionale Verantwortung“, so Hameseder und verweist auf den deutlichen Kundenzuwachs. So wurden im Jahr 2011 insgesamt 22.530 neue Kunden (brutto) verzeichnet, was einem Nettozuwachs von 8.000 Kunden entspricht; ein Trend, der sich 2012 deutlich fortsetzt. „Seit Jänner haben wir bereits 7000 neue Kunden zusätzlich überzeugen können, aktuell haben 265.000 Kunden in Wien Raiffeisen zu ihrer Bank gewählt“, so Georg Kraft-Kinz, GD Stv. und verantwortlich für die Geschäftsgruppe Privat- und Gewerkekunden in Wien. Er unterstreicht mit einer Kundenbilanz die starke Position von Raiffeisen in Wien. 1700 Kunden konnten mit einer durchschnittlichen Finanzierung von 250.000 Euro dabei unterstützt werden, ihre Wohnräume zu verwirklichen, 2000 Kunden verwirklichten gemeinsam mit Raiffeisen in Wien ihren Traum von einer neuen Einrichtung bzw. einem neuen Auto. 16.500 Kunden konnte durch Versicherungen mehr Sicherheit und Absicherung ermöglicht werden, 6700 Bausparverträge sind 2011 ausgelaufen – rund 45 Mio. Euro wurden an Kunden ausbezahlt. Kraft-Kinz: „Und zuletzt: Das Sparvermögen wuchs für unsere Kunden durch Zinsen um 64 Mio. Euro.“

In Wien hat Raiffeisen einen Kundenanteil von 13 Prozent bei Privatkunden, bei Kommerzkunden 25 Prozent und im Segment der Unternehmen bis zu einer Bilanzsumme von rund 5 Mio. Euro sogar von 33 Prozent. Damit vertrauen rund 1,2 Mio. Kunden in Wien und NÖ auf Raiffeisen.

»Uns geben alle gerne Geld«

„Die Kunden nehmen die RLB NÖ-Wien als stabilen Fels in der Brandung wahr“, sieht Vorstandsdirektor Gerhard Rehor, verantwortlich für die Geschäftsgruppe Finanzmärkte, die Stärke der Bank durch das Vertrauen der Kunden – in Zahlen dargestellt durch die Einlagen – bestätigt. Etwa 1 Mrd. Euro konnte an eigenen Emissionen plziert werden, die aushaftenden eigenen Anleihen wurden um 5,25 Prozent (243 Mio. Euro) auf 4,9 Mrd. Euro gesteigert, die Spareinlagen wuchsen mit einem Plus von 13,5 Prozent (306 Mio. Euro) deutlich über dem Markt auf 2,6 Mrd. Euro. „Uns geben alle gerne Geld – Privatkunden, institutionelle Geschäftspartner und auch andere Banken“, so Rehor.

Diese Stärke wurde der RLB NÖ-Wien auch vor kurzem von Moody's durch das sehr gute A1-Rating erneut bestätigt. Es ist das beste Rating, das derzeit an österreichische Banken vergeben wird:

Long term Rating	A1
Short term Rating	P-1
Financial Strength Rating	C-

„Diese Einstufung ist eine sehr gute Basis für die weitere Zusammenarbeit mit den internationalen Kooperations- und Korrespondenzbanken“, unterstreicht Rehor. In seiner Verantwortung wurde auch eine Neuorganisation des Treasury der Bank im Jahr 2011 umgesetzt. Rehor: „Komplexe Produkte sind weder nachgefragt noch werden sie von uns angeboten. Die neuen Schwerpunkte liegen im Liquiditätsmanagement für die Bankengruppe in NÖ und Wien sowie in der Gesamtbank-Zinssteuerung.“

Top Position in Niederösterreich

Die 72 Niederösterreichischen Raiffeisenbanken mit ihren insgesamt 545 Bankstellen und knapp 3700 MitarbeiterInnen die Top Banken-Position in Niederösterreich. Raiffeisen ist in Niederösterreich die Nr. 1 – mit einem stabilen Marktanteil von 42 Prozent. Raiffeisen ist damit der Nahversorger im Finanzdienstleistungsbereich:

- Die Bilanzsumme ist um +2,4 Prozent auf 19,5 Mrd. Euro gestiegen;
- insgesamt 944.000 Kunden;
- 11.600 Kunden neu netto;
- Einlagenwachstum: +2,3 Prozent;
- Kreditwachstum: 6 Prozent;
- Das Betriebsergebnis der NÖ Raiffeisenbanken ist um +13 Prozent auf 172 Mio. Euro gestiegen;
- Eigenmittelquote: 14,9 Prozent;
- Kernkapitalquote: 12,4 Prozent.

Hameseder: „Das gemeinsame Betriebsergebnis der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien (inkl. Spitzeninstitut RLB NÖ-Wien) liegt damit bei sehr erfreulichen 401 Mio. Euro.“

Positiver Ausblick

„Wir sind sehr gut in das Jahr 2012 gestartet und erwarten für heuer deutliche Steigerungen im Ergebnis – sowohl im Einzelabschluß als auch nach IFRS“, so Hameseder. „Wir machen nachhaltig Gewinne aus eigener Kraft! Das Vertrauen unserer Kunden und unser erfolgreiches Geschäftsmodell verleihen uns Solidarität und Erdung.“ ■

<http://www.raiffeisen.at>

Wien 4 Tage lang im Zeichen des Grünen Herzes

Der 16. Steiermark-Frühling war der unverzichtbare Treffpunkt für Steiermark-Begeisterte in Wien. Dabei traf das Grüne Herz auf das Goldene Wiener Herz.

Eine im wahrsten Sinn des Wortes erfrischende Frühlingskur in Sachen Herzlichkeit und Genußfähigkeit wurde für das Wochenende vom 12. bis 15. April ausgerufen, da 750 SteirerInnen zur Charmeoffensive am Wiener Rathausplatz antraten. Im Mittelpunkt des heurigen Auftritts stand der 40. Geburtstag des Grünen Herzes als Symbol für die Steiermark, mit dem sie sich wieder als liebste Urlaubsdestination der Wiener zeigt.

Vier Tage lang war dabei die Steiermark (zum 16. Mal in Wien, zum 11. Mal bereits auf dem Rathausplatz) die erste Genußadresse für Gaumen und Seele: in den Almhütten, Buschenschänken, in der Thermenlandlounge, im Graz-Café, am Kletterturm, ... Als erstes Zeichen 40jähriger Herzlichkeit wurde der Stadt Wien ein 40jähriger Riesling aus der Südsteiermark vom Schloß Seggau als Sammelstück überreicht.



Die »Chef-Beherzer« bei der Eröffnung des viertägigen 40er Festes

Herzhaft zumute wurde es den Eröffnungsrednern, Wiens 1. Landtagspräsident Harry Kopietz, dem steirischen Landeshauptmann Franz Voves und seinem Stellvertreter Hermann Schützenhöfer sowie Georg Bliem von Steiermark Tourismus als Moderator Dorian Steidl die „Herzfrage“ stellte.

1. Landtagspräsident Harry Kopietz, in Vertretung für den in diesen Tagen kranken Bürgermeister Michael Häupl, gestand, daß sein Wiener Herz immer außer Takt gerät, wenn es um den Genuß geht, der hier am Platz ja in Hülle und Fülle vorhanden ist; LH Franz Voves betonte, daß er regelmäßig Herzklopfen bekommt, wenn er die Anfangszeilen des Erzherzog-Johann-Jodlers hört, LH-Stv. Hermann Schützenhöfer gestand, daß sein Herz an diesem Morgen außer Rand und



Foto: Steiermark Tourismus / Jürgen Hammerschmid

hinten v.l.: der steirische Landeshauptmann Franz Voves, Justizministerin Beatrix Karl, Wiens Landtagspräsident Prof. Harry Kopietz, LH-Stv. Hermann Schützenhöfer, Steiermark Tourismus-Chef Georg Bliem mit Blumen- und Narzissenhoheiten

Band geriet, als er schon am Ring das Steiermarkdorf erblickte und Georg Bliem, GF von Steiermark Tourismus, erzählte, daß sein Herz fürs Wandern und Mountainbiken am

kräftigsten schlagen würde. Justizministerin Beatrix Karl, gebürtige Bad Gleichenbergin, geriet die über Vorzüge des Urlaubslandes Steiermark ins Schwärmen. Ins Schwär-

Chronik



Foto: and Steiermark/Kowatsch

Bundespräsident Heinz Fischer (2.v.l.) mit LH-Stv. Hermann Schützenhöfer (2.v.r.), dem Moderator Markus Schenkeli und den Narzissenhoheiten Christina und Claudia



Foto: Steiermark Tourismus / Jürgen Hammerschmid

135.000 BesucherInnen machten sich ein Bild von der steirischen Herzlichkeit.

men kamen die Gäste auch bei den Operettendarbietungen des Ensembles der „Zirkusprinzessin“ von den Seefestspielen Stubenberg.

Wer war noch zum Steiermarkdorf auf dem Rathausplatz angereist? Zum Bieranstich waren Hans Knauß, Robert Hellwagner (BrauUnion) und Hans Hofer (WK Steiermark) gekommen und zeigten, wie herzhaft-fit sie sind, als sie mit den Eröffnungsgästen den Bieranstich sehr schwungvoll und spritzig vornahmen.

Beim Showcar der DTM/Deutschen Tourenmeisterschaft in der Urlaubsregion Mur-

tal: DTMDritter Mattias Ekström und Philipp Berkessy vom DTM-Marketing luden zu ps-starken Vergnügungen am Red Bull Ring ein.

Die Seer mit Sabine, Astrid und Fred kamen, um dem Grünen Herz ein herzerreissendes Geburtstagsständchen zu singen.

Bei der ersten Kochshows stand der Krakauer Hirsch der Krakauer Wirte im Vordergrund.

Steiermarkdorf-Expositur im Leopoldmuseum: 35 Einkäufer von Reiseveranstaltern und Busunternehmern im Raum Wien

kauften bei 13 steirischen Ausstellern herzlich Urlaub ein.

Bundespräsident Fischer als Gratulant

Am dritten Tag des Steiermark-Frühlings am Wiener Rathausplatz stellte sich Bundespräsident Heinz Fischer als Gratulant ein. Er promenierte über den Platz: vom Klapotetz im Weinland über die Oststeiermark mit dem Weingut Retter-Kneissl, das Weinfäß mitten auf dem Platz bis hin zur Bühne, wo es die Übergabe eines gefüllten Lebkuchens (von der Mariazeller Lebzelterei Pirker) mit Grünem Herz von LH-Stv. Hermann Schützenhöfer und ST-Chef Georg Bliem gab, dann zu den Hütten des Ausseerlandes und von Schladming und weiter durch das Steiermarkdorf...

Der Rückblick

So ein Masel muß man erst einmal haben: Größtenteil kühle, aber noch wichtiger: trockene Steiermark-Tage garantierten eine erfolgreiche Herz-Invasion am Wiener Rathausplatz. Damit konnten 135.000 Wiener BesucherInnen ganz viel Steirisches Lebensgefühl inhalieren und Gusto auf einen Steiermark-Urlaub bekommen. Der sonnige Freitag geht mit Sicherheit als „Jahrhundert-Freitag“ in 16 Jahren Steiermark-Frühling in die Geschichte des Steiermark-Auftritts in Wien ein. Das Grüne Herz kommt auch wieder. Termin 2013: voraussichtlich von 11. bis 14. April 2013. Die Gästebefragung im Dorf zeigte eine hohe Urlaubsabsicht für den Sommer 2012.

„Steirerkrapfen statt Sachertorte, Klapotetz statt Riesenrad“, Wien sprach wieder vier Tage lang steirisch. „Die Steiermark rief sich mit viel Herzlichkeit als liebste Urlaubsdestination der Wiener wieder stimmungsvoll in Erinnerung und den Wiener Gästen zollen wir tiefen Respekt, daß sie ihrer Steiermark-Begeisterung trotz nicht ganz günstiger Wetterbedingungen so freien Lauf ließen“, freut sich LH-Stv. Hermann Schützenhöfer.

„Den Freitag haben wir intern schon zum Jahrhundert-Freitag ausgerufen, denn so viele Besucher und so eine Stimmung hatten wir noch nie. Darüberhinaus scheinen wir mit unserem Fest sogar auf einer japanischen Website auf und immer mehr internationale Wien-Gäste schauten vorbei. Nächstes Jahr werden wir überall im Dorf noch mehr englischsprachige Informationen dabei haben“, greift Georg Bliem als GF von Steiermark Tourismus vor. ■

<http://www.steiermarkdorf.at>

50 Jahre NÖ Naturparke

Im Jubiläumsjahr bieten die Naturparke Niederösterreich von April bis Oktober eine Reihe abwechslungsreicher Veranstaltungen.

Der Schutz von Landschaften mit hohem Erholungswert hat in Niederösterreich lange Tradition – bereits 1962 wurde mit dem Naturpark Sparbach im Wienerwald der erste Naturpark Österreichs gegründet. 50 Jahre später findet man in Niederösterreich die mit Abstand meisten Naturparke in der ganzen Republik, von insgesamt 47 österreichischen Naturparks liegen 23 in Niederösterreich. Im heurigen Jahr feiern die Naturparke Niederösterreich nun mit zahlreichen Veranstaltungen ihr 50-Jahr-Jubiläum.

„Die Naturparke repräsentieren einmalige Landschaften, regionale Besonderheiten, interessante Tier- und Pflanzengesellschaften sowie kulturelle Vielfalt“, betonen anlässlich dieses Jubiläums Naturschutz-Landesrat Stephan Pernkopf und Tourismus-Landesrätin Petra Bohuslav, die außerdem auf die Rolle der Naturparke für den heimischen Tourismus verweist: „In den vergangenen 50 Jahren haben sich die Naturparke zu einem wichtigen Bestandteil des niederösterreichischen Tourismus entwickelt. Mehr als 2,6 Millionen Gäste werden pro Jahr in den 23 Naturparks gezählt.“

Im Jubiläumsjahr bieten die Naturparke Niederösterreich von April bis Oktober eine Reihe abwechslungsreicher Veranstaltungen. Der Bogen des Programms spannt sich dabei von Konzerten aller Stilrichtungen mitten in der Natur bis hin zu kulinarischen Märkten. Daneben besteht – so wie jedes Jahr – die Möglichkeit, bei Wanderungen und Führungen mehr über die vielfältige Fauna und Flora in den Parks zu erfahren.

Der Auftakt erfolgte in Form eines Jubiläumfestes mit dem Titel „50 Jahre Naturpark Sparbach“ am 28. April. Die Gäste waren eingeladen, verschiedene interaktive Stationen entlang der Wanderwege auszuprobieren oder eine gemütliche Rundfahrt mit dem Naturparktaxi zu unternehmen. Bei Falken-Flugvorführungen konnte man die faszinierenden Greifvögel aus der Nähe beobachten. Auf die kleinen Naturparkgäste warteten neue Stationen am Abenteuerspielplatz. Ein Jagdhornbläser-Ensemble, Waldkulinarik am Lagerfeuer und Schmankerln rundeten das Programm ab.

Am 29. April lud dann der Naturpark Leiser Berge zum Maibaumaufstellen, „Mu-



Foto: © Haefel / licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license.

Die Besonderheit des Naturparks Blockheide Gmünd sind die zahlreichen riesigen Granitfelsen, die sogenannte Wackelsteine.

sik trifft Natur“ heißt es am 5. Mai im Naturpark Kamptal-Schönberg, „gipfelklaenge“ ertönen am 2. und 3. Juni im Naturpark Ötscher-Tormäuer, sechs Kapellen spielen bei „Musik in der Wüste“ am 9. Juni im Naturpark Mannersdorf-Wüste auf, am 10. Juni trifft man sich im Naturpark Geras zu einem „Fest bei den Eseln Balduin und Heidi“. Seinen 40. Geburtstag feiert der Naturpark Falkenstein-Schwarzau im Gebirge am 15. Juni, im Naturpark Buchenberg findet am 16. Juni der Familientag der Top-Tierparke Österreichs statt, „Abenteuer Hohe Wand“ heißt es am 16. und 17. Juni im Naturpark Hohe Wand.

Ein Keltenfest geht am 23. und 24. Juni im Naturpark Landseer Berge über die Bühne, am 30. Juni findet im Naturpark Eichenhain ein Naturpark-Grillabend statt. Am 29. Juli feiern gleich drei Waldviertler Naturparke ein Fest: Neben dem Naturpark Nordwald und dem Naturpark Dobersberg bittet auch

der Naturpark Blockheide Gmünd an diesem Tag zum „Blockheidefest“. Ein Familienfest gestaltet der Naturpark Eisenwurzen am 26. August, das Spitzer Graben-Fest findet am 1. und 2. September im Naturpark Jauerling-Wachau statt. In allen Naturparks steht am 15. September die „Lange Nacht der Naturparke“ auf dem Programm. In Purkersdorf wird am 22. September ein Fest unter dem Motto „Natur mit allen Sinnen erleben“ gefeiert, und den krönenden Abschluß des Festreigens bildet das Abfischfest am 26. Oktober im Naturpark Heidenreichstein.

Das Sommerprogramm 2012 ist in einer neuen Broschüre nachzulesen, die auch einen Überblick über 50 Jahre Naturparke, den Festreigen und allen weiteren Aktivitäten und Angebote in der Sommersaison bietet. Die Broschüre wird kostenlos vom Verein Naturparke Niederösterreich an alle Interessenten versendet. ■

<http://www.naturparke-noe.at>

Chronik

Ansturm bei Wiener Linien: Schon über 400.000 Jahreskarten

Seit 1. Mai kostet die Jahreskarte der Wiener Linien nur mehr 365 Euro (375 Euro bei Ratenzahlung). Die ab Mai verbilligte Jahreskarte. „Schon jetzt ist die Jahreskarte unsere beliebteste Ticketart, rund 40 Prozent unserer Fahrgäste sind mit einer Jahreskarte unterwegs“, berichtete Wiener-Linien-Geschäftsführerin Alexandra Reinagl.

Vielfahrer werden belohnt

Wer jetzt schon eine Jahreskarte besitzt, bezahlt ab Mai eine günstigere Rate oder erhält automatisch eine Gutschrift. Aber nicht nur der Preis für die Jahreskarte wird gesenkt. Auch die Monatskarte wird günstiger: Ihr Preis wird um neun Prozent auf 45 Euro (ca. 1,50 Euro/Tag) gesenkt. An die Inflation angepaßt werden hingegen die Preise von Einzelfahrscheinen und Kurzzeit-Tickets. Richtig teuer wird Schwarzfahren: Wer ohne gültiges Ticket unterwegs ist, muß in Zukunft 100 Euro zahlen.

Internationaler Vergleich:
Nur Rom ist billiger

Mit der Jahreskarte um einen Euro pro Tag gehören die Wiener Linien im Europa-Vergleich zu den billigsten Städten, lediglich das kleinere Verkehrsnetz in Rom ist günstiger als das in Wien.

Verkaufsrekord

Zu einem rekordverdächtigen Ansturm kam es Ende Mai an den Vorverkaufsstellen der Wiener Linien: Viele WienerInnen wollten die Jahreskarte um 365 Euro erwerben.



Foto: Kromus / PID

Vizebürgermeisterin Renate Brauner (l) und Wiener-Linien-Geschäftsführerin Alexandra Reinagl verteilen Wasser und Eis im Wiener Linien Kundendienstzentrum

Die MitarbeiterInnen der Wiener Linien leisteten Extraschichten, um alle Neubestellungen zu bearbeiten. Nun wurde die 400.000er-Marke geknackt: Allein im April wurden damit mehr als 10.000 neue Jahreskarten ausgestellt – für genaue Zahlen ist es noch zu früh.

Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner und Wiener-Linien-Geschäftsführerin Alexandra Reinagl verteilten am 30. April um die Mittagszeit Wasser und Eis an Fahr-

gäste, die im Kundenzentrum der Wiener Linien auf ihre neue Jahreskarte warteten.

Aufgrund der großen Nachfrage empfahlen die Wiener Linien alle Karten-Bestellungen und Ticket-Käufe über den ihren Online-Shop abzuwickeln. Der Jahreskarten-Kauf ist auch bei 19 Öffi-Vorverkaufsstellen in ganz Wien möglich. Die Fahrt in das Kundenzentrum Erdberg ist für Neuausstellung von Jahreskarten nicht notwendig. ■

<http://www.wienerlinien.at>

»Wien liegt gut« – Gratis-Liegestühle im Sigmund-Freud-Park

Es ist wieder soweit: Die frühlingshaften Temperaturen locken in die Natur – und davon hat Wien jede Menge. „Mehr als die Hälfte der Stadt ist Grünraum. Neben weitläufigen Wald- und Wiesenarealen wie dem Lainzer Tiergarten gibt es rund 850 schön gestaltete Parkanlagen“, so Umweltstadträtin Ulli Sima.

Im Sigmund-Freud-Park bei der Votivkirche gibt es heuer wieder ein besonderes Highlight: Liegestühle laden zum Relaxen ein – und das auch noch kostenlos. Auf rund 30.000 m² stellen die StadtgärtnerInnen die rot-weißen Liegen bereit. Wien zählt zu den „grünsten“ Millionenstädten der Welt. Das wirkt sich auch wesentlich auf die hohe Lebensqualität aus, die Wien in zahlreichen Studien immer wieder bewiesen wird. ■



Foto: Christian Houdek / PID

Umweltstadträtin Ulli Sima gönnt sich eine kurze Pause in der Sonne.

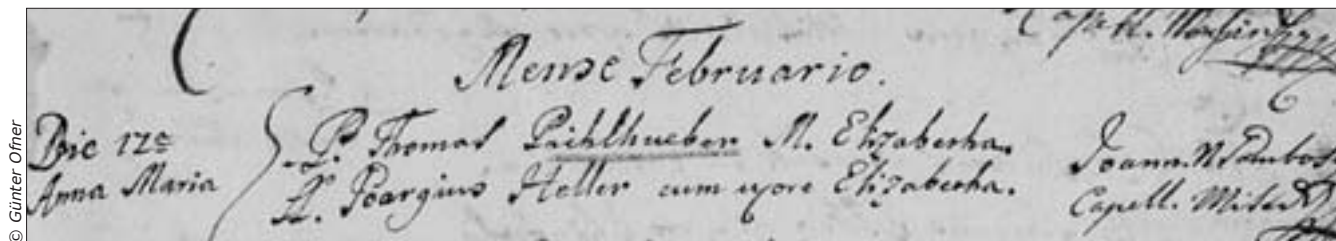
Chronik

Ahnen- und Familienforschung

Der Verein »FAMILIA AUSTRIA« hat sich zum Ziel gesetzt, die Ahnen- und Familienforschung auf dem Gebiet der alten Habsburgermonarchie zu fördern, bestehende Initiativen auf diesem Gebiet zu vernetzen und ganz allgemein historisch-genealogisches Wissen zu erarbeiten und zu publizieren.

Teil 3: Die Kirchenmatriken (1)

Von Günter Ofner*)



Taufe Anna Maria Pichlhuber 1762 – Faksimile einer Eintragung im Kirchenbuch der slowakischen Pfarre Bruck an der Donau

Sind alle vorhandenen Dokumente und Fotos gesichtet und geordnet, dann empfiehlt es sich mit der Forschung in den Kirchenbüchern (lat. Matriken oder Matrikeln genannt) zu beginnen.

Die verpflichtende Führung von Matriken und zwar vorerst nur der Tauf- und Hochzeitsbücher, wurde im katholischen Teil Europas durch das Konzil zu Trient (1545-1563) im Jahr 1563 beschlossen (das sog. „Tametsi-Dekret“ zur abschließenden Verfügung zur „Verbesserung der Ehe“ in der 3. Sitzungsperiode auf der 24. Sitzung am 11. November 1563). Die Führung von Sterberegistern (bzw. Begräbnisbüchern) und Firmungsbüchern wurde erst 1614 im Rituale Romanum angeregt, verpflichtend wurden sie erst im 18. Jht.

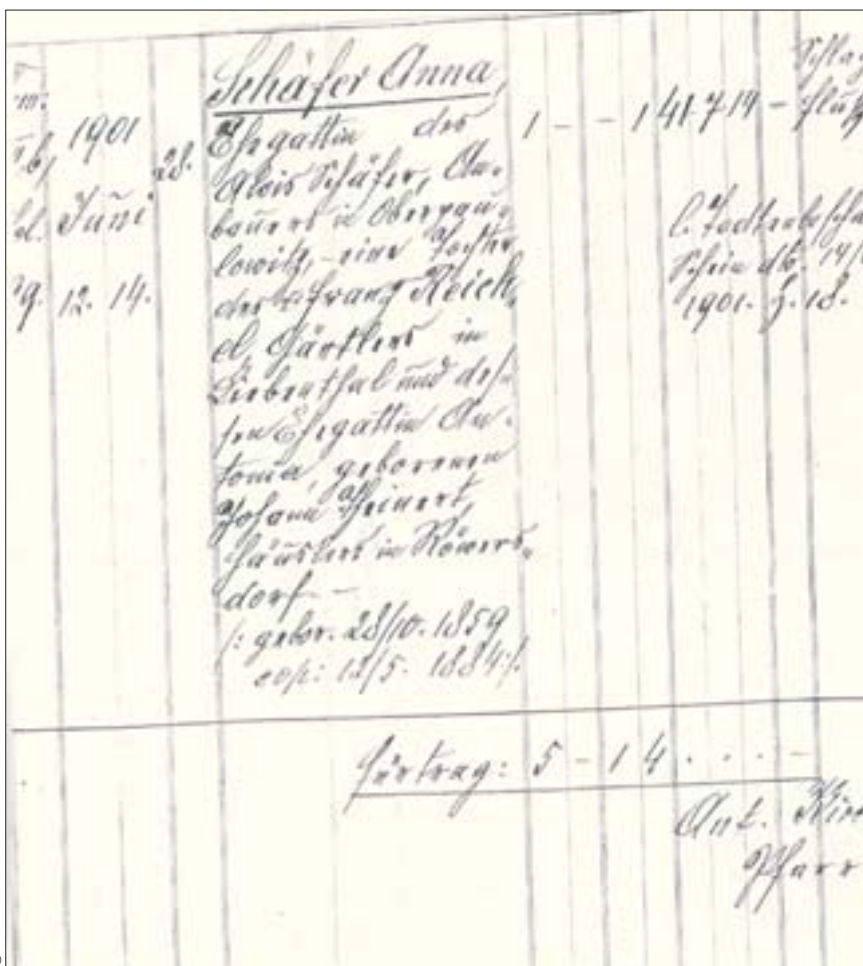
Diese katholischen Vorschriften waren auch eine Reaktion auf die Reformation, denn in evangelischen Gemeinden wurden oft von Beginn an Matriken geführt.

Es gab vor allem im Mittelmeerraum (Italien, Spanien, Dalmatien) aber in manchen Pfarren auch schon vor 1563 Matriken. In Österreich zählt da die Dompfarre St. Stefan in Wien dazu. Hier sind Begräbnisbücher seit 1529, Trauungsbücher ab 1542 und Taufbücher ab 1585 erhalten.

In vielen Regionen dauerte es dagegen noch Jahrzehnte, bis Kirchenbücher angelegt wurden.

So ist das älteste Kirchenbuch in Niederösterreich ein 1579 begonnenes Taufbuch von Wilhelmsburg und in Kapelln bei Her-

zogenburg gibt es die ältesten Matriken einer Landpfarre (ab 1590). In Oberösterreich ist ein 1568 begonnenes Taufbuch von Gries-



Ein Sterbeeintrag aus Österreichisch Schlesien vom Juni 1901

*) Günter Ofner ist Präsident der FAMILIA AUSTRIA Österreichische Gesellschaft für Genealogie und Geschichte mit Sitz in 1180 Wien.

kirchen das älteste und in der Steiermark ein Taufbuch der Pfarre Haus ab 1586.

Amtliche Matriken gibt es erst seit 1784. Kaiser Joseph II. hat am 20. Februar 1784 verfügt, daß katholische Pfarren und israelitische Kultusgemeinden nach gesetzlich vorgegebenem Schema Standesbücher über Geburten, Hochzeiten und Sterbefälle zu führen haben.

Auch die drei Jahre zuvor legalisierten Evangelischen durften Matriken führen, amtlichen Status erhielten sie aber erst 1829. Bis dahin mußten alle evangelischen Standesfälle auch in die kath. Matriken eingetragen werden.

Erst mit der Wirkung vom 1. Jänner 1939 (als es Österreich nicht mehr gab) nahmen erstmals staatliche Standesämter ihre Arbeit auf.

Bis dahin waren die Religionsgemeinschaften dafür zuständig. Deshalb muß man immer wissen, bei welcher Konfession man suchen muß.

Eine unwesentliche Ausnahme waren die alten Zivilmatriken ab 1870 (Gesetz vom 9. April 1870) bei den Bezirkshauptmannschaften und Magistraten (weniger als 0,5 Prozent der Standesfälle). Hier wurden Konfessionslose, interkonfessionelle Ehen und diejenigen Ehen eingetragen, die von den Konfessionen abgelehnt worden waren.

In anderen Staaten gab es schon viel früher staatliche Standesämter, in Frankreich ab der Revolution, in England und Wales ab dem 1. Juli 1837, in Preußen ab dem 1. Oktober 1874, im Deutschen Reich und in der Schweiz (Zivilstandsämter) ab dem 1. Jänner 1876 und in Ungarn ab dem 1. Okt. 1895. Das bedeutet, daß es seit damals auch im Burgenland flächendeckend Zivilmatriken gibt.

Von 1812 - 1814 war Oberkärnten ein Teil Frankreichs (Illyrische Provinzen) und hatte damit Standesämter und Zivilmatriken.

Leider sind durch Kriege, Brände, Überschwemmungen, Naturkatastrophen und Schlamperei viele Matriken verlorengegangen. Manchmal kann man sich dann durch bei den Diözesen geführte Zweitschriften (Duplikate, Einführungszeitpunkt sehr unterschiedlich) behelfen – so die schon existiert haben, selbst erhalten geblieben sind und auch eingesehen werden dürfen. ■

Diese Serie hat mit „Genealogie damals und heute“ in der Ausgabe 105 vom 5. März 2012 begonnen.

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_105.htm

Im zweiten Teil lesen Sie über „Die ersten Schritte“ in der Ausgabe 106 vom 4. April 2012 begonnen.

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_106.htm

Leserbrief

Hallo Herr Ofner!

Meine Uroma Catarina Schwartz kommt von Bruck bei Bratislava aus Ungarn. Wo kann ich forschen?

Adeus do Rio!

Maria Siegl

Sehr geehrte Frau Siegl!

Östlich von Preßburg (slowakisch Bratislava, Ungarisch Pozsony), auf der großen Schütt, liegt das Dorf Bruck an der Donau (slowakisch: Most pri Bratislave, bis 1948 Most na Ostrove; ungarisch Dunahidas, bis 1907 Hidas). Ich vermute, daß Sie das meinen.

Die katholischen Kirchenmatriken stehen bei Familysearch im Netz (siehe Link unten – auch wenn er nicht lesbar ist, bitte draufklicken). Taufen und Sterbefälle ab 1757, Hochzeiten nur von 1833-1852. Der Name Schwartz kommt dort vor. Es gibt aber mehrere Catharina Schwarz dort, d.h. nur mit dem genauen Geburtsjahr kann man die richtigen finden.

Übrigens kommt ein berühmter Namensträger von dort. Ludwig Schwarz, seit 2005 Diözesanbischof von Linz, stammt aus Bruck/Donau. Vielleicht sind Sie mit ihm verwandt.

Mit freundlichen Grüßen aus Wien
Günter Ofner

<https://www.familysearch.org/search/image/index?uri=https%3A%2F%2Fapi.familysearch.org%2Frecords%2Fwaypoint%2FMMVV-681%3A2034770898%3Fcc%3D1554443>

Familia Austria

Der 2008 gegründete ehrenamtliche wissenschaftliche Verein Familia Austria Österreichische Gesellschaft für Genealogie und Geschichte (ZVR-Zahl: 42788 6617) hat sich zum Ziel gesetzt, die Ahnen- und Familienforschung auf dem Gebiet der alten Habsburgermonarchie zu fördern, bestehende Initiativen auf diesem Gebiet zu vernetzen und ganz allgemein historisch-genealogisches Wissen zu erarbeiten und zu publizieren.

Wir beschäftigen uns mit dem gesamten Spektrum der genealogischen Wissenspalette, von der Familienforschung über die Geschichte bis zur Geographie (Erdkunde), Landeskunde, Heimatkunde usw. Vor allem aber sind wir dabei, mit vereinten Kräften große Datenbanken aufzubauen und für Benutzer über das Netz zugänglich zu machen. Damit sollen auch Familienforscher, die nicht im Bereich des alten Österreich wohnen, die Chance haben hier zu forschen.

Familia Austria sieht sich sowohl als Service-, wie als Forschungseinrichtung.

Details zu den Zielen

http://www.familia-austria.at/ziele_fa.php

Derzeit hat der Verein bereits etwa 500 Mitglieder und Mitarbeiter in der ganzen Welt. Er ist ehrenamtlich und gemeinnützig organisiert, nicht auf Gewinn ausgerichtet, von keiner Firma abhängig und Mitglied im Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs (VWGÖ)

<http://www.vwgoe.at>

Hunderte kostenlose Forschungsseiten und die Datenbanken des Vereins finden Sie hier:

<http://familia-austria.net/forschung>

Fragen & Auskünfte

Egal ob Sie Anfänger sind oder schon jahrzehntelang forschen, immer wieder ergeben sich Fragen und Probleme.

Ich lade Sie ein, mir diese Fragen zu schicken und will versuchen, Ihnen im Rahmen dieser Artikelserie Antworten oder zumindest Hilfestellung zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Ofner

Präsident von Familia Austria
Österreichische Gesellschaft für
Genealogie und Geschichte

Gentzgasse 59/9

A-1180 Wien

Telefon.: ++43 / (0)1 / 478 01 70

guenter.ofner@chello.at

Sterne Cup der Köche

Sterne-Jubiläum in Ischgl: Zum 15. Mal veranstalteten Champagne Laurent-Perrier, Ischgl und S.Pellegrino den Sterne Cup der Köche auf der Idalp.



Foto: TVB Paznaun Ischgl/foto-art-arno

Beim 15. Sterne Cup der Köche in Ischgl traten 60 Sterneköche im Riesenslalom und am Herd gegeneinander an.

Das „Who is Who“ der deutschsprachigen Kochelite stellte sich am 16. April in Ischgl zum 15. Mal ungewöhnlichen Herausforderungen: Statt um Sterne und Hauben kämpften 60 der besten Köche Deutschlands, Österreichs und der Schweiz beim 15. Sterne Cup im Riesenslalom um Hundertstel und bewiesen sich anschließend bei der kulinarischen Prüfung an den Herdplatten. Mit dabei Kochgrößen wie Sven Elverfeld, Hans Haas oder Jörg Slaschek sowie die Obauer-Brüder. Beim Wettstreit im Schnee glänzten die Sterne-Köche auf der Idjoch-Piste und am Herd live vor beeindruckender Bergkulisse der Silvretta-Arena. Gewinner des Sterne Cups wurde der deutsche Kochkünstler Martin Schlegel vom Schlegelhof aus Kirchzarten. Das Team um Hans Haas siegte bei der kulinarischen Prüfung. Auch Prominenz und Schaulustige ließen sich das kulinarische Skispektakel nicht entgehen. So feuerten unter anderem Skistars wie Marc Girardelli und Leo Stock die Gastro-Stars zu sportlichen Höchstleistungen an. Anschließend stellten sich die Sterne-Köche der kulinarischen Prüfung auf über 2300 Metern Hö-

he und bereiteten vor den kritischen Augen der Zuschauer und der prominenten Jury um Marcel Reif, Béla Réthy u.v.a. ein 3-Gänge-Menü zu.

Martin Schlegel aus Deutschland gewinnt den 15. Sterne Cup der Köche

In einem spannenden Finale konnte sich der Deutsche Martin Schlegel vom Schlegelhof aus Kirchzarten in der Klasse „Köche Herren“ vor Thomas Hagleitner vom Restaurant „s' Pfandl“ (Reith bei Kitzbühel, Österreich) und Lokalmatador Martin Sieberer aus Ischgl (Restaurant Paznauner Stube, Trofana Royal) den Sieg sichern. In der Kategorie „Koch Masters“ (ab 50 Jahren) setzte sich der Österreicher Rudi Obauer (Restaurant Obauer, Werfen) vor Hans Haas vom Restaurant Tantris in München und seinem Bruder Karl Obauer (Restaurant Obauer, Werfen) durch. Erstmals mit am Start waren dieses Jahr auch die Damen der internationalen Kochkünstler im Lady's Cup. Mit kurzen eleganten Schwüngen stellten sie ihre Männer beinahe in den Schatten. Den Siegerpokal sicherte sich Kirstin Disch (Frau von

Steffen Disch, Restaurant Raben Horben, Deutschland).

Auf höchstem Niveau: Team Hans Haas siegt bei der kulinarischen Prüfung

Zum Showdown um den begehrten Koch-Titel kam es auf der Idalp-Showbühne. Bei der kulinarischen Prüfung hieß es für die Küchenstars „Ab in die Palux-Show-Küche!“, um in sechs Teams aus jeweils sieben Starköchen in zwölf Minuten aus einem Warenkorb mit marktfrischen Zutaten ein 3-Gänge-Fantasie-Menü zu zaubern und sich dem kritischen Urteil der Jury um Marcel Reif und Béla Réthy zu stellen. In der Gesamtwertung überzeugte das Team um Hans Haas und holte sich mit seiner 3-Gang-Menü-Interpretation den Sieg in der kulinarischen Prüfung.

Der große Gala-Abend rundete den weltweit einzigartigen Gourmet-Event mit einer stimmungsvollen Siegerehrung ab. Haubenkoch Martin Sieberer verwöhnte seine Branchenkollegen und die Prominenz mit einem Flying Dinner aus acht exklusiven Gängen, begleitet von Champagne Laurent-Perrier und feinsten Weinen. ■

Hohe Auszeichnung für EU-Kommissar Johannes Hahn

Landeshauptmann Michael Häupl überreichte am 27. April EU-Kommissar Johannes Hahn, Bundesminister a.D., das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Die Laudatio hielt Landeshauptmann Häupl, der in seiner Laudatio auf die langjährige Verbindung mit Hahn durch den politischen Diskurs verwies, der trotz mancher unterschiedlicher Auffassungen immer ein positiver gewesen sei. Sie beide seien überzeugte Europäer, gegen Hetze und Populismus und für ein friedvolles Miteinander der Menschen in Europa. Eine weitere Überzeugung, die sie beide teilten, sei die Bedeutung von Forschung und Entwicklung, wobei Häupl den Einsatz von Hahn für eine Anhebung der finanziellen Forschungsaufwendungen würdigte. Häupl betonte, daß seitdem Hahn EU-Kommissar sei, die Bedeutung der Städte in der EU-Politik stark gewonnen habe, was mit Sicherheit mit der langjährigen Tätigkeit Hahns als Stadt-Politiker zu tun habe. Schließlich seien die Städte die Wirtschaftsmotoren Europas, und funktionierende Städte seien von immenser Wichtigkeit für Frieden und Wohlstand in Europa.

Johannes Hahn wurde 1957 in Wien geboren. Nach der Matura studierte er Rechts-



Foto: Alex Halada / PID

Bürgermeister Michael Häupl (l.) und EU-Kommissar Johannes Hahn

wissenschaften, Philosophie, Publizistik und Germanistik. Seine politische Karriere begann er in der Jungen Volkspartei, deren Wiener Landesobmann er von 1980 bis 1985 war. 1992 wurde er Landesgeschäftsführer der Wiener ÖVP, 1996 Gemeinderat. Von 2003 bis 2007 war er nicht amtsführender Stadtrat in Wien und ab 2004 Obmann der ÖVP Wien. 2007 wurde er Bundesminister für Wis-

senschaft und Forschung. In dieser Funktion legte er den Schwerpunkt auf Forschungsprojekte mit breiter Öffentlichkeit, Förderung von Frauen in der Forschung und Zugang für Kinder zur Forschung, z.B. durch die Weiterführung der Kinderuniversitäten. Im Februar 2010 wurde er zum EU-Kommissar für Regionalpolitik in der Kommission Barroso II bestellt. ■

Prof. Reinhard Moos hoch ausgezeichnet

Ganze 22 Jahre lang war em. o. Univ.-Prof. Reinhard Moos als Professor für Strafrecht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der JKU tätig. Am 27. April fand anlässlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres ein Festakt zu Ehren des bedeutenden Rechtsexperten statt. Unter den zahlreichen prominenten Gästen befanden sich als Überraschungsgäste auch Altbischof Maximilian Aichern und Landeshauptmann Josef Pühringer.

Vizekanzler Herbert Kalb gratulierte dem Jubilar, der „ein begeisterter Lehrer“ gewesen sei. Es habe stets „eine Moos-Fraktion unter den Studierenden“ gegeben. Reinhard Moos sei nicht nur Strafrechtswissenschaftler, sondern auch Rechtshistoriker und Rechtsphilosoph.

Auch der Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der JKU, Meinhard Lukas, würdigte „den Scharfsinn“, dem er „persönlich viele wichtige Einsichten in das Strafrecht“ verdanke. „Seine Leistungen als Forscher und Lehrer verdienen höchste Anerkennung“, so Lukas.



Foto: JKU

v.l.: Vizekanzler Herbert Kalb, Gattin des Jubilars, Prof. Reinhard Moos, Landeshauptmann Josef Pühringer und Dekan Meinhard Lukas beim Festakt in Linz

„Ich danke Ihnen im Namen des ganzen Landes Oberösterreich für Ihre Arbeit an unserer Universität und Ihren Beitrag zur Rechtsentwicklung“, schloß sich der Landeshauptmann den Gratulanten an. Es sei ihm

eine große Freude, Prof. Moos bei diesem Festakt nicht nur das Silberne Ehrenzeichen des Landes OÖ, sondern auch das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst zu verleihen. ■

36.000 m² Sonnenkollektoren

Größte thermische Solaranlage der Welt mit Technologie aus Österreich



Foto: AEE INTEC

In Saudi Arabien nimmt die weltgrößte Solaranlage zur Warmwassererzeugung ihren Betrieb auf. Das Erfolgsprojekt wurde von einem Kärntner und einem steirischen Unternehmen errichtet, die mit Mitteln des bmvit Forschung betreiben.

In der saudi-arabischen Hauptstadt Riad nimmt die größte thermische Solaranlage der Welt ihren Betrieb auf. Sie versorgt ein Campus-Gelände mit 40.000 Studierenden klimaverträglich mit Warmwasser und Heizung. Sowohl das technische Know-How als auch die „Hardware“ der Anlage stammen aus Österreich: Das Kärntner Unternehmen GREENoneTEC hat für die Anlage 36.000 m² Sonnenkollektoren produziert, das steirische Forschungsinstitut AEE Intec fungierte als technischer Berater für den Generalunternehmer, das britisch-jordanische Unternehmen Millennium Energy Industries (MEI). „Diese Anlage verdeutlicht die weltweite Spitzenposition Österreichs bei der Solartechnologie“, so Innovationsministerin Doris Bures, die am 10. April gemeinsam mit den Geschäftsführern von GREENoneTec und AEE Intec, Robert Kanduth und Werner Weiss, das Projekt in Wien präsentierte.

„Durch die langjährige Technologie- und Innovationsförderung ist Solartechnologie Made in Austria zum gefragten Exportschlagger geworden. Allein heuer fördert das BMVIT Energieforschung und -entwicklung mit mehr als 70 Millionen Euro“, erläutert die Ministerin. Das Exportvolumen von Son-

nenkollektoren hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als vervierfacht.

Spitzenposition durch permanente Forschung und Förderung

Kanduth Weiss informierten über ihr Erfolgsprojekt, das in seinem sechsmonatigen Probebetrieb alle Erwartungen übertraf. Seit Ende 2011 versorgen mehr als 36.000 m² Sonnenkollektoren das Fernwärmenetz der Frauenuniversität Princess Noura Bint Abdulrahman in Riad. „Das Projekt beweist: Nur durch permanente Forschung und Entwicklung können wir unsere weltweite Spitzenposition verteidigen. Dafür stellt das BMVIT die notwendigen Rahmenbedingungen“, so Robert Kanduth und Werner Weiss, die betonen, daß die Kollektoren in Österreich entwickelt und produziert werden und die Wertschöpfung im Land bleibt.

Solarnation Österreich

Österreich ist eine der global führenden Solarnationen: Einerseits beim Einsatz dieser erneuerbaren Technologie im Land selbst. So liegt Österreich bei den Solarinstallationen pro Kopf weltweit auf Platz vier. Die thermische Leistung pro Kopf ist nach Zypern

am zweitgrößten unter den 27 EU-Staaten. Fast fünf Millionen Quadratmeter Sonnenkollektoren sind in Österreich installiert. Das entspricht einer Fläche, die fast doppelt so groß ist wie der erste Wiener Bezirk.

Andererseits ist Österreich ein bedeutender Exporteur von thermischer Solartechnologie. Jeder dritte Sonnenkollektor in der EU ist in Österreich produziert worden. Der Exportanteil liegt bei 80 Prozent. 4700 Beschäftigte entwickeln und produzieren im Land Solartechnologien, der Umsatz der Branche beträgt 420 Millionen Euro. Darüberhinaus trägt die Solartechnologie maßgeblich zur Erreichung der Klimaziele Österreichs bei. Mehr als 400.000 Tonnen CO₂ werden durch diese solare Warmwassererzeugung und Heizung eingespart.

Die aktuelle durch Sonnenkollektoren in Österreich erzeugte Warmwasserproduktion ist groß genug, um den Bedarf Niederösterreichs abzudecken. „Wenn wir in den nächsten Jahren genauso viel investieren wie bisher, können wir im Jahr 2025 ganz Österreich damit versorgen“, wies Bures auf die Dimension dieses Technologiewechsels hin. ■

<http://www.greenonetec.com>

<http://www.aee-intec.at>

Quantenchip in Sicht

Dem Fernziel, quantenoptische Experimente und Funktionen auf Halbleiterchips zu integrieren, sind österreichische und kanadische Wissenschaftler um Prof. Gregor Weihs einen entscheidenden Schritt näher gerückt. Sie haben im Labor erstmals eine praktikable Quelle für Photonenpaare in einem Halbleiter realisiert.

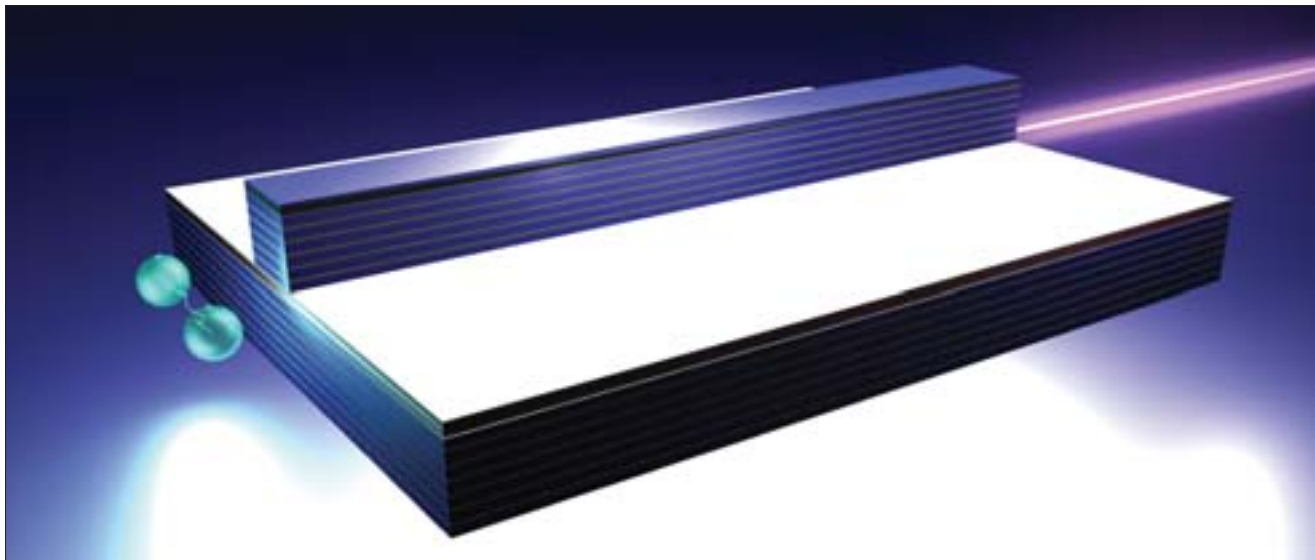


Foto: Rolf Horn

Laserlicht produziert in dem speziell strukturierten Halbleiter immer neue, verschränkte Photonenpaare.

Experimentalphysiker nutzen seit Jahren verschränkte Lichtteilchen (Photonen), um die rätselhaften Eigenschaften der Quantenwelt zu ergünden. Für Anwendungen dieser Phänomene in der Quantenkryptographie oder in Quantencomputern werden alltagstaugliche Quantentechnologien benötigt. Physiker träumen deshalb von quantenoptischen Chips, in denen alle benötigten Funktionen auf kleinstem Raum untergebracht werden können. Eine Gruppe um Prof. Gregor Weihs von der Universität Innsbruck und der Universität Waterloo hat gemeinsam mit Forschern der Universität Toronto nun erstmals auf einem Halbleiterchip aus Gallium-Arsenid eine Quelle für verschränkte Photonenpaare realisiert.

Gallium-Arsenid ist ein gängiges Material für den Bau von Laserdioden. Es verfügt über die von Quantenoptikern geschätzten nichtlinearen Eigenschaften, die vielfältige physikalische Phänomene technologisch nutzbar machen. So lassen sich in dem Material auch Photonen aus einem Laser in Photonenpaare niedrigerer Energie aufspalten. Diese in einem Halbleiter generierten Photonenpaare sind verschränkt, haben also einen Quantenzustand gemeinsam. Für die praktische Nutzung der Verschränkung für die Informationsverarbeitung stellt sich aber ein



Prof. Gregor Weihs
Universität Innsbruck
Foto: ICQ

Problem. „Weil sich die Photonen des Lasers und die Photonenpaare mit unterschiedlicher Geschwindigkeit durch das transparente Material fortbewegen, löschen sie sich meist gegenseitig aus“, erklärt Gregor Weihs. „Die Ausbeute an Photonenpaaren ist deshalb äußerst gering.“ Der Idee von Forscherkollegen der Universität Toronto folgend, haben Weihs und sein Team den Halbleiterchip deshalb wie einen Schichtkuchen aufgebaut. Die einzelnen Schichten haben unterschiedliche Brechungsindizes, und ihre Dicke liegt im Nanometerbereich. An den Schichtgrenzen kommt es zu Lichtreflexionen, die – richtig eingesetzt – die Photonen in gleicher Geschwindigkeit durch das Material leiten

und so die gegenseitige Auslöschung verhindern. Damit steigt die Effizienz der Photonenquelle stark an.

Zukunft Quantenchip

Die exakte Herstellung der genau definierten Nanostrukturen ist freilich nicht einfach, sodaß die Physiker in ihrem Experiment noch hohe Leistungsverluste verzeichnen. „Der Effekt ist allerdings so effizient, daß wir selbst unter diesen Voraussetzung ein sehr gutes Signal erhalten“, freut sich Quantenphysiker Weihs. Nun will er mit seinem Team die Photonenquelle so weiterentwickeln, daß auch die Polarisation der Photonen verschränkt werden kann. Diese Eigenschaft wird in der Quanteninformationsverarbeitung mit Photonen besonders oft gerne eingesetzt. „Wir haben immer von einer solchen integrierten Photonenquelle geträumt, in die wir einen elektrischen Impuls senden und am Ausgang verschränkte Photonen erhalten“, erzählt Gregor Weihs. „Damit werde ich in unseren Experimenten die heute noch aufwendigen Aufbauten eines halben Labortisches ersetzen können.“ Am Ende dieser Entwicklung könnten vollständig integrierte quantenoptische Bausteine stehen, die die Quanteninformationsverarbeitung in Zukunft alltagstauglich machen. ■

Vom schmutzigen Wasser zum sauberen Strom

Schon heute gilt die Hauptkläranlage der Stadt Wien als Vorzeigebetrieb – nun wird sie sogar noch besser: Durch Know-How der TU Wien soll die Kläranlage den eigenen Stromverbrauch selbst decken.



Foto: Hauptkläranlage Wien

So soll sie in Zukunft aussehen, die Hauptkläranlage Wien.

Etwa ein Prozent des Wiener Stromverbrauchs wird heute für die Abwasserreinigung aufgewendet: Die im Besitz der Stadt Wien befindliche und von der Ebswien Hauptkläranlage Ges.m.b.H. betriebene Hauptkläranlage benötigt im Schnitt ungefähr sieben Megawatt elektrischer Leistung. Nach den Plänen von Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou und Umweltstadträtin Ulli Sima soll sich das dramatisch ändern: Durch das Projekt „EOS 2020“ („EOS“ steht für „Energieoptimierung Schlammbehandlung“) soll die Kläranlage künftig ihren eigenen Strom erzeugen und energieautark werden. Damit werden nicht nur Stromkosten gespart, zusätzlich wird der CO₂-Ausstoß um 40.000 Tonnen im Jahr verringert werden. Wissenschaftlich begleitet wird dieses ambitionierte Projekt vom Institut für Wassergüte, Ressourcenmanagement und Abfallwirtschaft der TU Wien.

Die Kläranlage wird energieautark

Markus Reichel beschäftigt sich an der TU Wien seit Jahren mit der Technik von Kläranlagen. „Das Grundkonzept der Abwasserreinigung auf der Hauptkläranlage ist auf dem neuesten Stand und kaum weiter optimierbar“, erklärt er. „Verbessern kann man allerdings die Energiebilanz.“ Möglich wer-

den soll das durch eine Faulungsanlage. Bisher wird der Klärschlamm verbrannt und die freiwerdende Energie als Fernwärme genutzt. In Zukunft soll dieser in neu zu errichtenden Faulungsbehältern zum Teil in wertvolles Methangas umgewandelt werden, aus dem dann direkt bei der Anlage Strom erzeugt werden kann. Die Anlage in Wien Simmering soll damit energieautark werden und im optimalen Fall sogar Strom-Überschüsse ins Netz einspeisen.

Nur die besten Bakterien für Wien

Ein wichtiger Parameter bei diesem Faulungsprozeß ist der Feststoffgehalt des Klärschlammes. „Ein dickerer Faulschlamm spart nicht nur Platz, er spart vor allem Energie“, sagt Markus Reichel. Wenn der Faulschlamm weniger Wasser enthält, muß weniger Wasser unnötigerweise miterwärmt werden. Erforscht wird derzeit, wie der Faulungsprozeß in diesem dickeren Klärschlamm optimal gesteuert werden kann. „Wir brauchen Methan-Bakterien, die im konzentrierteren Klärschlamm auch mit einer höheren Ammonium-Konzentration zurechtkommen“, erklärt Reichel. „In unserem Labor testen wir derzeit, mit welchen Betriebsparametern man sicherstellen kann, daß die Bakterien auch in diesem Umfeld wie gewünscht Koh-

lenstoff aus dem Klärschlamm in Methan umwandeln.“

In den Labors der TU Wien werden derzeit die Bedingungen in der Kläranlage nachgestellt. Die gemessenen Daten werden verwendet um in einem ebenfalls an der TU entwickelten Computermodell die Effizienz der Anlage vorherzuberechnen. „An den Details wird noch geforscht – die bisherigen Daten stimmen uns aber bereits zuversichtlich“, sagt Markus Reichel.

Um Platz für die Faulungsbehälter zu schaffen, muß an der Hauptkläranlage Wien umgebaut werden: Eine Reihe von Becken soll tiefer werden um mit weniger Fläche auszukommen. Auf dem freiwerdenden Platz sollen die Faulbehälter errichtet werden.

Die Forschungen an der TU Wien werden das EOS-2020-Projekt auch in Zukunft begleiten: Der Spatenstich ist für 2015 geplant, vorher müssen für die öffentliche Ausschreibung noch verfahrenstechnische Details geklärt werden. „Hier fließen Ergebnisse aus unserem Labor direkt in die Planung ein“, sagt Markus Reichel. Wenn sich die Idee bewährt, die Schlammfäulung bei erhöhtem Feststoffgehalt zu betreiben, dann soll das Projekt Schule machen: „Das Konzept wäre sicher für viele größere Kläranlagen auf der Welt sehr interessant!“ ■

Videosystem gleicht Sehschwäche aus

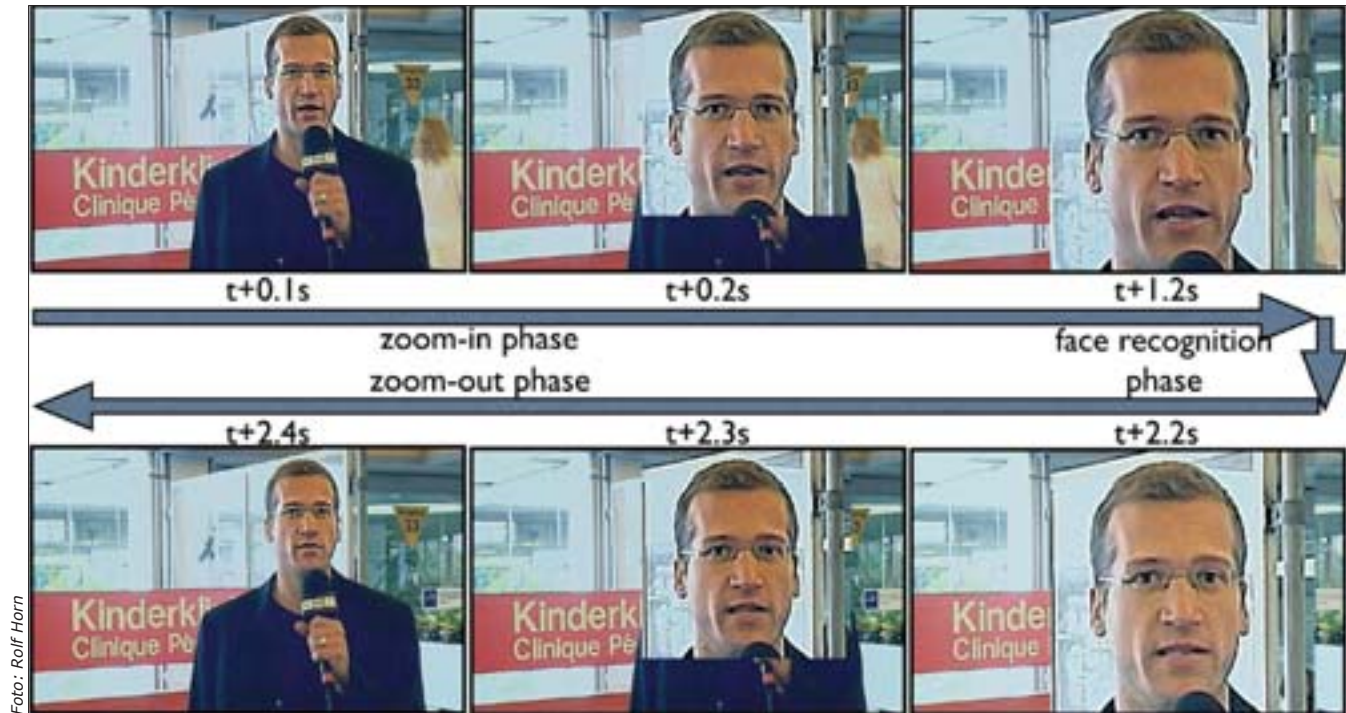


Foto: Rolf Horn

Die optimale Zeitspanne zur Erkennung von Gesichtern entspricht für AMD-Patienten im Durchschnitt zwei Sekunden. Zusätzlich wird eine Zeitspanne von 0,4 Sekunden zur Vergrößerung und anschließenden Verkleinerung benötigt, um den örtlichen Kontext des vergrößerten Gesichtes über die gesamte Zeitspanne und während seiner Bewegung zu gewährleisten.

In Österreich leiden derzeit etwa 125.000 Menschen an altersabhängiger Makuladegeneration (AMD), einer in fortschreitendem Alter auftretenden Augenerkrankung, bei der die Sehfähigkeit im Zentrum des Gesichtsfeldes teilweise oder ganz verlorengeht. Informatiker der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz haben ein System entwickelt, das diese Sehschwäche beim Fernsehen ausgleicht und den Erkrankten z.B. dabei hilft, wieder Gesichter zu erkennen.

Wenn zuerst beim Lesen die Mitte des Schriftbildes verschwimmt und das Sehen im Zentrum des Gesichtsfelds schlechter und unschärfer wird, bis man dort zuletzt nur noch einen dunklen Fleck wahrnimmt, dann leidet man an altersabhängiger Makuladegeneration. Diese betrifft nur das Zentrum der Netzhaut, die Macula, die die Stelle des schärfsten Sehens darstellt. Das periphere Sehen außerhalb der Mitte des Sehfeldes bleibt erhalten.

AMD ist in den westlichen Industrienationen die häufigste Erkrankung, die jenseits des 50. Lebensjahres zu schweren Seheinbußen führt. Experten prognostizieren für die Zukunft einen deutlichen Anstieg der Erkrankungen, der größtenteils auf die zu-

nehmende Lebenserwartung zurückzuführen ist. So lassen sich Studien zufolge bei rund einem Drittel der über 80jährigen Anzeichen für eine beginnende AMD finden.

Gesichtserkennung dank Videosystem

Das Institut für Computergrafik an der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz unter der Leitung von Prof. Oliver Bimber hat ein echtzeitfähiges Videosystem entwickelt, das den Menschen hilft, diese Sehschwäche beim Fernsehen auszugleichen und beispielsweise wieder Gesichter zu erkennen.

Das Hauptproblem der Erkrankten ist, daß sie Dinge, die sie fokussieren, unscharf oder als schwarzen Fleck sehen. Dementsprechend tun sie sich schwer, bei einem Film Schauspieler bzw. Gesichter zu erkennen. Also probieren sie, Dinge in der Peripherie zu erkennen, d.h. sie schauen ein wenig an den Dingen, die sie nicht erkennen können, vorbei, um sie so besser zu erkennen. Das Problem dabei: Die Auflösung des Auges in der Peripherie ist nicht besonders hoch. Hier gibt es aber zwei Techniken, die Abhilfe schaffen: Kontrastverstärkung und Skalierung bzw. Vergrößerung des Bildinhaltes.

Kontrastverstärkung und Skalierung

Darauf basiert das von den JKU-Wissenschaftlern entwickelte Videosystem. Es erkennt in Echtzeit automatisch Gesichter und trennt die Gesichts- von den Hintergrundbereichen. Auf die unterschiedlichen Bereiche werden dann Filter angewendet, die den Kontrast verstärken. Im Anschluß werden die Gesichter so aufskaliert, also vergrößert, dass Menschen mit AMD diese besser erkennen können. Das System nimmt darauf Rücksicht, wie groß ein Gesicht sein und wie lange man es sehen muß, um es erkennen können.

Nutzerstudie mit positiven Ergebnissen

Gemeinsam mit der MedUni Wien haben die JKU-Forscher bereits eine erste Nutzerstudie durchgeführt. Die Versuchspersonen haben das System sehr gut angenommen.

Ab wann es der Endverbraucher nutzen kann, läßt sich aber noch nicht sagen. Die technischen Voraussetzungen für die Marktreife sind schon gegeben. Weitere Informationen zu diesem Verfahren finden Sie unter: http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=qmeI70J3wPe
Bitte draufklicken – der Link funktioniert!

Wettbewerb Bildungscampus aspern Seestadt Teil 1 abgeschlossen

Gewinner: ZT Arquitectos Lda, Arch. Thomas Zinterl – rund 23 Millionen Euro Investitionen

Der EU-weite, offene, einstufige Realisierungswettbewerb für die Errichtung des Bildungscampus Wien 22., aspern Die Seestadt Wiens, Baufeld D18, Teilgebiet 1 ist abgeschlossen. „Aus insgesamt 74 internationalen Einreichungen ging Thomas Zinterl mit ZT Arquitectos Lda aus Lissabon als Gewinner hervor“, so Hans-Peter Weiss, Geschäftsführer der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG).

Für das Teilgebiet 1 des Bildungscampus aspern Seestadt waren Bildungseinrichtungen der Stadt Wien für rund 770 Kinder zu planen: ein Kindergarten für 11 Gruppen, eine Ganztagsvolksschule mit 17 Klassen sowie ein Sonderpädagogisches Zentrum mit acht Klassen.

„In ganz Wien steigt derzeit die Nachfrage nach Campus-Standorten und ganztägiger Betreuung“, betont Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch. „Deshalb ist der Bildungscampus aspern Seestadt auch ein wichtiger Teil der Schulbauoffensive der Stadt. Die Verbindung von Kindergarten und Schule bietet optimale Lernbedingungen.“

Das Projekt des Gewinners sieht unter anderem vor, die Unterrichtsräume in den Obergeschoßen jeweils mit südseitigen, grossen Terrassen auszustatten. Das Untergeschoß beherbergt im Westtrakt die Turnsäle und nach Osten hin den Bereich des Kindergartens, der unmittelbar an den Garten grenzt.

Die Jury unter dem Vorsitz von Walter Stelzhammer begründet ihre Entscheidung: „Das Projekt überzeugte das Preisgericht mit einem typologischen Ansatz, der mit einer klaren Kante zum Stadtteilpark und einer kammartigen, terrassierten Struktur nach Süden hin den städtebaulichen Prämissen entspricht, die an diesem Ort zu berücksichtigen sind. Das Projekt entspricht auch in besonderer Weise dem Wiener Campusmodell, das auf eine enge Verflechtung der einzelnen Bildungseinrichtungen ausgerichtet ist. Das Preisgericht bewertet die kompakte Anordnung aller Funktionsbereiche positiv, da den Verfassern damit nicht nur eine übersichtliche und durchlässige Struktur der Grundrisse gelingt, sondern auch insgesamt wenig Kubatur generiert wird.“

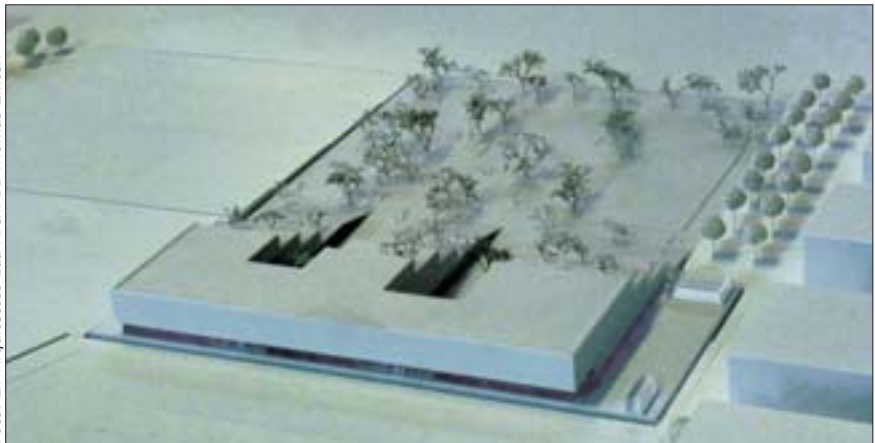


Foto: ZT Arquitectos Lda Arch. DI Thomas Zinterl

Modell, Bildungscampus aspern Seestadt

Die Investitionen betragen rund 23 Millionen Euro. Bauherr und Eigentümer der Schule ist die BIG, Mieter die Stadt Wien. Die Nutzflächen umfassen rund 8200 m², die Außenanlagen insgesamt rund 6600 m².

Nach Beauftragung des Architekten beginnt die 18 Monate dauernde Planungsphase. Erst nach Vorliegen des finalen Projektes als Basis für die behördlichen Genehmigungen wird der Mietvertrag zwischen Stadt Wien und BIG verhandelt. Er ist die Grundlage für die Refinanzierung der BIG Investitionen und damit für den Baubeginn.

Über die BIG

Die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) ist Dienstleister für die Republik Österreich, deren Institutionen und ausgegliederten Gesellschaften. Kerngeschäft ist die Vermietung und Bewirtschaftung der Immobilien über deren gesamten Lebenszyklus. Mit einem Immobilienbestand von rund 7 Mio. m² Gebäudenutzfläche ist die BIG einer der bedeutendsten Immobilieneigentümer Österreichs. Die größten Mieter sind das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, die Österreichischen Universitäten, die Bundesministerien für Justiz, Finanzen und Inneres. Dementsprechend besteht das Portfolio aus über 300 Schulstandorten, 21 Universitäten und büroartigen Gebäuden wie Finanzämter, Gerichte und Justizanstalten oder Polizeidienststellen. Auftrag der BIG ist es, marktwirtschaftlich zu agieren, Kosten und Ab-

läufe der Immobilienbewirtschaftung zu optimieren und mit Mietmodellen bei Nutzern das Bewußtsein zu stärken, daß Raum Geld kostet. Aufgrund der Mieterstruktur und der spezifischen, langfristig ausgelegten Nutzung der Immobilien der BIG ist das Kerngeschäft der Vermietung über die Jahre stabil, was sich im ausgezeichneten Aaa-Rating der BIG niederschlägt. Bei ihren Bauvorhaben legt die BIG, in Abstimmung mit ihren Auftraggebern, Wert auf einen nachhaltigen Ansatz, getragen von hoher Gebäudefunktionalität, baulich-architektonischer Qualität, Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit.

Über aspern Die Seestadt Wiens

In den nächsten 20 Jahren entsteht im 22. Wiener Gemeindebezirk aspern Die Seestadt Wiens, eines der größten Stadtentwicklungsprojekte Europas (siehe unseren Bericht auf der Seite XX). Dieser neue Stadtteil hat beeindruckende Dimensionen: Auf einer Fläche, die so groß ist wie der 7. und der 8. Wiener Gemeindebezirk gemeinsam, wächst ein Stadtteil für 20.000 BewohnerInnen mit 20.000 Arbeitsplätzen. Nach zahlreichen Vorarbeiten – vom Masterplan über die Markenentwicklung bis hin zum Abschluß der UVP für die Entwicklung des südwestlichen Teils der Seestadt – laufen nun mit der Verlängerung der U-Bahnlinie U2, dem Bau des aspern IQ der Wirtschaftsagentur Wien und der technischen Infrastruktur die ersten Bauarbeiten in aspern. ■

Wiener Festwochen 2012

Die Wiener Festwochen 2012 unter der Leitung von Intendant Luc Bondy mit Schauspielregisseurin Stefanie Carp und Musikdirektor Stéphane Lissner zeigen von 11. Mai bis 17. Juni 36 Produktionen aus 24 Ländern.



Foto: Mike Ranz

Die glanzvolle Eröffnung der Wiener Festwochen auf dem Rathausplatz zieht jährlich Tausende BesucherInnen in ihren Bann.

Die Eröffnung der Wiener Festwochen 2012 steht im Zeichen des Finales der Eurovision Young Musicians Competition. Neben den sieben Finalisten des Wettbewerbs wirken mit: das ORF Radio-Symphonieorchester Wien unter Cornelius Meister, Mnozil Brass sowie Martin Grubinger & The Percussive Planet Ensemble. Multipercussionist Martin Grubinger wird auch den Abend moderieren.

Im Musikprogramm wird die Verdi-Trilogie der Wiener Festwochen mit der Neuinszenierung von „La Traviata“ fortgesetzt. Deborah Warner führt Regie. Es dirigiert Omer Meir Wellber. Im zeitgenössischen Zyklus des Musikprogramms, von 2011 bis 2013 parallel zum Verdi-Zyklus programmiert, zeigen die Wiener Festwochen Quartett, das neue Werk des italienischen Komponisten Luca Francesconi in der Mailänder Uraufführungsszenierung von Alex Ollé von „La Fura dels Baus“, dirigiert



Foto: FBroede

Multipercussionist Martin Grubinger

von Peter Rundel. Im Rahmen des Musikprogramms findet 2012 bereits zum siebten Mal die Reihe Into the City statt. Mit insgesamt fünf Projekten macht sie sich wieder auf den Weg zu den Bewohnern der Stadt. Gestartet wird mit einem Open Air-Konzert Urban Sounds of Turkey im Herzen Favoritens.

Hier, im 10. Wiener Bezirk, eröffnet Into the City auch zum ersten Mal eine Festivalzentrale und arbeitet mit Bewohnern der Quellenstraße an einem Webprojekt: Post it! Der Berliner Philosoph und Regisseur Lukas Matthaei untersucht in „Paradis Artificiels“ das „süchtige“ Wien. Bei Gran Lux Film Labors drehen Kinokollektive mit Bewohnern Kurzfilme und die Gran Lux Filmnacht bringt mit Filmemachern, Performancekünstlern und Sound-Artists das Wien Museum zum Leuchten. Alle Projekte sind Auftragsarbeiten und alle Into the City-Veranstaltungen sind bei freiem Eintritt.

Kultur

Foto: Christian Schnur



Stephanie Carp
Festwochen-Schauspieldirektorin

Foto: Brigitte Lacombe



Luc Bondy
Festwochen-Intendant

Foto: Elisabeth Carecchio



Stéphane Lissner
Festwochen-Musikdirektor

Im Schauspielprogramm finden zehn Uraufführungen statt. Festwochen-Intendant Luc Bondy inszeniert als Koproduktion Wiener Festwochen und Burgtheater die Uraufführung von Peter Handkes neuem Stück „Die schönen Tage von Aranjuez“, ein Zweipersonenstück, benannt nach einem Zitat aus Schillers „Don Carlos“. Der österreichische Filmregisseur Ulrich Seidl wird „Böse Buben“ mit Texten aus „David Foster Wallace Kurze Interviews mit fiesen Männern“ und eigenen Texten zur Uraufführung bringen. Barbara-David Brüesch inszeniert das neue, vom Schauspielhaus Wien in Auftrag gegebene Stück Makulatur von Paulus Hochgatterer. Bei den Wiener Festwochen uraufgeführt wird das neue Tanztheaterstück Open For Everything, eine Arbeit über Roma der in Berlin ansässigen argentinischen Künstlerin Constanza Macras, und Melancolía y manifestaciones von Lola Arias aus Buenos Aires. Der ungarische Film- und Theaterregisseur Kornél Mundruczó bringt in einer eigenen Adaption den Roman Schande (Szégyen) des Nobelpreisträgers J. M. Coetzee zur Uraufführung. Für „Up to Nature“, ein Projekt mit mehreren Auftragsarbeiten von brut Wien, entwickeln junge europäische Künstlerinnen und Künstler Performances, Happenings, Installationen und Workshops im Wienerwald.

Drei Uraufführungen finden im Rahmen von forum festwochen ff statt.

Im Schauspielprogramm wird es eine Neuinszenierung von Ödön von Horváths

„Glaube Liebe Hoffnung“ geben: Christoph Marthaler führt Regie im Bühnenbild von Anna Viebrock.

„Groß und klein (Big and Small)“ von Botho Strauß in der englischen Neuübersetzung von Martin Crimp, mit Cate Blanchett in der Hauptrolle, inszeniert vom australischen Regisseur Benedict Andrews, wird als internationale Koproduktion der Sydney Theatre Company mit den Wiener Festwochen in Wien zu sehen sein. In „Ganesh Versus the Third Reich“ von Bruce

Gladwin und dem Back to Back Theatre aus Melbourne reist der Hindugott Ganesh nach Nazideutschland, um die Swastika von Hitler zurückzuholen. Das Gastspiel bei den Wiener Festwochen ist eine Europa-Premiere.

Die Künstler Wen Hui und Wu Wenguang des Living Dance Studio aus Peking zeigen eine einstündige und eine achtstündige Version von „Memory“, der meditativen Rekonstruktion der Kindheit der Tänzerin und Choreografin Wen Hui während Mao

Foto: Thomas Ramstorfer



Das ORF Radio-Symphonieorchester Wien

Kultur

Zedongs Kulturrevolution. Als Europa-Premiere ist ihre fünfstündige Gemeinschaftsarbeit „Memory 2: Hunger über die Große Hungersnot in China (1959- 1961)“ zu sehen.

Im Schauspielprogramm werden mehrere Arbeiten aus Lateinamerika gezeigt. Die lateinamerikanischen Künstlerinnen und Künstler thematisieren die Diktaturen und den Widerstand der Generation ihrer Eltern. Neben Lola Arias „Melancolía y manifestaciones“, Uraufführung Wiener Festwochen, sind weitere Vertreter dieser neuen Generation lateinamerikanischen Autoentheaters Guillermo Calderón aus Santiago de Chile (Villa + Discurso), die Künstler des Kollektivs Lagartijas tiradas al sol aus Mexico City (El rumor del incendio) und aus Bogotá Jorge Hugo Marín mit seiner Gruppe La maldita vanidad (Sobre algunos asuntos de familia).

Ariane Mnouchkine und das Théâtre du Soleil gastieren bei den Wiener Festwochen mit „Les Naufragés du Fol Espoir (Aurores)“, einer atemberaubenden Abenteuergeschichte am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Simon Stephens schrieb mit „Three Kingdoms“ ein Kriminalstück für Darsteller aus London, München und Tallinn. Als Festwochen-Gastspiel zu sehen ist die Uraufführungsinzenierung von Sebastian Nübling. Die Wiener Festwochen haben „The Master and Margarita“ von Simon McBurney und seinem Theater Complicite koproduziert. McBurneys neueste Bühnenarbeit nach dem Roman von Michail Bulgakow ist eine Bearbeitung dieser zeitlosen Satire aus der Sowjetzeit.

In „Krizis – trilógia, III: A papnó“ („Krise – Trilogie, III: Die Priesterin“) mit 15 Jugendlichen aus Transsilvanien und drei Schauspielern erkundet der ungarische Theaterregisseur Árpád Schilling, wie junge Menschen von heute mit verkrusteten Ideologien und Institutionen zu kämpfen haben. Die aktuellen Proteste in Athen dokumentiert Rimini Protokoll in der Performance „Prometheus in Athen“. Mit ihrer fünfstündigen Arbeit „La casa de la fuerza“ wurde Angélica Liddell zu den Wiener Festwochen eingeladen. Die spanische Künstlerin, eine Virtuosa des Schmerzes, kreierte Performances, die den eigenen Körper ausliefern und mit der Poesie der Grausamkeit arbeiten.

Mit „Conte d'Amour“, einer Gemeinschaftsarbeit der beiden skandinavischen Theatergruppen Institutet (Malmö) und Nya Rampen (Helsinki) mit dem schwedischen Video- und Performancekünstler Markus Öhrn, basierend auf dem Inzestfall Josef



Foto: Lorena Fernandez

»Melancolía y manifestaciones« von Lola Arias



Foto: Charles-Henri Bradler

»Les Naufragés du Fol Espoir« (Aurores) von Ariane Mnouchkine



Foto: Julio Calvo

»La casa de la fuerza« von Angélica Liddell

Fritzl, kommt die beim Off-Theaterfestival Impulse 2011 als beste Produktion ausgezeichnete Inszenierung zu den Wiener Festwochen.

Im forum festwochen ff zum Thema Integration wurden neben drei internationalen Positionen auch drei Wiener Künstler und Gruppen mit aufgefordert, eigene Erfahrungen künstlerisch zur Diskussion und in den Stadtraum zu stellen: In „Gastarbeiteroper revisited“ rekapituliert Alexander Nikolic eine serbokroatische Gastarbeiteroper aus den 1970ern, Oleg Soulimenko stellt mit „Made in Austria“ erfolgreiche Einwanderer im Donauturm vor, und das Wiener Kollektiv God’s Entertainment dreht den Spieß um und fordert: „Österreicher integriert euch!“ Alle drei Arbeiten kommen bei den Wiener Festwochen zur Uraufführung.

Der Ausgangspunkt von „Seen at Secun-drabagh“ der indischen Theaterregisseurin Zuleikha Chaudhari ist eine im Jahr 1858 nach dem Sepoy-Aufstand aufgenommene Kriegsphotografie von Felice Beato. Die Lecture-Performance entstand in Zusammenarbeit mit dem Raqs Media Collective, das in Indien zu den innovativsten Gruppen bildender Künstler zählt. Die Installation „Ionisation des Raqs Media Collective“ wird im Foyer der Halle E+G im MuseumsQuartier zu sehen sein. Das kraftvolle, zornige Stück „Le Socle des Vertiges“ des kongolesischen Theaterkünstlers Dieudonné Niangouna spiegelt die Geschichte seines durch französische Kolonialherrschaft und Bürgerkrieg zerrütteten Landes. In der Produktion Echte und andere Piraten für Zuschauer von 9 bis 14 Jahren untersucht die Gruppe geheimagentur, was moderne echte Piraten mit jenen der Bücher und Filme gemeinsam haben.

**Wiener Festwochen
Lounge im Looshaus**

Die Wiener Festwochen Lounge im Looshaus startet 2012 in ihr drittes Jahr. Die ehemalige Schneiderei des Herrenmodalsalons Goldman & Salatsch, die durch die Unterstützung des Festwochen-Hauptsponsors Raiffeisenbank in Wien und der Hauptbücherei Wien wieder in eine Lounge verwandelt wird, steht von Montag bis Samstag, von 11 bis 20 Uhr zur Verfügung.

Looshaus
Michaelerplatz 3, 1010 Wien
Telefon ++43 / (0)1 / 589 22 22
A1 Freeline 0800 664 020
<http://www.festwochen.at>
<http://www.raiffeisenbank.at/festwochen>



Foto: Andrej Filev

»Gastarbeiteroper revisited«



Foto: God's Entertainment

»Österreicher integriert euch!«



Foto: Jean-Julien Kraemer

»Les Socle des Vertiges«

Klimt. Die Sammlung des Wien Museums

Das Wien Museum besitzt nicht nur die weltweit größte Klimt-Sammlung, sondern auch die vielfältigste – zu sehen von 16. Mai bis 16. September 2012.

Die Klimt-Sammlung des Wien Museums umfaßt alle Schaffensperioden und reicht von der Studienzeit und den ersten Großaufträgen in den 1880er-Jahren bis ins Jahr vor seinem Tod 1918. Unter den Gemälden sind mit „Pallas Athene“ und dem Portrait von Emilie Flöge zwei absolute Meisterwerke, dazu kommt das faszinierende Aquarell „Innenansicht des alten k. k. Hofburgtheaters“, ein Auftragswerk aus den Jahren 1887/88, das dem aufstrebenden Maler große öffentliche Anerkennung einbrachte. Vor allem aber befinden sich in der Sammlung rund 400 Zeichnungen, aber auch Raritäten, wie das unzensurierte Skandalplakat für die erste Ausstellung der Secession, Klimts Malkittel, kostbare Druckwerke, Vintage Prints von Porträtfotos, die Totenmaske des Malers sowie Egon Schieles Zeichnung von Klimt am Totenbett.

Zum 150. Geburtstag Gustav Klimts bietet sich die Gelegenheit, die Sammlung der Stadt Wien erstmals in einer Gesamtpräsentation zu sehen. Damit werden die vielen Facetten eines Künstlers am Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert spürbar. Speziell die Zeichnungen – Skizzen für zentrale Werke ebenso wie eigenständige erotische Blätter – ermöglichen eine faszinierende Innenschau von Klimts Entwicklung und Arbeitsweise: ein Künstler in Nahaufnahme.

Das Konzept der Ausstellung ist, angesichts der Fülle des Materials, radikal: Es handelt sich bewußt nicht um eine klassische Präsentation ausgewählter Meisterwerke, gezeigt wird „der ganze Klimt“ des Wien Museums. Die Gestaltung der Ausstellung durch BWM Architekten übersetzt den rigorosen kuratorischen Ansatz mittels Hängung der Bilder in mehreren Reihen in ein imposantes Gesamtbild der Sammlung. Zugleich sorgt eine subtile Akzentuierung auf die wichtigsten Werke, daß BesucherInnen ein Leitfaden durch das Werk Klimts zur Verfügung steht.

Die Ausstellung stellt in Videointerviews auch provokante Fragen zum heutigen Umgang mit Klimt, ob unkritische Verehrung oder hemmungslose Verkitschung: Wie viel



© Wien Museum

Das berühmte Gemälde »Pallas Athene« (1898) erwarb die Stadt Wien 1954 aus dem Kunsthandel. Öl auf Leinwand.

„Klimtisieren“ (Ludwig Hevesi) hält Wien auf Dauer aus? Wo ist die Grenze zwischen erfolgreichem City Branding „Wien um 1900“ und Klimt-Überdosis? Ist jede Bleistiftskizze ein Meisterwerk? Zu sehen sind außerdem Merchandising-Produkte zu Klimt, die in den vergangenen Jahren für die Sammlung angekauft wurden bzw. im Rahmen der vielbeachteten Facebook-Aktion „Worst of Klimt“ von Usern aus der ganzen Welt gepostet wurden. Im Atrium des Wien Museums wird die Ausstellung ergänzt durch eine Schau von Plakaten aus der Wienbibliothek zu Klimt-Ausstellungen im 20. Jahrhundert und zum Pseudo-Klimtstil in der Werbegrafik der 70er- und 80er-Jahre. Zur Ausstellung erscheint ein Bestandskatalog im Verlag Hatje Cantz (Deutsch und Englisch).

Geschichte der Sammlung

Die Klimt-Sammlung des Wien Museums geht auf verschiedenste Erwerbungen und Schenkungen in den vergangenen 120 Jahren zurück. Bereits 1893 kam eine Originalzeichnung zu einer Damenspende für den Ball der Stadt Wien als Schenkung in die Städtischen Sammlungen. Die ersten bedeutenden Zeichnungen, „Junius“, „Sculptur“ und „Tragödie“ (entstanden für das Vorlagenwerk „Allegorien. Neue Folge 1895-1900“) wurden 1901 angekauft. 1907 folgte das Aquarell „Zuschauerraum im alten Burgtheater“.

1921, als Wien eigenständiges Bundesland wurde, erhielten die Städtischen Sammlungen das Bildnis von Emilie Flöge aus dem Bestand des Niederösterreichischen Landes-

museums. 1928 wurden die Secessions-Plakate angekauft, in den Folgejahren weitere Zeichnungen. Franziska Klimt, die Witwe von Gustavs Bruder Georg, vermachte dem Museum 1944 insgesamt 273 Zeichnungen, womit der Bestand mit einem Schlag zum weltweit umfangreichsten wurde.

Unter der Direktion Franz Glücks wurden in den 1950er- und 1960er Jahren zahlreiche weitere Werke angekauft, so etwa 1951 aus Wiener Privatbesitz 33 Zeichnungen. Das berühmte Gemälde „Pallas Athene“ erwarb die Stadt Wien 1954 aus dem Kunsthandel. 1965 kam mit dem Porträt Marie Molls eine signierte Kreidezeichnung als Ankauf aus kanadischem Privatbesitz in die Sammlung – für lange Zeit der letzte Klimt-Neuzugang. Erst in den 1980er-Jahren gelangten noch zwei weitere Blätter – Studien für die Fakultätsbilder „Jurisprudenz“ und „Medizin“ – in die Sammlung des Wien Museums. Die Gemälde „Porträt Emilie Flöge“, „Pallas Athene“ und „Liebe“ sind zumeist in der Dauerausstellung des Wien Museums zu sehen. Bei den Arbeiten auf Papier ist ein permanentes Ausstellen aus konservatorischen Gründen nicht möglich. Die letzte Klimt-Ausstellung des Museums fand 1984 statt, seit den 1980er-Jahren waren Klimt-Objekte aus dem Wien Museum in vielen internationalen Ausstellungen zu „Wien um 1900“ zu sehen.

Rundgang durch die Ausstellung

Die Schau beginnt mit Aktzeichnungen und Kinderstudien, die Gustav Klimt während seiner Zeit an der Wiener Kunstgewerbeschule (1876-1881) anfertigte, wo er eine Ausbildung zum Zeichenlehrer absolvierte. In diese Zeit fallen auch Auftragsportraits nach Fotografien, mit denen der junge Künstler zum Familienunterhalt beitrug. Die erste größere Gruppe von Klimt-Objekten konnte das Wien Museum 1901 durch einen Ankauf vom Verlag Gerlach & Schenk erwerben. Dieser hatte 1882-1884 unter dem Titel „Allegorien und Embleme“ eine späthistoristische Mustersammlung für Kunsthandwerk, Illustration und Werbung publiziert, in der namhafte Künstler ihre Vorstellungen zeitgemäßer Allegorien präsentierten, unter ihnen auch Klimt. 1895 bis 1900 folgten „Allegorien. Neue Folge“. Die darin enthaltenen Zeichnungen „Junius“, „Sculptur“ und „Tragödie“ gehören, wie zu Beginn dieses Beitrags bereits erwähnt, zu den berühmtesten Zeichnungen Klimts.

Ein weiterer Abschnitt versammelt Arbeiten aus den Jahren 1883-1898, als Klimt mit seinem Bruder Ernst und dem Studienkollegen Franz Matsch unter dem Namen „Künstler-Compagnie“



Gustav Klimt, »Porträt Emilie Flöges« (1902), Öl auf Leinwand

© Wien Museum



© Wien Museum



© Wien Museum

oben: Gustav Klimt: »Liegende Frau in gemustertem Kleid«, 1911/12; Bleistift, roter und blauer Farbstift auf Papier

links: Gustav Klimt, »Sitzende Frau«, 1908/09; Bleistift, Kreide, aquarelliert auf Papier

einige lukrative Aufträge ausführen konnte, so etwa die Ausmalung der Stiegenaufgänge im Kunsthistorischen Museum und im Burgtheater – etliche Studienblätter dazu sind in der Sammlung des Wien Museums erhalten.

Der nächste Abschnitt versammelt die Arbeiten rund um das großformatige Aquarell „Innenansicht des alten k. k. Burgtheaters“. 1887 erhielten Klimt und Franz Matsch von der Stadt Wien den Auftrag, den Zuschauerraum des alten Hof-Burgtheaters am Michaelerplatz vor dessen Abbruch festzuhalten. Klimts Arbeit zeigt den Blick von der Bühne in den Zuschauerraum, mit über 100 Persönlichkeiten aus Kunst, Politik und Wissenschaft, Hochadel und Großbürgertum. In der Sammlung des Wien Museums befinden sich neben dem repräsentativen Suchbild der Wiener Gesellschaft 25 Zeichnungen sowie ein Skizzenbuch.

Ein Kapitel ist Klimts Arbeiten für die Secession gewidmet, seien es Entwürfe für das Gebäude der Secession, das Skandalplakat für die erste Ausstellung, das Ölgemälde „Pallas Athene“ (das programmatische Bild

der Secession schlechthin) sowie Skizzen für den Beethovenfries. Eine zentrale Rolle für den Werdegang Klimts nehmen seine allegorischen Darstellungen der Fakultäten Philosophie, Medizin und Jurisprudenz ein, die er von 1894/95 bis 1903 als Auftragswerke für die Decke des Festsaals der neuen Universität anfertigte und die von dieser schließlich abgelehnt wurden. Klimts Interpretation provozierte enorm: Das stark symbolistische Bild zur Philosophie versammelt einen im Weltall schwebenden Menschenstrom, eine Sphinx und einen Frauenkopf. Medizin zeigte nicht nur die Göttin der Gesundheit, Hygieia, sondern auch nackte Frauen, Männer, Kinder und Alte als Personifikationen von Schmerz, Tod und Vergehen. Zentrales Motiv der Jurisprudenz war ein alter Mann in den Fängen eines polypartigen Ungeheuers. Das Wien Museum besitzt 57 Studien zu diesen kompromißlosen Bildern.

Im nächsten Kapitel sind Figurenstudien zusammengefaßt, die Klimts beständige Suche nach der perfekten Form, aber auch seine kontinuierliche Auseinandersetzung mit bestimmten Themenkomplexen spiegeln. Ein weiterer Abschnitt konzentriert sich auf Porträts. Für das Frühwerk steht etwa das naturalistische „Porträt einer unbekanntenen Dame“, im wegweisenden Porträt Emilie Flöges (1902) hüllte Gustav Klimt erstmals einen Frauenkörper statt in ein konkretes Kleidungsstück in eine Ornamentfläche ein. Zu sehen sind weiters diverse Skizzen zu weiteren berühmten Frauenporträts (Sonja Knips, Paula und Amalie Zuckerkandl, Adele Bloch-Bauer, Mäda und Eugenia Primavesi u. a.) sowie serielle Entwürfe zu anonymen Porträts, die als Fingerübungen oder Momentaufnahmen einzustufen sind.

Aktstudien oder erotische Darstellungen aus allen Schaffensperioden

Rund ein Viertel der Zeichnungen Gustav Klimts aus der Sammlung des Museums sind Aktstudien oder erotische Darstellungen aus allen Schaffensperioden, die zu einem Großteil als Studien zu bekannten Gemälden (Tod und Leben, Wasserschlagen I & II, Leda etc.) identifizierbar sind. Themen sind hier unter anderem das Werden und Vergehen sowie die gleichgeschlechtliche Liebe zwischen Frauen. Einander umarmende Körper oder Liebespaare sind ein Motiv, das Gustav Klimt in seinem malerischen Œuvre über viele Jahre hinweg variierte. Die bekannteste Interpretation stellt sein berühmtestes Bild „Der Kuß“ (1907/08) dar, zu dem in der Sammlung des Wien Museums ebenso Ent-



Gustav Klimt, »Sculptur«, 1896, Bleistift, Kreide und Goldfarbe auf Papier



Totenmaske von Gustav Klimt, 1918, Moriz Schroth, Gips

wurfsskizzen zu finden sie wie zum Stoclet-Fries, der das Thema variierte.

Es gab in den vergangenen Jahren so gut wie keine Klimt-Ausstellung, in der nicht Leihgaben aus dem Wien Museum vertreten waren, so etwa in der Fondation Beyeler in Basel, in der National Gallery of Art, Washington D.C., im Städel Museum sowie in der Schirn Kunsthalle in Frankfurt/Main, in der Tate Liverpool sowie in zahlreichen japanischen Museen. Anlässlich des Jubiläumsjahres bietet die Ausstellung im Wien Museum die Gelegenheit, diesen bedeutenden Klimt-Bestand umfassend kennenzulernen. Kuratiert wird die Schau von Ursula Storch, Vizedirektorin und zuständige Kuratorin im Wien Museum. Zur Ausstellung erscheint ein Sammlungskatalog. ■

<http://www.wienmuseum.at>

Gesalbt – Geweiht – Gekrönt

Das Heeresgeschichtliche Museum Wien zeigt vom 12. April bis 19. August 2012 eine Sonderausstellung zu Kaiser Karl I. (1887-1922)



Foto: HGM

Das Bild oben zeigt das Kaiserpaar beim Verlassen einer Kirche während eines Frontbesuchs (Ort und Datum unbekannt). Das Bild unten, von C. Pietzner aus dem Jahr 1914, zeigt den Thronfolger Erzherzog Karl Franz Josef als Oberstleutnant.

Dem als älteren Sohn von Erzherzog Otto Franz Joseph (1865-1906), Bruder des späteren Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este (1863-1914), und dessen Ehefrau, Maria Josepha Luise (1867-1944), Prinzessin von Sachsen, am 17. August 1887 im Schloß Persenbeug an der Donau geborenen Erzherzog Carl Franz Joseph war sein künftiges Schicksal keineswegs unmittelbar mit in die Wiege gelegt worden. Er genoß daher zunächst noch eine recht unbeschwerte Kindheit, die primär durch eine sehr enge Bindung an die Mutter geprägt sein sollte.

Ab dem 7. Lebensjahr übernahm sein langjähriger Mentor, Georg Graf von Wallis, die Leitung der Erziehung des jungen Erzherzogs, die dadurch auch zunehmend einen militärischen Einschlag erhielt. Unüblich für ein Mitglied des Kaiserhauses, besuchte er von 1900 bis 1902 u.a. das Schot-



Foto: C. Pietzner, 1914

tengymnasium in Wien als Privatschüler, bevor er schließlich am 1. November 1903 durch seinen Großonkel, Kaiser Franz Joseph I., zum Leutnant im Ulanenregiment „Erzherzog Otto“ Nr. 1 ernannt werden sollte. Zwei Jahre später erfolgte seine Versetzung zum Savoyen-Dragonerregiment Nr. 7 mit Garnison in Kutterschitz bei Bilin in Böhmen. 1905 unterbrach er seine Militärdienstzeit für ein zweijähriges Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Prager Karl-Ferdinand-Universität, von wo aus er ab dem Sommer 1908 wieder zum Regiment einrückte.

Nach dem Tod seines Vaters 1906 hatte der Thronfolger Franz Ferdinand d'Este die Mitvormundschaft von Erzherzog Carl übernommen. Er fungierte auch als dessen Trauzeuge bei seiner Hochzeit mit Prinzessin Zita von Bourbon-Parma auf Schloß Schwarzau am Steinfeld am 21. Oktober 1911. Nach der

Ernennung zum Major beim Infanterieregiment Nr. 39 und der Geburt des ersten gemeinsamen Sohnes, Erzherzog Otto (1912-2011), verlegte die junge erzherzogliche Familie ihren Wohnsitz nach Wien, wo ihr das Schloß Hetzendorf zur Verfügung gestellt worden war.

In Folge des Attentates von Sarajewo rückte Erzherzog Carl im Juni 1914 unmittelbar in der Thronfolge nach, wobei er auf diese Funktion keineswegs vorbereitet und daher auch in die engsten Entscheidungsfindungen zu diesem Zeitpunkt kaum involviert wurde. Die Einweisung in die Regierungsgeschäfte erfolgte eher nur am Rande seiner militärischen Pflichten, die ihm nicht zuletzt auch aus dem unmittelbaren Ausbruch des Ersten Weltkrieges erwachsen. Im Auftrag des Kaisers unternahm er zahlreiche Frontbesuche und erhielt eine Vielzahl von Sondermissionen im Rahmen der militärischen Bündnisse. Auf politische Entscheidungen nahm er jedoch kaum Einfluß und erhielt hier auch keinerlei Mitsprache. Er lernte vielmehr an der Front selbst die Sinnlosigkeit und auch die Greuel des Krieges aus unmittelbarer Nähe kennen, wobei er sich – ab 1916 auch bereits als kommandierender General (XX. Armeekorps) – bei den Truppen dadurch besonderen Respekt verschaffte und ihm – ganz untypisch für seine Stellung – regelrechte Beliebtheit wiederfuhr. Ganz im Gegensatz zu der obersten Armeeführung, die dem jungen, vermeintlich unerfahrenen Thronfolger mit äußerster Skepsis und viel Argwohn gegenüberstand – allen voran dessen Generalstabchef Conrad von Hötzendorf.

Als am 21. November 1916 Kaiser Franz Joseph I. nach einer Regierungszeit von knapp 68 Jahren verstarb, übernahm Kaiser Karl I. den Thron. Dieser Thronwechsel mitten im Krieg war sicherlich keine leichte Aufgabe, drängten doch viele der – aufgrund der langen Kriegsdauer auch zunehmend verstärkten – Probleme der Donaumonarchie auf eine unmittelbare Lösung. Von Anfang an bekundete der Kaiser sehr deutlich seinen festen Willen zum Friedensschluß. Allein diese Friedensbemühungen suchte er – letztlich vergeblich – im Gleichklang mit den Verbündeten zu finden. Zu seinem bekanntesten Friedensversuch zählte sicherlich die sogenannte „Sixtus“-Affäre aus dem Frühjahr 1917, die jedoch ein Jahr später ein eher unrühmliches Nachspiel fand und wiederum zu einer unmittelbaren – außenpolitischen und militärischen – Abhängigkeit Österreich-Ungarns vom deutschen Bundesgenossen



Foto: unbekannter Fotograf

Erzherzog Karl (l.) mit Generaloberst Erzherzog Leopold Salvator



Foto: HGM

Letztes von Kaiser Karl I. genutztes Automobil – Gräf und Stift 40/45 HP mit dem Großportrait Kaiser Karl I. als Feldmarschall in Campagne-Uniform

fürte. Der Krieg ging indes an den Fronten in unverminderter Härte weiter.

Karl versuchte auch innenpolitisch noch durch zahlreiche Reformen eine Versöhnung der nationalen Gegensätze herbeizuführen. Den Vielvölkerstaat selbst betrachtete er als unteilbar und untrennbar („Indivisibiler ac inseparabiliter“). Doch bei all seinen Bemühungen scheiterte er auch hier unweigerlich an den bereits zunehmend offen zu Tage tretenden unterschiedlichen nationalen Bestrebungen seiner Völker bzw. an der ab dem Frühjahr 1918 von den Westmächten auch

klar als offizielles Kriegsziel deklarierten Schaffung unabhängiger Nationalstaaten. Karls letzter gewagter Versuch, zumindest die österreichische Reichshälfte in einen Bundesstaat von autonomen Nationalitäten-Einheiten umzuwandeln (Völkermanifest vom 16. Oktober 1918), beschleunigte diesen schon längst in Gang befindlichen Auflösungsprozeß der Donaumonarchie. Der Kaiser betrachtete seine 1916 übernommene Herrschaft primär jedoch als Gottesgnadentum, sah sich selbst durch den Willen Gottes hierzu legitimiert und fühlte sich aus diesem

Foto: HGM/HBF / FranzHartl



Bei der Ausstellungseröffnung (v.l.): Abg. zum Nationalrat und Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses, Peter Fichtenbauer, der Chef des Hauses Habsburg, Karl Habsburg-Lothringen, der emeritierte Erzbischof von Luxemburg und Präsident der »Kaiser Karl-Gebetsliga für den Völkerfrieden«, Exzellenz Fernand Franck, und der Direktor des HGM/MHI, M. Christian Ortner.

Selbstverständnis heraus auch weder absetzbar noch in einer anderen Weise an der Ausübung seiner Regentschaft beschränkbar.

Nur unter großem Druck unterzeichnete Kaiser Karl I. am 11. November 1918 – per Bleistift – ein Manifest, in dem er auf die Beteiligung an allen Regierungsgeschäften verzichtete, dankte damit jedoch nicht förmlich ab. Karl mußte daher mit seiner Familie am 23. März 1919 Österreich verlassen und begab sich unter britischem Militärschutz vom Schloß Eckartsau zunächst ins Schweizer Exil, von wo aus er noch zweimal den Versuch einer Restauration in Ungarn unternehmen sollte, die jedoch beide fehlschlugen.

Von den Entente-Mächten schließlich nach Madeira in die Verbannung geschickt, verstarb er auf der Atlantikinsel in Folge einer schweren Lungenentzündung am 1. April 1922 im Alter von 34 Jahren.

Knapp 80 Jahre später erfolgte am 3. Oktober 2004 am Petersplatz in Rom seine Seligsprechung durch Papst Johannes Paul II., womit ein mehrere Jahrzehnte dauernder Prozeß letztlich seinen Abschluß fand, der vor allem durch die Mitglieder der hierfür im Jahre ins Leben gerufenen Kaiser-Karl-Gebetsliga für den Völkerfrieden wesentlich verfolgt worden war und dabei insbesondere die Rolle Karls als Christ, der in all seinem Handeln Gottes Willen suchte, er-

kannte und danach zu handeln trachtete, hervorhob.

Kaiser Karl I., dem vor allem von seinen Zeitgenossen stets eine nicht immer klare innen- und außenpolitische Linie, bisweilen auch fehlende Entschlußkraft nachgesagt worden war, hatte sicherlich seinen Anteil am Niedergang der Monarchie, war aber zu keinem Zeitpunkt wirklich ausschlaggebender Moment. Vielmehr schien Karl oftmals als eine Person, die zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort tätig wurde. Viele Reformbestrebungen blieben ihm letztlich versagt bzw. konnten nicht mehr rechtzeitig in seinem Sinne realisiert werden. Eindeutig positiv ist sicherlich die unter seiner Regentschaft erlassene Sozialgesetzgebung zu beurteilen, um die letztlich wiederum aus dem Krieg erwachsene Not und das Elend der Bevölkerung zu mildern, einem Krieg, den er selbst zwar zeitlebens zu beenden suchte, dem er jedoch tatsächlich letztlich kein jähes Ende setzen konnte.

Die Eröffnung

Am 12. April 2012 konnte anlässlich eines Empfanges die Sonderausstellung „Kaiser Karl I. Gesalbt, Geweiht, Gekrönt“ im Heeresgeschichtlichen Museum/Militärhistorischen Institut (HGM/MHI) offiziell eröffnet werden. Als besonderen Ehrengast konnte

M. Christian Ortner, der Direktor des HGM/MHI, den Chef des Hauses Habsburg, Karl Habsburg-Lothringen, begrüßen, der auch die Eröffnung der Ausstellung vornahm. Ebenfalls waren der Abgeordnete zum Nationalrat und Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses, Peter Fichtenbauer, und der emeritierte Erzbischof von Luxemburg und Präsident der „Kaiser Karl-Gebetsliga für den Völkerfrieden“, Exzellenz Fernand Franck, sowie viele weitere prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Ruhmeshalle des Heeresgeschichtlichen Museums erschienen.

Am darauffolgenden Tag fand ebendort ein Symposium statt, das den letzten Kaiser und König der Donaumonarchie und sein Wirken zum Thema hatte. Die Veranstaltung zog eine große Zahl von Experten an, welche die fundierten Vorträge mit großem Interesse verfolgten.

Die Ausstellung

Anlässlich seines 90. Todestages widmet das Heeresgeschichtliche Museum der Person des letzten Kaisers der Donaumonarchie eine kleinere Sonderausstellung, die versuchen soll, die verschiedenen Aspekte seines Lebens und Handelns zu thematisieren. ■

<http://www.hgm.or.at>

<http://www.emperor-charles.org>

Verbündet – Verfeindet – Verschwägert

Bayerisch-Oberösterreichische Landesausstellung 2012

Vom 27. April bis zum 4. November 2012 findet die erste gemeinsame Landesausstellung des Freistaats Bayern mit dem Land Oberösterreich statt. In Burghausen und im oberösterreichischen Mattighofen und Ranshofen wird die gemeinsame Geschichte Bayerns und Österreichs thematisiert. Das Haus der Bayerischen Geschichte zeigt auf der Burg in Burghausen die Geschichte der beiden Länder im Mittelalter. Die beiden oberösterreichischen Standorte führen diese Geschichte(n) bis ins 19. Jahrhundert fort.

Als Österreich noch bei Bayern war...

Der bayerische Teil der Landesausstellung 2012 beginnt im frühen Mittelalter: Sklavenhandel und christliche Mission, Ackerbau und Kaiserkrönung, Rittertum und Fernhandel prägten das Herzogtum Bayern, das vom Lech bis nach Wien reichte. Die gemeinsame Sprache Bairisch verband die Menschen ebenso wie das Leben an und vor allem mit der Donau, der bestimmenden Raumachse des Landes. Um das Jahr 1000 war Bayern das wichtigste Herzogtum mit der zentralen Aufgabe, ein friedliches Auskommen mit den Nachbarn Böhmen und Ungarn herzustellen.

Stauen und Mitmachen ...

Warum schenkte der bayerische Herzog Tassilo dem Kloster Kremsmünster einen kostbaren Kelch? Was ist in der „Geburtsurkunde“ Österreichs von 996 wirklich zu lesen? Hören Sie die Lieder des Burggrafen von Regensburg und spielen Sie auf der Zauberpfeife. Erleben Sie mit, wie die Nibelungen die Donau abwärts zogen. Bestaunen Sie die prachtvollen Kunstschatze aus den österreichischen Klöstern. Lassen Sie sich aufklären, warum zwei Könige in einem Bett schlafen wollten und warum sich Kaiser Nero mit dem österreichischen Erzherzogtum beschäftigte.

Ein Tag auf der Burg ...

In der Landesausstellung erfahren Sie von historischen Gemeinsamkeiten und alten Konflikten zwischen Bayern und Österreichern. Sie können dabei selbst Hand anlegen: Versuchen Sie im Tretradkran Gewichte



für den Burgenbau zu stemmen und steuern Sie den Hakenpflug für einen reichen Erntertrag! Die Burg zu Burghausen ist mit einer Ausdehnung von etwas über 1000 Metern Länge die längste Burg der Welt. Sie bildet den Rahmen für die Inszenierung einer spannenden Epoche in der gemeinsamen bayerisch-österreichischen Geschichte.

Veranstalter sind das Haus der Bayerischen Geschichte und die Stadt Burghausen in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen.

Feierliche Eröffnung

„Der bisherige große Erfolg der Landesausstellungen bestätigt: Die Menschen in Bayern interessieren sich sehr für die Geschichte ihres Landes, für ihre Heimat“, sagte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer bei der Eröffnung der Ausstellung. „In Bayern ist Geschichte lebendig und ein wesentlicher Teil unserer kulturellen Identität. Thema der Landesausstellung 2012 sind die gemeinsamen Wurzeln von Bayern und Österreich. „Verbündet – Verfeindet – Verschwägert“ – allein der Titel macht neugierig auf historische Hintergründe und „Schmankerl“ einer Beziehung zwischen zwei Ländern, die heute enger nicht sein könnte. Bayern und Österreich sind heute starke Partner in einem vereinten Europa. Mit dem Land Oberösterreich, das die Landesausstellung 2012 mit Exponaten in Brau-

nau-Ranshofen und Mattighofen fortsetzt und ergänzt, arbeitet Bayern intensiv zusammen nicht nur für ein Europa der Regionen, sondern auch in einem weltweiten Netzwerk der ‚Powerregionen‘. Als Standort für die gemeinsame Landesausstellung ist das Land an Inn und Salzach daher bestens geeignet. Ich wünsche den Besuchern der Landesausstellung viele interessante Einblicke in die bayerisch – österreichische Geschichte und danke allen, diesseits und jenseits von Inn und Salzach, die an ihrem Zustandekommen beteiligt waren.“

Bayern und Österreich – zwei Länder, viele Gemeinsamkeiten. „Es freut uns, daß wir offensichtlich nicht ganz ‚draußn‘ sind – wie der Österreicher das Ausland bezeichnet. Jedenfalls sind nur die Norddeutschen „Piefkes“ – wir Bayern dagegen nicht“, betont der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Wolfgang Heubisch und identifiziert die Vielfalt als wesentliches grenzübergreifendes Merkmal: „Regionale Identitäten wie in Franken und Schwaben gibt es genauso in Tirol oder Kärnten, doch gerade diese Eigenarten der Menschen sind es, die uns diesseits und jenseits der bayerisch-österreichischen Grenze so unverwechselbar und stark machen.“ ■

<http://www.landesausstellung.com>

Lesen Sie einen ausführlichen Bildbericht in der „Österreich Journal“-Ausgabe 108, die ab dem Abend des 1. Juni verfügbar sein wird.

Realität und Abstraktion 2

Konkrete und reduktive Tendenzen ab 1980 – Großausstellung im Museum Liaunig in Neuhaus/Suha von 1. Mai bis 28. Oktober 2012

Von Prof. Peter Baum^{*)}



Foto: Museum Liaunig

Das insgesamt sehr reduzierte Bauwerk orientiert sich stark am Gelände. Nur der lang gezogene Galerietrakt ist von außen sichtbar und bietet von seinen beiden Terrassen Ausblicke in die Landschaft, der Rest des Museums befindet sich unter der Erde.

Im Mai 2008 wurde das von den Wiener Architekten querkraft geplante, im Süden Kärntens nahe St. Paul und Lavamünd auf einem zur Drau abfallenden Hügel errichtete Museum Liaunig Neuhaus/Suha mit einem attraktiven Querschnitt durch die inzwischen 2800 Werke zählende Sammlung des österreichischen Industriellen eröffnet.

Die Attraktivität des stringent konzipierten, primär auf Tageslicht ausgerichteten, jeweils von Anfang Mai bis Ende Oktober geöffneten Museums mit einer Schaufläche von 3500 m², hat weit über Österreichs Grenzen hinaus für Aufsehen gesorgt und die primär auf Österreichs Kunst nach 1945/50 konzentrierte, mit internationalen Highlights ergänzte Sammlung bekanntgemacht.

Das Ziel des Sammlers Herbert Liaunig und seiner kunstinteressierten Familie, die in mehr als 40 Jahren aufgebaute, auf Malerei,

Plastik und unikat Papierarbeiten konzentrierte Kunstsammlung in wichtigen Arbeiten und wesentlichen Werkblöcken der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und damit das erstaunliche Potential österreichischer Gegenwartskunst zu verdeutlichen, findet heuer mit der Schau „Realität und Abstrak-

tion 2“ ihren vorläufigen Abschluß.

Begleitet von einem profunden, reich illustrierten Katalogbuch (Redaktion Silvie Aigner), der vierten Publikation dieser Reihe, zeigt der aktuelle Museumsquerschnitt nicht weniger als 200, zu einem beträchtlichen Teil der Konkreten Kunst, Geometrischen



Foto: Museum Liaunig

Der Eingangsbereich des Liaunig Museums mit einer Skulptur von Bruno Gironcoli

^{*)} Prof. Peter Baum ist Berater Liaunigs bei Errichtung und Ausrichtung des Museums und Kurator der Ausstellung.

Kultur

Abstraktion, dem Minimalismus und der monochromen Malerei zugehörige Werke.

Die gegenwärtige, zunehmend pluralistische gewordene und zum Teil unter Einbezug elektronischer Medien und vernetzter Datenverarbeitung agierende, zu Überschneidungen tendierende Entwicklung zeitgenössischer Kunst (Richard Kriesche, Helmut Mark, Melitta Moschik, Georg Salner), findet am Beispiel der diesjährigen großen Übersichtsschau auch in lettristischen Statements unterschiedlicher Absichten (Heinz Gappmayr, Wolfgang Ernst, Alighiero E. Boetti, Heimo Zobernig), Lichtinstallationen (Brigitte Kowanz), neuen, datengestützten „Porträts“ von Hermann Painitz und monochromer, strukturalistischer Malerei (Aubertin, Gasteiger, Stanzel, Klaus Staudt, Pierre Soulages und andere mehr) wesentliche Ergänzungen.

Dazu kommen bereits zu Klassikern gewordene Steinbildhauer wie Karl Prantl, Osamu Nakajima und Franz Xaver Ölzant, die in ihren reduktiven, grundlegend der Geometrischen Abstraktion und Konkreten Kunst zugewandten Tendenzen den vorhin genannten „Strukturalisten“ durchaus nahe stehen.

Helga Philipp, Mark Adrian sowie Joos + Joos werden mit Arbeiten ihrer späten Jahre gezeigt, Eva Schlegel mit Siebdrucken auf Blei und der in Frankreich lebende Klaus Pinter mit einer größeren pneumatischen Rauminstallation.

Wirklichkeitsbezogen auf Fläche und Raum und dabei ebenso humorvoll wie bildnerisch originell und „sophisticated“ reagieren Fritz Panzer, Werner Reiterer und Hans Schabus in außergewöhnlichen Arbeiten auf Alltag und Symptome von heute.

Dies trifft im Sinne einer Neuen Gegenständlichkeit auch auf Peter Kogler zu, bei letzterem in anregendem Wechselspiel zwischen ganz frühen, kleinen Gouachen aus 1983 und den computergenerierten, großen Lackbildern von 2010.

Internationale Neuerwerbungen aus jüngerer Zeit stammen u.a. von Tony Cragg und Imi Knoebel. Erst im Vorjahr entstanden und somit höchst aktuell sind die Arbeiten von Heinrich Dunst und Karl Hikade, die mit den ebenso beeindruckenden Großformaten von Robert Schabert, Hellmut Bruch, Eric Kressnig, Ferdinand Penker und Hans Grosch zu den nachhaltigen Exponaten einer großzügig arrangierten Ausstellung zählen, die in ihren Bemühungen um Dialoge und Kontraste voller Überraschungen ist.

<http://www.museumliaunig.at>



Ausstellungsansicht Manfred Wakolbinger, Ferdinand Penker, Peter Kogler



Ausstellungsansicht Edwin Wilfing, Heinrich Dunst, Franz Erhard Walther



Ausstellungsansicht Heinrich Dunst, Leo Zogmayr, Hermann Painitz

Fotos: Museum Liaunig

Stadt Wien erwirbt Nachlaß von Max Reinhardt

Wienbibliothek verfügt über weltweit bestes Archiv für Max Reinhardt-ForscherInnen

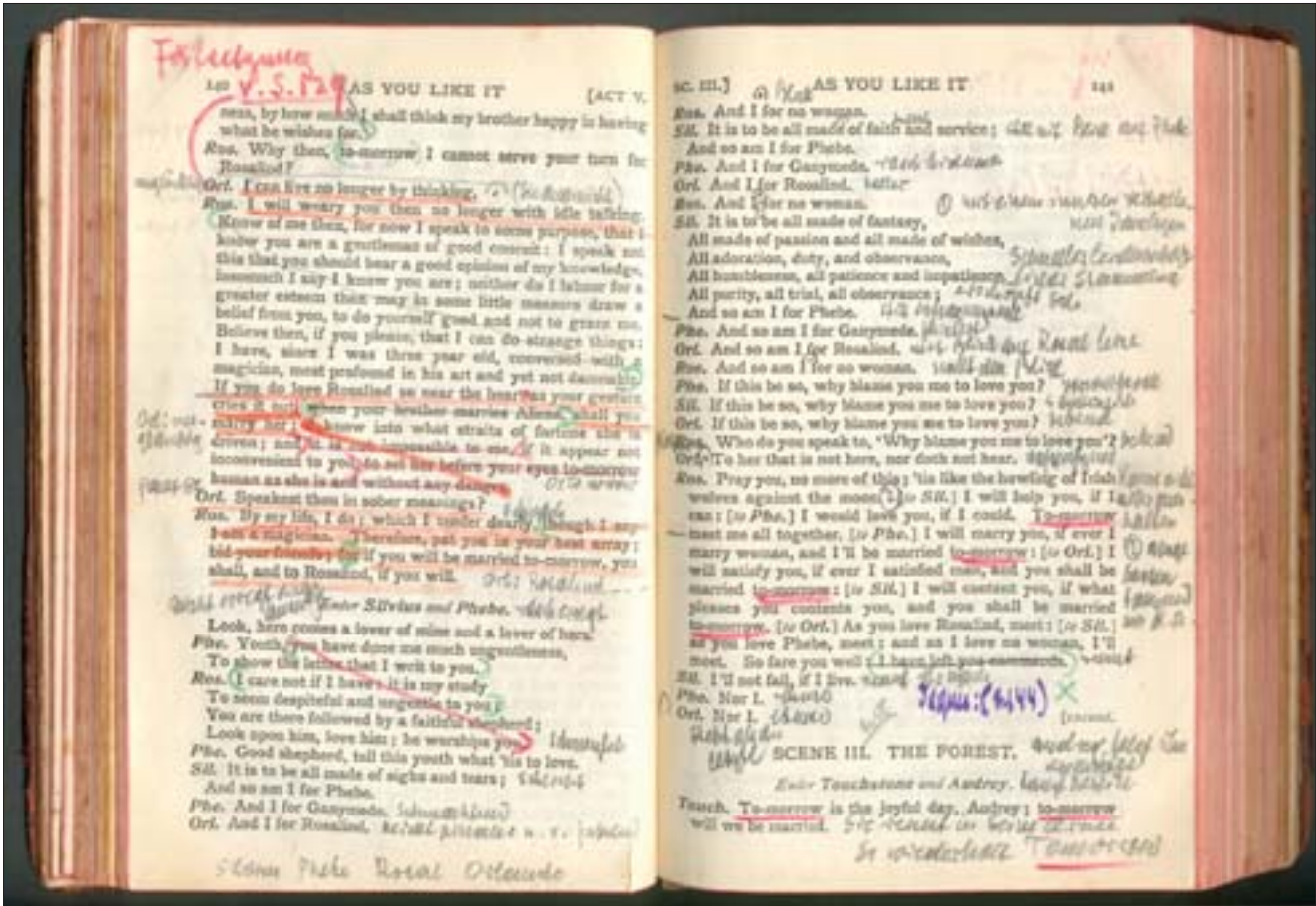


Foto: Wienbibliothek

Regiebuch, Reinhardts Shakespeare-Ausgabe, eigenhändig zum Regiebuch durchgearbeitet (1940), Nachlass M. R., HS, WB

Nach langjährigen Verhandlungen ist es der Wienbibliothek im Rathaus gelungen, einen bedeutenden Teil aus dem Nachlaß des berühmten Theatermachers Max Reinhardt zu erwerben. Der 5602 Dokumente umfassende Bestand aus der Sammlung Leonard M. Fiedler ist aufgrund seines enormen Umfangs und seiner ganz außergewöhnlichen Geschlossenheit der eindeutig wichtigste Sammlungsteil zu Max Reinhardt. „Die Stadt Wien verfügt damit über den weltweit größten Schatz an Reinhardt-Autographen und das definitiv beste Archiv zur Erforschung der Arbeitsweise des großen Regisseurs“, freut sich Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny. „Die Wienbibliothek im Rathaus ist nunmehr neben dem Archiv der University of Binghamton (USA) eine der zentralen Stellen für Max Reinhardt-ForscherInnen“, unterstrich Sylvia Mattl-Wurm,



Foto: Photo: E. Biebler, Hamburg / WBR, NL Reinhardt, ZPH 989, AB 12. 4.2.1.3.

Max Reinhardt, um 1910

Direktorin der Wienbibliothek. Der Ankauf in der Höhe von 750.000 Euro wurde am 12. April im Gemeinderatsausschuß für Kultur und Wissenschaft beschlossen.

„Max Reinhardt ist zweifellos der bedeutendste Theatermacher und -erneuerer des 20. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum, der mit seinem ‚Gesamtkunstwerk Theater‘ die Bühnenkunst von Grund auf revolutionierte. Er ist einer der großen Söhne dieser Stadt, dessen Name – ähnlich wie Sigmund Freud oder Adolf Loos – auch heute noch jene Strahlkraft wie zu seinen Lebzeiten besitzt“, so Mailath weiter. Die Wienbibliothek hat bereits 1998 einen Nachlaßteil aus der Sammlung Jürgen Stein erworben. „Es ist daher für die Stadt Wien geradezu eine Verpflichtung, auch diesen bedeutenden Nachlaßteil Max Reinhardts als kulturelles Erbe dieser Stadt vor einer Zersplitterung zu be-

wahren und zu sichern“, unterstrich der Kulturstadtrat. Der Bestand wird im Frühsommer 2012 von der Wienbibliothek übernommen und soll im Laufe des Jahres 2013 zur Benutzung zur Verfügung stehen.

Wichtigster Teilnachlaß aller bekannten Sammlungen

Im Gegensatz zu anderen Teilen der künstlerischen Hinterlassenschaft Max Reinhardts, die weltweit über etliche Institutionen zersplittert ist, blieb der erworbene Teilnachlaß stets in der Hand seiner engsten Vertrauten Gusti Adler (1890-1985), die gerne als Privatsekretärin bezeichnet wird, aber stets sehr viel mehr war als das. Augusta C. Adler, wie sie sich im US-Exil nannte, in das sie Max Reinhardt 1939 gemeinsam mit ihrer Mutter folgte, hatte zudem einen berühmten Onkel. Der Bruder ihres Vaters Heinrich war kein geringerer als Victor Adler, der überaus charismatische Begründer der österreichischen Sozialdemokratie.

Gusti Adler war eine rechte Hand mit archivalischem Blick. Bei ihr haben sich nicht nur über 100 Werkmanuskripte des Regisseurs und Impresarios erhalten, sondern auch rund 800 Briefe aus seiner Feder an namhafte Adressaten wie Ferdinand Bruckner, Maximilian Harden, Werner Krauss, Alexander Moissi, Felix Salten oder Richard Strauss. Ein außergewöhnlicher Schatz sind auch die 1150 Schreiben, die zahlreiche prominente Korrespondenzpartner wie Colette, Hugo von Hofmannsthal, Carl Lämmle, Otto Preminger oder Stefan Zweig an Reinhardt richteten.

Der Bestand umfaßt auch über 3000 Briefschaften, die Gusti Adler im Auftrag Reinhardts verfaßt oder empfangen hat, etwa von Hermann Bahr, Richard Beer-Hofmann, Gertrude Eysoldt, Anton Faistauer, Lion Feuchtwanger, Egon Friedell, Erich Wolfgang Korngold, Mechthilde von Lichnowsky, Carl Moll, Emil Orlik, Alfred Polgar, Bertha Zuckerkandl oder Carl Zuckmayer. Zu den unikalen Dokumenten, die Reinhardts Schaffen vielfach neu beleuchten, zählen auch die Originalverträge zum Theater in der Josefstadt, zahlreiche Fotos von Schloß Leopoldskron sowie den großen Salzburger Inszenierungen.

Neben vielen Porträtaufnahmen ragt ein Album mit Originalfotos von Reinhardts letztem Wohnsitz im kalifornischen Corona del Mar heraus. Reinhardts vielfältiges Netzwerk spiegelt sich auch in künstlerischen Zeugnissen fremder Hand wider, die sich in seinem Nachlaß erhalten haben, wie in einem Entwurf von Richard Neutra für ein nicht realisiertes Festspielhaus in Kalifornien,



Foto: Wienbibliothek

Entwürfe *Sommernachtstraum*, Kostümentwürfe von Max Rée zu »A Midsummer Night's Dream« (1934/35), Nachlass M. R., HS, WB

in eigenhändigen Skizzen von Alfred Roller oder in einem Drehbuch von Thornton Wilder. Ein absoluter Höhepunkt im Bestand ist das Screenplay zu einem der berühmtesten Filme, der je in der Traumfabrik Hollywood gedreht wurde: Reinhardts Verfilmung des „Sommernachtstraums“ von William Shakespeare.

Über die Wienbibliothek

Schon seit dem späten Mittelalter gab es eine Bibliothek der Stadt Wien, die jedoch im ausgehenden 18. Jahrhundert unter Joseph II. aufgelöst wurde. 1856 beschloß der Wiener Gemeinderat die Errichtung „einer wohl eingerichteten Communal-Bibliothek“. Heute zählt die Wienbibliothek zu den drei größten wissenschaftlichen Bibliotheken Wiens. Sie beschäftigte sich mit der Erforschung und Dokumentation der Geschichte

und Kultur Wiens. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfuhren die Sammlungen und Buchbestände durch den Erwerb zahlreicher Nachlässe und Vermächtnisse von Personen aus dem öffentlichen, künstlerischen und wissenschaftlichen Leben einen bedeutenden Zuwachs.

1905 wurden die Handschriften- sowie die Musiksammlung als Sondersammlungen installiert. 1923 kamen die Plakatsammlung und 1930 die Dokumentation hinzu. Die Druckschriftensammlung ist die weitaus älteste Teilsammlung, ihre Anfänge reichen bis ins 15. Jahrhundert.

Heute ist die Wienbibliothek mit drei ihrer fünf Sammlungen im Rathaus untergebracht. Die Musiksammlung und die Dokumentation befinden sich in unmittelbarer Nähe im Haus Bartensteingasse 9. ■

<http://www.wienbibliothek.at>

Gut behütet

Sonderausstellung im niederösterreichischen
Schloß Artstetten bis inklusive 1. November 2012



Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Schloß Artstetten: Mit der Dauerausstellung »Für Herz und Krone« wurden der Öffentlichkeit 20 Räume des ansonsten privat genutzten Schlosses zugänglich gemacht. Jeder Raum schildert das Schicksal von Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand.

Die Geschichte des Hutes“ läßt sich bis in die Antike zurückverfolgen – jedoch nur zu den männlichen Handwerkern bzw. freien Sklaven, Frauen-Hüte waren gänzlich unbekannt. Die ersten „Hut-Spuren“ Europas stammen aus dem 10. Jahrhundert, als man bei der Feldarbeit die bis heute bekannten Strohüte trug. „Gesellschaftsfähig“ für alle Stände und Ränge wurden Hüte erst im 12./13. Jahrhundert. Ab 1800 entstanden Herren-Modelle, die auch heute noch getragen werden, wie Zylinder oder Melone.

Die bislang meist nur „Hauben“-tragende Damenwelt entdeckte Ende des 19. Jahrhunderts dieses Accessoire: Je opulenter der Hut, desto höher stand die Dame in der Gesellschaft – was aber spätestens in den 1970er-Jahren in Vergessenheit geriet. Erst seit Anfang unseres neuen Jahrhunderts entdecken Mann und Frau wieder diese modische Kopfbedeckung!

Fungierte der Spazierstock ursprünglich als reiner Gehbehelf und Waffe, so avancier-



Foto: Schloss Artstetten BetriebsGmbH

Drei Goldhauben (v.l.): »Wachauer Haube« (1970), eine »Wiener Biedermeier-Haube« (um 1870) und eine »Linzer Haube« (1970)

Kultur

te er während des 17. Jahrhunderts zum Zeichen des sozialen Status, als die mit Juwelen verzierten „Accessoires“ in die Gesellschaft eingeführt wurden. Um 1900 war der Hauptzweck des Spazierstocks, die Erscheinung des Spaziergängers zu unterstreichen; dazu wurden Stock, Hut und Handschuhe passend zur Kleidung gewählt. Zu dieser Zeit begannen auch „erfinderische Geister“, dem Stock zusätzliche Funktionen angedeihen zu lassen.

In „Gut behütet“ sind zu sehen:

- Hüte von gestern, heute, morgen für Damen & Herren,
- militärische Kappen und Helme,
- Goldhauben aus der Wachau, Oberösterreich und dem Weinviertel,
- exotische Kopfbedeckungen aus aller Welt,
- eine kleine Modisten-Werkstatt,
- Spazier- und Funktionsstöcke aus fast allen Epochen der Neuzeit u.v.a.m.

»Tag es Huts« am 16. Juni 2012

Am 16. Juni feiert man in England alljährlich den „Nationalen Tag des Huts“. Und heuer feiern alle Hut tragenden Besucher von Schloß Artstetten mit! Denn: „Mit dem Hut in der Hand ... kommen Sie günstiger ins Museums-Land.“ (stark ermäßigter Eintritt!)

Man dankt den Leihgebern Christine Rohr (Modistin in Graz), Max Weber-Unger (Stöcke-Sammler aus NÖ), Andreas Danner (OÖ), Stadtgemeinde Retz/Museum Retz, Waltraud Steinböck (Herausgeberin von „Cercle Diplomatique“ für die Organisation der exotischen Kopfbedeckungen), Erich Steiner (NÖ), Roswitha Englisch (NÖ), Johann Jindra jun. (NÖ), Lisa Kuefstein (Schloß Greillenstein/NÖ), Francesca Gräfin Pilati (Barockschloß Riegersburg/NÖ) u.v.a.m.

Dauerausstellung »Für Herz und Krone«

Im neuen „Einstimmungsraum“ werden die BesucherInnen auf die facettenreiche Welt des politischen Denkers, Reformers, Sammlers aber vor allem auch Familienmenschens Erzherzog Franz Ferdinand vorbereitet. Das Rad der Zeit wird zurückgedreht – historische Ereignisse werden lebendig. Anhand von Fotos, Dokumenten, Gegenständen des persönlichen Lebens und Kunstobjekten, die Franz Ferdinand von seinen unzähligen Reisen mitbrachte, werden die verschiedenen Aspekte dieser vielseitigen Persönlichkeit – der Politiker und Offizier, der Ehemann und Familienvater, der Gutsherr und Jäger, der Kunstliebhaber und Sammler, der Reisende und Kosmopolit – vorgestellt.

<http://www.schloss-artstetten.at>



Zylinder von Freiherr Andreas von Morsey, persönlicher Mitarbeiter von Erzherzog Franz Ferdinand und Augenzeuge des Attentats am 28. Juni 1914 in Sarajevo



Drei Vertreter von insgesamt 42 »exotischen Kopfbedeckungen aus aller Welt«



Funktionsstöcke (von oben): Queue-Stock, Stock mit integriertem Zigarettenetui, Querflötenstock und Stock mit Giftmedaillon im Griff

Fotos: Schloss Artstetten BetriebsGmbH

Crisis? What Crisis?

There's No Business Like Show Business! – Unter diesem Motto gestaltet Mark Tompkins (FR/US) die Uraufführung seiner Revue »Opening Night« bei ImPulsTanz 2012 – von 12. Juli bis 2. August



Foto: erman Sorgeloos

Das Burgtheater erfüllen heuer u.a. auch die rastlosen Percussionrhythmen des Komponisten Steve Reich, zu denen die belgische Tanzkone Anne Teresa de Keersmaeker (BE) und ihre Compagnie Rosas ihr legendäres Werk *Drumming* entwickelten.

Aufwühlende Zeiten, in denen wir leben! Ist dies die richtige Zeit für Tanz? Und wie! Brechen wir auf in neue Tanzwelten: Zwei außergewöhnliche Programmschienen geben dem Programm von ImPulsTanz 2012 seine besondere Gestalt. Sie rücken die Tanzszene Österreichs in den Vordergrund und bieten der jungen Generation einen preisgekrönten Platz innerhalb des Festivals: Die Choreographic Platform Austria (CPA*) präsentiert Uraufführungen und Previews österreichischer Granden wie Chris Haring | liquid loft (AT), Anne Juren (AT/FR), Doris Uhlich (AT), Superamas (AT/FR/BE) oder Philipp Gehmacher (AT), bereitet aber auch der Newcomer-Generation aus Österreich eine Bühne. Ein eigens für die CPA* 2012 geschaffener, temporärer Österreich Pavillon bietet darüber hinaus einen interaktiven Ort der Arbeit, des Austauschs und der Aufführung. Als zweiter Programmschwerpunkt wird die seit Jahren etablierte [8:tension] Young Choreographers' Series 2012 erwei-



Foto: Christoph Lepka

Annie Dorsen & Anne Juren »Magical«

tert und eröffnet die Chance auf die mit 10.000 Euro dotierte europäische Auszeichnung für junge zeitgenössische Choreografie, den Prix Jardin d'Europe.

Neben diesen beiden besonderen Schwerpunkten gibt sich im ImPulsTanz Hauptprogramm die weite Welt des zeitgenössischen Tanzes wieder ein Stelldichein. Bei dem großen Gala-Abend im Wiener Burgtheater etwa: Hier widmet sich ImPulsTanz ganz dem zeitgenössischen Ballett. Gestaltet wird der Abend von dem Direktor des Wiener Staatsballetts Manuel Legris (AT/FR). Er arbeitet mit den Tanzstars mehrerer internationaler Ensembles zusammen und wird zugleich auch gemeinsam mit Aurélie Dupont (FR), Startänzerin des Ballet de l'Opéra national de Paris, in einem Duett von Jir(í Kylián (NL) selbst auf der Bühne zu sehen sein. Einem frühen Werk seines Schaffens widmet sich der belgische Provokateur Jan Fabre (BE), der u.a. die Neuinszenierung des vielstündigen Theaterklassikers *The Power*

Kultur

of Theatrical Madness ebenfalls im Burgtheater uraufführt. Das Burgtheater erfüllen heuer u.a. auch die rastlosen Percussionrhythmen des Komponisten Steve Reich, zu denen die belgische Tanzikone Anne Teresa de Keersmaeker (BE) und ihre Compagnie Rosas ihr legendäres Werk *Drumming* entwickelten. Das Stück feierte 1998 bei ImPulsTanz in Wien seine Uraufführung und kehrt nun als *Drumming Live* hierher zurück, live begleitet vom ICTUS Ensemble (BE).

Grausam schön ertönt mit Francis Bacon ein getanzter Schrei auf der Bühne und erweckt die faszinierend-düstere Bilderwelt des Künstlers zum Leben. Der Performanceklassiker von Johann Kresnik (DE/AT) wird von der Compagnie des ImPulsTanz Mitbegründers und Direktors der Tanz-Biennale in Venedig Ismael Ivo (DE/BR) in einer Neubearbeitung präsentiert. Düstere Eleganz prägt auch das Werk *Koffi Kókôs* (FR), der zu Free Jazz Klängen *La Beauté du Diable*, die Schönheit des Teufels, beschwört, während der exzentrische Performer Ivo Dimchev (BG/BE) gemeinsam mit dem Musiker Emilian Gatsov (BG) zu einem improvisierten Concerto lädt.

Pianoklänge begleiten die kanadische Tanzlegende Benoît Lachambre und die charismatische Performerin Clara Furey (CA) im diesjährigen Eröffnungstück des Festivals *Chutes Incandescentes*, einem leidenschaftlichen Solo für zwei Körper. In einem weiteren neuen Werk wird Lachambre allein die Bühne für sich einnehmen und seine Rollen wie eine Schlangenhaut wechseln: *Sein Snakeskins*, live begleitet vom New Yorker Musiker Hahn Rowe (US), beschließt das Performanceprogramm 2012.

Zeitgenössischen Tanz in seiner gesamten Vielfalt zum Mitmachen, das bieten in diesem Jahr einmal mehr über 200 ImPulsTanz Workshops und Research Projekte. AnfängerInnen und Profis jeden Alters können dabei u.a. Contemporary Tango bei Martin Maldonado & Martin Ghella (AT/AR) kennen lernen, das Repertoire der Erfolgs-Compagnie des Vorjahres Akram Khan bei Saju Harui (UK) erproben, oder erste Schritte im House Dance beim Superstar der Szene Marjory Smarth (US/HT) versuchen. Die Tanzgeheimnisse der Victoria's Secret Fashion Shows werden bei deren Choreografen Jermaine Browne (US) gelüftet, während Leech (AT/TR) die große Kunst des Parkour à la James Bond in „Casino Royale“ vermittelt!

<http://www.impulstanz.com>



The Loose Collective »Here Comes The Crook«



Jefta van Dinther »Grind«



An Kaler »Insignificant Others«

Internationale Top-Besetzung für »Elisabeth«

Von mehr als 1200 Bewerbern wurden die besten im Raimund Theater präsentiert – Premiere ist am 5. September 2012.



Foto: Toho Theatrical Division

Insgesamt kann sich »Elisabeth« in mittlerweile elf Ländern über eine Gesamtbesucherzahl von über 8,5 Millionen Menschen in über 6500 Vorstellungen freuen. In Japan, unser Bild zeigt die dortige Produktion. sind es über 3,2 Millionen Zuseher.

„Elisabeth“, das erfolgreichste deutschsprachige Musical aller Zeiten, kehrt 20 Jahre nach seiner Uraufführung nach Wien zurück und wird am 5. September 2012 im Raimund Theater seine Jubiläumspremiere erleben. Intendant Christian Struppeck präsentierte am 25.04. die acht Hauptdarsteller: „Auf die internationale Top-Besetzung können die Vereinigten Bühnen Wien stolz sein. Von über 1200 Bewerbern wurden die besten 39 auserwählt. Ich freue mich in der Besetzung sowohl einzigartige neue Talente als auch arrivierte Publikumsliebhaber willkommen zu heißen. Für viele erfüllt sich hiermit der Traum, Teil der Besetzung dieses Welt Erfolges am Uraufführungsort Wien zu sein.“

In der begehrten Titelrolle der „Elisabeth“ wird die bezaubernde Annemieke Van Dam, die sich gegen 50 andere Künstlerinnen behaupten konnte, erstmals in Wien zu sehen sein. An ihrer Seite der charismatische Mark Seibert als „Der Tod“, der neben anderen zahlreichen Musicalhauptrollen dem Wiener Publikum bereits aus der VBW-Produktion „Romeo & Julia“ als „Tybalt“ bekannt ist. Der junge Kurosch Abbasi ist „Luigi Lucheni“, der diese Rolle bereits er-

folgreich auf der Deutschland-Tournee spielte und das Publikum von sich überzeugen konnte. Als „Erzherzogin Sophie“ wird die aus Film- und Fernsehen bekannte Daniela Ziegler ihre Erfahrung als Schauspielerin und Musicaldarstellerin in diese Produktion einbringen. „Kaiser Franz Joseph“ wird vom Newcomer Franziskus Hartenstein verkörpert. „Erzherzog Rudolf“ wird vom jungen Schweden Anton Zetterholm dargestellt, der nach ersten Erfolgen in Deutschland nun auch in Österreich zu sehen sein wird. In den Rollen von Elisabeths Eltern „Herzogin Ludovika“ und „Herzog Max in Bayern“ werden mit Carin Filipic und Christian Peter Hauser erfahrene und dem Publikum bereits bestens bekannte Musicaldarsteller zu den VBW heimkehren.

Der Welterfolg des Erfolgsduos Michael Kunze und Sylvester Levay (Buch und Musik) wird wie auch schon bei der Uraufführung unter der Regie von niemand geringem als Harry Kupfer auf die Bühne gebracht. Die Choreographie stammt auch dieses Mal wieder vom Choreograph der Original-Produktion Dennis Callahan. Original-Bühnenbildner Hans Schavernoeh wird

ebenfalls wieder für das Bühnenbild verantwortlich zeichnen. Yan Tax, bekannt für seine edlen Kreationen, wird für die Premiere im September neue Kostüme entwerfen. Für das richtige Licht sorgt Lichtdesigner Hans Toelstede. Die Videoprojektionen werden von Thomas Reimer in Szene gesetzt. Für das Sounddesign zeichnet Thomas Strelb verantwortlich.

»Elisabeth« - eine Erfolgsgeschichte

„Elisabeth“ erzählt die dramatische und berührende Geschichte über das Leben, Wirken und Leiden von Kaiserin Elisabeth. Bewegende Musik, eindrucksvolle Choreographien und ein opulentes Bühnenbild verzaubern seit der Uraufführung das Publikum auf der ganzen Welt und lassen es immer wieder erneut in die vergangene Welt der Habsburger eintauchen.

Kaum jemand hätte sich 1992 gedacht, welchen unglaublichen weltweiten Erfolg die damalige Uraufführung dieser Produktion der Vereinigten Bühnen Wien auslösen würde.

Michael Kunze: „Seit 20 Jahren vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo in der

Kultur

Welt ‚Elisabeth‘ aufgeführt wird. Das ist nicht ohne Ironie. Wir wollten uns gar nicht am Weltmarkt der Musicals orientieren. Peter Weck und Harold Prince ermutigten mich damals, nach all den Musicalimporten aus England und New York etwas ganz Eigenes zu schaffen. Etwas speziell für Wien. Mir gefiel nicht einmal der Begriff ‚Musical‘ für das, was da entstand. Ich wollte die Geschichte der unglücklichen Kaiserin als zeitgemäßes, emotionales Musiktheater erzählen, ohne dabei zum Broadway zu schielen. Daß das dem Wiener Publikum gefiel, konnte ich allenfalls hoffen. An einen Welterfolg dachte ich wirklich nicht.“

Sylvester Levay: „Als ich vor 20 Jahren für das Musical ‚Elisabeth‘ Hollywood meinen Rücken kehrte, ahnte ich wahrlich nicht, was für einen Erfolg mir dieses Stück bringen würde. Es war auch ein Vorteil, daß ich dadurch unbefangen komponieren und mich auf die Geschichte und ihre Emotionen voll konzentrieren konnte. So ist auch Wien ein Teil meines Lebens und meiner Familie geworden. ‚Elisabeths‘ Wiederkehr freut mich unbeschreiblich.“

Von 1992 bis 1998 stand „Elisabeth“ in Wien durchgehend auf dem Spielplan, 1996 feierte die erste ausländische Aufführungsserie in Japan Premiere und legte somit den Grundstein zum weltweiten Erfolg. Es folgten Produktionen in neun weiteren Ländern wie Deutschland, Niederlande, Ungarn, Italien, Finnland, Schweden und Belgien, Schweiz und Korea. Der Musicalwelterfolg wurde dafür in sieben Sprachen (Deutsch, Finnisch, Niederländisch, Schwedisch, Ungarisch, Koreanisch, Japanisch) übersetzt und zur Aufführung gebracht.

Insgesamt kann sich die Show in mittlerweile elf Ländern über eine Gesamtbesucherzahl von über 8,5 Millionen Menschen in über 6500 Vorstellungen freuen. Allein in Wien zählte das Musical über das Leben von Kaiserin Elisabeth in mehr als 1750 Vorstellungen 1,8 Millionen Besucher. In Japan sind es über 3,2 Millionen Zuseher, in Deutschland bereits über 2 Millionen.

Inhalt

Elisabeths Leben begann als romantisches Märchen und endete mit einem tragischen Mord. Als junges Mädchen von strahlender Schönheit besteigt sie mit 16 den österreichischen Thron. Statt ihrer Schwester Helene, die dafür ausersehen war, wählt Kaiser Franz Joseph sie zur Frau. Ihrer Lebensfreude, Unbeschwertheit und Jugendlichkeit kann er nicht widerstehen. Doch schon bald nach der



Intendant Christian Struppeck mit den Hauptstellern



v.l.: »Elisabeth« Annemieke van Dam, »Der Tod« Mark Seibert und »Erzherzogin Sophie« Daniela Ziegler

feierlichen Hochzeit ziehen erste dunkle Schatten auf.

Am Wiener Hof herrschen strenge Regeln. Entbehrungen und Machtkämpfe machen der jungen Elisabeth das Leben zur Qual. Ihre strenge Schwiegermutter Erzherzogin Sophie wacht unerbittlich über sie und pocht auf die Einhaltung des starren Protokolls. Gefangen in höfischen Konventionen und einem Rollenbild, das ihr nicht entspricht, kämpft Elisabeth mit aller Kraft um ihre Freiheit und ihr persönliches Glück. Auch ihr Mann, seinen Pflichten unterworfen und der herrschsüchtigen Mutter ausgeliefert, kann ihr dabei nicht zur Seite stehen. Kaum noch hält es sie am Wiener Hof, ihre Zerrissenheit treibt sie von Ort zu Ort.

Rastlos reist sie durch Europa, für niemanden erreichbar, weder für ihren Sohn noch ihren Mann. Sie verliert sich in ihrer

eigenen Welt, stets begleitet von einer mysteriösen Macht – dem Tod.

Nach dem Selbstmord ihres Sohnes Rudolf erkennt Elisabeth ihr verfehltes Leben und sehnt nun selbst den Tod herbei. Sie zieht sich nach Korfu zurück, dichtet und schreibt Tagebuch, während in Wien Nationalismus und Völkerhaß mehr und mehr die Oberhand gewinnen. Kaiser Franz Joseph kann diese Kräfte nicht mehr steuern und steht auch seinem Nebenbuhler, dem allgewaltigen Tod, hilflos gegenüber.

Das Attentat des italienischen Anarchisten Luigi Lucheni am Ufer des Genfer Sees führt die „Liebenden“ zusammen. Elisabeths Kämpfen und Sehnen endet in einer leidenschaftlichen Umarmung mit dem Tod. Eine Epoche versinkt, eine neue Zeit beginnt. ■

<http://www.vbw.at>

Kultureller Frühsommer

Die UNESCO-Weltkulturerbestadt Salzburg steht ganz im Zeichen der Begegnung: Bei den Pfingstfestspielen treffen wir die ägyptische Königin Kleopatra, das Festival Aspekte lädt zur Begegnung mit großer Musik unserer Zeit.

Die Salzburger Pfingstfestspiele (25. bis 28. Mai 2012) stehen erstmals unter der musikalischen Leitung der italienischen Star-Mezzosopranistin Cecilia Bartoli. Auf dem Programm unter dem Titel „Cleopatra – Im Labyrinth von Eros und Macht“ stehen u.a. eine szenische Opernproduktion, eine Lesung und hochkarätig besetzte Konzerte mit Künstlern wie Anna Netrebko, Andreas Scholl, Vesselina Kasarova und Piotr Beczala. Einer der Höhepunkte ist die Neuzinszenierung der Oper „Giulio Cesare in Egitto“ von Georg Friedrich Händel mit Cecilia Bartoli und Andreas Scholl im Haus für Mozart.

<http://www.salzburgfestival.at>

Mit dem Königreich Kleopatras beschäftigt sich auch die Residenzgalerie Salzburg. Unter dem Titel „Faszination Ägypten“ werden von 4. Mai bis 1. Juli 2012 Aquarelle von Norbert Bittner (1786 - 1851) gezeigt. Der Biedermeiermaler Norbert Bittner, der als Zeichenlehrer unter anderem Franz Schubert unterrichtete, fand seine Anregungen in Folianten, Dokumentationen und Publikationen seiner Zeit. Seine farblich reizvollen Aquarelle vermitteln einen lebendigen Eindruck von der „Faszination Ägypten“.

<http://residenzgalerie.at/>

Das Festival Aspekte (9. bis 13. Mai 2012) widmet sich der internationalen Begegnung und der Präsentation von neuer Musik aus Salzburg und aller Welt. Die Musik von Anton Webern zieht sich als roter Faden konsequent durch das gesamte Festivalprogramm. Sie ist als Rückblick auf die Wurzeln der Neuen Musik Inspirationsquelle für die mit neuen Werken beauftragten Komponisten. Am Programm stehen 19 Uraufführungen und bedeutende Werke von Arnold Schönberg, Alban Berg, Erich Wolfgang Korngold, Friedrich Cerha und ein kreatives Spiel mit dem „Wienerischen“ von Georg Breinschmid im „Benjamin Schmid project part 2“.

<http://www.aspekte-salzburg.at/>

Das fünfte Literaturfest Salzburg bringt von 30. Mai bis 3. Juni 2012 die aufregend-

sten und überzeugendsten Sprachkünstler auf die Salzburger Lesebühnen. Es ist ein einmaliges Vergnügen, Autoren wie Alois Hotschnig, Barbara Frischmuth, Cees Nooteboom, Katja Lange-Müller, Michael Kohlmeier und Josef Bierbichler zuzuhören – Großteils bei freiem Eintritt. Die in Berlin lebende Salzburger Schriftstellerin Kathrin

Röggla wurde für die literarische Spurensuche ausgewählt: Ihre Textzitate sind an zahlreichen Schaufenstern in ganz Salzburg nachzulesen. Junge Leser können sich auf ein spannendes Programm rund um Tier- und Märchenwelten freuen. ■

<http://www.literaturfest-salzburg.at>

Allgemeines Infos: <http://www.salzburg.info>



Die UNESCO-Weltkulturerbestadt Salzburg hält eine Fülle an Kulturellem bereit.



Eines davon ist das »Mozart Dinner Concert« im Stiftskeller St. Peter.

Film

Filmfestival Crossing Europe

Am Abend des 28. April stand Crossing Europe Filmfestival Linz ganz im Zeichen der Preisverleihung der neunten Festivalausgabe.



Foto: crossingeurope

Nach der Preisverleihung kamen alle auf die Bühne. Im Bild links; Kulturministerin Claudia Schmied, die über die Bedeutung von Filmfestivals, europäische Herausforderungen und Chancen beim Film und Kooperationen mit Deutschland und der Schweiz.

Am 29. April ging die neunte Ausgabe von Crossing Europe Filmfestival Linz erfolgreich zu Ende. Und Festivalleiterin Christine Dollhofer hat durchwegs Positives zu vermelden: Einmal mehr konnte die BesucherInnenmarke des Vorjahres geknackt werden; somit positioniert sich das Festival noch stärker als impulsgebendes Zeitkulturevent in Linz und in Oberösterreich.

Strahlendes Wetter und ein strahlendes Gesicht der Festivalleiterin kennzeichneten das Bilanzgespräch zum neunten Crossing Europe-Jahrgang. Selbst hochsommerliche Temperaturen in der zweiten Hälfte der Festivalwoche konnten das Linzer Kinopublikum genauso wenig wie die annähernd 750 Fachgäste aus dem In- und Ausland davon abhalten, die Kinosäle zu stürmen. Seit der Eröffnung am 24. April bis zur Preisverleihung Abend des 28. April in Anwesenheit von Kulturministerin Claudia Schmied haben knapp 21.000 Festivalgäste sowie Film- und Musikbegeisterte die Filmvorstellungen, Ausstellungen, Talks und die Nightline des Festivals besucht. Dies bedeutet, daß Crossing Europe den erfolgreichsten Festivaljahr-

gang seit Bestehen verzeichnen kann. Die Zahlen im Vergleich: 2010: 17.000, 2011: 19.000 BesucherInnen.

Schmied: Festivals erfüllen weit mehr als das reine Projizieren von Filmen

Kulturministerin Claudia Schmied hob in ihre Ansprache am Abend der Preisverleihung die Bedeutung von Filmfestivals hervor: „Festivals erfüllen weit mehr als das reine Projizieren von Filmen: Sie erreichen neue Publikumsschichten, leisten oft ausgezeichnete Vermittlungsarbeit und bereichern den Ort und die Region in denen sie stattfinden maßgeblich.“

Zum österreichischen Film und der europäischen Dimension sagte die Ministerin weiter: „Der anhaltende Erfolg des österreichischen Films beweist nachdrücklich die Qualität des heimischen Filmschaffens. Wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welchen Herausforderungen FilmemacherInnen im europäischen Markt konfrontiert sind, wird deutlich, daß ein Film nicht nur qualitativ außerordentlich gut sein muß, sondern auch gezielt und überlegt am europäischen Markt

platziert werden muß, um bestehen zu können. Während Hollywood um die 700 Filme pro Jahr produziert, entstehen in Europa rund 1000 Filme. Daher ist es im Bereich der Förderpolitik wesentlich, sowohl die nationalen als auch die europäischen Mittel optimal zu nutzen. Dies ist uns in den vergangenen Jahren durch aktive Teilnahme an europäischen Fördersystemen und Ko-Produktionsabkommen mit unseren wichtigsten Partner-Ländern gelungen, so wurde beispielsweise im letzten Jahr ein trilaterales Filmabkommen mit Deutschland und der Schweiz abgeschlossen, die – sprachbedingt – unsere wichtigsten Ko-Produktionspartner darstellen. Aktuell entstehen vier Filme auf Basis dieses Abkommens.“

„Derzeit verhandeln wir ein ab 2014 geltendes EU Förderprogramm, Creative Europe, das unter anderem ein neues Finanzierungsinstrument vorsieht, das Bankenfinanzierungen für die Kreativwirtschaft erleichtern soll und damit den Kreativsektor mit seinem großen innovativen Potential zu einem wichtigen Player im gesamtwirtschaftlichen Gefüge machen kann. Eine

Film

Studie im Auftrag des BMUKK zeigt, daß Österreich in den vergangenen vier Jahren EU-Strukturförderungen in Höhe von 78,8 Mio. Euro für Kultur in Österreich im Rahmen der EU-Regionalpolitik lukrieren konnte. Jetzt ist es wichtig, daß wir uns dafür einsetzen, Kunst und Kultur auch in den künftigen EU Programmen gut zu verankern, um dem Kreativsektor und den Kunstschaffenden die Bedeutung zu verleihen, die sie für Österreich, für Europa haben. Dabei wäre von seiten der Bundesländer darauf zu achten, daß zum Beispiel Regionalkinos in den Förderprogrammen berücksichtigt werden“, so die Kulturministerin abschließend.

Das BMUKK fördert das Österreichische Filmschaffen mit insgesamt rund Euro 22,6 Mio jährlich. Dies umfaßt die Finanzierung des Österreichischen Film Instituts, des Innovativen Film und die Förderung zahlreicher weiterer Initiativen, Festivals, Preise und Vermittlungsmaßnahmen unterstützt. Details zu den einzelnen Förderprogrammen sind im jährlichen Kunstbericht des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur abrufbar.

Die Preisträger

Bei der im Ursulinenaal des OÖ Kulturquartiers abgehaltenen Preisverleihung ging der Crossing Europe Award European Competition (Preisgeld: 10.000 Euro) an „Z daleka widok jest piekny“ / „It looks pretty from a distance“ (PL 2011) von Wilhelm Sasnal & Anka Sasnal.

Heuer zum zweiten Mal verliehen wurde der New Vision Award powered by Silhouette (5.000 Euro), den Joao Canijo (PT) für „Sangue do meu sangue“ / „Blood of my blood“ (PT 2011) gewann.

In der Gunst des Publikums lag „Weekend“ (GB 2011) von Andrew Haigh voran, der mit dem Audience Award (1.000 Euro powered by Crossing Europe & 1 Hotelgutschein powered by Park Inn by Radisson Linz) bedacht wurde.

2012 vergaben zum ersten Mal zwei FEDEORA Jurys, bestehend aus je drei FilmkritikerInnen der FEDEORA KritikerInnenvereinigung (Federation of Film Critics of Europe and the Mediterranean, www.fedeora.eu) den FEDEORA Award an einen der ausgewählten Dokumentarfilme aus der Sektion Panorama Europa. Die beiden Jurys vergaben den Preis für die Kategorie Dokumentarfilme von RegisseurInnen unter 33 Jahre an „Ein Brief aus Deutschland“ / „A letter from Germany“ (DE 2011; R: Sebastian Mez) sowie eine Special Mention an



Kulturministerin Claudia Schmied (l.) mit dem Regieduo Anka und Wilhelm Sasnal



Kann mit dem Erfolg sehr zufrieden sein: Festivalleiterin Christine Dollhofer

„Hauptfriedhof“ / „Cemetery“ (DE 2011; R: Melanie Jilg) und den Preis für die Kategorie für Dokumentarfilme von RegisseurInnen über 33 Jahre an „Vol Special“ / „Special Flight“ (CH 2011; R: Fernand Melgar) sowie eine Special Mention an „Entrée du Personnel“ / „Staff Entrance“ (FR 2011; R: Manuela Frésil).

Der Crossing Europe Award Local Artist wurde erneut in einen Geld- und einen Sachpreis geteilt: Der von Land Oberösterreich/Kultur gestiftete und mit 4.000 Euro

dotierte Geldpreis ging an Katharina Gruzei für „Die Arbeiterinnen verlassen die Fabrik“ (AT 2012). Edith Stauber erhielt für „Nachbehandlung“ (AT 2012) den 2.000-Euro-Gutschein, gestiftet von Synchro Film, Video und Audio Bearbeitungs GmbH, Wien.

Die Gewinnerin des Crossing Europe Award Local Artist 2012 Atelierpreis powered by Atelierhaus Salzamt ist Susanna Flock für „Trying to build a sentence“ (AT 2011).

<http://www.crossingEurope.at>

Romy Schneider

Zum 30. Mal jährt sich im Mai 2012 der Todestag von Romy Schneider, die als deutscher Weltstar in die Filmgeschichte eingegangen ist. Die Bundeskunsthalle in Bonn widmet der Schauspielerin von 5. April bis 24. Juni 2012 eine Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kinemathek, Berlin, und Akouna, Paris.

Die Ausstellung präsentiert das umfangreiche Werk Romy Schneiders, das durch ein hohes Maß an Professionalität und ihren Aufstieg zu einem der größten Stars des französischen Kinos geprägt ist. Originalkostüme, bisher unbekannte Fotografien, Plakate, Dokumente, Filmausschnitte und persönliche Gegenstände aus dem Nachlaß der Schauspielerin dokumentieren nicht nur eine internationale Karriere, sondern drei Dekaden europäischer Filmgeschichte.

Romy Schneider, am 23. September 1938 als Tochter des Schauspielerpaars Wolf Albach-Retty und Magda Schneider geboren, war die Verkörperung eines unschuldigen Teenagers: frisch, munter, naiv und ein wenig kokett. Mit den in den Jahren 1955 bis 1957 entstandenen drei Sissi-Filmen des österreichischen Regisseurs Ernst Marischka wurde dieses Image Romy Schneiders etabliert und bis zum Ende der Dekade häufig gefordert. Die Sissi-Trilogie wurde in alle europäischen und einige außereuropäische Länder exportiert und zählt mit rund 25 Millionen Zuschauern bis heute zu den kommerziell erfolgreichsten deutschsprachigen Filmen aller Zeiten. Für das nationale und internationale Publikum verschmolz die Darstellerin mit ihrer Rolle. Schneider erhielt eine Vielzahl an Filmangeboten, das Etikett des „unschuldigen Teenagers“ konnte sie aber nicht ablegen.

Daß die Schauspielerin bereits am Ende der 50er-Jahre öffentlich wiederholt andere Ansprüche formulierte, wurde von Produzenten und ihrem Millionenpublikum überhört. Eine vierte Sissi-Folge war bereits geplant, aber Romy Schneider stand nicht mehr zur Verfügung, sondern ging 1958 nach Paris, um mit Alain Delon Christine zu drehen und – zur Empörung vieler Deutscher – auch eine private Beziehung einzugehen. 1962 sorgte Romy Schneider als sich prostituierende Ehefrau in dem von Luchino Visconti inszenierten Teil des Episoden-Films „Boccaccio '70“ für noch größere Entrüstung in der Heimat“, während sie international erstmals als ernsthafte Schauspielerin wahrgenommen wurde. Auf die französisch-deutsch-italienische Kafka-Adaption „Le



Foto: Deutsche Kinemathek - Museum für Film und Fernsehen, Berlin

Romy Schneider (r.) mit ihrer Mutter Magda und Mitte Januar 1958 in New York

Procès“ („Der Prozeß“, 1962) unter der Regie von Orson Welles folgten Engagements in England, den USA und wiederum in Frankreich, wo sie sich 1968 mit „La Piscine“ („Der Swimmingpool“), erneut als

Partnerin Alain Delons, endgültig auch als französische Schauspielerin durchsetzte.

Anfang der 70er-Jahre ließ sich Romy Schneider dauerhaft in Frankreich nieder und erarbeitete sich besonders in den Filmen Claude Sautets, mit dem sie zwischen 1969 („Les Choses de la Vie“ / „Die Dinge des Lebens“) und 1978 („Une Histoire Simple“ / „Eine einfache Geschichte“) fünf Mal zusammenarbeitete, ein neues Rollenbild: Sie spielte moderne, selbstbewusste Frauen, die sich und andere in emotionale Verwirrung stürzen.

Immer wieder beschäftigten sich ihre französischen Filme auch mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit, die im eigenen Land damals weniger thematisiert wurde, so „Le Train“ („Le Train – Nur ein Hauch von Glück“, 1973), „Le Vieux Fusil“ („Das alte Gewehr“, 1975) oder auch ihr letzter Film „La passante du Sans-Souci“ („Die Spaziergängerin von Sans-Souci“, 1982).

Am 29. Mai 1982 starb Romy Schneider in Paris. Bis heute zählt sie zu den Weltstars des Kinos und wird von Fans in aller Welt verehrt. ■

<http://www.bundeskunsthalle.de>



Foto: Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland

Filmplakat zu »La Piscine« (»Der Swimmingpool«), 1969; Collection Tristan & Charlotte Duval

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Tilly Losch

Tänzerin/Choreografin



Fotos: Archiv Rudolf Ulrich

Tilly Losch, Portrait 1936

Ottilie Ethel Leopoldine (später Tilly), Tochter von Otto Emil Losch und dessen Gattin Eugenie (geb. Dreucker), kam am 15. November 1903¹⁾ in Wien zur Welt. Sie war Mitglied des Kinderballetts Josef Hassreiters, wurde 1913 in die Ballettschule der Wiener Hofoper, 1918 in das Corps de ballet und 1921 nach Empfehlung des damaligen Mitdirektors der Staatsoper, Richard Strauss, in das Opernballett aufgenommen. Tilly Losch trat von 1924-27 als Primaballerina in zahlreichen Ballettproduktionen auf, daneben in Solo Recitals in Paris, Prag und Budapest und erwarb sich dabei eine herausragende Reputation aufgrund künstlerischer Neuentwicklungen und Modernismen.

Durch die Zusammenarbeit mit ihrem Mentor Max Reinhardt als Tänzerin und Choreografin, vor allem bei dessen Inszenierungen des „Sommernachtstraum“ 1924 in Berlin und des „Jedermann“ 1927-28 in Salzburg sowie bei einem späteren Gastspiel in den USA, nahm Tilly Loschs Karriere eine neue Richtung. 1927 folgte eine Tanztournee mit dem Star der Berliner Staatsoper Harald Kreutzberg. 1928-31 erfuhr sie in London in den musikalischen Revuen „This Year of Grace“ von Noel Coward und Cole Porters „Wake Up and

Dream“ sowie am Broadway als Partnerin der Geschwister Fred und Adele Astaire in Cole Porters „The Band Wagon“ eine glänzende Rezeption. Zu ihren Triumphen 1933 zählten die Pariser Ballett-Kreation „Errante“ und der Part als tanzende „Anna“ (dual Lotte Lenya als singende) in Kurt Weills und Bert Brechts böser Parabel über enge Kleinbürgermoral „Die sieben Todsünden“, mit der von ihrem ersten Mann, dem britischen Millionär Edward F.W. James (verh. 1930-34) als Kunstpatron finanzierten George Balanchine Company. Eine eigene Truppe „Les Ballets 33“ in London 1933-34 hatte nur eine Saison Bestand, mit der Mitwirkung in der englischen Herbert Wilcox Produktion „Limelight“ (in den USA „Backstage“) machte sie 1936 erstmals mit dem Filmgeschehen Bekanntschaft. Tilly Losch übersiedelte anschließend in die Vereinigten Staaten, gewillt, sich intensiver dem Medium Film zu widmen.

Ihre Hollywood-Arbeit in zwei zeitlich getrennten Phasen war nicht umfangreich, indes fachlich markant. Sie begann 1936 in David O. Selznicks romantischem Melodram „The Garden of Allah“ („Der Garten Allahs“) mit den Stars Marlene Dietrich und Charles Boyer. Losch wiederholte den darin gezeigten Tanz ein Jahrzehnt später unter King Viders Regie Schritt für Schritt in einem anderen superlativen Selznick-Film, „Duel in the Sun“ („Duell in der Sonne“, 1946),



Ausschnitt aus der von Tilly Losch erstmals um 1930 in New York gezeigten Solonummer »Arabesque« oder »Dance of the Hands« zur Musik von Maurice Ravel.

Serie »Österreicher in Hollywood«

Fotos: Archiv Rudolf Ulrich



Bild oben: Die Wienerin als feurige Tänzerin Irena neben Charles Boyer in David O. Selznicks in der nordafrikanischen Wüste spielendem romantisch-sentimentalen Unterhaltungsfilm »The Garden of Allah«.

Bild rechts: Tilly Losch als Mestizin Mrs. Chavez (Mutter der Hauptdarstellerin Jennifer Jones) in dem monumental angelegten und an den Kinokassen überaus erfolgreichen Selznick-Western »Duel in the Sun«.



für den sie außerdem eine erotische Tanznummer für die Hauptdarstellerin Jennifer Jones entwarf, die letztlich trotz veränderter Wiederholungen aufgrund von Zensurproblemen der Schere zum Opfer fiel. In der MGM-Verfilmung des Pulitzer-Preis-gekrönten Romans von Paerl S. Buck „The Good Earth“ („Die gute Erde“, 1937) reüssierte Losch auch schauspielerisch in der Rolle der sinnlichen Tea-Room-Tänzerin und Zweitfrau Lotus neben Paul Muni, ihre letzte Film-aufgabe war die Choreografie für das vom Wiener Walter Reisch 1947 für Universal inszenierte, lose auf der Biografie des russischen Komponisten Rimskij-Korsakow basierende Musical „Song of Scheherazade“ („Lied des Orients“). 1949 stand sie in einem Cameo Auftritt in der NBC-Show „Broadway Spotlight“ auch vor einer Fernsehkamera.

Serie »Österreicher in Hollywood«

Von Hollywood nach ihren beiden ersten Filmen trotz beachtlicher Gagen desillusioniert, widmete sich Tilly Losch wieder vermehrt der Bühnenarbeit. Sie brillierte 1938 als Soloartistin am San Francisco Opera House, mit dem American Ballet in Städten an der Ostküste und Ende 1947 bei ihrer letzten Performance als Suzanne Courtoise in Marcel Pagnols „Topaze“ im Morosco Theatre in New York. 1950 choreografierte sie in Salzburg Raimunds „Der Verschwen-der“, inszeniert von Ernst Lothar.

Nach einer Zeit der Depression und einem längeren Sanatoriums-Aufenthalt in der Schweiz wandte sich Tilly Losch mit der Malerei einer neuen künstlerischen Betätigung zu. Ihre von Kritikern wohlwollend aufgenommenen Ölbilder, beginnend mit einer Serie Selbstportraits, dazu Tanzthemen, wurden erstmals 1944 in New York gezeigt, danach in den Vereinigten Staaten und in Europa ausgestellt, ihr Werk ist im Barnes Museum in Philadelphia, anderen Museen und in privaten Kollektionen präsent. Tilly Losch, 1939-47 in zweiter Ehe mit Henry Herbert, Earl of Canarvon verheiratet, damit „Countess“, verbrachte den größten Teil ihres Lebens in England und den USA, die letzten Jahre abwechselnd in London und New York, wo sie am 24. Dezember 1975 einem Krebsleiden erlag. Ein großer Teil ihrer persönlichen Effekten, Dokumente, Fotos und Bilder, wird als Vermächtnis im Max Reinhardt Archive der State University of New York in Binghamton verwahrt. ■



Tilly Losch als verführerische Tea-Room-Tänzerin Lotus im eindrucksvoll von Irving G. Thalberg für MGM realisierten Familiendrama »The Good Earth«. Für die Kameraführung erhielt der Österreicher Karl Freund einen Oscar.

¹⁾ Tilly Loschs Geburtsjahr wird in biografischen Darstellungen variabel, weitgehend aber mit 1907 angegeben. Frühe Zeitungsausschnitte weisen darauf hin, wie auch im Nachruf des Branchenblattes Variety erwähnt, daß sich die Künstlerin selbst verjüngte. Die Stadt Wien, Magistrat 8, bestätigte mit Brief vom 29. Oktober 1992 (M-2811-29/92) das in dieser Arbeit und in inzwischen berichtigten Quellen wie Internet Movie Database (IMDb) genannte Geburtsjahr.

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
 „Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>



Filmplakat zu »The Good Earth« (1937)

Fotos: Archiv Rudolf Ulrich



Die Wiener Küche

Wiener Schnitzel und Tafelspitz, Sacher-Torte und Kaiserschmarren: Die Gerichte der Wiener Küche sind unverwechselbar und weltweit bekannt. Und ein schönes Beispiel für die gelungene Integration unterschiedlichster kulinarischer Einflüsse.



Foto: WienTourismus / Petr Blaha

Wem läuft hier nicht das Wasser im Mund zusammen? Ein knuspriges Martinigansl mit Erdäpfelknödel und Rotkraut...

Wien ist vermutlich die einzige Stadt der Welt, die Namensgeberin eines eigenständigen Speisenstils ist. Die Wiener Küche hat ein denkbar einfaches Erfolgsrezept: Man nehme die besten kulinarischen Traditionen aus Böhmen, Österreich, Ungarn, Italien oder aus dem Balkan und vermische sie zu außergewöhnlichen Gerichten. Tatsächlich lassen sich gerade die Klassiker der Wiener Küche auf Zutaten aus anderen Ländern zurückführen. Schließlich war Wien jahrhundertlang das Zentrum der österreichisch-ungarischen Monarchie, die unzählige Kulturen und mit ihr deren Küchenstile vereinte. Die Lage der Stadt – nahe Ungarn, Böhmen und Mähren – und die vielen begnadeten Köchinnen aus diesen k.u.k.-Regionen, die in Wiener Haushalten arbeiteten, begünstigten die östliche Prägung. Das Gulasch stammt aus Ungarn, ebenso wie der Strudel, den die Ungarn von den Türken

lernten. Aus Böhmen kamen vor allem die sogenannten „Mehlspeisen“ wie Palatschinken



Foto: WienTourismus / Peter Rigaud

Wiener Schnitzel

ken und Marillenknödel nach Wien, üppige süße Gerichte, die durchaus auch als Hauptgang firmieren. Und das Glanzstück der Wiener Küche, das Wiener Schnitzel, dürfte über Venedig und Mailand von Konstantinopel eingewandert sein.

So schmeckt Wien

Die Wiener Küche ist für ihre Suppen mit Einlagen bekannt, die traditionell als Vorspeise serviert werden. Basis ist eine kräftige, klare Rindsuppe, für die Rindfleisch, Knochen und Gemüse stundenlang gekocht werden. Als Einlage sind Frittaten (nudelig geschnittene salzige Palatschinken) oder Grießnockerl sehr beliebt. Für das Wiener Schnitzel wird ein flaches Stück Kalbfleisch paniert, also in Mehl, Ei und Bröseln gewendet, und in Butterschmalz und Öl schwimmend goldbraun gebacken. Als Beilage gibt es meist Petersilerdäpfel und Salate (z.B.

ÖJ Reisetip

Gurken-, Tomaten- oder Blattsalat). Ein weiteres Traditionsgericht ist der Tafelspitz. Das zarte, gekochte Rindfleisch kommt mit vielfältigen Beilagen wie Apfelkren (geriebene Äpfel mit Meerrettich), Schnittlauchsauce, Dillfisolen (grüne Bohnen mit Dill), Cremespinat oder Erdäpfelschmarren (gekochte, geschnittene und in Fett geröstete Kartoffeln) auf den Tisch. Gulasch ist auf allen Speisekarten der Wiener Gasthäuser zu finden. Für diese Art Ragout ungarischen Ursprungs wird in große Würfel geschnittenes Rindfleisch mit Zwiebeln und süßem Paprikapulver (gemahlene rote Paprikaschoten) angeröstet und weich gedünstet. Ein besonderes Faible hat die traditionelle Wiener Küche auch für Innereien, die zu Gerichten wie Beuschel (Ragout aus Lunge und Herz) oder geröstete und gebackene Leber verarbeitet werden. Und nicht zu vergessen die Würstel, die meist am Würstelstand verzehrt werden – auch sie sind ein Symptom für die Fleischverliebtheit der Stadt.

Auf der süßen Seite wird man in Wien nicht nur bei den Desserts fündig. Eine Mehlspeise, also eine üppige warme Süßspeise, kann durchaus den Hauptgang ersetzen. Zu den Favoriten gehören die Palatschinken (dünne, mit Marmelade gefüllte Pfannku-



Foto: ienTourismus / Robert Osmark

Fiakergulasch mit Spiegelei, Petersilkartoffeln und dem traditionellen Gurkerl

chen), der Kaiserschmarren (zerrissener Pfannkuchen mit Kompott), Marillen- oder

Zwetschkenknödel (mit Aprikosen oder Pflaumen gefüllte Topfenknödel) und köstliche Strudel. Für diese wird hauchdünner Teig mit Topfen (Quark) oder fein geschnittenen Äpfeln belegt, eingerollt und im Rohr gebacken. Ein Kapitel für sich sind die wunderbaren Kuchen und Torten wie die Sacher-Torte (Schokoladentorte mit Marillenmarmelade und Schokoglasur) oder der Guglhupf (Napfkuchen).

Wo die Wiener Küche zuhause ist

Die gute Wiener Küche findet sich in der Stadt sowohl im Sterne-Restaurant als auch im einfachen Gasthaus, dessen typischste Verkörperung das sogenannte Beisl ist. Der Begriff Beisl stammt mit großer Wahrscheinlichkeit aus dem Jiddischen, und zwar von „bajiss“ (Haus). Der klassische Vertreter dieser Wiener Institution hat eine geräumige Schank, wo Wein gekühlt und Bier gezapft wird, eine Holzvertäfelung, einfache Tische und Sessel und ein gemischtes Publikum. Das Wiener Beisl erlebt in den vergangenen Jahren eine echte Renaissance und behauptet sich als bodenständiges EBlokal in der urbanen Restaurantszene. Die Liebe zur traditionellen Wiener Küche, die mit Feingefühl an die veränderten Ernährungsgewohnheiten angepasst wird, und die gemütliche Atmosphäre machen seinen beständigen Erfolg aus. ■

<http://www.wien.info>



Foto: WienTourismus / Robert Osmark

Und nun die »Nachspeis«: ein Kaiserschmarren mit Zwetschkenröster